

**Julia Bee, Lilli Hallmann,
Franziska Klemstein, Jannik Noeske (Hrsg.)**

Auf dem Weg zum
Erinnerungsort –
das Gebäude der
NS-Medizinbürokratie
in Weimar



LUCIA VERLAG

**Julia Bee, Lilli Hallmann,
Franziska Klemstein, Jannik Noeske (Hrsg.)**

Auf dem Weg zum
Erinnerungsort –
das Gebäude der
NS-Medizinbürokratie
in Weimar



LUCIA VERLAG









**Julia Bee, Lilli Hallmann,
Franziska Klemstein, Jannik Noeske (Hrsg.)**

Auf dem Weg zum
Erinnerungsort –
das Gebäude der
NS-Medizinbürokratie
in Weimar

Mit freundlicher Unterstützung von



kvt
Kassenärztliche
Vereinigung Thüringen



LUCIA VERLAG

Inhalt

Einleitung

- Die Bauhausstraße 11 auf dem Weg zum Erinnerungsort – Einführung in die Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11
18 _ Julia Bee, Lilli Hallmann, Franziska Klemstein, Jannik Noeske
- Die Geschichte der Bauhausstraße 11 – eine Annäherung
44 _ Anne Genkel
- Die Bleiglasfenster der Bauhausstraße 11 – eine kommentierte Bildstrecke
47 _ Lilli Hallmann und Jannik Noeske

Räume der Erinnerung

- Das ehemalige Thüringer Ärztehaus in Weimar. Ein unbequemes Denkmal?
62 _ Franziska Klemstein
- Zwischen Bürokratie und Ästhetisierung.
Das sogenannte Thüringer Ärztehaus als szenischer Raum der NS-Ärzteschaft
74 _ Lilli Hallmann
- Das zukünftige Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus
im ehemaligen Gauforum in Weimar. Standort – Schwerpunkte – Perspektiven.
86 _ Dorothee Schlüter, Daniel Logemann
- Völkische Zeichen und vermeintliche Tradition – Das Dorfgemeinschaftshaus
der SS in Wewelsburg
94 _ Erik Beck
- Der Architekt Georg Schirrmeister. Eine Karriere im Nationalsozialismus
108 _ Jannik Noeske
- ›Volksgesundheit‹ und Verbrechen im Nationalsozialismus
- Ärztliche Standes- und Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus
114 _ Rebecca Schwoch
- Verordnete Mikropolitiken der ›Volksgesundheit‹ Sammeln und Vermitteln
im Umfeld des ehemaligen Thüringer Ärztehauses
124 _ Jörg Paulus, Kristin Victor, Lilli Hallmann

Zu Schuld und Täterschaft von Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen
zur Zeit des Nationalsozialismus – Fallstudien aus der Region des
heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt

144 _ Viola Schubert-Lehnhardt

Prisoner Euthanasia in Buchenwald

154 _ Yael Bachrach Barzilai

Geschichte vergegenwärtigen

Das Projekt Geschichte der Ihnstraße 22: Auf dem Weg zu einem
Erinnerungsort zum Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche
Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem

168 _ Manuela Bauche, Danna Marshall, Volker Strähle

Verdrängt? Der NS-Krankenmord und die deutsche Erinnerungskultur

178 _ Jens-Christian Wagner

Erinnern gestalten

Städtebau und Erinnerung – lokale und nationale Perspektiven.

190 _ Interview mit Max Welch Guerra

Entwicklung der Erinnerungsmedien in der Bauhausstraße 11

197 _ Anne Genkel

Campus Bauhaus-Universität Weimar – eine Erinnerungstopographie

204 _ Jannik Noeske

218 _ Kurzbiographien der Beitragenden

220 _ Impressum

Einleitung

JULIA BEE

LILLI HALLMANN

FRANZISKA KLEMSTEIN

JANNIK NOESKE

Die Bauhausstraße 11 auf dem Weg zum Erinnerungsort – Einführung in die Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11

Das heutige, von der Bauhaus-Universität Weimar genutzte Gebäude der Bauhausstraße 11 ist bisher wenigen in Weimar als ehemaliges NS-»Ärztehaus« bekannt. Um die Geschichte des Gebäudes aufzuarbeiten und gleichzeitig die Möglichkeit zu schaffen, durch diesen lokalen Täterort Reflexionspunkte auf die Unrechtsgeschichte des Nationalsozialismus im Alltag zu verankern, ist das Projekt *Die Geschichte der Bauhausstraße 11 – auf dem Weg zum Erinnerungsort* angetreten. Die hier versammelten Beiträge von interdisziplinär arbeitenden Historiker:innen, Medienwissenschaftler:innen, Urbanist:innen, Künstler:innen und Kunsthistoriker:innen setzen sich mit Geschichte und Gegenwart des ehemaligen sogenannten Ärztehauses als Knotenpunkt der lokalen und überregionalen Medizingeschichte im NS auseinander.

In der vorliegenden Einleitung geben wir zunächst die bisher wenig aufgearbeitete Gebäudegeschichte wieder, um anschließend darüber zu berichten, wie wir Erinnerungsmedien in Form eines Rundgangs am Gebäude konzipiert haben. Wir wollen damit einen Ausblick auf die geplanten Stationen ermöglichen. Wir, sowie alle Mitwirkenden dieses Bandes, setzen uns im vorliegenden Text mit dem Entstehen eines Ortes auseinander, der bis heute sichtbare Merkmale der NS-Architektur sowie damit einhergehender Bilder und Mythen trägt. Indem wir über das Projekt und unsere Arbeit berichten, historisieren wir auch unsere eigene Arbeit am Gebäude, die längst nicht alles aufarbeiten konnte. Unser Fokus auf die NS-Geschichte soll besonders für die vermeintlich »zu vernachlässigende« Bürokratie und Institutionengeschichte

sensibilisieren.¹ Zum Zeitpunkt des Entstehens dieses Textes befindet sich die Bauhausstraße 11 im Umbau und soll daraus flankiert mit Erinnerungsmedien hervortreten, auf die wir in diesem Text einen Ausblick geben. Wir freuen uns, – und darum soll es im letzten Teil gehen – dass die Bauhaus-Universität Weimar insgesamt die Initiative ergriffen hat, die NS-Vergangenheit auch anderer durch die Hochschule nachgenutzter Gebäude erneut zu thematisieren.² Dies steht für einen erinnerungspolitischen Aufbruch, der hoffentlich durch weitere lokale Initiativen in der Region und darüber hinaus an verschiedenen Orten und in verschiedenen Institutionen weitergeführt wird. Auf diese Weise wird ein mehrdimensionales, verflochtenes und prozessuales Erinnern ermöglicht. Dieses wiederum kann zu einem Netzwerk an Orten beitragen, an denen in Thüringen und darüber hinaus auf kritische und engagierte Weise gegen das Vergessen und Verdrängen, gegen die Normalisierung und gegen die zuweilen beobachtete Reaktivierung von NS-Architekturen und Symbolen eingetreten wird. Ein solches Netzwerk, das sich Geschichtsrevisionismus, antidemokratischen bis hin zu antisemitischen Ressentiments entgegenstellt, braucht es aktuell insbesondere auch in Thüringen: bei der im Herbst 2024 anstehenden Landtagswahl könnte die AfD laut derzeitigen Umfragewerten die stärkste Partei werden.³ Jens-Christian Wagner, Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, befürchtet, dass die Arbeit von erinnerungspolitischen Akteur:innen wie der Gedenkstätten von einem solchen Wahlergebnis massiv bedroht sind. Er weist auf die bereits bestehenden Gefahren des »erinnerungspolitischen Klimawandels« hin, der durch Verschwörungslegenden oder Schuldumkehr-Narrative gekennzeichnet sei.⁴ Mit der vorliegenden Publikation hoffen wir, dazu beitragen zu können, in Weimar und darüber hinaus Erinnern und Gedenken zu gestalten und diese Felder mit all den dazugehörigen Techniken und Praktiken vor einer zunehmenden rechtsextremen Aneignung zu schützen.

Bauftrag zum »Thüringer Ärztehaus«

In Gegenwart und Zukunft muss es darum gehen, die Geschichte der Bauhausstraße 11 nicht nur aufzuschreiben, sondern im Alltag der Gebäudenutzung zu verankern. Denn so groß

- 1 Die Rolle von Verwaltung und Bürokratie wird häufig nur am Rande betrachtet, siehe zuletzt Hedwig Czech u.a.: »The Lancet Commission on medicine, Nazism, and the Holocaust: historical evidence, implications for today, teaching for tomorrow«, in: The Lancet Commissions 08.11.2023 unter [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(23\)01845-7](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(23)01845-7) [Stand: 14.11.2023].
- 2 Zum Folgeprojekt des nun abgeschlossenen Vorhabens *Geschichte der Bauhausstraße 11* siehe <https://www.uni-weimar.de/de/universitaet/aktuell/bauhausjournal-online/titel/projekt-erinnert-an-die-geschichte-von-universitaetsgebaeuden-im-nationalsozialismus-2/> [Stand: 30.08.2023]. Siehe auch das durch das Bundesfinanzministerium und die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft geförderte Projekt *Beredtes Schweigen* mit Beteiligung u. a. der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie des Geschichtsvereins Lernort Weimar e.V. unter <https://www.beredtes-schweigen.de> [Stand: 01.09.2023].
- 3 Statista: »Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl in Thüringen wäre?«, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1814/umfrage/parteipraeferenz-bei-landtagswahl-in-thueringen-september/>, vom 06.07.2023 [Stand: 11.09.2023].
- 4 Jens-Christian Wagner im Interview mit Tagesschau.de: »Erleben einen erinnerungspolitischen Klimawandel«, in: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/antisemitismus-wagner-100.html> vom 02.09.2023 [Stand: 11.09.2023]. Bei der von Wagner im Interview angesprochenen Oberbürgermeister:innenwahl in Nordhausen, die direkte Auswirkungen auf die Spielräume der Gedenkstätte Mittelbau-Dora hat, erhielt der AfD-Kandidat Jörg Prophet am 10.09.2023 mit 42 Prozent die meisten Stimmen. Die Stichwahl am 24.09.2023 gewann der parteilose Amtsinhaber Kai Buchmann.

die materielle, finanzielle und ideelle Unterstützung des nationalsozialistischen Projektes ›Thüringer Ärztehaus‹ und die damit verbundene überregionale Aufmerksamkeit zum Zeitpunkt seiner Errichtung und während seines Bestehens war, so klein war viele Jahre lang die Einsicht in die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit eben jener Geschichte.

1935 gab die Landesstelle Thüringen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD) den Bau des ersten nationalsozialistischen Verwaltungsneubaus in Weimar, genannt ›Thüringer Ärztehaus‹, in Auftrag. Mit der KVD – 1933 gegründet und durch den sogenannten Reichsärztführer (bis 1939 Gerhard Wagner) geleitet – trat an dieser Stelle eine Akteurin auf den Plan, die bis zum Kriegsende tatkräftig am nationalsozialistischen Projekt mitgewirkt hat, insbesondere durch die Verfolgung und systematische Entrechtung jüdischer und oppositioneller Ärzt:innen. Die KVD war für die Aushandlung der Verträge zwischen Kassenärzt:innen und Krankenkassen zuständig. Im Rahmen der ›Reichsärzteordnung‹ hatte sie die Kontrolle über den gesamten Ärzt:innenstand inne – und somit die Macht, über Kassenzulassungen sowie deren Entzug zu entscheiden. Im Rahmen der ›Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz‹ vom Juli 1938 entzog sie jüdischen Ärzt:innen die Approbation. In der vorliegenden Publikation werden neben der Situation, in der sich die von derartigen Diskriminierungs- und Verfolgungspraktiken betroffenen Ärzt:innen befanden, auch die Auswirkungen der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung beleuchtet → **Schwoch: Ärztliche Standes- und Gesundheitspolitik.**

Infolge des Bauauftrags durch die Landesstelle Thüringen der KVD entstand in der damaligen Kurthstraße 11 (später Erich-Weinert-Straße, heute Bauhausstraße) die bürokratische Zentrale der NS-Gesundheitsorganisationen in Thüringen. Hier befanden sich bis zum Ende der NS-Zeit die thüringischen Abrechnungsstellen aller Institutionen, die ein Gesundheitswesen forcierten, in dem keine jüdische:r oder anderweitig verfolgte:r Mediziner:in mehr frei tätig sein konnte, in der (vermeintlich) Kranke keinen Platz haben sollten und in dem ›Gesundheit‹ als völkisch verstandene Pflicht durchgesetzt wurde.

Baufaufgabe ›Ärztehaus‹

Das ehemalige Ärztehaus in Weimar war ein repräsentatives Gebäude der nationalsozialistischen Medizinverwaltung. Die Kassenärztliche Vereinigung unterhielt zwar zahlreiche Gebäude, gab selbst aber nur wenige Neubauten in Auftrag. Der erste KVD-Neubau entstand bereits 1935 nach Plänen von Roderich Fick in München → **Klemstein: unbequemes Denkmal?** Ab 1937 existierten zudem in der Leitungsebene der Kassenärztlichen Vereinigung Ideen für einen großformatigen Neubau in Berlin. Dieses sogenannte Reichsärztehaus sollte an der Ost-West-Achse – gegenüber der damaligen Technischen Hochschule – liegen und war damit ein Teil der rigorosen NS-Umgestaltungspläne Berlins. Dieser Bau war als Dienstsitz des ›Reichsärztführers‹ geplant. Ein Vorentwurf des KVD-Architekten Walter Haedenkamp konnte den Generalbauinspektor und späteren Rüstungsminister Albert Speer nicht überzeugen, der daraufhin einen Wettbewerb unter sieben geladenen Architekten ausschrieb. Es ist davon auszugehen, dass dem städtebaulichen Anspruch, der sich aus der Lokalisierung ergab, ein »überschaubarer

Raumbedarf« gegenüberstand.⁵ Der von Carl Cramer gezeichnete Siegerentwurf von 1939 kam nicht zur Ausführung.

Zum Zwecke der politischen Ausbildung von Ärzt:innen errichtete die KVD ein Schulungslager in Alt-Rehse bei Neubrandenburg (heute Mecklenburg-Vorpommern). Diese ›Führerschule der deutschen Ärzteschaft‹ wurde bereits im Jahr 1933 durch den Hartmannbund initiiert. Durch Unterstützung von Rudolf Heß und Martin Bormann in ihren Funktionen beim ›Stab des Stellvertreters des Führers‹ wurde das 30 Hektar umfassende Gelände am Tollensesee durch den Hartmannbund erworben und 1936 mit in die KVD eingegliedert. Ab 1934 entstanden dort nach Plänen des Architekten Hans Haedenkamp⁶ 22 Neubauten, darunter drei Schlafhäuser für Ärzt:innen, eine sogenannte Schulungsburg, eine Turnhalle sowie Wohnhäuser für Lehrende und Angestellte. Die Gebäude, allesamt in einem unspezifischen Heimatschutz-Stil errichtet, vermitteln ihre vermeintlich überregionale Bedeutung, indem sie jeweils nach deutschen Städten benannt wurden. Zusätzlich dazu deuten die Inschriften auf das Baujahr – gezählt ab 1933: zum Beispiel »Haus Leipzig, errichtet im 3. Jahr«.

Alt-Rehse steht wie kein zweiter Ort für die willige Umstellung des Gesundheitswesens auf die menschenverachtende nationalsozialistische Gesundheitspolitik. In seiner lagermäßigen Organisation ermöglichte er es, junge Ärzt:innen, Zahnärzt:innen, Hebammen, Apotheker:innen und nicht zuletzt Funktionäre gemäß der rassistischen Gesetzgebung zu schulen und ideologisch an das NS-Regime zu binden. Alt-Rehse wurde so zum Ort der Konsolidierung nationalsozialistischer Einstellung in der Ärzteschaft jenseits von gesundheitspolitischen Zwangsmaßnahmen und stellt somit eine Voraussetzung für die von deutschen Ärzt:innen, Hebammen und sonstigen Angehörigen des Gesundheitsdienstes begangenen ›Euthanasie-Verbrechen, Zwangsabtreibungen und Krankenmorde dar.⁷

- 5 Katharina Steudtner, Hans Georg Hiller von Gaetringen: »Berlin, Wettbewerb Reichsärztehaus«, in: Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (Hrsg.): Der »Auftrag Speer« der Staatlichen Bildstelle Berlin. Zur wissenschaftlichen Erschließung eines fotografischen Bestandes im Messbildarchiv des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Berlin 2022, S. 76–77.
- 6 Eine Verwandtschaft mit Walter Haedenkamp, dem Architekten des Hartmannbundes und später der KVD kann an dieser Stelle weder belegt noch ausgeschlossen werden, ebenso mit dem Gesundheitsfunktionär Karl Haedenkamp.
- 7 Zu Alt-Rehse vgl. Thomas Maibaum: »Die Führerschule der deutschen Ärzteschaft Alt-Rehse«, Dissertationsschrift. (Universität Hamburg 2007), <https://ediss.sub.uni-hamburg.de/handle/ediss/1888> [Stand: 29.08.2023] sowie Rainer Stommer (Hrsg.): Medizin im Dienste der Rassenideologie. Die »Führerschule der Deutschen Ärzteschaft« in Alt Rehse, Berlin 2017.

Die Institutionen des NS-Gesundheitswesens im ›Thüringer Ärztehaus‹

Das Spezifische am ehemaligen sogenannten Ärztehaus in Weimar ist die Vielzahl der NS-Medizinorganisationen, die – mitunter trotz gegenseitiger Konkurrenz – unter einem Dach zentralisiert wurden.⁸ Auf diese Weise konnte sich ein NS-ideologischer, bürokratischer Knotenpunkt des Gesundheitswesens in besonders starker Ausprägung entwickeln. Die Dichte jener NS-Organisationen verdeutlicht nicht zuletzt, dass Medizin- und Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus eine entscheidende Rolle zugesprochen wurde.

Zu den Akteur:innen und Institutionen, die das sogenannte Thüringer Ärztehaus nutzten, gehörten konkret die folgenden:

- der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund (NSDÄB), Gau Thüringen und der Kreisobmann des NSDÄB von Weimar-Stadt
- der Beauftragte des Reichsärztesführers für Thüringen
- die Ärztekammer Thüringen als Teil der Reichsärztekammer und die Ärztliche Bezirksvereinigung Weimar der Ärztekammer Thüringen
- die Gauamtsleitung Thüringen des Amtes für Volksgesundheit und dessen Verwaltungsstelle in Weimar
- das Amt für Volksgesundheit mit der Fachgruppe Gesundheit der Deutschen Arbeitsfront (DAF)
- das Amt für Volksgesundheit der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV)
- der Deutsche Reichsbund für Leibesübungen (DRL) für den Gau VI Mitte
- die Gaugeschäftsstelle der Deutschen Sporthilfe
- der Beauftragte des Reichssportführers für den Gau Mitte
- der Landesverband Thüringen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und der Thüringer Landes-Männerverband des DRK
- ab 1939/40: das Ärztliche Bezirksgericht Thüringen der Reichsärztekammer
- ab 1939/40: das Tierärztliche Bezirksgericht Thüringen

Es war Teil des zweijährigen Forschungsprojektes zur Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11, die Aufgabenfelder dieser Institutionen zu ermitteln. Zwar ist es in den meisten

Fällen ein Leichtes, die Funktion der NS-Massenorganisationen auf Ebene des damaligen sogenannten Deutschen Reiches wiederzugeben, doch gestaltet es sich aufgrund der dünnen Aktenlage schwierig bis unmöglich, spezifische Aussagen über die jeweiligen *Regionalstellen* (Land oder NS-Gau Thüringen) zu treffen. Insofern sind auch die sich an dieser Stelle deutlich zeigenden Leerstellen als Teil des Erinnerungsprozesses zu verstehen.

Der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund (NSDÄB), Gau Thüringen und der Kreisobmann des NSDÄB von Weimar-Stadt

Der NSDÄB gründete sich 1929 auf einem Parteitag der NSDAP in Nürnberg. Schon früh kommunizierte die Leitung offenkundig die antisemitische Grundeinstellung des Bundes. Der NSDÄB avancierte zur Massenorganisation der NS-Ärzt:innen, also all jenen, die ihren Beruf nach den Prinzipien des NS-Gesundheitswesens auszurichten bereit waren und über eine NSDAP-Mitgliedschaft verfügten. Um die Mitgliederzahl und damit auch den Einfluss auf die Gesundheitspolitik zu erhöhen, wurden bald auch Zahnärzt:innen, Apotheker:innen und Tierärzt:innen als Mitglieder zugelassen. Die Akteur:innen beteiligten sich an der Durchsetzung rassistischer und antisemitischer Ideologien im gesamten Gesundheitswesen. Auf Landes- und Provinzialebene wurden die bisherigen ärztlichen Landesverbände und Bezirksvereine zerschlagen. Aufgrund der dezimierten Aktenlage – beispielweise fehlen mitunter die ›Tätigkeitsberichte‹ – lassen sich nur schwer Aussagen über konkrete Handlungen des NSDÄB im Gau Thüringen tätigen. Überliefert sind dagegen Verzeichnisse der (Neu-)Mitglieder sowie der sogenannten Anwärter. Diese Archivalien machen deutlich, dass zahlreiche Ärzt:innen und Apotheker:innen freiwillig um eine Aufnahme als Mitglied baten. Nur für diejenigen Ärzt:innen, die bereits vor dem 1. Mai 1933 – dem Tag vor der Zerschlagung der freien Gewerkschaften – eine NSDAP-Mitgliedschaft besaßen, bestand eine Pflicht zur Mitgliedschaft im NSDÄB. Auch weitere Unterlagen stützen die Annahme einer aktiven, überzeugten NSDÄB-Mitgliedschaft seitens vieler der im thüringischen Gesundheitswesen Beschäftigten: Neben hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitarbeiter:innen des NSDÄB Gau Thüringen, die speziell für das Gesundheitswesen der HJ zuständig waren, wie beispielsweise Gebiets- und Bannfeldschern, sogenannten Gesundheitsdienst-Mädeln, Fahrer:innen oder Obergauärzt:innen, gab es Personen, die *ehrenamtlich* für den NSDÄB, Gau Thüringen arbeiteten.

Der Beauftragte des Reichsärztesführers für Thüringen

In den meisten Fällen machte der ›Reichsärztesführer‹ Gerhard Wagner (1888–1939) die jeweiligen NSDÄB-Führer der Reichsgaue zu seinen Beauftragten. Im Falle des Gau Thüringen war es in dieser Phase der gewaltvollen Umstrukturierung des Gesundheitswesens mit Carl Oskar Klipp der Gauobmann, dem diese Position zugesprochen wurde. Damit verbunden war auch die selbstständige Verfügung über das Vermögen der Thüringischen Ärztekammer. Durch seine zusätzliche Funktion als Staatskommissar für das Gesundheitswesen im Lande Thüringen besaß Klipp ohnehin die Aufsicht über die Thüringische Ärztekammer und die angegliederten

⁸ Die Dienststellen der Institutionen, die in der Kurthstraße zusammengeführt wurden, hatten sich bis 1936 in »zum Teil [...] von einander räumlich getrennten Mietshäusern« befunden, vgl. K. Dittmar: »Das Aerztehaus Thüringen in der Kurthstraße«, in: Allgemeine Thüringische Landeszeitung, Nr. 267 (1936), S. 10–11. Der Sitz der Bezirksstelle Weimar der KVD befand sich 1934 in der damaligen Lottenstraße 26 (heutige Hoffmann-von-Fallersleben-Straße). Ebenfalls an diesem Ort ansässig war der Ärzteverband Weimar, siehe Stadtarchiv Weimar, Einwohnerbuch der Stadt Weimar, 32 2/1, S. 11. Für 1935 kann keine Aussage über den Sitz der KVD-Bezirksstelle gemacht werden, da in diesem Jahr kein Einwohner:innenbuch gedruckt wurde. Eine ›Vorstufe‹ zum Ärztehaus in der heutigen Bauhausstraße 11 war das Gebäude in der damaligen Carl-Alexander-Allee (heutige Freiherr-vom-Stein-Allee), in dem mehrere der Institutionen, die ab 1936 und spätestens 1937 in die Kurthstraße zogen, ihren Sitz hatten. In der Kurthstraße 11 befand sich bis zur Indienstnahme des Gebäudes durch die KVD-Landesstelle Thüringen eine Bürgervereinsgesellschaft, siehe Stadtarchiv Weimar, Einwohnerbuch der Stadt Weimar für das Jahr 1933.

sogenannten Ehrengerichte. Im Prinzip wurde also die Leitung aller für die Gesundheitspolitik entscheidenden Ämter in (s)einer Person zusammengeführt.

Die Ärztekammer Thüringen als Teil der Reichsärztekammer und die Ärztliche Bezirksvereinigung Weimar der Ärztekammer Thüringen

Die Reichsärztekammer gründete sich 1935 im Zuge der ›Reichsärzteordnung‹. Die Leitung hatte auch hier Gerhard Wagner inne. Gemeinsam mit den Kassenärztlichen Vereinigungen übernahmen die Ärztekammern die Kontrolle über die ärztliche Berufspolitik. Beide Akteuren sind für Ausschaltung, Enteignung, Vertreibung jüdischer und politisch oppositioneller Ärzt:innen verantwortlich. Auf der Grundlage des sogenannten Gesetzes über Ordnungsstrafen im Arzt- und Apothekenwesen konnten Ärzt:innen und Apotheker:innen bestraft werden, sobald ihnen der Vorwurf gemacht wurde, sie hätten nicht »im Geiste der Volksgemeinschaft« agiert. Zwar sind nur wenige Dokumente archiviert, die die Diskriminierungs- und Verfolgungspraktiken der Ärztekammer Thüringen im Detail wiedergeben würden, jedoch legen die wenigen vorhandenen Akten nahe, dass seitens der Thüringer Ärztekammer sowie des Thüringischen Ministeriums des Innern ein großes Interesse daran bestand, das Thüringische Ärztekammergesetz zugunsten nationalsozialistischer Prinzipien zu ändern. Protokolliert sind zudem weitere bürokratische und juristische Bestrebungen, die rassistisch motivierte Gesundheitspolitik auf allen Ebenen des thüringischen Gesundheitswesens durchzusetzen. So wurde bereits Anfang der 1930er-Jahre auf einer Vorstandssitzung der Thüringer Ärztekammer die Absicht geäußert, dass keine Person mehr zu einer medizinischen Prüfung zugelassen werden dürfe, bei der eine (vermeintliche) »Geisteskrankheit oder Sucht« vorläge. Derartige Aussagen können als vorbereitende Schritte gelesen werden, die letztlich zu Verbrechen wie der Ausschaltung verfolgter Ärzt:innen sowie zur NS-›Euthanasie‹ führten.

Die Gauamtsleitung Thüringen des Amtes für Volksgesundheit und dessen Verwaltungsstelle in Weimar

Im Mai 1934 wurde – auch hier unter der Leitung von Gerhard Wagner – auf Reichsebene das Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP eingerichtet. Das sogenannte Amt für Volksgesundheit der NSDAP gehörte neben dem Amt für Gesundheitsführung der Hitler-Jugend zu den parteiamtlichen Gesundheitsdiensten. Die hier mitwirkenden Ärzt:innen verfügten folglich über eine NSDAP-Mitgliedschaft. Innerhalb der parteinahen gesundheitspolitischen Institutionen sollte vor allem das forciert werden, was im NS unter ›Gesundheitsführung‹ verhandelt wurde: Im Sinne der rassistischen und anderweitig menschenverachtenden NS-Erbgesundheitspolitik sollte jede:r Einzelne nicht nur ›gesund‹ sein, sondern diesen Zustand durch gezielte Maßnahmen auch steigern. Nicht zuletzt war in diesen Ämtern eine große Anzahl ehrenamtlich arbeitender (junger) Mediziner:innen vertreten.⁹ Hauptaufgabe und Ziel der für das sogenannte Amt für Volksgesundheit arbeitenden Ärzt:innen war es, insbesondere Jugendliche und Frauen mit Kindern im Sinne des beabsichtigten ›Volkskörpers‹ zu behandeln, was unter anderem bedeutete, diese Bevölkerungsgruppe auf die autoritäre Kontrolle des eigenen Körpers einzuschwören. Im Rahmen der NS-ideologischen Reden, die zur Eröffnung des ›Thüringer Ärztehauses‹ gehalten wurden, wurde darüber hinaus betont, das Amt für Volksgesundheit der NSDAP

sei »in ganz besonderem Maße« für die »Gesundheitsführung an Werktätigen« zuständig.¹⁰ Die dahinterstehende Absicht, die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung zu sichern und zu steigern sowie ihren ›Gesundheitszustand‹ zu überwachen, wurde euphemistisch mit den Worten umschrieben, dem Arbeiter würde ein Berater zur Seite gestellt, der ihm »in Fragen seiner Familie, der Ernährung, der sportlichen Ertüchtigung [...]«¹¹ zur Seite stehe. Eine besondere Rolle bei der Überwachung der in den Betrieben arbeitenden Menschen wurde dem Betriebsarzt zugeschrieben: Gewissermaßen als Mittlerfigur sollte und konnte er möglichst alltagsnah und niedrigschwellig Einfluss auf die Situation der Werktätigen nehmen. In der Rede des Gauamtsleiters Richard Rohde, die in Auszügen mittels archivierter Presseartikel nachvollzogen werden kann, wird zudem unmissverständlich deutlich, dass auch die sich an die Arbeiter:innen richtende Leistungssteigerungspolitik an das NS-eugenische Programm gekoppelt wurde. So propagierte Rohde, dass Leistungsfähigkeit vor allem auch dann erzielt werden könne, wenn der Arbeitsplatz nach der jeweiligen »erbbiologischen Veranlagung« gewählt würde.¹²

Das Amt für Volksgesundheit mit der Fachgruppe Gesundheit der Deutschen Arbeitsfront (DAF)

Nachdem Anfang Mai 1933 die bisherigen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter:innen gewaltsam zerstört wurden, gründete man die sogenannte Deutsche Arbeitsfront, die auf Reichsebene von Robert Ley geführt wurde. Mithilfe dieser Institution, die von Beginn an als NS-Massenorganisation geplant war, sollte die Arbeiter:innen- und Angestellten-schaft unter NS-ideologischen Paradigmen organisiert und kontrolliert werden. Im Zuge der Zerschlagung gewerkschaftlicher Organisationen machte sich die DAF – und auch hier ergibt sich ein Zusammenhang zu gesundheitspolitischen Belangen – der Beendigung der selbstverwalteten Krankenkassen schuldig. Sie drängte unter anderem Juden:Jüdinnen und andere Personen, die aus Sicht der Nazis als jüdisch galten, sowie politisch Oppositionelle aus den Ausschüssen der Ortskrankenkassen und besetzte diese Positionen durch nationalsozialistisch gesinnte Vertreter. Einem sozialdemokratischen thüringischen Landtagsabgeordneten wurden »Unregelmäßigkeiten an der Krankenkasse« vorgeworfen – er wurde Mitte April 1933 verhaftet.¹³ Auch der in Weimar ansässige Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Thüringen im Hauptverband deutscher Krankenkassen, Arno Reese, wurde in Haft genommen – nicht einmal eine kolportierte Begründung wird in der sich auf diesen Fall beziehenden Pressemitteilung genannt.¹⁴ Im Sinne der NS-Maxime der sogenannten Gesundheitsführung ergriffen die DAF und ihre Unterorganisationen – ähnlich wie das Amt für Volksgesundheit der NSDAP – weitreichende Maßnahmen zur Leistungsoptimierung der Bevölkerung mit dem Fokus auf die Leistungssteigerung von Arbeiter:innen und Angestellten. In diesem Kontext führte die DAF beispielsweise sogenannte Gesundheitsuntersuchungen von Werktätigen durch, hinter denen die Absicht stand, die militärische Eignung der Arbeiter:innen zu ermitteln. Ärzt:innen waren in derartige systematische Untersuchungen insofern eingebunden, als sie beispielsweise die Gesundheit betreffende Daten ermittelten und weitergaben oder kranke Arbeiter:innen gegen deren Willen und entgegen medizinischer Befunde für gesund und damit arbeitsfähig erklärten. Zur im

¹⁰ Vgl. Schmitt-Grandhomme: »Der Arzt im Dienst der Gesundheit«, in: Thüringer Gauzeitung, Nr. 7 (1937), o. S.

¹¹ »Thüringer Heimat«, in: Thüringer Gauzeitung, Nr. 9 (1937), o. S.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. »Verhaftungen«, in: Vossische Zeitung Nr. 185 (1933), o. S.

¹⁴ Vgl. ebd.

⁹ Vgl. hierzu Thomas Beddies: »Du hast die Pflicht, gesund zu sein«. Der Gesundheitsdienst der Hitler-Jugend 1933–1945, Berlin 2009, S. 56.

ehemaligen Thüringer Ärztehaus ansässigen Dienststelle der sogenannten Fachgruppe Gesundheit konnten bisher keine Unterlagen auffindig gemacht werden. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Rahmen unter anderem Maßnahmen zur Leistungssteigerung der Arbeiter:innen und Angestellten der thüringischen Betriebe eruiert und organisiert wurden.

Das Amt für Volksgesundheit der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV)

Die NSV versuchte, Einfluss auf die praktische ›Gesundheitsfürsorge‹ zu nehmen und konzentrierte sich hierbei auf die Versorgung sogenannter erbgesunder Mütter und deren Kinder nach NS-ideologischen Gesichtspunkten. Die vermeintliche Fürsorge war neben der sogenannten Gesundheitsführung die zweite entscheidende Säule nationalsozialistischer Auffassung von Gesundheit und ihrer Steuerung. ›Fürsorge‹ im Sinne der NS-Erbgesundheitspolitik konnte unter anderem bedeuten, dass das NS-Volkswohlfahrtsamt Daten an Ärzt:innen weitergab, auf deren Basis wiederum über eine Zwangssterilisierung entschieden wurde. Im Zuge der angeblichen Fürsorge um Kinder und Jugendliche beteiligte sich die NS-Volkswohlfahrt und deren Unterabteilung ›NSV-Jugendhilfe‹ an Praktiken der Kontrolle des Gesundheitszustandes junger Menschen. Hierbei machte sie sich der Aussonderung von Jugendlichen schuldig, die im Sinne der NS-Maxime als nicht gesund oder leistungsstark genug galten. Dabei arbeitete die NSV eng mit Einrichtungen der HJ zusammen, indem sie beispielsweise Meldung über angeblich ›auffällige‹ Jugendliche an die Sozialstelle des zuständigen HJ-Bannes weitergab.¹⁵ Kinder und Jugendliche bildeten somit eine Bevölkerungsgruppe, die in großem Ausmaß in das Netz des NS-Gesundheitswesens eingebunden war. Vermutlich befand sich im ›Thüringer Ärztehaus‹ auch die Dienststelle des Gebietsarztes der HJ, zumindest ist diese Position für den Vorgängerstandort in der damaligen Carl-Alexander-Allee in Weimar dokumentiert.¹⁶ Auch die Ärzt:innen der HJ spielten innerhalb der Strukturen zur Überwachung jugendlicher Körper und deren Selektion bei angeblichen gesundheitlichen Störungen sowie hinsichtlich militärischer Kriterien eine enorme Rolle.¹⁷

Der Deutsche Reichsbund für Leibesübungen (DRL) für den Gau VI Mitte

Die im Januar 1934 ausgerufene Gründung des sogenannten Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen ließ bereits erkennen, welche bedeutende Rolle dem Sport für die Körper- und Gesundheitspolitiken des NS zukam. Vor diesem Hintergrund ist der Zeitpunkt der Einrichtung der ersten Dienststellen im ›Thüringer Ärztehaus‹ – im Sommer 1936 – nicht uninteressant: Etwa zeitgleich fanden in Berlin die Olympischen Sommerspiele und damit *das* nationalsozialistisch inszenierte Sportereignis statt. Der Arzt Wilhelm Möller, der zum Zeitpunkt der ein halbes Jahr später stattfindenden offiziellen Einweihung des ›Thüringer Ärztehauses‹ die Funktion des ›Gauführers‹ des DRL innehatte, glorifizierte den verordneten Zwang zur Disziplinierung des Körpers als »Allheilmittel der Gesunden«. ¹⁸ Unmissverständlich gab Möller zu erkennen, dass er die damalige Kurthstraße 11 als »Ausgangspunkt und Zentrale der Ueberwachung des

Gesundheitszustandes im thüringischen Lande«¹⁹ ansah und das Gauamt des DRL dabei als federführende Instanz verstand. Doch genauso, wie der DRL die sogenannte Leibesübung zur Alltagspraxis der nicht-verfolgten Bevölkerung erklärte, schränkte er auf der anderen Seite das Handlungsfeld derjenigen Sportler:innen, Vereine und sportlich Interessierten massiv ein, die im NS rassistisch, politisch oder anderweitig verfolgt wurden. Prinzipiell war es Vereinen möglich, einen Beitrittsantrag zu stellen. Da jedoch die Satzung auf NS-Prinzipien beruhte und sowohl über die Aufnahme als auch über den Ausschluss der Führer des DRL entschied, wurden jüdische, sozialdemokratische, marxistische und kirchliche Sportvereine ausgeschlossen. Die betroffenen Vereine hatten keinerlei Möglichkeiten, materielle oder finanzielle Unterstützung in Anspruch zu nehmen und wurden zusätzlich von den NS-Massenorganisationen, wie zum Beispiel der oben erwähnten DAF und der ihr angegliederten sogenannten Kraft-durch-Freude-Organisation, buchstäblich vom Platz vertrieben.

Die Gaugeschäftsstelle der Deutschen Sporthilfe

Zu dieser Institution und ihrem Handeln im Nationalsozialismus konnten bisher keine aussagekräftigen Ergebnisse herausgearbeitet werden.

Der Beauftragte des Reichssportführers für den Gau Mitte

Die Position des Beauftragten des Reichssportführers war eng verknüpft mit dem oben erwähnten Reichsbund für Leibesübungen. Zum Zeitpunkt der Einweihung des sogenannten Thüringer Ärztehauses war Dr. med. Wilhelm Möller der Gaubeauftragte des Reichssportführers, Hans von Tschammer und Osten. In dieser Position war er befähigt, sogenannte blaue Anerkennungsscheine auszustellen – und zu verweigern –, die festlegen sollten, welche Akteur:innen des Sports als Sportverein anerkannt wurden.²⁰ Wie bereits aufgezeigt, wurden in diesem Zusammenhang insbesondere jüdische, konfessionelle und marxistische Sportvereine entrechtet.

Der Landesverband Thüringen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und der Thüringer Landes-Männerverband des DRK

Im NS entwickelte sich das DRK, ehemals als Wohlfahrtsverband konzipiert, zur Sanitätshilfstruppe der Wehrmacht. In der massenhaften Ausbildung von Laienkräften für Aufgaben im Kontext des Krieges richtete sich das DRK in besonderem Maße an junge Menschen – und stand aus diesem Grund in Konkurrenz mit NS-Jugendorganisationen wie der HJ und dem BDM. Frauen waren als sogenannte Schwesterhelferinnen im Netz des Heeresanitätsdienstes tätig, männliche DRK-Mitglieder waren mit vielfältigen Aufgabenfeldern in die Sanitätskolonnen eingebunden. Die Beteiligung des DRK an den Verbrechen des Nationalsozialismus – insbesondere im Kontext des Krieges, der Zwangsarbeit und der ›Euthanasie‹-Morde – wurde nach eigenen Aussagen des DRK »in der Forschung lange vernachlässigt und vom DRK verdrängt [...]«. ²¹ Eine

¹⁵ Vgl. Beddies, Du hast die Pflicht, gesund zu sein, wie Anm. 8, hier: S. 63.

¹⁶ Dittmar, Ärztehaus Thüringen, wie Anm. 7, hier: S. 10.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 62.

¹⁸ »Landeshauptstadt Weimar«, in: Thüringer Gauzeitung, Nr. 7 (1937), o. S.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Dieses bürokratische Medium wird erwähnt in: Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (i. F. zit. als: LATH – HStA Weimar), Thüringisches Ministerium des Innern, E 226, Schreiben des Beauftragten des Reichssportführers für den Bezirk 1 des Gau VI (Mitte) an Herrn Ministerialrat Klipp, 19. Dezember 1935, Bl. 37.

²¹ »Literatur zur Geschichte des DRK. DRK im Nationalsozialismus (1933–1945)«, <https://www.drk.de/presse/mediathek/publikationen-und-literatur/literatur-zur-geschichte-des-drk/#c59336/> [Stand: 23.08.2023].

vom DRK-Präsidium finanzierte Studie zur Rolle des DRK im NS, die 2008 veröffentlicht wurde, kann als erster öffentlichkeitswirksamer Schritt in Richtung einer kritischen Reflexion angesehen werden.²²

Ab 1939/40: das Ärztliche Bezirksgericht Thüringen der Reichsärztekammer²³

Auf Basis der Verordnung über »Ordnungsstrafen im Ärzteswesen« wurde es der thüringischen Ärztekammer möglich, Ärzt:innen und Apotheker:innen, von denen die Nationalsozialist:innen behaupteten, sie hätten »Verstöße gegen den Geist der Volksgemeinschaft« begangen und »unsoziales Verhalten« gezeigt, Ordnungsstrafen bis zu einer Höhe von 1.000 Reichsmark aufzuerlegen. Infolge der Gesetzesverschärfung liefen beispielsweise Ärzt:innen, die einen Schwangerschaftsabbruch bei nicht-verfolgten Schwangeren vornahmen, nicht nur Gefahr, eine Geldstrafe zahlen zu müssen, sondern darüber hinaus das Berufsverbot ausgesprochen zu bekommen. Auch bei vielen der vor dem Ärztlichen Bezirksgericht Thüringen abgewickelten Fälle dürfte es sich darum gehandelt haben, dass ein Arzt oder eine Ärztin einen Schwangerschaftsabbruch bei einer Person durchgeführt hatte, die von den Nationalsozialisten als »erbgesund« gelesen wurde und damit in ihren Augen als Gebärmittel zur Verfügung zu stehen hatte. Diese Annahme stützt unter anderem ein Schreiben, in dem eindringlich darauf hingewiesen wird, dass dem Ärztlichen Bezirksgericht Thüringen 100 bisher unbearbeitete Anträge auf Durchführung eines berufsgerichtlichen Verfahrens vorlägen, die beschleunigter Behandlung bedürfen, weil »es sich bei einer Anzahl von ihnen um besonders schwere Verfehlungen bzgl. – Abtreibungen – handelt, die voraussichtlich dem ärztlichen Bezirksgericht Veranlassung geben werden, die Unwürdigkeit der Beschuldigten zur Ausübung des ärztlichen Berufes festzustellen.«²⁴ Die genaueren Umstände, wer sich dieser Anschuldigung aussetzen musste und wer den Vorwurf eingereicht hatte, konnten bisher nicht rekonstruiert werden. Dokumentiert sind immerhin einige Namen derjenigen, die als Mitglied des Ärztlichen Bezirksgerichts vorgeschlagen oder gewählt wurden.²⁵

²² Birgitt Morgenbrod, Stephanie Merkenich: Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur 1933–1945, Paderborn 2008.

²³ Dieser Abschnitt ist in gekürzter und leicht geänderter Form einer Informationsbroschüre der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen entnommen. Vgl. Lilli Hallmann, Thomas Schröter: Das ehemalige Ärztehaus Thüringen als Zeugnis nationalsozialistischer Indoktrination und Schuldverstrickung der Thüringer Ärzteschaft in den 1930er Jahren, Informationsbroschüre der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen [im Druck], S. 25–26. Der Beitrag entstand im Rahmen der neunten Ausschreibung des Herbert-Lewin-Preises, einem u. a. von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung ausgeschriebenen Forschungspreis zur Rolle der Ärzteschaft in der NS-Zeit.

²⁴ LATH – HStA Weimar, Thüringisches Ministerium des Innern, E 801, Schreiben an den Herrn Staatssekretär, 23. Oktober 1937, Bl. 231 recto und verso. Das Schreiben ist – mit Ausnahme des Wortes »Abtreibungen« – maschinell erstellt. Das Wort »Abtreibung« wurde von Hand mit Tinte ergänzt.

²⁵ Siehe z. B. LATH – HStA Weimar, Thüringisches Ministerium des Innern, E 801, Bl. 167. Zudem existieren einige Tätigkeitsberichte, siehe ebd., Geschäftsbericht des Ärztlichen Bezirksgerichts Thüringen für das Geschäftsjahr 1940, 18. Januar 1941, Bl. 276, sowie ebd., Geschäftsbericht des Ärztlichen Bezirksgerichts Thüringen für das Geschäftsjahr 1941, 10. Januar 1942, Bl. 281.

Ab 1939/40: das Tierärztliche Bezirksgericht Thüringen²⁶

Nationalsozialistisches Täterhandeln ereignete sich auch im Umfeld der Tierärztlichen Bezirksgerichte. Das »Thüringer Ärztehaus« beherbergte ab 1939 das Tierärztliche Bezirksgericht Thüringen. Die geführten Verfahren richteten sich vermutlich insbesondere gegen jüdische Tierärzt:innen, da das am 1. Februar 1934 eingeführte sogenannte Reichstierschutzgesetz nicht nur völkisch-nationalistisch, sondern insbesondere antisemitisch konnotiert war.

Politische Relevanz des »Thüringer Ärztehauses« im NS-Gau Thüringen

Wie lassen sich diese Institutionen und ihr Sitz im sogenannten Ärztehaus in Weimar politisch in einem größeren Rahmen verstehen? Das Gebäude zentralisierte unter dem NS-ideologischen Gesundheitsbegriff Institutionen, die die Bevölkerung kontrollierten, disziplinierten und an Entrechtung, »Euthanasie« und Mord beteiligt waren. Als Standort bürokratischer Institutionen war es lange Zeit nicht im Fokus der fachlichen wie der allgemeinen Öffentlichkeit. Und das, obwohl dem Gebäude während des NS große Bedeutung zugeschrieben wurde und die Institutionen mittels bürokratischer Praktiken in starker Ausprägung zu Ausgrenzung und Verfolgung beitrugen und ein Netz ausbildeten, das andere logistische Operationen ermöglichte.

Bereits im Sommer 1936 wurden die ersten Dienststellen eingerichtet, bevor am 9. Januar 1937 durch Richard Rohde, den Amtsleiter der Kassenärztlichen Vereinigung, Landesstelle Thüringen, die offizielle Einweihung des Gebäudes erfolgte. Dass diesem Ereignis große Bedeutung beigemessen wurde, zeigt sich allein daran, dass der »Reichsärzteführer« Gerhard Wagner die Eröffnungsrede hielt. An der Realisierung der Einweihung waren darüber hinaus mehrere bekannte lokale Akteure beteiligt. So stellte das Nationaltheater ein Musikpodium zur Verfügung, das Reitz-Quartett sorgte für musikalische Unterhaltung. Die Fotos für die Einladungskarten fertigte das namhafte und heute noch bestehende *Fotoatelier Louis Held* an.²⁷

Sowohl in Wagners Rede als auch in der mit der Einweihung verbundenen »Arbeits-tagung der thüringischen Ärzteschaft« wurde deutlich kommuniziert, auf welcher Basis die Umstrukturierung des Gesundheitswesens im NS-Gau Thüringen weiter vorangetrieben werden sollte. Für die Bevölkerung bedeutete die nationalsozialistische Durchdringung des Gesundheitswesens und die Durchdringung der Gesellschaft *durch* die Organisationen dieses »Gesundheitswesens« – was dezidiert auch die nicht-verfolgten Personen und Personengruppen betraf –, fortwährend in Praktiken der Gesundheitsüberwachung und des Appells zur Optimierung der eigenen, auf Reproduktion, Arbeitskraft und militärischen Einsatz zielenden körperlichen Verfasstheit eingebunden zu sein.

Die NS-Institutionen des »Thüringer Ärztehauses«, die an der Manifestation einer derartigen Gesundheitspolitik mitwirkten, behielten bis 1945 ihre Dienststelle in der damaligen Kurthstraße 11. Folglich hielten sie ihr Handeln sogar – oder gerade – während des Krieges

²⁶ Der Abschnitt zum Tierärztlichen Bezirksgericht Thüringen entstammt folgendem Beitrag: Hallmann, Schröter, Das ehemalige Ärztehaus Thüringen, wie Anm. 22, hier: S. 26.

²⁷ Auf Nachfrage gab der heutige Inhaber des Fotoateliers an, dass diesbezüglich keine Fotografien archiviert seien.

aufrecht, lediglich die Öffnungszeiten wurden verkürzt und die Ärzte-Bürokraten und Angestellten wurden zu materieller Sparsamkeit aufgerufen.²⁸

Noch Ende März 1945 gewann das ›Ärztelhaus Thüringen‹ innerhalb des nationalsozialistischen Täternetzwerkes nochmals an Bedeutung. So sollten zunächst zehn »Gefolgschaftsmitglieder der Reichsführung« – Berlin erschien den Tätern aufgrund »ständiger Luftangriffe«²⁹ nicht mehr sicher genug – im Weimarer ›Ärztelhaus‹ sowohl dienstlich als auch privat untergebracht werden. Mit diesem Schritt beabsichtigte die NS-Politik, die Tätigkeit von »Dienstabteilungen, die besondere kriegswichtige Aufgaben zu erledigen haben«,³⁰ zu gewährleisten. Die wenigen Dokumente, die zu diesem Vorgang überliefert sind, führen vor Augen, dass die Akteure des ›Thüringer Ärztelhauses‹ bis zuletzt an ihrer eigenen Überhöhung im Sinne des NS-Gesundheitswesens mitwirkten, indem sie einer Bagatelle äußerste Priorität einräumten.³¹

Nutzungsverhältnisse nach 1945

Nach der Befreiung Thüringens vom Nationalsozialismus durch das US-amerikanische Militär im April 1945 wurde das Gebäude im Zuge der Besetzung Weimars durch die sowjetische 8. Gardearmee von der Sowjetischen Militäradministration beschlagnahmt. Es folgte eine Zeit des Disputs um Besitzverhältnisse und Nutzungsansprüche. Der Enteignungsprozess der KVD und Ärztekammer als ehemalige nazistische Organisationen ist unzureichend dokumentiert. Die Aktenlage ist lückenhaft, weshalb eine vollständige Rekonstruktion dieser Vorgänge nicht möglich ist. Bekannt ist, dass die thüringische Ärzteschaft darum bemüht war, das Gebäude als »Kulturhaus, Ärzteschule und Internat«³² zu nutzen. Vorbehalte gegenüber dem Standort – der soeben noch als bürokratischer Täterort fungiert hatte – schien es dabei nicht gegeben zu haben. Mit Fritz Daumann und Karl Möschler beeinflussten sogar zwei Ärzte maßgeblich die Neustrukturierung der thüringischen Ärzteschaft, die im NS offenkundig in nationalsozialistischen Organisationen aktiv gewesen waren.³³ Ab 1949 bespielten verschiedene Akteur:innen der Deutschen Demokratischen Republik das ehemalige sogenannte Thüringer Ärztelhaus. So wurde es vorübergehend durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) genutzt, bevor es ab 1953 als *Bezirksparteischule Otto Grotewohl* der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) fungierte. In diesem Zuge wurden Umbaumaßnahmen innerhalb des Gebäudes vorgenommen, um Übernachtungsmöglichkeiten für die Schulungsteilnehmenden zu schaffen.

28 So veranlasste Richard Rohde im Frühjahr 1940 in Bezug auf das Durchschreibeverfahren bei Krankenscheinen, dass »wegen des zur Zeit bestehenden Mangels an Kohlepapier den Krankenscheinen kein Kohlepapier mehr beigefügt wird.« Stattdessen sollten die Ärzt:innen das Kohlepapier aus den Krankenscheinen des abgelaufenen Vierteljahres herausnehmen und verwenden, siehe »Bekanntmachungen der KVD, Landesstelle Thüringen«, in: Ärzteleblatt für Mitteldeutschland. Nachrichten der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, Landesstelle, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und der Ärztekammern in diesen Bezirken, Nr. 7 (1940), S. 73.

29 Archivbestand KV Thüringen, Schreiben der Reichsärztekammer Ärztekammer Thüringen an den Bürgermeister von Bad Berka, 26. März 1945, o. S.

30 Ebd. Ob die angekündigte Unterbringung der Reichsregierungsmitglieder umgesetzt wurde, konnte bisher nicht abschließend geklärt werden.

31 Dieser letzte Absatz des Unterkapitels *Politische Relevanz des ›Thüringer Ärztelhauses‹ im NS-Gau Thüringen* ist in leicht gekürzter Form folgendem Text entnommen: Hallmann, Schröter, Das ehemalige Ärztelhaus Thüringen, wie Anm. 22, hier: S. 27.

32 Archivbestand der KV Thüringen.

33 Vgl. hierzu Reyk Seela: Die Ärzteschaft in Thüringen. Eine Vereins- und Standesgeschichte, Jena 2000, S. 221.

Ab 1972 nutzte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) die Räumlichkeiten als Schulungsstätte. Fast zwanzig Jahre später, im Oktober 1990, mietete die neu gegründete Kassenärztliche Vereinigung Thüringen (KVT) Räume in der damaligen Erich-Weinert-Straße an. Kurz darauf stellte der KVT e.V. einen Antrag auf Rückübertragung. Nur wenige Jahre später erfolgte dann die offizielle Rückübertragung an die nach bundesdeutschem Vorbild neu gegründete Thüringer KV. In den 1990er-Jahren begann auch die die architekturhistorische Auseinandersetzung mit dem Gebäude.³⁴ Seit 1997 ist die Bauhaus-Universität Weimar Mieterin des Gebäudes, die Räumlichkeiten werden seitdem von der Fakultät Medien genutzt.

Das Projekt *Die Geschichte der Bauhausstraße 11*

Bleiglasfenster- und Deckengestaltung als Zeugnisse nationalsozialistischer Vergangenheit

Letztlich waren es die irritierende Ästhetik und die omniprésente Atmosphäre der Fenster im Treppenhaus, die den Anstoß zur intensiven Auseinandersetzung mit der Gebäudegeschichte gaben. Ein zentraler Ansatzpunkt des Projektes ist es daher, die ästhetischen und architektonischen Elemente des NS einer kritischen Rahmung zuzuführen. Neben baulichen Auffälligkeiten wie dem angespannten ›Führerbalkon‹ → **Klemstein: unbequemes Denkmal?** ist die Gestaltung der Fenster ein deutliches Zeugnis der Nutzungsgeschichte. Augenfällig äußert sich in den Fensterelementen die Idealisierung eines imaginierten ›erbgesunden‹ Körpers sowie die NS-Geschlechterpolitik. Sie zeigen, dass Medizin im NS nicht Heilung, sondern Ideologie war – und dass Medizin nicht losgelöst von anderen Herrschaftsbereichen des Nationalsozialismus gesehen werden kann.

Über zwei Etagen verteilen sich hier insgesamt acht große Fenster, die sich jeweils aus durchschnittlich 48 kleinen Glasscheiben zusammensetzen. In insgesamt 26 der durch die Holzrahmung geschaffenen Felder befinden sich figurative, zum Teil symbolhafte Darstellungen → **Hallmann, Noeske: Bleiglasfenster**. Das Glas fungiert dabei als Trägermedium, um eine scheinbar schlüssige Geschichte zu erzählen und den Nationalsozialismus als Folge historischer Ereignisse zu verewigen. Teil dieser Erzählung sind auch Figuren, die hier im Sinne der NS-Programmatik interpretiert werden, etwa Paracelsus. Doch handelt es sich eben nicht um eine Geschichte im klassischen Sinne, mit einem klar erkennbaren Anfang und einen ebenso deutlichen Schluss. Vielmehr werden in ungefähr der Hälfte der Darstellungen, die sich vom Unter- bis zum Obergeschoss verteilen, historische Bezüge auf zum Teil eklektische Weise angedeutet.³⁵ Die nationalsozialistische Perspektive auf nordische Mythologie, das Mittelalter oder bäuerliche Traditionen stehen neben visuellen Anspielungen auf die Antike oder die wissenschaftlich-medizinische Moderne. Es handelt sich folglich weniger um eine Geschichte der Medizin, als um eine Nähe von Geschichte und anderen kulturellen und sozialen Institutionen, die auch verdeutlicht, wie stark in der Gestaltung der ursprüngliche Ort Medizin als alle gesellschaftlichen

34 Am umfangreichsten nach wie vor bei Karina Loos: »Die Inszenierung der Stadt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus in Weimar«, Dissertationsschrift (Bauhaus-Universität Weimar 2000), <https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.48> [Stand: 01.09.2023].

35 Vgl. Lilli Hallmann: »Die Treppe ins Archiv? Zum Umgang mit NS-Kunst in öffentlichen Gebäuden am Beispiel des Treppenhauses der Bauhausstraße 11 in Weimar«, in: Maja Brodrecht, Simona Noreik, Jörg Paulus (Hrsg.): Ästhetiken und Materialitäten des Übergangs und des Übertragens, Basel/Berlin 2023, S. 129–148.

Bereiche durchdringend verstanden wurde. Der ideologische Komplex Gesundheit artikuliert hier seinen Herrschaftsanspruch. Neben legitimierenden und sinnbildenden Elementen in der überwiegend in hellen und kühlen Farben gestalteten Fensterfront findet sich auch der Versuch, Widersprüchliches und Heterogenes – von der Mythologisierung von Runen und Heilsteinen zur modernen Medizingeschichte – durch die episodenhafte Anordnung aufeinander zu beziehen und in Einklang zu bringen. Dieser Konzeption einer vermeintlichen Kontinuität von der nordischen Kultur bis hin zur nationalsozialistischen Gegenwart liegt das Motiv der Überzeitlichkeit zugrunde. Neben dem darin erkennbaren Germanenkult finden sich Bezüge zur nationalsozialistischen ›Blut-und-Boden‹-Ideologie, mit der die Konstrukte ›deutsche Siedlung‹ und ›deutsches Volk‹ begründet werden sollten, zum Beispiel sichtbar in Motiven von bäuerlichen Siedlungsarchitekturen. Letztlich waren auch diese Siedlungsstrukturen daran beteiligt, die Vernichtung Anderer zu legitimieren. Die Fensterfront verstehen wir als Medium, das Medizin als Masternarrativ von Geschichte, Bevölkerung und Siedlung etabliert und dabei auch in Spannung zueinander stehende Medizinverständnisse, die sich zum Zeitpunkt der Errichtung auch innerhalb der NS-Ideologie in Widerstreit befanden, verbinden will.

Zu den ebenfalls heute noch sichtbaren Spuren nationalsozialistischer Ästhetik zählen die aufwendig bemalten Holzbalkendecken eines Raumes im zweiten Obergeschoss. Wie aus den Plänen des Architekten Georg Schirrmeyer hervorgeht, befand sich an dieser Stelle die Kantine für die Mitarbeitenden des ›Thüringer Ärztehauses‹. Unter der heutigen Nutzerin des Gebäudes, der Bauhaus-Universität Weimar, wurden hier bis zu den Sanierungsmaßnahmen im Jahr 2022 studentische Abschlussarbeiten archiviert. Bis dato gibt es in diesem Raum keinen kritischen, schriftlichen Kommentar – was jedoch nach Wiedereinzug der Fakultät Medien und der damit verbundenen Neubespielung der Räumlichkeiten nachgeholt werden soll.



Abb. 1: Deckengestaltung in der ehemaligen Kantine, Bilder: Ivana Buhl.

Jetzt schon mag das Holzgebälk heutige Gebäudenutzer:innen irritieren – ist dies doch der einzige geschlossene Raum im gesamten Gebäude, der eine Bemalung aufweist, die sich noch dazu auffällig über die gesamte Decke des Raumes erstreckt.³⁶ Vermeintlich harmlos erscheinen beispielsweise die Tierdarstellungen wie die eines Wildschweins, eines Pferdes oder eines Auerhahns. Außerdem werden scheinbar aussagelose Linien und Ornamente, wie etwa ring- oder wellenförmige Muster, aber auch kleine, ›verspielte‹ Elemente wie die in Grün gehaltenen Herzen verwendet. Auch wenn – oder gerade, weil – die Verzierungen auf den ersten Blick naiv und künstlerisch eher anspruchslos wirken, sollten sie hinsichtlich ihrer Bedeutung für das ›Thüringer Ärztehaus‹ genauer befragt werden.

Die nationalsozialistisch gesinnte Thüringer Presse beschrieb anlässlich der Fertigstellung des sogenannten Ärztehauses die Gestaltung der Kantinendecke als »Motive derber alter deutscher Volkskunst in Ornament und Tierfiguren in lustigen bunten Farben [...]«. ³⁷ Derartige vermeintlich harmlose, zwischen Architektur und Kunst angesiedelte Gestaltungselemente sollten und konnten eine große Rolle innerhalb der völkisch-nationalsozialistischen Ideologie einnehmen → **Beck: Völkische Zeichen**. Demzufolge wurde die bäuerlich-volkstümliche Motivik der ›Ärztehaus‹-Kantine im Sinne der nationalsozialistischen ›Sinnbildforschung‹ genutzt, um »als Ausdruck vermeintlich uralter nordisch-germanischer Volksüberlieferung gedeutet [zu werden]« → **Beck: Völkische Zeichen** – womit eine deutliche Parallele zur Funktion der Treppenhause Fenster erkennbar wird. Vor diesem Hintergrund können dann auch die zunächst womöglich als kleine Äste gelesenen Darstellungen nicht mehr als bloße Dekoration angesehen werden. Vielmehr stellen sie eine NS-ideologisch motivierte Imitation und Umdeutung des germanischen Schriftzeichens Y (Elhaz-Rune) dar. Im Kontext der nationalsozialistischen Gesundheitsideologie wurde dieses von zahlreichen NS-Massenorganisationen als Emblem genutzt und sollte dabei als ›Lebensrune‹ verstanden und kommuniziert werden. Insofern müssen auch der ehemalige Kantinenraum und die Art und Weise, wie dieser ursprünglich konzipiert war,³⁸ als mediales Gefüge in den Blick genommen werden, das an der ideologischen, menschenverachtenden Indienstnahme von Gesundheit mitwirkte.

An dieser Stelle werden lediglich zwei Gestaltungselemente des ehemaligen Thüringer Ärztehauses in den Blick genommen, um die ästhetische Funktion innerhalb der damaligen bürokratischen Schaltzentrale der thüringischen NS-Gesundheitspolitik zu exemplifizieren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, weiteren Überlegungen zum Zusammenhang von

³⁶ Ursprünglich muss auch die Holzbalkendecke der sogenannten Wandelhalle – der von der Eingangshalle zum Versammlungsraum führende Flur – über eine von dem Künstler Jürgen Wegener vorgenommene Bemalung verfügt haben. Vermutlich wurden diese Gestaltungselemente jedoch zu DDR-Zeiten übermalt. Weshalb mit der Deckengestaltung der ehemaligen Kantine nicht auf gleiche Weise verfahren wurde, bleibt ungeklärt.

³⁷ Dittmar, Ärztehaus Thüringen, wie Anm. 7, hier: S. 11.

³⁸ So muss dem damaligen Kantinenraum insgesamt ein großes Augenmerk gegolten haben: Laut den Erstellungskosten des ›Ärztehauses‹ war die Wand (vermutlich etwa hüfthoch) mit Holz verkleidet, der Boden als Parkett ausgeführt. Auch die Vergabe der Aufträge an nicht unbekanntene Künstler – in diesem Fall war Hans Kämpfe, für den sich Gropius Anfang der 1920er-Jahre als Werkstattleiter am Staatlichen Bauhaus in Weimar interessiert hatte, mit Bildhauerarbeiten beteiligt – deutet auf den hohen Stellenwert hin, den der Raum für die thüringische NS-Ärzteschaft einnahm. Zu Kämpfes Bewerbung am Staatlichen Bauhaus Weimar siehe Hauptstaatsarchiv Weimar, Staatliches Bauhaus Weimar, Nr. 115, Bl. 200. Online einzusehen unter Archivportal Thüringen, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:urmel-a2a0237f-d006-4040-8190-4bcfb4c5c24d1> [Stand: 11.08.2023]. Vgl. auch ebd., Nr. 123, Bl. 32. Online einzusehen unter Archivportal Thüringen, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:urmel-f7ef65e5-9624-4615-83b7-c06f69fa071d5> [Stand: 11.08.2023].

NS-Ästhetik und bürokratischem Täterhandeln im Kontext der ehemaligen Kurthstraße nachzugehen → **Hallmann: Bürokratie und Ästhetisierung**. Dabei stellt sich nicht zuletzt die Frage, inwiefern auf der Basis einiger weniger Archivalien, die Auskunft über die ursprüngliche NS-ideologische Gestaltung von Räumen innerhalb des »Ärztehauses« geben, die einstige ästhetische Bedeutung erkundet werden kann. Möglicherweise sind in diesem Kontext neben theoretischen Auseinandersetzungen auch künstlerische Mittel gewinnbringend → **Hallmann: Bürokratie und Ästhetisierung**. Letztere sehen sich wiederum mit der Aufgabe konfrontiert, die einst durch die Gestaltung spezifischer Räume des »Ärztehauses« evokierte Atmosphäre(n) auch dekonstruieren zu müssen.

Genese des Forschungsprojektes *Die Geschichte der Bauhausstraße 11*

Rund 20 Jahre hat es gedauert, bis es seitens der Bauhaus-Universität Weimar im Allgemeinen und der Fakultät Medien im Besonderen erste Bestrebungen gab, sich der belasteten Geschichte des Gebäudes zu widmen. Nachdem das Gebäude in den 1990er-Jahren Gegenstand architekturhistorischer Forschungen war, kontextualisierte ein 2017 bis 2018 im Masterstudiengang Urbanistik durchgeführtes Forschungsprojekt das Gebäude erstmals als ein durch die Universität genutztes Gebäude, an dessen NS-Vergangenheit nicht erinnert wird.³⁹ Ebenfalls im Jahr 2018 begannen Studierende und Lehrende der Medienwissenschaft und anderer Disziplinen nach einem Aufruf des Wissenschaftlichen Mitarbeiters Nicolas Oxen, die Geschichte des Gebäudes und seiner Nutzung aufzuarbeiten. Es fanden erste Gespräche der Initiative mit der Fakultätsleitung und der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen bezüglich einer nachhaltigen Strategie der Erinnerungsarbeit rund um das Gebäude statt.

Im Rahmen des interdisziplinären Studienmoduls *Intervention und Erinnerung. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von NS-Architektur an der Bauhaus-Universität und in Weimar* wurden im Wintersemester 2019/20 die Leerstellen, die das Gebäude aufruft, weiter erforscht. Es entstanden Seminar- und Abschlussarbeiten, die unter anderem das Bildprogramm der Treppenhausfenster, die Institutionsgeschichte oder die Rolle von Archivalien für den Aufarbeitungsprozess thematisierten. Darüber hinaus erarbeiteten die Studierenden eine temporäre Informationstafel, die im Foyer aufgestellt wurde und die erste Rechercheergebnisse transparent machte.

Ein weiteres Ergebnis des Studienmoduls war die Sichtbarmachung der eingangs genannten NS-Verwaltungsorganisationen, die ursprünglich im Gebäude ansässig waren. Indem die Namen der Institutionen auf die Setzstufen der Haupttreppe angebracht wurden, erfuhr die zur Gewohnheit gewordene und damit zumeist unreflektierte Bewegung durch das Treppenhaus eine Irritation. Bewusst irritieren wollte auch der Akt der temporären Verhüllung der Fenster durch transparente Plastikfolien, der von einer Studierendengruppe durchgeführt wurde. Diese Form der Intervention machte darauf aufmerksam, wie stark Gebäudenutzer:innen in die Geschichte des Hauses verfangen waren – und sind – und dass Sichtbarkeit und Unsichtbarmachung von der täglichen Wahrnehmung abhängen. Nicht zuletzt appellierte die vorübergehende Verhüllung der Fenster daran, dass sich eine zukünftige Gestaltung von

Erinnerungsmedien auch mit der Lenkung der Wahrnehmung im Gebäude auseinandersetzen muss, mit ihrer immer noch teils wirksamen – wenn natürlich in anderen historischen Kontexten stehenden – Ästhetik.



Abb. 2: Studentische Intervention: temporäre Verhüllung der Treppenhausfenster, Bilder: Natalia Chávez Hoffmeister.

Nochmals wurde die Dringlichkeit deutlich, an diesem Ort die Diskussion zu führen, wie eine nachhaltige, eindeutige und trotzdem mehrdimensionale und komplexe Form des Erinnerens aussehen kann. Die aus diesen Überlegungen resultierenden Stationen werden aktuell mit der Unterstützung der Grafikerin Anne Genkel umgesetzt und werden in Entwurfsform in diesen Band integriert.

Forschungs- und Vermittlungsprojekt

Aufbauend auf den Vorarbeiten der Studierenden (siehe Danksagung) und in Gesprächen mit der Hochschulleitung und der Gebäudeeigentümerin entstand die Idee, ein Forschungs- und Vermittlungsprojekt durchzuführen. Im September 2020 wurde der Antrag durch die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen bewilligt, eine Projektstelle für den Zeitraum von 2021 bis 2023 einzurichten.⁴⁰ Zu den Anliegen des Forschungsprojektes gehörte zunächst die nähere historische Aufarbeitung der Gebäudegeschichte und der in ihm ansässigen Institutionen sowie die überfachliche und außeruniversitäre Vermittlung in Rundgängen und an Jahrestagen. Daneben galt es, ein Konzept für die Markierung des Ortes als NS-Täterort zu erarbeiten und dieses gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen sowie der Fakultät Medien zur Realisierung zu bringen.

³⁹ Jannik Noeske, Fabrizio Suma, Luisa Weiß: »Aneignung und Auseinandersetzung. Gebäude der Bauhaus-Universität Weimar in der NS-Zeit: Gauforum, Ärztehaus, Rasseamt und Ghettohaus«, in: Max Welch Guerra (Hrsg.): Die Bauhaus-Universität Weimar und die politische Geschichte hinter ihrem Städtebau, Weimar 2018, S. 114–125.

⁴⁰ Projektleitung: Julia Bee, (ehem. Professur für Bildtheorie), seit Sommer 2022: Jörg Paulus; Projektstelle: Lilli Hallmann; Wissenschaftliche Mitarbeit: Franziska Klemstein, Jannik Noeske; studentische Mitarbeit: Ivana Buhl (Dokumentation, Recherche), Anne Genkel (Grafik, Homepage, Öffentlichkeitsarbeit).

Innerhalb der Projektlaufzeit zeichnete sich alsbald ab, dass sich eine breite Öffentlichkeit für die problematische Gebäudenutzung und -gestaltung sowie die damit einhergehende Frage nach einer adäquaten Aufarbeitung interessierte. Die Relevanz des Themas konnte insbesondere an der Fakultät Medien, aber auch darüber hinaus in weiteren universitären Bereichen verdeutlicht werden. Die positive Resonanz war unter anderem im Rahmen der öffentlichen Rundgänge erkennbar, an denen neben zahlreichen Studierenden und Mitarbeitende unterschiedlicher Fakultäten auch externe Interessierte teilnahmen, darunter Mitarbeiter:innen des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege Erfurt oder die Weimarer Stadtführer:innen. Darüber hinaus gab es auch mit anderen geschichtspolitischen Akteur:innen in Weimar – wie der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora oder dem Geschichtsverein Lernort Weimar e. V. – einen regen fachlichen Austausch zum Gebäude.

Meilenstein: Die Tagung *Erinnern gestalten. Orte der NS-Medizinverbrechen*

Ende September 2022 konnte die Tagung *Erinnern gestalten* in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen und mit internationaler Beteiligung realisiert werden. Im Rahmen der zweitägigen Konferenz kamen Forscher:innen verschiedener Disziplinen im Audimax der Bauhaus-Universität Weimar zusammen, um über Formen und Praktiken von Täterschaft im Kontext der NS-Gesundheitspolitik zu debattieren, aber auch, um über Formate des Erinnerns an im Namen des NS-Gesundheitswesens begangene Verbrechen nachzudenken. Vor dem Hintergrund des späten Einsetzens der wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Gebäuden, die heute von der Bauhaus-Universität Weimar bespielt werden, stellt die Tagung *Erinnern Gestalten: Orte der NS-Medizinverbrechen* einen Meilenstein auf dem Weg zu einer aktiven Erinnerungskultur an der Universität dar. Das Datum der Tagung war bewusst gewählt: Am 30. September 2022 jährte sich zum 84. Mal der Tag, an dem im damaligen ›Deutschen Reich‹ jüdischen Ärztinnen und Ärzten die Approbation entzogen wurde.

Analog zu den am Forschungsprojekt beteiligten Disziplinen wurde auch mit der Tagung eine interdisziplinäre Perspektive verfolgt, um sowohl die Charakteristika des Standortes Weimar als auch das Netzwerk der NS-Medizintäterschaft in Thüringen sowie Praktiken der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik an weiteren Täterorten im ehemaligen ›Deutschen Reich‹ nachzeichnen zu können. Aus diesem Grund versammelte die Tagung Medienwissenschaftler:innen, Historiker:innen sowie Akteur:innen der Geschichtsvermittlung und Erinnerungspolitik. Das Symposium bot die Möglichkeit, den im Forschungsprojekt gesetzten Fokus auf die Untersuchung des lokalen Netzwerkes auszuweiten und somit auch überregional Perspektiven auf Täterorte zu entwickeln. Nicht zuletzt sollen mittels des vorliegenden Bandes die im Rahmen der Tagung vorgetragenen Vorträge dauerhaft einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dies sind die Beiträge von Yael Bachrach Barzilai, Manuela Bauche, Danna Marshall, Volker Strähle, Jörg Paulus, Kristin Victor, Lilli Hallmann, sowie Rebecca Schwoch, Viola Schubert-Lehnhardt, Dorothee Schlüter, Daniel Logemann und Jens-Christian Wagner, die insbesondere historische Zusammenhänge umreißen und die Vielfalt der Perspektiven auf die Themen Architektur, Gesundheit, Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis aufzeigen. Max Welch Guerra, Herausgeber der ersten studentischen Publikation zur Rolle heutiger Universitätsgebäude während des NS, hatte die Tagungsmoderation inne und ist im vorliegenden Band mit einem Interview vertreten. Im Sommer 2023 sprachen wir hierfür mit ihm über die europäische Dimension dieser Fragen.

Konzeptentwurf für Erinnerungsmedien und einen Erinnerungsrundgang

Als ein vor Ort sichtbares Ergebnis des Forschungsprojektes wird bis zum Ende der Projektlaufzeit im November 2023 ein Erinnerungsrundgang entwickelt, der über die NS-belastete Vergangenheit der heutigen Bauhausstraße 11 informiert und helfen soll, die vorhandenen Elemente wie Fenstermotivik und entsprechende Bauelemente kritisch wahrzunehmen → **Genkel: Entwicklung der Erinnerungsmedien.** Der Erinnerungsrundgang entwickelt sich entlang von insgesamt fünf Stationen, die jeweils einem thematischen Schwerpunkt gewidmet sind. Die erste Station, die sich im Außenbereich befindet, richtet sich in Form einer Stele mit Informationstexten nicht nur an Universitätsangehörige, sondern auch an Passant:innen. An dieser Stelle wird darüber informiert, inwiefern das Gebäude in seiner ehemaligen Funktion als ›Thüringer Ärztehaus‹ als Täterort im Nationalsozialismus einzuordnen ist. Dabei wird auch die Rolle thematisiert, die die Landesstelle Thüringen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands nicht nur als Bauauftraggeberin, sondern auch als maßgebliche Akteurin der Entrechtungspolitik gegenüber jüdischen und anderweitig verfolgten Ärzt:innen spielte.

Die zweite Station, die sich im heutigen Foyer befinden wird, weist auf die ursprüngliche Gestaltung der Eingangshalle hin, innerhalb derer sich deutlich gezeigt haben dürfte, dass sich die thüringische NS-Ärztenschaft in Form des ›Ärztshauses‹ als elitäre Gemeinschaft inszenierte. Das Aussehen des als ›Ehrenhalle‹ bezeichneten Eingangsbereichs ist lediglich in schriftlicher Form überliefert. Aus diesem Grund haben wir uns für eine künstlerische Interpretation entschieden, die auf Grundlage der historischen Dokumente durch den Künstler und Illustrator Marcus Horn im Jahr 2023 geschaffen wurde und – wie bereits erwähnt – auch im vorliegenden Band zu sehen ist.

Absicht der dritten Station ist es, zu Beginn des Treppenlaufes im Haupttreppenhaus die Gestaltung der Fenster kritisch einzuordnen, damit die heute noch deutlich sichtbaren Spuren nationalsozialistischer Vergangenheit im Gebäude nicht mehr unkommentiert existieren. Auch die einst im Rahmen einer studentischen Intervention auf den Setzstufen der Haupttreppe angebrachten Schriftzüge, die die Namen der einst hier ansässigen NS-Institutionen tragen, sollen nach der Gebäudesanierung wieder angebracht werden.

Schließlich klärt eine Informationstafel im zweiten Obergeschoss über die ursprüngliche Nutzung des Raumes als Kantine auf und geht auf die heute noch sichtbare, problematische Deckengestaltung ein, die hier bereits im Unterkapitel *Bleiglasfenster- und Deckengestaltung als Zeugnisse nationalsozialistischer Vergangenheit* angerissen wurde.

Mithilfe der über das Gebäude verteilten informierenden und kommentierenden Medien sollen bisher unerklärt existierende Elemente mit einem diskursiven und gestalterischen Reflexionsprozess gerahmt werden. Darüber hinaus wird beabsichtigt, die noch heute präsenten NS-ideologischen Narrative – insbesondere des Bildprogrammes der Treppenhausfenster sowie der Deckengestaltungselemente der ehemaligen Kantine – nicht nur kritisch zu kommentieren, sondern im selben Moment auch auf der Wahrnehmungsebene zu brechen.

Teil des Erinnerungsprozesses im Kontext des ehemaligen Ärztehauses ist es also auch, nach objekt- und städtebaubezogenen Zusammenhängen von physischem Raum und erinnerter Geschichte zu fragen. Aus diesem Grund verbinden wir innerhalb der vorliegenden Publikation den Themenkomplex *Räume der Erinnerung*, der das erste Kapitel darstellt, mit dem abschließenden Kapitel *Erinnern gestalten*. In ersterem wird das ›Ärztshauses‹ als unbequemes

Denkmal vorgestellt → **Klemstein: unbequemes Denkmal?**, in Letzterem als Teil einer Erinnerungstopografie, die an diesem konkreten Standort der Bauhaus-Universität Weimar längst besteht – aber weiter Teil der universitären Auseinandersetzung bleiben muss → **Noeske: Erinnerungstopographie**. Die in diesen Beiträgen vorgestellten Überlegungen verdeutlichen, dass eine denkmalgerechte Instandsetzung des Gebäudes kritisch begleitet werden muss, um dieses in Zukunft stärker als Träger von Erinnerung sowie als Akteur im universitär genutzten Quartier präsentieren zu können.

Erinnerungstopografien auf dem Campus der Bauhaus-Universität Weimar

Die Relevanz der Erinnerungsarbeit ist an der Bauhaus-Universität Weimar zuletzt stärker ins Bewusstsein getreten. Dies zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass – gewissermaßen anknüpfend an die Ergebnisse und als inhaltliche Fortsetzung des Projektes zur Geschichte der Bauhausstraße 11 – ein Forschungsprojekt bewilligt wurde, das zwei weitere Orte auf dem Universitätscampus in den Fokus rückt, die ebenfalls in die Unrechtsgeschichte des Nationalsozialismus eingebunden waren. Das von der Bauhaus-Universität Weimar finanzierte Projekt nahm im Juni 2023 seine Arbeit auf, um bis Herbst 2024 auch in Hinblick auf die heute durch die Fakultät Bauingenieurwesen genutzten Gebäude in der Marienstraße 13/15 sowie auf die Belvederer Allee 6, den heutigen Sitz des Kanzlers sowie der Verwaltung der Bauhaus-Universität Weimar, Informationsmedien zu entwickeln.⁴¹

In den Räumen der Marienstraße 13 und 15 war von 1935 bis 1945 das »Thüringische Landesamt für Rassewesen« angesiedelt und damit eine NS-Institution, in der die rassistische Bevölkerungspolitik wissenschaftlich legitimiert wurde und die als ideologische Propagandamaschine fungierte. Dafür organisierten die Mitarbeitenden des Landesamtes beispielsweise Kurse und Vorträge, in denen Lehrer:innen, Ärzten und Ärztinnen und vielen weiteren Berufsgruppen antisemitische, rassistische und behindertenfeindliche Inhalte vermittelt wurden. Des Weiteren wurden im Umfeld des Landesamtes Gutachten erstellt, die tausende Thüringer:innen als »erbkrank« stigmatisierten und von einer umfassenden Überwachung der Bevölkerung zeugen. Den Betroffenen wurde im Kontext der menschenfeindlichen NS-Gesundheitspolitik und insbesondere des NS-»Euthanasie«-Programmes das Recht auf Fortpflanzung abgesprochen – die meisten von ihnen wurden in thüringischen Krankenhäusern zwangssterilisiert. Bis heute fehlt es auch hier an einem sichtbaren Erinnerungsmedium, das im Rahmen des Projektes nun aber gestaltet wird.⁴²

⁴¹ Das Projekt *Erinnerungsmedien* wird vom Präsidium der Bauhaus-Universität Weimar finanziert. Dr. Horst Henrici, Kanzler der Bauhaus-Universität Weimar, setzte sich von Beginn an für die Förderung des Projektes ein. Die Projektstelle hat Jannik Noeske inne, darüber hinaus sind unter anderem mit dem Servicezentrum Liegenschaften und dem Internationalen Heritage-Zentrum weitere universitäre Akteur:innen beteiligt, siehe Projektankündigung wie Anm. 1. Daneben adressiert das ebenfalls in Anm. 1 erwähnte Projekt *Beredtes Schweigen* die Schicksale der Opfer von Eugenik-Verbrechen im NS mit künstlerischen, performativen und partizipativen Mitteln.

⁴² Mit freundlicher Unterstützung der Fakultät Bauingenieurwesen konnte auch hier eine temporäre Infotafel erarbeitet werden, die über Geschichte der Marienstraße 13/15 informiert und im Foyer der Marienstraße 13 aufgestellt wurde (Recherche: Forschungsprojekt *Die Geschichte der Bauhausstraße 11*, Gestaltung: Anne Genkel).



Abb. 3: Studentische Intervention: Markierung der Marienstraße 13/15 als NS-Täterort, Bild: Ivana Buhl.

Die Verbrechen der Zwangssterilisierungspolitik, die von Akteur:innen wie dem »Thüringischen Landesamt für Rassewesen« oder städtischen Krankenhäusern in Thüringen, nicht zuletzt dem Weimarer Kreiskrankenhaus, mit ermöglicht wurden, werden auch im vorliegenden Band verhandelt. Dabei liegt der Fokus auf dem Zusammenhang von Zwangsabtreibungen und zwangsarbeitenden Frauen im ehemaligen NS-Gau Thüringen → **Schlüter, Logemann: Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus** sowie auf der Frage nach Schuld und (Mit-)Täterinnenschaft von Mitarbeiterinnen im NS-Gesundheitswesen → **Schubert-Lehnhardt: Schuld und Täterschaft von Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen**.

Bei dem zweiten Gebäude, das im Rahmen Projektes *Erinnerungsmedien auf dem Campus* beleuchtet werden soll, handelt es sich um das Haus in der Belvederer Allee 6. Dieser Ort wiederum ist eng verbunden mit den nationalsozialistischen Praktiken der Entrechtung und Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung Weimars. Auf Grundlage des im April 1939 erlassenen Gesetzes »über Mietverhältnisse mit Juden« legitimierten die Nationalsozialisten das erzwungene Zusammenlegen von Jüdinnen:Juden in Häusern jüdischer Eigentümer:innen. Im Zuge dessen wurde auch das Gebäude in der Belvederer Allee 6, in dem zu diesem Zeitpunkt die jüdische Musikerin Jenny Fleischer-Alt lebte, zu einem sogenannten Judenhaus umfunktioniert. Keine der ab 1940 im Haus lebenden Personen hat das Nazi-Regime überlebt. Die Bewohner:innen starben entweder an den Folgen einer unzureichenden medizinischen Versorgung, durch Suizid oder wurden in den Ghettos oder Konzentrationslagern, in die sie verschleppt wurden, ermordet. Vor dem Gebäude machen Stolpersteine, die 2008 durch den Verein *Lernort Weimar* verlegt wurden, auf das Schicksal der einst hier Lebenden aufmerksam.⁴³ Eine Gedenktafel, die an der Hausfassade angebracht ist, weist seit den 1990er-Jahren auf das Schicksal der

⁴³ Zur Biografie Fleischer-Alts und deren Familie siehe Lernort Weimar: »Eine glockenhelle Stimme wird zum Schweigen gebracht. Jenny Fleischer-Alt und Ilka und Edith Gál«, https://lernort-weimar.de/stolpersteine/jenny_fleischer-alt_familie_gal/eine-glockenhelle-stimme-wird-zum-schweigen-gebracht/ [Stand: 14.08.2023].

damaligen Bewohner:innen des Hauses hin, soll nun aber durch erweiterte Informationsmedien ergänzt werden.

Besonderheiten und Herausforderungen

Mit der vorliegenden Publikation wird der Standort der heutigen Bauhausstraße 11 erstmalig dezidiert als Täterort im NS angesprochen und verhandelt. Anhand der Themenfelder *Räume der Erinnerung*, *›Volksgesundheit‹ und Verbrechen im Nationalsozialismus*, *Geschichte vergegenwärtigen* und *Erinnern gestalten* soll das Gebäude in der heutigen Bauhausstraße 11 räumlich in Weimar und Thüringen, erinnerungspolitisch aber in einer seit Jahrzehnten erkämpften Landschaft des Gedenkens an nationalsozialistische Verbrechen verortet werden.

Die künstlerischen und grafischen Auseinandersetzungen, die unser Buch neben den wissenschaftlichen und essayistischen Beiträgen prägen, reflektieren die Aushandlung des Forschungsprojektes zwischen Forschung, Wissenschaft, Lehre und Vermittlung. Nicht zuletzt ist die gesamte von Ricarda Löser vorgenommene Gestaltung des Buches eine künstlerische Antwort auf die Frage, wie wissenschaftliche, essayistische und kreative Beiträge miteinander verbunden werden können, ohne dabei eine ungewollte Re-Ästhetisierung der zu problematisierenden Themen und Gegenstände zu erzeugen.

Auch auf einer anderen Ebene – der sprachlichen – galt es im Verlauf der Publikationserstellung zu reflektieren, ab wann eine Reproduktion von NS-Ideologemen vorliegt und inwiefern eine solche vermieden werden kann. *Muss* das im Kontext der NS-Gesundheitspolitik angewandte rassistische und anderweitig diskriminierende und menschenverachtende Vokabular zitiert werden, um die Perfidität des Systems darzulegen? Oder *kann* es verwendet werden, insofern es unabdingbar für die eigene Argumentation ist? Widerspricht das bewusste Weglassen NS-ideologischer Sprache dem Bestreben, einen Beitrag zu Sichtbarkeit und Aufarbeitung leisten zu wollen? Kann nicht vielmehr die kritische Um-Schreibung bereits als ein Akt der Sichtbarmachung aufgefasst werden, gewissermaßen als eine Übersetzung, insofern sie freilegt, was die nazistische Sprache zu tarnen, umzudeuten, zu verleugnen, zu zerstören oder zu verschweigen beabsichtigt? Es bedarf einer Entscheidung der Forschenden und eine Auseinandersetzung der Beteiligten, um jenes Spannungsverhältnis oder Vakuum zwischen Wiedergabe und deutlicher kritischer Kommentierung zu definieren. Wir als Herausgeber:innen haben uns für eine Vermeidung oder in Einzelfällen sehr dosierte Verwendung der Begriffe in unseren eigenen Beiträgen entschieden, sprechen aber nicht für alle Autor:innen im Band.

Die offensichtlichste Frage stellte sich in Hinblick auf die sprachliche Abbildung von Geschlechtlichkeit. Grundsätzlich wird im vorliegenden Text geschlechtergerechte Sprache verwendet. Teilweise entsprechen die Praktiken der Sichtbarmachung und Ansprache vielfältiger Geschlechter jedoch nicht den realen Gegebenheiten innerhalb des zu betrachtenden historischen Kontextes, handelt es sich im Falle des NS-Regimes doch um einen dezidiert männlich geprägten, extrem hierarchisch gegliederten Raum. Wenn also im weiteren Textverlauf in bestimmten Fällen ausschließlich das Maskulinum angewandt wird, geschieht dies nicht aus dem Grund, Frauen im NS nicht als Täterinnen ansprechen zu wollen. Vielmehr soll damit aufgezeigt werden, dass der Bereich Gesundheitspolitik im NS nicht losgelöst von anderen ideologisch besetzten Feldern – wie eben der Geschlechterpolitik – betrachtet werden kann. Sofern aufgrund der Quellenlage davon auszugehen ist, dass ein Begriff ausschließlich eine von Männern eingenommene Position beschreibt, wird dementsprechend die männliche Form verwendet. Beispielsweise nahm die Funktionen der Gauamtsleitung keine als Frau

gelesene Person ein, weshalb in diesem Beispiel ausschließlich von einem Gauamtsleiter die Rede ist. In manchen Fällen fällt es schwer, eine eindeutige Entscheidung zu treffen, wann die geschlechterdiverse Perspektive verlassen und wann sie beibehalten wird. Im Rahmen des vorliegenden Bandes haben wir uns dazu entschlossen, diese Uneindeutigkeit bestehen zu lassen, weshalb an manchen Stellen das Wort Nationalsozialist:innen verwendet wird, an anderen wiederum Nationalsozialisten oder Nationalsozialistinnen. Ebenso verhält es sich mit dem Begriff Täter:innen/Täter/Täterinnen.

Darüber hinaus galt es, die Reproduktion vermeintlicher medizinischer Fachbegriffe zu historisieren. Die ohnehin willkürlich ausgesprochenen Diagnosen wurden teilweise mit damals gängigen Fachbegriffen begründet, die heute nichts weiter als Diffamierungen darstellen. Andere vermeintlich medizinische Krankheitsbezeichnungen wurden schon dereinst zur rhetorischen Verunglimpfung von unerwünschten Bevölkerungsgruppen genutzt, als medizinisch legitimierte Diagnosen wurden sie aber zu gefährlichen Instrumenten der menschenfeindlichen Bevölkerungspolitik. Die hier versammelten Beiträge finden – wie die medizinhistorische Forschung insgesamt – unterschiedliche Lösungen für diese sprachlichen Herausforderungen, die aus internen Diskussionen hervorgegangen sind.

Danksagung

Wir möchten als Projektteam all jenen (ehemaligen) Studierenden herzlich danken, die sich für eine kritische Auseinandersetzung mit der heutigen Bauhausstraße 11 eingesetzt haben. Konkret gilt der Dank Luise Atze, Leonie Becker, Jonas Böddicker und der *eject* – Zeitschrift für Medienkultur, Ivana Buhl, Rieke Falkenstein, Christophe Favre, Anne Genkel, Susan Goldammer, Timo Haacke, Maxim Hermann, Paula Jakob, Max Königshofen, Ludwig Lorenz und Carolin Schmidt. Der vorliegende Band und die Kooperation mit dem LUCIA Verlag soll dazu ermutigen, an der weiteren Ausgestaltung einer Gedenk- und Erinnerungslandschaft am Campus, in Weimar und darüber hinaus mitzuwirken. In diesem Sinne verbleiben die Einnahmen, die durch den Verkauf der vorliegenden Publikation erzielt werden, innerhalb des Verlages, um zukünftige (studentische) Publikationsprojekte im universitären Rahmen zu unterstützen.

Neben Studierenden konnte die Initiative und das Forschungsprojekt zur Geschichte der Bauhausstraße 11 stets auf das Engagement weiterer Akteur:innen der Bauhaus-Universität Weimar zählen. Für ihre tatkräftige Unterstützung möchten wir uns ganz herzlich bedanken bei Jutta Emes, Lorenz Engell, Simon Frisch, Horst Henrici, Nicolas Oxen, allen Mitarbeiter:innen der Öffentlichkeitsarbeit sowie Jörg Paulus, Susanne Rößler, Henning Schmidgen, der Universitätsbibliothek – insbesondere bei Dana Horch, Katrin Richter und Frank Simon-Ritz – Christiane Voß als Sprecherin und allen Beteiligten des Graduiertenkollegs Medienanthropologie, die das Projekt inhaltlich und finanziell unterstützten und nicht zuletzt bei Max Welch Guerra, der unser Vorhaben begleitet und den ersten Anstoß für eine Auseinandersetzung aus der Urbanistik gegeben hat.

Ein großer Dank gilt zudem allen Kooperationspartner:innen, mit deren Hilfe das Forschungsprojekt über den universitären Rahmen hinaus agieren und Veranstaltungen realisieren konnte: den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora – hier seien insbesondere Daniel Logemann, Dorothee Schlüter und Jens-Christian Wagner genannt – sowie den Mitarbeitenden des Lernort Weimar e.V., Steffi von dem Fange und Jonny Thimm, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und hierbei insbesondere Volker Hinck. Ebenso bedanken wir uns bei der

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, ohne die die Tagung *Erinnern gestalten. Orte der NS-Medizinverbrechen* nicht durchführbar gewesen wäre.

Gedankt sei auch dem Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar und hierbei insbesondere Frank Boblenz, sowie dem Stadtarchiv Weimar und Jens Riederer für die langjährige ideelle und materielle Unterstützung.

Für die kontinuierliche Zusammenarbeit und inhaltliche Beratung gilt unser Dank Erik Beck (Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933–1945) und Karl Banghard (Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen).

Der vorliegende Band wurde aufgrund großzügiger Unterstützung von verschiedenen Seiten ermöglicht. Mit LUCIA konnte ein regionaler, eng mit der Bauhaus-Universität Weimar verwobener Verlag gewonnen werden, dessen Zustandekommen – ebenso wie das des Forschungsprojektes zur Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11 – maßgeblich einer studentischen Initiative zu verdanken ist.

Unser großer Dank gilt der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen – und persönlich Marco Effenberger, Jörg Mertz und Thomas Schröter. Für die finanzielle Förderung, das Vertrauen und die stetige Unterstützung sämtlicher Vorhaben des Forschungs- und Vermittlungsprojekts möchten wir uns herzlich bedanken. Nicht zuletzt zeugt diese Art der Zusammenarbeit von der Möglichkeit, dass Akteur:innen sehr unterschiedlicher Wirkungsfelder im Sinne der Aufarbeitung von NS-Medizinverbrechen Synergien bilden können. Die Umsetzung der zukünftigen Erinnerungsmedien liegt wesentlich in der Zusammenarbeit der Fakultät Medien und der KVT begründet und wir freuen uns auf die nun anstehenden Schritte in der Umsetzung.

GESTALTUNG: ANNE GENKEL

Die Geschichte der Bauhausstraße 11 – eine Annäherung



Rechtsbild: Weimar, 53 24/1 Bd 141; Foto/Reproduktion: Wolfgang Kumpel

1933
Kurtstraße 11 wird von Bürgervereinsgesellschaft genutzt
Gebäude in Carl-Alexander-Allee 9 fungiert als Ärztehaus Thüringen (ansässig u. a.: Landes- und Bezirksstelle Thüringen der KVD, Geschäftsstelle Thür. Ärztekammer, Amt für Volksgesundheit des Gau Thüringen, Gebietsarzt der HJ)

1937
offizielle Einweihung des sog. Thüringer Ärztehauses durch Richard Rohde (Gaulenleiter von Thüringen; Führer der thüringischen Ärzteschaft, Leiter fast aller ansässigen Dienststellen u. a. Landesstelle Thüringen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, Landesstelle Thüringen, Ärztekammer Thüringen, Amt für Volksgesundheit, Gaugeschäftsstelle des NSD-Ärztbundes)

1936
Errichtung „Ärztehaus Thüringen“ in damaliger Kurtstr. 11, Erstellungskosten: ca. 490 000 RM (Grundstück, Gebäude, Baukosten)
Einrichtung der ersten Dienststellen

1935
Beauftragung Georg Schirrmeyer durch die KVD
Einreichung Bauantrag bei Stadtbaumeister Weimar

1947
Nutzung durch Landratsamt Weimar, Streit um Inventargegenstände der ehemaligen KVD

1946
1946 Zwangsauflösung der Ärztekammer; Landesgesundheitsamt gilt als Rechtsnachfolger der KVD und übernimmt „Ärztehaus“

Prozess der Enteignung der Ärztekammer und Kassenärztlichen Vereinigung nicht vollständig dokumentiert
Unklarheit über Umgang mit ehemaligen Vermögen der KVD

1945
April 1945 Eintreffen des 319. US-Infanterieregiments der US-Army in Weimar

Juli 1945 Besetzung Weimars durch Stalins 8. Gardearmee
Besetzung des Gebäudes durch Sowjetische Militäradministration



© Stadtarchiv Weimar, 53 24/1 Bd 141; Foto/Reproduktion: Wolfgang Kumpel

1951
Treuhänder wird für Sichtung der Vermögensbilanz der ehem. KVD Landesstelle Thüringen und Ärztekammer Thüringen beauftragt: »Probleme mit lückenhafter Überlieferung«

Landesarbeitskommission Ärzte fordert Nutzung des Gebäudes als »Ärzte-Kulturhaus« mit Ärzteschule und angeschlossenem Internat

1950
Nutzung durch Ministerium für Staatssicherheit



© Unbekannt; ein großer Dank an die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen für die Bereitstellung

1997
Umzug der KVT an den Hospitalgraben
Vermietung an Bauhaus-Universität Weimar

1993
offizielle Rückübertragung an die KVT

1992
Beginn der Modernisierung

1990
Nutzung als Jugendgästehaus, schrittweise Nutzung durch KVT
Antrag auf Rückübertragung und vollständige Nutzung durch KVT e. V.

2022
Beginn der Sanierungsarbeiten, vorübergehender Auszug der Fakultät Medien

2019
Seminar zur Geschichte des Hauses, Intervention und Ausstellung im Haus, Beginn des Forschungs- und Vermittlungsprojektes *Geschichte der B11*

2018
Gründung der Initiative *Glasfenster an der B11*

2023
Abschluss des Forschungsprojektes *Die Geschichte der Bauhausstraße 11* voraussichtlich 2024: Abschluss der Sanierungsarbeiten, Wiedereinzug der Fakultät Medien der Bauhaus-Universität Weimar



© Ivana Buhl

1936-1945
KVD, Landesstelle Thüringen

1946-1947
Kasernierte Bereitschaftspolizei

1945-1946
Sowjetische Militäradministration

1950-1973
SED-Bezirksparteischule

1973-1989
Nutzung als FDJ-Sonderschule

1990
Nutzung als Jugendgästehaus, schrittweise Nutzung durch KVT e. V.

1990-1997
KV Thüringen

1997 bis heute
Bauhaus-Universität Weimar, Nutzung durch Fakultät Medien

Hinweis
Mit der grafischen Darstellung zur Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11 soll kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Da die Quellenlage zur Gebäudebiografie lediglich lückenhaft vorhanden ist und es insbesondere während der DDR zu häufigen Wechsellagen bezüglich der Gebäudenutzung kam, soll der hier abgebildete Zeitstrahl als eine Annäherung an die wechselhafte Geschichte des Hauses verstanden werden.

Die Bleiglasfenster in der Bauhausstraße 11

LILLI HALLMANN

JANNIK NOESKE

Die Motive der Bleiglasfenster sprechen mit den dargestellten Figuren und gegenständlichen Darstellungen für das Prinzip einer ideologischen Verbindung verschiedener Denkrichtungen, politischer Einstellungen und vermeintlich wissenschaftlicher Arbeitsweisen. Gemein haben sie, dass sie alle zur Legitimierung der menschenverachtenden Gesellschaftspolitik des NS beigetragen haben. Die folgenden Texte sind als Teil der Vorbereitungen für den Erinnerungsrundgang durch das Gebäude entstanden. Somit versuchen wir nicht nur, die Fensterbilder an dieser Stelle in Ansätzen zu deuten, sondern geben auch einen Einblick in die Textarbeit bei der Auseinandersetzung mit dem Haus. Weiterführende Literatur bietet Ansatzpunkte für eine vertiefte Auseinandersetzung mit den dargestellten Motiven. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass es sich lediglich um eine mögliche Deutung der Abbildungen handelt, die nicht unbedingt der ursprünglichen Intention des Urhebers Paul Birr entspricht. Diese bleibt uns bis auf Weiteres unbekannt, da zur Entstehung des Bildprogramms kaum Quellen überliefert sind.

Das Narrativ der ›gesunden‹ Siedlung

›Siedlung‹ als idealisierte Form des Zusammenlebens und ›Besiedlung‹ als Akt der territorialen Umformung und des Austauschs von Bevölkerung waren zentrale Motive nationalsozialistischer Politik und Propaganda. Eng verknüpft wurden sie mit Vorstellungen von ›gesunden‹ Lebensformen und einer Siedlungsstruktur unter dem Primat einer rassistisch verstandenen Hygienisierung. Verschiedene Darstellungen der Bleiglasfenster zeigen eine Stilisierung der bäuerlichen Kleinsiedlung als Hort von zentralen Werten des NS. Dazu gehörten Unterordnung, Tüchtigkeit und die menschenfeindlichen Vorstellungen ›(erb-)gesunden‹ Lebens, die unter den Schlagwörtern ›Blut und Boden‹ ideologisiert wurden. Die Fenster zeigen die Verbindung siedlungs- und gesundheitspolitischer Zielstellungen. Thüringen sollte auch in dieser Hinsicht einen ›Mustergau‹ darstellen. So wurden auch in Thüringen bereits ab 1933 sogenannte Heimstätten für kinderreiche, als arisch bezeichnete Familien errichtet, zum Beispiel durch die Sauckel-Marschler-Stiftung. Spätestens mit den Plänen für die gewaltsame

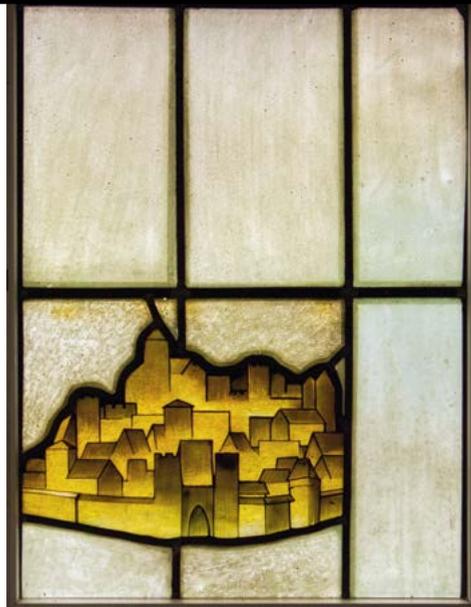
Weiterführende Literatur:

Rainer Schmitz, Johanna Söhnigen: »Rasse, Landschaft, Heimatschutz«, in: Die Unabhängige Historikerkommission Plänen und Bauen im Nationalsozialismus (Hrsg.): Plänen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen. Band 1, München 2023, S. 172–269.

Marianne Rodenstein, Stefan Böhm-Ott: »Gesunde Wohnungen und Wohnungen für gesunde Deutsche. Der Einfluß der Hygiene auf Wohnungs- und Städtebau in der Weimarer Republik und im ›Dritten Reich‹«, in: Gert Kähler (Hrsg.): Geschichte des Wohnens, Band 4: 1918–1945, Reform, Reaktion, Zerstörung, Stuttgart 1996, S. 453–555.

Fotos: Ivana Buhl

Inbesitznahme und Besiedlung ganzer Gebiete in Osteuropa legitimierte diese Vorstellung die Diskriminierung und Vernichtung der Bevölkerung ganzer Landstriche.



Die hier zu sehende Figur erinnert durch Kleidung, das in der Hand gehaltene Buch sowie dem in die Ferne gerichteten Blick an ein Bildnis Johann Wolfgang von Goethes, genauer gesagt an den Kupferstich des Weimarer Malers und Kupferstechers Carl August Schwerdgeburth. Das Kunstwerk Schwerdgeburths basiert wiederum auf einem ebenfalls von ihm angefertigten und 1832 fertiggestellten Portrait Goethes. Durch dieses in der Fenstergestaltung enthaltene Zitat, das gleich auf zwei Weimarer Künstler Bezug nimmt, wird das Thema der NS-Kunst- und Kulturpolitik aufgerufen. Somit ist ein Zusammenhang gegeben zu einer Richtung der nationalsozialistischen Kunstauffassung, wonach die Goethe-Zeit der Höhepunkt der ›deutschen‹ Kultur gewesen, die aber in der Folge zerfallen sei. Einen regelrechten Goethe-Kult versuchte ›Reichsjugendführer‹ Baldur von Schirach (1907–1974) zu etablieren. Der in Weimar aufgewachsene Sohn des Intendanten des Weimarer Nationaltheaters unterhielt in der Funktion als Chef der Hitlerjugend auch Verbindungen zur

NS-Ärzteschaft. Bei einer Versammlung der nationalsozialistischen Ärzte des gesamten damaligen Deutschen Reiches, die im Vorläuferobjekt des ›Thüringer Ärztehauses‹, in der Carl-Alexander-Allee 9 in Weimar (heutige Freiherr-vom-Stein-Allee) stattfand, war von Schirach als Redner geladen.

Quellen

Thomas Mathieu: Kunstauffassungen und Kulturpolitik im Nationalsozialismus. Studien zu Adolf Hitler, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg, Baldur von Schirach, Heinrich Himmler, Albert Speer, Wilhelm Frick, Saarbrücken 1997.

Karlsruher Tagblatt (Nr. 270), 30. September 1935.



Medizin(verbrechen) im Nationalsozialismus



Medizin, das Gesundheitswesen und die Verwaltung dieser Felder waren im Nationalsozialismus Schlüsseldisziplinen. Die damit in Zusammenhang stehende Konzeption von Gesundheit und Krankheit fungierte folglich als Masternarrativ. Medizin und Gesundheitspolitik wurden – und dies zeigt sich nicht zuletzt auch in der Gestaltung der Treppenhausefenster – mit gesellschaftlichen Feldern wie Familie, Ästhetik, Geschichte oder Architektur verbunden, um sie tief in allen Lebensbereichen zu verankern.

Vor diesem Hintergrund und speziell im Kontext des ›Thüringer Ärztehauses‹ ist das hier zu sehende Symbol des Askulapstabs, Wahrzeichen der Medizin und Heilkunde, mindestens blasphemischen Charakters. Die NS-Ärzteschaft stellte sich mit dieser Darstellung in eine vermeintlich überzeitliche Heiltradition, die angeblich unweigerlich zum nationalsozialistischen Gesundheitswesen geführt habe. Im Widerspruch zu der hier zu sehenden positiven Bezugnahme auf das traditionelle Symbol der Ärzt:innenschaft steht jedoch die Tatsache, dass die Schlange als Symbol an anderer

Jahren der NS-Herrschaft standen sich vor allem wissenschaftlich orientierte und naturheilkundliche Ansätze gegenüber – aber auch den Versuch einer ideologischen Integration. In zwei der Heilkundler-Bilder ist dezidiert ein ›moderner‹ Arzt zu sehen. Im ersten Fall handelt es sich um die gleich zu Beginn des Treppenlaufes angeordnete Darstellung, die einen im Labor forschenden Arzt zeigt. Eine Kontextualisierung ist insbesondere an dieser Stelle vonnöten, werden hier die im Namen der Wissenschaft ausgeführten Medizinverbrechen – in Thüringen unter anderem durch NS-Ärzte, die sich freiwillig an Menschenversuchen in Konzentrationslagern beteiligten – vollkommen ausgeblendet. Nicht zuletzt ist auch die im sechsten Fenster zu sehende Darstellung des hilfsbereiten, dem Patienten zugewandten Arztes ein maßloser Euphemismus, den es zu korrigieren gilt. In diesem Bild wird die Tatsache verdrängt, dass NS-Gesundheitsorganisationen und -Mediziner:innen allen im NS verfolgten Menschen eine adäquate medizinische Behandlung verwehrten und durch eine rigorose Ausschaltungspolitik die ohnehin schon pre-

Stelle bewusst aus dem NS-Gesundheitswesen entfernt wurde. So beinhaltete das Wahrzeichen der Apotheker:innen, das rote A, ab 1936 statt der Schlange die Elhaz-Rune (Y), die im NS zur sogenannten Manrune oder Lebensrunen umgedeutet wurde. Sie war an der Decke der Kantine sowie der Eingangshalle des ›Thüringer Ärztehauses‹ abgebildet.

Neben dem Symbol des Askulapstabs weisen insgesamt fünf Fensterbilder einen direkten Bezug zur Medizin und dem Gesundheitswesen auf. Gemeint sind damit diejenigen Figuren, die – ausschließlich männliche – Heilkundige unterschiedlichster Zeitalter darstellen. Ihr Nebeneinander zeigt die Konkurrenz verschiedener Auffassungen von Heilung – besonders in den frühen

käre Versorgungslage noch verschärften. In Folge der *Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* wurde allen jüdischen Ärztinnen und Ärzten im damaligen Deutschen Reich zum 30. September 1938 die Approbation entzogen und ihnen damit die Möglichkeit der Berufsausübung genommen.

Literatur

Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): *Tödliche Medizin im Nationalsozialismus. Von der Rassenhygiene zum Massenmord*, Köln/Weimar/Wien 2008.

Robert Jütte u. a. (Hrsg.): *Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2011.

Propagierung der ›erbgesunden‹ Mutterfigur und Zwangs- sterilisierungspolitik

Insgesamt vier Mal ist die Figur der Schwangeren oder der Mutter zu sehen. Somit gehören Fruchtbarkeit und Mutterschaft zu den dominierenden Themen der Fensterbilder. Lediglich Figurationen, die unmittelbar das Heilen und das Medizinische betreffen, sind in noch größerer Anzahl vertreten. Die Darstellungen der symbiotischen Verbindung von Mutter und Kind verharmlost die NS-Geschlechterpolitik und das dahinterstehende biopolitische Programm, das auf die Kontrolle der – hier dezidiert weiblichen – Körper zielte. Die NS-Sexualpolitik betraf verfolgte und nicht-verfolgte Frauen sowie Queers in unterschiedlichem Maße. In Hinblick auf den Aspekt des Schwangerschaftsabbruchs bestimmten NS-Organisationen wie die Kassenärztliche Vereinigung Deutschland und die Reichsärztekammer auf Grundlage der

verunmöglicht wurde. Bis 1945 wurden im gesamten damaligen Deutschen Reich etwa 350.000 Menschen gegen ihren Willen zeugungsunfähig gemacht. Allein in Thüringen betraf dies schätzungsweise 16.000 Menschen. Vom NS-Regime verfolgte Schwangere waren in mehrfacher Hinsicht bedroht: NS-Ärzte, die eine Zwangsabtreibung durchführten, zwangssterilisierten die Betroffenen häufig im Anschluss.

Auffällig ist auch die Nähe der Darstellung einer jungen, schwangeren Frau zu der Abbildung eines Greises, dessen geschlossene Augen möglicherweise auf den nahenden Tod hinweisen. Innerhalb dieser Gegenüberstellungen von Figuren verschiedener Lebensalter spitzt sich die Behauptung einer – in diesem Fall dezidiert biologischen – Chronologie zu. Diese Art der Thematisierung von

nationalsozialistischen ›Rassen‹-Ideologie und nicht im Sinne der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen, ob die Voraussetzungen für eine medizinische Indikation zu einem Schwangerschaftsabbruch erfüllt seien. Den nicht-rassistisch verfolgten Frauen konnte somit der Wunsch auf Abbruch verwehrt werden; Ärzt:innen, die in einem solchen Fall dennoch einen Schwangerschaftsabbruch vornahmen, liefen auf Basis der Verordnung über Ordnungsstrafen im Ärzteswesen vom 27. Mai 1935 Gefahr, eine Geldstrafe zahlen zu müssen oder gar Berufsverbot ausgesprochen zu bekommen.

Die erklärenden Darstellungen einer Mutter-Kind-Symbiose in den Treppenhausfenstern verdrängen auf der anderen Seite die Realität derjenigen, denen durch eine menschenverachtende Gesetzgebung und darauf aufbauende medizinische Zwangseingriffe eine Fortpflanzung

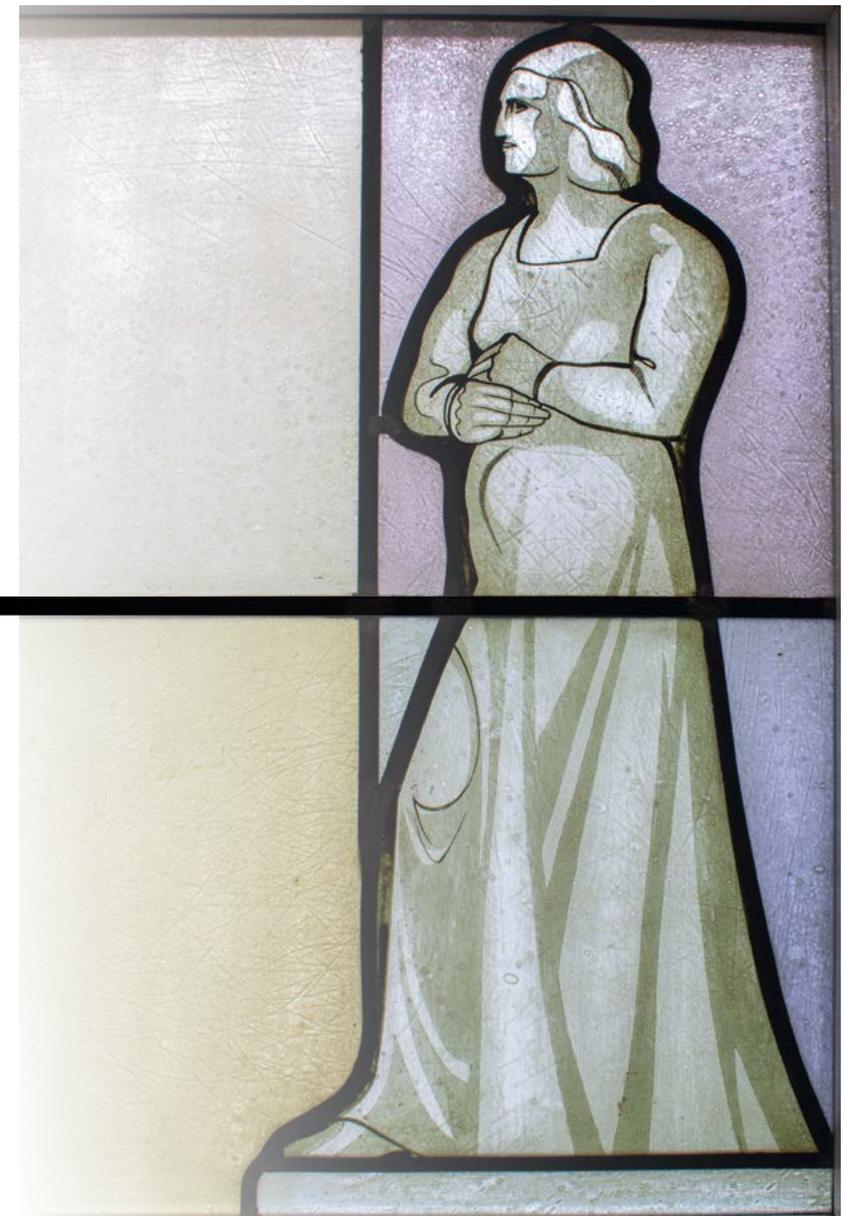
Geburt und Tod kann auch als eine Interpretation der sogenannten Kulturzyklentheorie gewertet werden. Diese simplifizierende Erzählung, laut der jede Kultur einen aus Geburt, Blüte, Reife und Tod bestehenden Prozess durchlaufe, benutzte auch Hitler im Kontext seiner Ideologie einer ›arischen Rassegemeinschaft‹. Die Existenz des ›deutschen Volkes‹ der Gegenwart wurde als Resultat des beständigen Überlebens der Zyklen propagiert, was nur den sogenannten ›arischen Kulturen‹ zugesprochen wurde.

Weiterführende Literatur

Thomas Mathieu: Kunstauffassungen und Kulturpolitik im Nationalsozialismus. Studien zu Adolf Hitler, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg, Baldur von Schirach, Heinrich Himmler, Albert Speer, Wilhelm Frick, Saarbrücken 1997.

Elke Frietsch, Christina Herkommer (Hrsg.): Nationalsozialismus und Geschlecht. Zur Politisierung und Ästhetisierung von Körper, ›Rasse‹ und Sexualität im ›Dritten Reich‹ und nach 1945, Bielefeld 2009.

Gisela Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Geschlechterpolitik, Münster 2010.



Runenmissbrauch, anthroposophische »Rassen«konzeption und esoterische Verschwörungsmythen

Die runenartigen Zeichen, die für »Vidar« stehen sollen, stellen einen Missbrauch nordischer Mythologie durch den Nationalsozialismus dar. Vidar ist ursprünglich eine göttliche Figur aus der im 13. Jahrhundert entstandenen eddischen Literatur. In der Snorra Edda ist Vidar – nachdem er mit einem Wolf gekämpft und diesen getötet hat – eine der wenigen Figuren, die die »Dämmerung der Götter«, also den Weltuntergang überlebt hat und somit befähigt ist, in eine neue Welt einzutreten.

Der NS, der eine nationale, »rassische« Wiedergeburt antizipierte – laut Roger Griffin ein zentrales Ideologem des Faschismus – verwendete die mythologische Vidar-Figur für seine eigenen Zwecke. Insgesamt wurden die isländischen Heldenlieder und -sagen im NS unter völkischen Gesichtspunkten im Sinne des Überzeitlichkeits-

narrativs zweckentfremdet, indem sie als mediale Veräußerung einer vermeintlich germanisch-deutschen Kultur propagiert wurden.

Zweitens wurden die germanischen Schriftzeichen an dieser Stelle in die nationalsozialistische Ideologie überführt, wobei die Zeichen häufig eine extreme inhaltliche Umdeutung erfuhren. Runen wurden im Nationalsozialismus in starkem Ausmaß eingesetzt, beispielsweise als Ornamentik im Kontext von NS-Organisationen.

»Vidar« war nicht zufällig auch der Name einer bedeutenden anthroposophischen Zeitung (1919–1940) aus Skandinavien. Die Anthroposophie nach Rudolf Steiner (1862–1925) wiederum war im NS von Interesse, insofern Steiners – auf Ernst Haeckels Sozialdarwinismus aufbauende – Rassentheorie Anknüpfungspunkte für den nationalsozialistischen Antisemitismus und Rassismus bot. Steiners Theorie beinhaltet die Konzeption

angeblicher rückständiger und davon abgesetzt vermeintlich weit entwickelter »Rassen«, wozu Steiner die »weiße« zählt. Praktiken einer vorgelieblichen Runenkunde, ursprungsmythische Erzählungen und eine »rassen«ideologische Mystifizierung des europäischen Nordens liefen häufig zusammen.

Auch in der Fenstergestaltung ist ein solches ideologisches Konglomerat deutlich erkennbar, befindet sich doch neben der Runen-Imitation eine geometrische Figuration, die im esoterisch-anthroposophischen Milieu Bedeutung erlangte. Hierbei handelt es sich um ein Dodekaeder, einen aus zwölf kongruenten, regelmäßigen Fünfecken bestehenden Körper. Auch heute noch spielt das Dodekaeder in der Esoterik und Anthroposophie eine Rolle. Behauptungen in diesem Zusammen-

hang gehen so weit, dass der Mensch fünf statt vier Herzkammern besäße, wobei die fünfte der Form eines Dodekaeders entspreche. Anhänger:innen dieser Verschwörungsideologie bringen die fünfte Herzkammer mit Ewigkeit und Göttlichkeit in Verbindung – womit sich eine Kontinuität in Hinblick auf das Überlegenheits- und Unsterblichkeits-Narrativ des »Thüringer Ärztehauses« abzeichnet.

Literatur

Debora Dusse: »Eddamythen, Neomythen, Weltanschauungscodes. Zur Transformation eddischer Überlieferung im Kontext völkischer Weltanschauung«, in: Uwe Puschner, G. Ulrich Großmann (Hrsg.): Völkisch und National. Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert, Darmstadt 2009, S. 233–244.

Roger Griffin: Faschismus. Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung, Hannover 2020.

Helmut Zander: »Rudolf Steiners Rassenlehre. Plädoyer, über die Regeln der Deutung von Steiners Werk zu reden«, in: Uwe Puschner, G. Ulrich Großmann (Hrsg.): Völkisch und National. Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert, Darmstadt 2009, S. 145–155.





Das Überzeitlichkeitsmotiv

Im gesamten Arrangement der Treppenhäusenfenster äußert sich das Überzeitlichkeitsmotiv – die Behauptung einer Kontinuität und Zielgerichtetheit von der Prähistorie bis hin zur natio-

nalsozialistischen Gegenwart – auf sehr dichte Weise. Ikonographisch moderne und historische Darstellungen werden scheinbar widerspruchlos miteinander verbunden. Der ›moderne‹, im Labor tätige Arzt befindet sich nicht weit entfernt von einer Figur, die einen germanischen Heilkundler abbilden soll. Ausgehend von der Darstellung, die an einen griechischen Tempel denken lässt, wird wiederum ein Sinnzusammenhang zum Firstständerhaus hergestellt. In der Darstellung des antiken Tempels ist die nationalsozialistische Antiken-Rezeption eingeschrieben, innerhalb derer das, was sich unter antiker Architektur, Kultur und Kunst vorgestellt wurde, als ›vorbildlich‹ und ›ewig gültig‹ galt und mit der Idee einer sogenannten ›arischen Rassegemeinschaft‹ verbunden wurde. Indem sich über das gesamte Treppenhaus ein Bildprogramm erstreckt, das permanent an eine Vorstellung von einer Überzeitlichkeit der vermeintlichen ›germanisch-nordischen-Volksgemeinschaft‹ appelliert und darin wiederkehrend die Figur des Arztes oder Heilers aufruft, wurde letztlich auch das sogenannte Thüringer Ärztehaus in diese angebliche heilkundliche Tradition gestellt. Insofern liegt dem Bildprogramm nicht nur ein verfälschendes Geschichtsnarrativ und darin integriert das Überzeitlichkeitsmotiv zugrunde, sondern wird der nationalsozialistische Arzt als die finale Heilsfigur überhöht und die propagierte nationalsozialistische ›Gemeinschaft der Ärzte‹ als völkischer Berufsstand inszeniert. Letztlich stellt das ›Thüringer Ärztehaus‹ selbst eine Überhöhungsfigur dar.

Weiterführende Literatur

Erik Beck, Arne Timm (Hrsg.): Mythos Germanien. Das nationalsozialistische Germanenbild in Schulunterricht und Alltag der NS-Zeit, Dortmund 2015.

Räume
der Erinnerung

FRANZISKA KLEMSTEIN

Das ehemalige ›Thüringer Ärztehaus‹ in Weimar. Ein unbequemes Denkmal?

Architektur und Städtebau sollten im Nationalsozialismus der Machtrepräsentation dienen, mit dem Bestreben, als gebaute Machtentfaltung alle Lebensbereiche zu durchdringen. Architekt:innen und Planer:innen wirkten aktiv mit, wenn es darum ging, den NS-Staat mit baulichen Repräsentationen zu gestalten. Dennoch blieb – insbesondere im Vergleich mit den Bildenden Künsten – die Maßgabe, wie zu bauen und zu planen sowie zu pflegen und zu erhalten sei, eher vage.

Während im Verlauf der 1930er-Jahre Architektur und Städtebau zunächst der Planung und (Teil-)Realisierung größtenwahnsinniger Macht- und Repräsentationsansprüche sowie später der Beseitigung von Kriegsschäden und der Milderung der durch den Luftkrieg bedingten Wohnungsnot dienten, sollte die Denkmalpflege in Verbindung zum Deutschen Bund Heimatschutz gänzlich in der Ideologie des sogenannten Dritten Reiches aufgehen.¹

Dass es in Bezug auf die formale Architekturgestaltung keine einheitliche Linie oder Stilpräferenz gab, zeigt Anke Blümm eindrücklich in ihrer Dissertation ›Entartete Baukunst? Zum Umgang mit dem Neuen Bauen 1933-1945² auf. Auch in Helmut Weihsmanns älterer Publikation *Bauen unterm Hakenkreuz: Architektur des Untergangs* von 1998 wird deutlich, dass eine »Klassifizierung und die damit einhergehende Kanonisierung der ›offiziellen‹ Baukunst des deutschen Nationalsozialismus als ›neoklassizistisch‹ problematisch ist, da die »NS-Baulandschaft keineswegs [...] homogen erscheint.«³

Ebenso wenig homogen erscheinen die zahlreichen Bauprojekte, die in Weimar zur Zeit des Nationalsozialismus entstanden. Neben der Errichtung des sogenannten Gauforums erlebte die Stadt einen regelrechten Bauboom, gleichwohl sich die Bauten der öffentlichen Hand vorrangig auf Kasernen oder die Neubauten am Jorge-Semprún-Platz (ehem.: ›Adolf-Hitler-Platz‹) beschränkten.⁴

Das ›Ärztehaus‹ in der Bauhausstraße 11 (ehem.: Kurthstraße 11) entstand von 1935 bis 1937 im Auftrag der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD), Landesstelle Thüringen und sollte als ›Zentrale für die Gesundheit des Thüringer Volkes‹ dienen.⁵ Dabei diente das Haus nicht nur der Landesstelle Thüringen der Kassenärztlichen Vereinigung als Sitz, sondern unter anderem auch der Ärztekammer Thüringen als Teil der Reichsärztekammer, der Gauamtsleitung Thüringen des Amtes für Volksgesundheit und dem Sportbereich VI Mitte des Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen.⁶ Heute ist die Kassenärztliche Vereinigung Thüringens Eigentümerin des Gebäudes, die es wiederum an die Bauhaus-Universität Weimar vermietet. Das Gebäude wird heute von der Fakultät Medien genutzt. Doch wofür steht dieses Bauwerk, das seit den 1990er-Jahren unter Denkmalschutz steht. Handelt es sich dabei um ein unbequemes Denkmal?

Das Gebäude: Gestaltung und Architektur



Abb. 1: Gebäudeansicht der damaligen Kurthstraße 11, Quelle: Stadtarchiv Weimar, Reproduktion, Fotograf:in unbek., 53 24/1, Bd. 141.

¹ Siehe: Achim Hubel: *Denkmalpflege. Geschichte, Themen, Aufgaben. Eine Einführung*, Stuttgart 2006, S. 107.

² Anke Blümm: ›Entartete Baukunst? Zum Umgang mit dem Neuen Bauen 1933-1945, München 2013.

³ Helmut Weihsmann: *Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs*, Wien 1998, S. 35.

⁴ Vgl. ebd., S. 872.

⁵ Vgl. Karina Loos: »Die Inszenierung der Stadt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus in Weimar«, *Dissertationsschrift (Bauhaus-Universität Weimar 2000)*, <https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.48/> [Stand: 01.09.2023], S. 44.

⁶ *Einwohnerbuch der Stadt Weimar, Ehringsdorf, Oberweimar, Tiefurt und Umgegend, 1939/40*, S. 13f., https://zs.thulb.uni-jena.de/receive/jportal_jpvolume_00085611/ [Stand: 04.08.2023].

Bei dem Weimarer »Ärztehaus« handelt es sich um einen, von dem Architekten Georg Schirrmeister → **Noeske: Der Architekt Schirrmeister** entworfenen, langgestreckten dreigeschossigen Baukörper von 43 Metern, der aus der Straßenflucht zurücktritt und von einem Walmdach bekrönt wird. Im Norden des Gebäudes schließt ein Winkelbau an, der sich nach Osten – ähnlich einem Seitenflügel – ausdehnt. Die Anordnung des Baukörpers ergab sich vorrangig durch den vorhandenen Baumbestand, den Zuschnitt des Grundstücks sowie durch die Nachbarbebauung.⁷ Der seitenflügelähnliche Gebäudeteil im Norden begrenzte einen kleineren Wirtschafts- und Garagenhof und einen nach Süden gelegenen Grünhof.

Im nördlichen Teil der straßenseitigen Hauptfassade befindet sich der repräsentativ gestaltete Eingangsbereich mit Doppelportal. Mittig darüber zeigt sich ein sogenannter »Führerbalkon«, der wiederum auf der Höhe des dritten Geschosses mit einem Reichsadler abschloss. Übrig ist davon heute noch die verbliebene Steinkonsole über den Balkonfenstern. Im Süden der Fassade wird die Gebäudeecke durch eine erkerartige Ecklösung ausgebildet, die als eine Art Gegengewicht zur nördlichen repräsentativen Eingangssituation begriffen werden kann.

In den drei Geschossen des Gebäudes kommen unterschiedliche Fensterformate zur Anwendung, die bereits auf unterschiedliche Nutzungen in den verschiedenen Etagen des Gebäudes und auf eine gewisse Hierarchisierung der Nutzungen hindeuten. Zugleich rhythmisieren sie die Fassade und brechen mit der dominanten Strenge und Monumentalität des Eingangsportals.

Der Baukörper ist als Massivbau mit Eisenbetonelementen ausgeführt, die Fenster werden durch Steingewände aus fränkischem Muschelsteinkalk begrenzt; die Außenwände sind mit Quarzsand verputzt.⁸ Der Haupteingang wird durch ein nur gering aus der Fassadenflucht heraustretendes Pfeilerportal gebildet. Von diesem gingen bauzeitlich einerseits ein Pfortnerbereich und andererseits ein Warteraum aus, die durch zwei vergitterte Rundfenster belichtet wurden. Erst im Anschluss an diesen etwas über fünf Meter tiefen Eingangsbereich gelangte man in die sogenannte Ehrenhalle, in der sich das repräsentative Treppenhaus befand, durch das die oberen Stockwerke erschlossen wurden. Hier wurde auch die Anbindung an den nördlichen Gebäudeflügel gewährleistet. Südlich der Eingangshalle befand sich im lang gestreckten Gebäudeteil ein großer, durch Faltwände teilbarer Sitzungssaal mit vorgelagerter »Wandelhalle« sowie einem angegliederten Bibliotheks- und Leseraum. Im ersten Obergeschoss lagen zur Straßenseite die Räume für verschiedene Abteilungsleiter, Kanzleiräume sowie die Räume für das Ministerium.

Im zweiten Obergeschoss befand sich im nördlichen Gebäudeflügel die Kantine mit überdachtem und offenen Essbereich. Im straßenseitigen, lang gestreckten Gebäudeteil waren hingegen weitere Büroräume für das Ministerium⁹, die Thüringische Ärztekammer, Ärztedbund des NS-Gaues Thüringen, thüringische Leitung des Amtes für Volksgesundheit sowie Räume von weiteren Vereinen, Bündeln und anderen medizinischen Organisationen angeordnet.

Das zum Teil ausgebaute Dachgeschoss beherbergte einen Gymnastikraum mit anschließenden Dusch- und Ankleideräumen sowie weitere Zimmer im nördlichen Gebäudeflügel, deren Nutzung jedoch nicht aus den Grundrissen hervorgeht. Im Kellergeschoss waren



Abb. 2: Fenster des Treppenhauses in der Bauhausstraße 11, Erdgeschoss, Bild: Ivana Buhl.

technische Anlagen, wie die Heizanlage, Werkstatt und die Neben- und Lagerräume für die Kantinenutzung sowie das Archiv, Bunkerräume und der Luftschutzkeller untergebracht.

Der Innenausbau erfolgte mit hochwertigen Materialien und dekorativen Elementen, die den repräsentativen Anspruch verdeutlichen sollten. Besonderer Wert wurde dabei auf die Verzierung der Holzbalkendecken mit Schnitzereien und Runenmotiven in der Eingangshalle sowie im Kantinenbereich im nördlichen Seitenflügel des zweiten Obergeschosses und im Treppenhaus gelegt. Im Treppenhaus wurden die Fensterfronten über die drei Etagen mit bunten Bleiglasfenstern im Hochformat versehen, die in unregelmäßigen Abständen durch volkstümliche Glasmalereien ergänzt wurden.¹⁰ Die Ausarbeitung der Motive war darauf ausgelegt, dass die Malereien aus nächster Nähe und in Augenhöhe vom Treppenhaus aus betrachtet werden konnten. Eine Außenwirkung war hingegen nicht oder nur zu geringem Maß intendiert, da das Treppenhaus sich zur Nordseite hin öffnete, unmittelbar angrenzend an ein weiteres Wohngebäude, sodass die Fenster nur zum Teil einsehbar waren.

Auf den ersten Blick lässt sich den vom Glasmaler Paul Birr¹¹ gestalteten Fenstermotiven keine eindeutige Thematik zuweisen, vielmehr zeigen sie ein Spektrum an nationalsozialistischen »Wertvorstellungen« auf, das von der Kinder-, Alten- und Krankenfürsorge über bäuerliches Leben bis hin zu medizinischer Symbolik reicht.

Bei näherer Betrachtung lässt sich jedoch bei einigen der Fenster durchaus ein tieferer Sinnzusammenhang erschließen, der ein Programm hinter den zunächst scheinbar wahllos und belanglos angeordneten Glasmalerei-Motiven erkennen lässt. So sind im ersten Fenster der

⁷ Vgl. Loos, Die Inszenierung der Stadt, wie Anm. 5, hier: S. 45.

⁸ Vgl. Wehsmann, Bauen unterm Hakenkreuz, wie Anm. 3, hier: S. 877.

⁹ In den Grundrissen werden sowohl im ersten als auch im zweiten Obergeschoss Räume für ein nicht näher genanntes Ministerium vorgesehen. Dabei handelte es sich um die repräsentativsten Räume des Hauses, wie zum Beispiel das Balkonzimmer.

¹⁰ Gefertigt wurden die Fenster möglicherweise von dem Weimarer Unternehmen Glasmalerei Kraus, die auch Paul Birr zu ihren Kunden zählten. Siehe: Glasmalerei Ernst Kraus: »Chronik der Glasmalerei Ernst Kraus in Weimar«, https://web.archive.org/web/20230814121702/https://www.glasmalerei-kraus.de/chronik/vom_09.05.2020 [Stand: 04.08.2023].

¹¹ Paul Otto Birr (21.04.1887–14.03.1945): Bildhauer, Glasmaler, Architekt und Grafiker. Ab 01.05.1933 Mitglied der NSDAP. Siehe: Dankmar Trier: »Birr, Paul«, in: Allgemeines Künstlerlexikon. Internationale Künstlerdatenbank. Online, hrsg. von Andreas Beyer, Bénédicte Savoy und Wolf Tegethoff, Berlin/New York 2021, https://www.degruyter.com/database/AKL/entry/_10126658/html/ [Stand: 04.08.2023].

Erdgeschosszone eine männliche Figur mit Schwert und Blume, ein Wissenschaftler sowie ein griechischer Tempel abgebildet, deren semantischer Zusammenhang zunächst unklar bleibt. Mit Blick auf die Attribute Schwert und Blume der ersten männlichen Figur, könnte es sich um Paracelsus als den Begründer der Homöopathie handeln. Zahlreiche Zeichnungen und Grafiken zeigen den Alchemisten mit Schwert und damit als Meister der Spagyrik aus, dem Trennen und Wiedervereinigen von verschiedenen Substanzen. Die Blume¹² ist hingegen seltener als Attribut des Paracelsus anzutreffen. Sie könnte als Zeichen der von Paracelsus viel beschriebenen und verwendeten Heilpflanzen stehen, um die Identifizierbarkeit seiner Person bei den Betrachtenden zu erhöhen. Im Kontrast dazu ist diagonal zu dieser Malerei eine weitere männliche Figur dargestellt, bei der es sich um einen Wissenschaftler zu handeln scheint. Dargestellt ist diese Person in einem weißen Kittel an einem Labortisch stehend mit Reagenzglas in der Hand. Möglicherweise handelt es sich hier um einen Chemiker¹³ oder Biochemiker, der mit seiner analytischen, faktenbasierten Arbeitsweise einen starken Kontrast zu Paracelsus bildet.

Zusammengeführt werden diese beiden Motive unter dem Dach eines griechischen Tempels, der das Abschlussmotiv dieses Fensters bildet. Durch den Verweis auf die griechische Antike soll – so die Vermutung – der Gegensatz zwischen Homöopathie und Chemie aufgelöst werden, da in der griechischen Antike der Asklepioskult gleichsam neben der hippokratischen Medizin existierte. Die Verfahren und Konzepte der ›Alternativmedizin‹ und der sogenannten ›Schulmedizin‹ sollten im Rahmen der ›Neuen Deutschen Heilkunde‹ unter der Leitung des ›Reichsärztesführers‹ Gerhard Wagner¹⁴ zusammengeführt werden. Ziel war es dabei, ein neues Ärztebild zu schaffen.¹⁵ Auch wenn sich die Hoffnungen der Homöopathen bereits ab Januar 1937 mit der Auflösung der ›Reichsarbeitsgemeinschaft für eine Neue Deutsche Heilkunde‹ zerschlugen,¹⁶ so bezeugen die Fenster im Weimarer ›Ärztelhaus‹ in der Banalität ihrer Darstellungsweise, wie stark die ideologische Durchdringung des Gesundheitswesens, der Medizin und der Wissenschaft im Nationalsozialismus gewesen ist und wie tief sie in jedem noch so kleinen Detail verankert war.

- ¹² Die Parabel *Die Rose des Paracelsus* von Jorge Luis Borges ist erst später entstanden. Ob es bereits vorher eine Erzählung einer Wiederauferstehung oder Palingenese gegeben hat und ob die Rose im Zusammenhang mit Paracelsus hierbei von Bedeutung war, ist bislang nicht bekannt.
- ¹³ Ob es sich bei dieser Darstellung um eine konkrete Person, beispielsweise Richard Kuhn handeln könnte, der sich mit Pflanzenpigmenten und Vitaminen beschäftigte, 1938 den Nobelpreis gewann und an der Nervengasforschung beteiligt war, lässt sich nicht beantworten. Denkbar wäre es, da sowohl Fotografien von ihm im Labor mit Reagenzglas als auch mit Kittel existieren, die zugleich als Vorlage gedient haben könnten.
- ¹⁴ Gerhard Wagner (18.08.1888–25.03.1939): Mediziner, ›Reichsärztesführer‹, Mitbegründer und ab 1932 Leiter des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes (NSDÄB) sowie ab August 1933 Leiter der Kassenärztlichen Vereinigung. Siehe Ernst Klee: *Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945*, Frankfurt a. M. 2001, S. 43–56.
- ¹⁵ Vgl. Alfons Habich, Florian Tennstedt: ›Gesundheitsamt oder Amt für Volksgesundheit? Zur Entwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes seit 1933‹, in: Norbert Frei (Hrsg.): *Medizin und Gesundheitsdienstes in der NS-Zeit*, München 1991, S. 35–66. Sowie Gunther Schenk: *Heilpflanzenkunde im Nationalsozialismus – Stand, Entwicklung und Einordnung im Rahmen der Neuen Deutschen Heilkunde*, Baden-Baden 2009.
- ¹⁶ Robert Hütte: ›Homöopathie und Nationalsozialismus: Letztendlich keine Aufwertung der Homöopathie‹, in: *Deutsches Ärzteblatt*, 8 (2014), A-304 / B-263 / C-251 [Stand: 04.08.2023].

Vergleichsobjekt I: Das ›Haus der Deutschen Ärzte‹ in München

Das ›Haus der Deutschen Ärzte‹ in der Brienerstraße 11 (heute: Brienerstraße 23) in München wurde in den Jahren von 1936 bis 1937 von dem Architekten Roderich Fick¹⁷ entworfen und realisiert. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde es weiterhin von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns genutzt. 2003 erwarb die Niederlassung der Raiffeisenbank Oberösterreich das Gebäude und baute es zum ›Oberösterreich Haus‹ mit angrenzendem Lokal um.¹⁸

Das Gebäude erscheint als Vergleichsobjekt geeignet, da es sich, wie bei dem Weimarer Objekt um die regionale Vertretung der damaligen KVD handelte, sich somit eine ähnliche Nutzungsgeschichte konstatieren lässt. Zum anderen eignet es sich, da der Architekt Fick verschiedene Verbindungen nach Weimar hatte. So hatte sich Fick eingehend mit dem Werk von des dortigen Hochschuldirektors Paul Schultze-Naumburg¹⁹ beschäftigt und versucht, eine Anstellung in dessen Büro zu erlangen. Zudem hatte der Architekt und Kunsthistoriker Rudolf Pfister²⁰ Fick als Lehrer für die Staatliche Hochschule für Baukunst und Handwerk in Weimar vorgeschlagen. Auch wenn sich diese Pläne letztlich zerschlugen, geriet er in Austausch mit Schultze-Naumburg und besuchte Weimar im Februar 1932.²¹

Anders als das Weimarer ›Ärztelhaus‹ befand sich das Münchener ›Haus der Deutschen Ärzte‹ in unmittelbarer Nähe zur NSDAP-Parteizentrale und damit im politisch-repräsentativen Zentrum der sogenannten Hauptstadt der Bewegung.²² Es verwundert daher nicht, dass die Eröffnung am 3. November 1935 erfolgte, dem selben Tag der Einweihung der Ludwigsbrücke und des Richtfestes der Parteibauten am Königsplatz.²³

- ¹⁷ Roderich Fick (16.11.1886–13.07.1955): Architekt und Professor an der TH München. Ab 01.05.1937 Mitglied der NSDAP. Siehe Bundesarchiv R 9361-IX KARTEI/8650690 sowie Josef Wiedemann: ›Fick, Roderich‹, in: *Neue Deutsche Biographie* 5 (1961), S. 129, <https://www.deutsche-biographie.de/pnd116489839.html#ndbcontent/> [Stand: 04.08.2023].
- ¹⁸ Susanne Rieger: ›Bauliche Zeugnisse der ›Hauptstadt der Bewegung‹. Eine Dokumentation‹, S. 11–12, http://www.rjjo.homepage.t-online.de/pdf/DE_MU_TO_ns_bauten.pdf [Stand: 04.08.2023].
- ¹⁹ Paul Schultze-Naumburg (10.06.1869–19.05.1949): Architekt, Kunsttheoretiker, Reichstagsabgeordneter der NSDAP (1932–1945) und Direktor der Staatlichen Hochschule für Baukunst, Bildende Kunst und Handwerk (1930–1940). Siehe Hans-Rudolf Meier, Daniela Spiegel: ›Forschen über Paul Schultze-Naumburg. Eine Einführung‹, in: Hans-Rudolf Meier, Daniela Spiegel (Hrsg.): *Kulturreformer. Rassenideologie. Hochschuldirektor: Der lange Schatten des Paul Schultze-Naumburg*, Heidelberg 2018, S. 11–15, hier: S. 11f.
- ²⁰ Rudolf Pfister (1886–1970): Architekt, Denkmalpfleger und Kunsthistoriker. Von 1925 bis 1931 Schriftleiter der Zeitschrift *Baukunst* und von 1941 bis 1943 Schriftleiter des *Heimatschutz-Werkblattes Der Bauberater*. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war er Chefredakteur der Zeitschrift *Der Baumeister*. Träger des Bayerischen Verdienstordens. Siehe Katalog der Deutschen Nationalbibliothek, <https://d-nb.info/gnd/116166843/> [Stand: 24.08.2023], sowie Hans-Georg Lippert: ›Wiederaufbau als Kulturarbeit – Der Architekturdiskurs nach 1945 am Beispiel der Zeitschrift ›Der Baumeister‹‹, in: Hans-Rudolf Meier, Daniela Spiegel (Hrsg.): *Kulturreformer. Rassenideologie. Hochschuldirektor: Der lange Schatten des Paul Schultze-Naumburg*, Heidelberg 2018, S. 189–198.
- ²¹ Vgl. Lioba Schmitt-Imkamp: *Roderich Fick (1886–1955)*, Wien/Köln/Weimar 2014, S. 52–55.
- ²² Siehe Winfried Nerdinger (Hrsg.): *Ort und Erinnerung. Nationalsozialismus in München, Salzburg/München 2006*, sowie Werner Durth: *Deutsche Architekten. Biografische Verflechtungen 1900–1970*, Stuttgart 2001, S. 159–165.
- ²³ Vgl. Schmitt-Imkamp, Roderich Fick, wie Anm. 21, hier: S. 76.

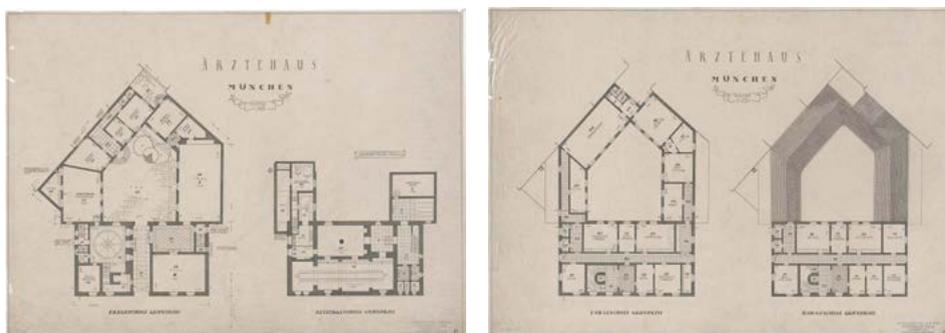


Abb. 3: Gebäudeansicht und Grundrisse des Gebäudes in der Briener Straße 23, Bild: Jannik Noeske sowie Quellen: Architekturmuseum der Technischen Universität München, <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/2GRKQXUL7GQM4PYO65SANMOXDUB3F554>, <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/Q3TDURWEAZX7YPXFXWTDY5USNHHERGSR>, CC-BY-NC-ND 4.0.

Das dreigeschossige Gebäude unterteilt sich in ein Vorderhaus entlang der Briener Straße und zwei Seitenflügel, die über die Tordurchfahrt im Vorderhaus, die in einen Hinterhof mündet, erschlossen werden. Die beiden Seitenflügel umschließen den Hof vollständig, sodass ein fast U-förmiges Gelände entsteht. Das Gebäude schließt mit einem flachen Walmdach mit Walmdachgauben ab und fügt sich in die klassizistische Bebauung der Briener Straße durch die strenge Symmetrie der Fassadeneinteilung ein; nimmt sich durch die geringere Gebäudehöhe aber gleichzeitig zurück.

Die Fassade gliedert sich in ein fünfschichtiges Sockelgeschoss, das mittels eines durchlaufenden Natursteingesimses von den beiden oberen siebenachsigen Geschossen deutlich abgegrenzt wird. Mittig gelegen ist das Eingangsportal aus Naturstein mit gesprengtem Dreiecksgiebel mit Ärzteemblem. Wiederum mittig über dem Portal war – zwischen der zweiten und dritten Etage – ein aus Metall gefertigtes Hakenkreuz befestigt. Während die Fenstergewände im Sockelgeschoss putzbündig ausgeführt waren, zeichnen sich die Fenster der beiden oberen Geschosse durch tiefe Fensterlaibungen mit schmal ausgebildeten Sohlbänken aus.

Im Erdgeschoss befanden sich Büroräume und Sitzungssäle, die rechts und links der Portaldurchfahrt über Vorräume und die jeweilige Treppe oder über den Hof erschlossen wurden. In den Seitenflügeln des Gebäudekomplexes waren die Abrechnung der Landesstelle mit Aktenkammer sowie Räume der Bezirksvereinigung und das Berufsgericht mit weiterem Nebenraum

untergebracht. Im ersten Obergeschoss lagen entlang der Briener Straße Sekretariatsräume sowie Räume der Geschäftsführung und des Vorstandes der Kassenärztlichen Vereinigung. In den dahinter liegenden Flügeln befanden sich die Räume der Buchhaltung, Abrechnung und Kasse sowie weitere Büroräume. Das Vorderhaus verfügt noch über ein weiteres Geschoss, das die Sekretariats- und Büroräume für Franz Riedl²⁴ und Paul W. Sperling²⁵ beherbergte sowie einen Registraturraum, einen Raum für wissenschaftliche Hilfsarbeiten sowie einen weiteren Raum für die Buchhaltung.

Eine besonders repräsentative Gestaltung erfuhr auch beim Münchener »Ärztehaus« das Treppenhaus, das als Wendeltreppe aus Muschelkalk ausgeführt war. Zudem verfügte es über zahlreiche weitere kunsthandwerkliche Details, wie im Parker-Verfahren geschwärzte Fenstergitter, eine auf Holz übertragene bossenwerkartige Holzgestaltung, handgetriebene Kupferbeschläge oder auch aus Durant-Silber gefertigte Türgriffe in Fischform, die nach bauplastischen Entwürfen von Bernhard Bleeker²⁶ gefertigt waren.²⁷

Im direkten Vergleich der beiden Gebäude fällt die hohe Ausführungsqualität und der Detailreichtum beider »Ärztehäuser« auf, die durch eben diese Qualität die Bedeutung der Rolle der Ärzteschaft und des Verwaltungsapparates im Nationalsozialismus bezeugen. Gleichwohl handelte es sich beim Münchener Gebäude um einen deutlich repräsentativeren Standort, der sich inmitten des nationalsozialistischen Machtzentrums befand. Die Strenge der Fassadengliederung und das mittig gesetzte Eingangsportal stehen dabei im Kontrast zur rhythmisierten Fassade Schirrmeisters und lassen deutliche Unterschiede in der Gestaltung erkennen, auch wenn beide auf das Formenrepertoire einer sogenannten Heimatschutz-Architektur zurückgreifen.

Vergleichsobjekt II: Das »Kreishaus« in Weimar

Das »Kreishaus« in Weimar wurde 1936 vom Architekten Ernst Flemming²⁸ entworfen und sollte als Sitz der Landeskreisvereinigung und der Kreisleitung der NSDAP dienen. Heute ist es Sitz der Stadtverwaltung Weimars.

Das Gebäude zählt zu den ersten baulichen Repräsentationen der Nationalsozialisten in der Stadt, das zusammen mit weiteren Großbauten, angeblich durch die Förderung des

- ²⁴ Franz Riedl (14.3.1906–?): Arzt, 1919 Mitglied des steirischen Heimatschutzes und des Alldeutschen Verband, ab September 1928 Mitglied der NSDAP, 1944 Leiter der Abteilung Gesundheitspolitik im HAVG. Siehe Winfried Süß: Der »Volkkörper« im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003, S. 474.
- ²⁵ Paul W. Sperling (24.6.1893–?): Arzt, 1933 Leiter der KVD-Landesstelle Bayern, 1934 Leiter der Ärztekammer Bayern, 1936–1944 Referent in der RÄK; NSDAP-Mitglied seit 1931. Siehe: Süß, Der »Volkkörper« im Krieg, wie Anm. 24, hier: S. 477.
- ²⁶ Bernhard Bleeker (26.07.1881–11.03.1968): Bildhauer, ab 01.11.1932 Mitglied der NSDAP. Siehe Bundesarchiv R 9361-IX KARTEI/3200398, sowie Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2007, S. 57.
- ²⁷ Vgl. Schmitt-Imkamp: Roderich Fick, wie Anm. 21, hier: S. 77.
- ²⁸ Ernst Flemming (29.12.1892–22.01.1967): Architekt, Bezirksleiter des Kampfverbandes der Deutschen Architekten und Ingenieure. Siehe Norbert Korrek: »Vom Heimatschutz-Appell zum baukünstlerischen Vermächtnis. Zur Architekturlehre an der Weimarer Hochschule unter Paul-Schultze Naumburg«, in: Hans-Rudolf Meier, Daniela Spiegel (Hrsg.): Kulturreformer. Rassenideologe. Hochschuldirektor: Der lange Schatten des Paul Schultze-Naumburg, Heidelberg 2018, S. 125–139, hier: S. 132.

Thüringer Gauleiters Fritz Sauckel²⁹, entstand.³⁰ Ziel war es dabei, einen Neubau zu schaffen, der die verschiedenen Geschäftsräume und Büros der staatlichen und politischen Dienststellen im NS-Staat auch räumlich vereinte.³¹ Das Gebäude bildete den ersten Teil eines größeren Gebäudekomplexes, der neben dem Kreishaus auch die Kreis-Landwirtschaftsschule, den Erweiterungsbau der Mittelthüringischen Industrie- und Handelskammer sowie die Thüringische Wirtschaftskammer umfassen sollte. Vorausgegangen waren dem Bauvorhaben zwei thüringenweite Wettbewerbe, die durch den Landrat und Kreisleiter der NSDAP, Franz Hoffmann³², initiiert wurden und aus denen sich sowohl Ernst Flemming als auch Georg Schirrmeister gegen sieben weitere Mitstreiter durchsetzen konnten. Hoffmann beauftragte letztlich jedoch ausschließlich Flemming mit der Ausführung des Baues.³³



Abb. 4: Gebäudeansicht der Stadtverwaltung Weimars in der Schwanseestraße 17, Bild: Bernd Gross, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=35644528>, CC BY-SA 3.0.

Das dreigeschossige, L-förmige Gebäude mit Staffelgeschoss und darüber abschließendem Walmdach liegt entlang der Schwanseestraße und besitzt im Osten einen nach Süden gerichteten anschließenden Seitenflügel mit einem rückwärtig abzweigenden niederen Querflügel. Während sich im Gebäudeteil entlang der Schwanseestraße vorrangig der Verwaltungsapparat befand, enthielt der Seitenflügel einen Festsaal, der sich über die beiden oberen

Geschosse erstreckte und für 350 Personen ausgelegt war und über Garderoben und weitere Nebenräume verfügte.

Die Fassade des Gebäudeteils entlang der Schwanseestraße zeichnet sich durch eine strenge axialsymmetrische Gliederung aus, die den 31-achsigen Baukörper prägt. Das Sockelgeschoss, welches Erdgeschoss und Souterrain umfasst, wurde in Cannstätter Travertin ausgeführt. Ein durchlaufendes Gesims trennt das Sockelgeschoss von den beiden darüber liegenden Geschossen optisch ab. Die Fenstergewände und Ecksteine der oberen Geschosse stehen nur leicht über die sonst weiß verputzte Fassade heraus.

Mittig gelegen ist an der Schauseite des Gebäudes das aus Werkstein gefertigte Pfeilerportal, das als Haupteingang dient und den ›Führerbalkon‹ trägt und von einem Reichsadler aus Porphyrt überragt wurde. Hinter dem Eingangsportal eröffnet sich der Raum zunächst in eine Eingangshalle, von der Büroräume sowie linker Hand Räume des Pförtners, der Versandraum sowie der Botenmeister und rechter Hand ein Warteraum, Kassenraum sowie Raum des Kassenleiters lagen. Die Schauseite wurde ebenso wie der Festsaal mit hochwertigen Materialien wie Cannstätter Travertin, Thüringer Schiefer, Mißler Muschelkalk oder auch Lahn-Marmor aus Friedland gestaltet, um den Repräsentations- und Machtanspruch der Partei in der Stadt zu verdeutlichen, während an den Rückseiten mit Kunststein gearbeitet wurde.³⁴

Auch bei der Ausführung des Kreishauses ist der größte Unterschied zu Schirrmeister ›Ärztchenhaus‹ die hierarchische Gliederung und Strenge der Fassadengestaltung. Das Eingangsportal mit ›Führerbalkon‹ und der darüber befindliche Adler als Fassadenschmuck und Herrschaftssymbol der Nationalsozialisten sowie die verwendeten Materialien bilden hingegen ein verbindendes Element zwischen den beiden Bauten. Auch die Grundrissoaufteilung lässt Bezüge erkennen. Diese beziehen sich zum einen auf die Gestaltung von Hallen als Eingangssituation und die repräsentativen Bereiche zwischen Treppenhaus und innenliegendem Flurbereich sowie auf die Nutzungshierarchie innerhalb des Gebäudes. So ist das Zimmer hinter dem ›Führerbalkon‹ im Kreishaus für den NSDAP-Kreisleiter und im ›Ärztchenhaus‹ für den Abteilungsleiter des Ministeriums³⁵ vorgesehen gewesen. Eine weitere Gemeinsamkeit – die sich jedoch auf den Umgang mit diesen Objekten bezieht – ist, dass bislang kein Erinnerungsmedium auf die jeweilige Bedeutung der Orte im Nationalsozialismus hinweist, gleichwohl es sich bei beiden um eingetragene Denkmale der Stadt Weimar handelt.

Das ›Ärztchenhaus‹ – Ein unbequemes Denkmal?

Die Frage nach dem Umgang mit den baulichen Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus ist nicht neu. Spätestens zu Beginn der 1990er-Jahre, wurde diese Frage – verstärkt durch die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda – zur Kernfrage für den gemeinsamen Umgang mit der eigenen Geschichte in einem wiedervereinten Deutschland.³⁶ In einer Publikation zur Fachtagung für Denkmalschutz mit dem Titel *Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre*, die mit einer Ausstellung zu diesem Thema einherging, griff das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz 1994 das Thema auf, das – wie sie selbst schrieben – »schon

²⁹ Fritz Sauckel (27.10.1894–16.10.1946): ab 1923 Mitglied der NSDAP, ab 1927 NSDAP-Gauleiter in Thüringen, 1942–1945 ›Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz‹. Siehe Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit: ›Fritz Sauckel‹, <https://www.ns-zwangsarbeit.de/alltag-zwangsarbeit/biografien/fritz-sauckel/> [Stand: 04.08.2023].

³⁰ Vgl. o. V.: Das Kreishaus in Weimar, in: Zentralblatt der Bauverwaltung vereinigt mit Zeitschrift für Bauwesen 58 (1938), S. 415–418, hier: S. 415.

³¹ Vgl. ebd., S. 418.

³² Franz Georg Karl Hoffmann (25.10.1899–30.03.1945): Pädagoge, NSDAP-Kreisleiter und Landrat von Weimar. Ab 1. Oktober 1930 Mitglied der NSDAP. Siehe Bundesarchiv R 9361-IX KARTEI/16310266, sowie Aircrew Remembered: ›War Criminal – Hofmann, Franz Georg Karl‹, <https://aircrewmemobered.com/hofmann-franz-georg-karl.html/> vom 07.11.2022 [Stand: 04.08.2023].

³³ Siehe Christiane Wolf, Jonny Thimm: Scanning Weimar – Orte der NS-Zeit, Weimar 2006, zitiert nach Lernort Weimar: ›Kreishaus‹, <https://lernort-weimar.de/stolpersteine/kreishaus/> [Stand: 04.08.2023], sowie Loos: Die Inszenierung der Stadt, wie Anm. 5, hier: S. 49.

³⁴ Angaben zu verwendeten Materialien aus o. V.: Das Kreishaus in Weimar, wie Anm. 30.

³⁵ Siehe Anm. 9.

³⁶ Natürlich gab es in beiden deutschen Staaten bereits vor 1990 eine Auseinandersetzung mit dem baulichen Erbe des Nationalsozialismus, die jedoch durchaus sehr verschieden ausfiel. Die Wiedervereinigung machte es letztlich notwendig, eine gemeinsame Art der Auseinandersetzung zu finden, auch um die Teilung Deutschlands zu verarbeiten.

andere, sei es in einzelnen Studien, sei es in Tagungen, behandelt haben.«³⁷ Die Publikation war das Ergebnis einer umfangreichen Dokumentation, für deren Erstellung das Nationalkomitee die Architekturhistoriker Werner Durth (Darmstadt) und Winfried Nerdinger (München) beauftragt hatte. Eine zusätzliche Publikation trug die weiteren Ergebnisse der Tagung zusammen.

Darin führte die ehemalige Kölner Stadtkonservatorin Hiltrud Kier aus, dass der Umgang mit Objekten aus der Zeit des Nationalsozialismus nicht von kritischer Reflexion, sondern von Kontinuität geprägt sei.³⁸ Exemplarisch zeigte sie dies an verschiedenen Bauten und Bauaufgaben der Stadt Köln auf. Erwähnung fand dabei unter anderem das Geschäftshaus Bing, »das 1938 »arisiert« wurde, indem es in den Besitz der Stadt Köln kam und seither das städtische Gesundheitsamt enthält, das in der NS-Zeit im Sinne der »Rassenhygiene« etwa 3500 Zwangssterilisationen verfügte.«³⁹ Zum Zeitpunkt der damaligen Tagung erinnerte nichts an die vollzogene »Arisierung« und das Leid, das so vielen Menschen an diesem Ort widerfahren war. Dies änderte sich jedoch am 2. Juni 1997 als in einer Feierstunde eine Gedenktafel durch den damaligen Oberbürgermeister der Stadt Köln, Norbert Burger, enthüllt wurde. Die Gedenktafel war das Ergebnis einer Initiative von Mitarbeiter:innen des Gesundheitsamtes und wurde durch Spenden finanziert. Bis 2002 war sie in Köln die einzige ihrer Art.⁴⁰

Obwohl seit den 1990er- und 2000er-Jahren bereits mehr als 20 Jahre vergangen sind, scheint sich an den Herausforderungen des Umgangs mit dem baulichen Erbe der NS-Zeit wenig verändert zu haben. Noch immer gibt es zahlreiche Täter- und Opferorte, die nicht in entsprechender Weise sichtbar gemacht werden. Doch Geschichte muss vermittelt werden; dafür braucht es sichtbare Orte. Gerade die Alltäglichkeit vieler Orte, an denen der Staats- und Verwaltungsapparat des Nationalsozialismus tätig gewesen ist, muss vermittelt werden, damit in jedem Teil der Gesellschaft deutlich wird, dass sich der nationalsozialistische Terror nicht an herausragenden Bauten der Machtdemonstration etablierte und konsolidierte, sondern alle Lebensbereiche umfasste und durch das vermeintliche »Gemeinschaftsgefühl« im Nationalsozialismus getragen wurde. Schon 1994 resümierte der Kunsthistoriker und Denkmalpfleger Manfred F. Fischer, »dass das System der NS-Zeit noch im Kleinsten und gänzlich banal Erscheinenden zum Tragen und durch die Objekte zum Sprechen kommt.«⁴¹

Auch das »Ärztehaus« in Weimar zeichnet sich vor allem durch seine Trivialität aus und dennoch ist es nicht allein seine Baugeschichte, die es zum Zeugnis der NS-Zeit werden lässt. Vielmehr sind es die vielen kleinen Details, die Runen an den Holzbalken, die Motive der Fenster, der »Führerbalkon«, die leeren Konsolen und die Art der Gestaltung des Eingangsportals, die immer wieder in Erinnerung rufen, welches menschenverachtende, rassistische und antisemitische Gedankengut sich hier baulich manifestiert hat. Ein Erinnerungsmedium gibt es wie auch beim Weimarer Kreishaus bislang aber nicht. Doch es ist – um mit Norbert Huse zu

sprechen, – »Teil eines Erbes, [...] das niemand haben will und das doch nicht ausgeschlagen und nicht beschönigt werden darf.«⁴² Gerade in heutigen Zeiten, in denen über die Kürzung von Mitteln für die Bundeszentrale für politische Bildung debattiert wird und rechte Parteien lautstark versuchen, Macht zu erlangen, müssen auch die scheinbar banalen Orte der NS-Täterschaft sichtbar werden.⁴³ Denn Geschichte und die Auseinandersetzung mit unbequemen Vergangenheiten werden nicht dadurch bewältigt, dass man sich ihrer materiellen Zeugnisse entledigt oder ihre Geschichtlichkeit verschweigt, sondern dadurch, dass man sie systematisch untersucht und vor allem vermittelt. Die Auseinandersetzung mit Neu- und Umbauten von Gebäuden der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands oder sogenannter »Ärztehäuser« fehlte bislang, wodurch dem Weimarer Gebäude in mehrfacher Hinsicht eine besondere Bedeutung zugesprochen werden muss → **Bee u. a.: Einleitung**. Auch wenn dies – gerade für diejenigen, die es heute nutzen – unbequem ist. Ein erster Schritt wurde mit dem Forschungsprojekt *Die Geschichte der Bauhausstraße 11. Auf dem Weg zum Erinnerungsort* geleistet, durch das erste Interventionen erfolgreich umgesetzt wurden und Erinnerungsmedien erarbeitet werden.

37 Hans-Günter Kowalksi: »Grußwort«, in: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hrsg.): *Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in München 1993*, Bonn 1994, S. 7.

38 Siehe Hiltrud Kier: »Zur Vermittelbarkeit von Bauten aus der NS-Zeit als Objekte der Denkmalpflege«, in: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hrsg.): *Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in München 1993*, Bonn 1994, S. 46–63.

39 Ebd., hier: S. 61.

40 Siehe Thomas Deres: »Das Bing-Haus. Ein Fallbeispiel von »Arisierung« und »Wiedergutmachung« durch die Stadt Köln«, S. 193–204, in: *Geschichte in Köln* 49 (2002), hier: S. 193.

41 Manfred F. Fischer: »Denkmalpflege zwischen Verdrängung und Trauerarbeit«, in: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hrsg.): *Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in München 1993*, Bonn 1994, S. 38–45, hier: S. 41.

42 Norbert Huse: *Unbequeme Baudenkmale: Entsorgen? Schützen? Pflegen?*, München 1997, S. 34.

43 Vgl. o. V.: »Bundeszentrale für politische Bildung. Breite Kritik an Kürzungen«, <https://taz.de/Bundeszentrale-fuer-politische-Bildung/!5952459/vom-05.08.2023> [Stand: 31.08.2023].

LILLI HALLMANN

Zwischen Bürokratie und Asthetisierung. Das sogenannte Thüringer Ärztehaus als szenischer Raum der NS-Ärzteschaft

Mit der Bleiverglasung im Treppenhaus der heutigen Bauhausstraße 11 war es ein künstlerisches Medium, das die Forderung nach Aufarbeitung und aktiver Erinnerung entschieden vorantrieb. Vor diesem Hintergrund scheint es an diesem ehemaligen Täterort notwendig zu sein, neben Fragen, die die Architektur, Institutionengeschichte, Erinnerungspolitik oder das Archiv betreffen, auch der Analyse von gestaltenden, Atmosphären schaffenden Medien nachzugehen. Im Rahmen des Projektes *Die Geschichte der Bauhausstraße 11* und der Sichtung des Archivbestandes der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen zeichnete sich ab, dass das Treppenhaus bei weitem nicht der einzige Ort im Gebäude war, den die Bauherrin, die Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands, Landesstelle Thüringen, auffällig gestalten ließ.

Weshalb bei der Betrachtung gestalterischer Elemente im Kontext des ehemaligen Thüringer Ärztehauses auch die Herausbildung »mythologischer« Stoffe eine Rolle spielt, soll innerhalb des vorliegenden Beitrags zunächst anhand der heute noch im Gebäude präsenten Antikglasfenster angedeutet werden. Anschließend wird insbesondere die Art und Weise, in der der Eingangsbereich des Hauses der thüringischen NS-Ärzteschaft gestaltet war, einer kritischen Betrachtung unterzogen. Im Zentrum steht die Reflexion medialer Arrangements, die heute nicht mehr am oder im Gebäude sichtbar sind, die aber aufgrund ihrer ideologischen Funktion während des Bestehens des sogenannten Thüringer Ärztehauses eine tragende Rolle spielten.

Das »Thüringer Ärztehaus« als Ort der Verwaltung

Auf den ersten Blick scheinen Fragen der Gestaltung wenig zu tun zu haben mit dem Gebäude, das 1935 mit dem Ziel gebaut wurde, als Verwaltungsstellenzentrale der thüringischen

NS-Gesundheitspolitik zu dienen. Hier wurden bürokratische Techniken in die Wege geleitet, die auf die Entrechtung der vom NS-System verfolgten Ärzt:innen und Medizinfunktionäre abzielten. Gleichzeitig ist das dadurch produzierte und verwaltete Wissen mit der menschenfeindlichen Bevölkerungspolitik des NS verbunden. Somit liegt vielleicht die Schlussfolgerung nahe, dass eine kritische Aufarbeitung vor allem das Zusammenspiel von Institutionen des NS-Gesundheitswesens, ihr Agieren in die Bevölkerung hinein sowie bürokratische, standes- und parteipolitische Praktiken des NS-Regimes analysieren muss. Mit anderen Worten: dass es ein Milieu zu erforschen gilt, welches traditionell mit Rationalität, Regularien, Effizienz, Konkurrenzen und Hierarchien assoziiert wird. Doch würde ein solches Vorgehen einen beachtlichen Teil der Elemente die an der Hervorbringung des »Thüringer Ärztehauses« noch beteiligt waren – und es mitunter auch noch sind –, außer Acht lassen. Wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird, war jenes Gebäude von Anfang an nicht ausschließlich als funktionaler Raum konzipiert. Vielmehr scheint es an der Schnittstelle zwischen nationalsozialistischer Gesundheitsideologie und der Verwaltung dieses Feldes einen idealen Nährboden für NS-mythologische Stoffe gegeben zu haben.¹

Charakteristika von Mythen (im NS)

Das, was den Mythos im Allgemeinen charakterisiert und von bürokratischen Techniken unterscheidet, ist gleichsam das, was ihn für NS-Propaganda so interessant machte und nicht zuletzt auch der nationalsozialistisch eingestellten Ärzt:innenschaft des »Thüringer Ärztehauses« überaus entgegengekommen sein dürfte: seine inhaltliche Wandel- und Dehnbarkeit sowie eine vornehmlich aus der Vorstellungskraft resultierende Sinnstiftung. Sollen mythologische Stoffe zur Geltung kommen, bedarf es jedoch einer medialen Vermittlung. Genau hier setzte die NS-Propaganda an, indem sie einen »schönen Schein« inszenierte und damit Politik ästhetisierte.² Tief verankert innerhalb des NS-Inszenierungsprogrammes war die »spezifisch nationalsozialistische [...] Version des Mythos vom Opfertod des Helden [...]«,³ sowie massiv umgedeutete Elemente germanisch-nordischer Mythologie.

Wie der Beitrag argumentiert, spielen sowohl der Helden- als auch der Germanenmythos in Bezug auf die Gestaltung des »Thüringer Ärztehauses« eine bedeutende Rolle. Daraus ergibt sich die Besonderheit, dass an diesem Ort zwei gänzlich verschiedene Modi miteinander in Beziehung traten: zum einen die bereits erwähnten, Ordnung stiftenden bürokratische Praktiken, die sich insbesondere durch schriftliche Fixierbarkeit, Nüchternheit und wiederholbare Schemata auszeichnen. Zum anderen – gewissermaßen als gegenläufiges, womöglich aber auch ergänzendes Phänomen – wurden mittels künstlerischer Medien mythologische Erzählungen in das Gebäude geflochten.

- ¹ Auch in der zeitgenössischen extremen Rechten ist der Missbrauch mythologischer Erzählungen – insbesondere der nordisch-germanischen Mythologie – noch immer präsent. Siehe hierzu Volker Gallé (Hrsg.): *Germanische Mythologie und Rechtsextremismus. Missbrauch einer anderen Welt*, Worms 2015.
- ² Vgl. Peter Reichel: *Der schöne Schein des Dritten Reichs. Faszination und Gewalt des Faschismus*, Frankfurt a. M. 1996, S. 35–39.
- ³ Sabine Behrenbeck: *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945*, Köln 2011, S. 142.

Künstlerische Medien im Kontext des ›Thüringer Ärztehauses‹

Der weibliche Akt

Dass die Verschachtelung dieser verschiedenen »Wahrheitsweisen« von Besucher:innen des ›Thüringer Ärztehauses‹ durchaus wahrgenommen wurde, legt ein Artikel in der *Deutschen Bauhütte. Zeitschrift der deutschen Architektenschaft* nahe, der 1937, im Jahr der offiziellen Einweihung des Gebäudes, erschien. Zunächst hebt der Autor aus baulicher Perspektive ordnungsstiftende, regulierende Elemente des Gebäudes hervor: »Es ist selbstverständlich, daß bei einem Aertzehaus Belichtung, Durchlüftung und Hygiene musterhaft gelöst wird.«⁴ Im übernächsten Satz aber wird diese auf die funktionalen Elemente zielende Beschreibung um folgende Beobachtung ergänzt: »Die in Thüringer Travertin ausgeführte Plastik Mutter und Kind von Michael Schoberth deutet auf die Quelle der ewigen Erneuerung deutschen Blutes.«⁵ Der Autor nimmt hiermit Bezug auf die auf einem Sockel stehende, eine Frau mit zwei Kindern darstellende Skulptur, die sich im Vorgarten des ›Ärztehauses‹ befand. Das eine Kind, ein Baby, wird von der weiblich dargestellten Figur im linken Arm gehalten, das zweite Kind steht zu ihrer Rechten. Mit der Deutung des Objektes als »Quelle der ewigen Erneuerung deutschen Blutes« spielt der Autor auf den Mythos der Beständigkeit des sogenannten deutschen Volkes an und damit auf die Behauptung, es gäbe eine Kontinuität von der Prähistorie bis hin zur nationalsozialistischen Gegenwart → **Beck: Völkische Zeichen**. Peter Reichel liest die weibliche Aktskulptur im Nationalsozialismus als Allegorie für »Sieg und Fortpflanzung des deutschen Volkes in einem.«⁶ Dieser Lesart folgend, wird durch die den Frauenkörper flankierenden Kinder das Narrativ der ewigen Beständigkeit noch verstärkt. Anhand der angeführten Zitate aus der *Deutschen Bauhütte* zeigt sich zum einen, dass der Artikel – wenig überraschend – NS-ideologische Mythen reproduziert. Zum anderen wird deutlich, dass die zeitgemäße, technische Ausstattung des Gebäudes, die einen reibungslosen Arbeitsalltag erzielte, ebenso thematisiert wird wie die künstlerischen Elemente, die von eben dieser Rationalität und Funktionalität wegführten. Die Mutter-Kind-Skulptur als ein Medium der künstlerischen Gestaltung kann als Versuch gewertet werden, im Kontext des ›Thüringer Ärztehauses‹ eine ästhetisierende Sphäre zu etablieren, die über das Gewalttätige der NS-Gesundheitspolitik hinwegtäuschen sollte.⁷

4 O. V.: »Das neue Thüringische Aertzehaus.«, in: Deutsche Bauhütte. Zeitschrift der deutschen Architektenschaft, Nr. 13 (1937), S. 168–169, hier: S. 169.

5 Ebd. Dem Autor muss hier jedoch ein Fehler unterlaufen sein, nennt eine andere Quelle den Jenaer Künstler Kurt Schober in Zusammenhang mit der im Vorgarten des ›Ärztehauses‹ errichteten Skulptur. Siehe Landeskirchenarchiv Eisenach (i. F. zit. als: LKAE), Nachlass Fritz Körner, Nr. 461, Herbert Herold: »Die Mitarbeit Jenaer Künstler am Thüringer Aertzehaus in Weimar. Zu seiner Einweihung am 9. Januar 1937«. Das Dokument, das die Baukosten des ›Thüringer Ärztehauses‹ auflistet, gibt darüber keine klärende Auskunft, da die Plastik dort überraschenderweise nicht als Kostenelement erscheint, Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, vgl. Erstellungskosten betreffend das Gebäude Weimar, Kurthstraße 11. Die Abschrift des Dokuments ist auf den 24. Juli 1936 datiert. Möglicherweise erfolgte der Auftrag für die Skulptur erst später.

6 Reichel, Der schöne Schein des Dritten Reichs, wie Anm. 2, hier: S. 367. Reichel bezieht sich an dieser Stelle auf Silke Wenk: »Aufgerichtete weibliche Körper. Zur allegorischen Skulptur im deutschen Faschismus«, in: Klaus Behnken (Hrsg.): Inszenierung der Macht. Ästhetische Faszination im Faschismus, Berlin 1987, S. 103–118, hier: S. 106f. und 117f.

7 Vgl. hierzu Reichel, Der schöne Schein des Dritten Reichs, wie Anm. 2, hier: S. 17, 39.

Antikglas-Motivik

Als ein weiteres deutliches, aber heute noch sichtbares Beispiel für eine Überlagerung von funktionalen und künstlerischen Elementen und die darin eingebettete verzerrte Geschichte, kann das Treppenhaus des ehemaligen Thüringer Ärztehauses angesehen werden. Die Treppe als notwendige Konstruktion, um sich von Etage zu Etage zu bewegen,⁸ wird flankiert von großflächigen Fenstern. Bei jenen Fenstern, ihrer Funktion nach raumerhellende Medien, handelt es sich um Antikglasfenster.⁹ Was sich heute wie selbstverständlich zwischen den Treppenhauswänden einfügt, ist eigentlich das Ergebnis einer Begradigung von Widersprüchen. So hat man sich an dieser Stelle für eine Kunstform entschieden, die eine gedankliche Verbindung zu den Kathedralen der Gotik hervorruft, da gerade in dieser Epoche und an diesen Orten der Frömmigkeit die Glasmalerei stark vertreten war.¹⁰ Die hier vorhandene Materialität bringt also einen religiösen Kontext ins Spiel – und damit Werte, von denen sich die nationalsozialistische Ideologie doch abgrenzen wollte. Wahrscheinlich ging es der Bauherrin des ›Thüringer Ärztehauses‹ nicht darum, ein Gefühl der Gottesnähe oder christlichen Frömmigkeit herzustellen. Wohl aber entsteht der Eindruck, dass man sich darum bemüht hat, eine Atmosphäre zu schaffen, die von der NS-Ärztenschaft und dem Verwaltungspersonal als ›ehrwürdig‹ wahrgenommen werden sollte.¹¹

Dieses Arrangement aus großflächigen, über die Besucher:innen hinauswachsenden Fenstern, gebrochenem Licht, geblasenem Glas und unterschiedlichen Farben sowie verschiedenen figürlichen und symbolischen Darstellungen lässt sich als ein szenischer Raum begreifen. Genauer gesagt als einer, der die Logik durchkreuzt, die einem Verwaltungsgebäude – im konkreten Fall der Schaltzentrale der thüringischen NS-Gesundheitspolitik – typischerweise zugeschrieben wird. Zu erwarten wäre doch, dass das Gebäude insgesamt möglichst schlicht gehalten würde, ohne ablenkende, die bestehende Routine unterbrechende Elemente, damit der aus Regularien, Tabellen, Formblättern, Quittungen, Postfächern, Öffnungszeiten, Besprechungen, Dienstreisen oder Gehaltszahlungen bestehende bürokratische Alltag aus Sicht der NS-Ärztenschaft möglichst effizient und reibungslos ablaufen konnte.¹² Dies aber trifft im Falle der Treppenhausfenster nicht zu: Sie brechen die Raum- und Farbstruktur auf und nehmen mehr Platz ein, als sie in ihrer Funktion als lichtdurchlässiges Medium eigentlich benötigen würden.

8 Vgl. hierzu auch meine Überlegungen zum Treppensteigen als performatives Ereignis: »Die Treppe ins Archiv? Zum Umgang mit NS-Kunst in öffentlichen Gebäuden am Beispiel des Treppenhauses der Bauhausstraße 11 in Weimar«, in: Maja Brodrecht, Simona Noreik, Jörg Paulus (Hrsg.): Ästhetiken und Materialitäten des Übergangs und des Übertragens, Basel/Berlin 2023, S. 129–148.

9 Die Ärzt:innenschaft spendete hierfür einen Betrag von mehr als 2.000 Reichsmark. Siehe Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, Aufgliederung der Baukost[en] a. Gebäude.

10 Siehe z. B. Uwe A. Oster (Hrsg.): Die großen Kathedralen. Gotische Baukunst in Europa, Darmstadt 2003. Oster weist darin auf die Bedeutung großflächiger Fenster hin, deren Aufgabe es ist, einen »lichtdurchfluteten [...] Raum zu schaffen.« Uwe A. Oster: »Einleitung«, in: Uwe A. Oster (Hrsg.): Die großen Kathedralen. Gotische Baukunst in Europa, Darmstadt 2003, S. 10. Am Beispiel der Kathedrale von Chartres wird das Zusammenspiel von Glasmalerei und Licht als »mystische Lichtarchitektur« beschrieben, siehe auch Christian Freigang: »Vom Mythos mystischer Lichtarchitektur«, in: Uwe A. Oster, Gotische Baukunst, S. 19–28, hier: S. 26f.

11 Zur Entstehung und Wahrnehmung von Atmosphären siehe: Gernot Böhme: Atmosphäre. Essays zur neuen Ästhetik, Berlin 2013.

12 Wobei sich stets in Erinnerung gerufen werden muss, dass dieser vermeintlich harmlose Alltag der NS-Ärzt:innenschaft konkret der Entrechtung jüdischer und oppositioneller Ärzt:innen galt, sowie insgesamt der Durchdringung des Gesundheitssystems mit ausschließlich NS-ideologischen Akteur:innen diente.

Wiederum scheinen sie sich als lichtdurchlässiges Material gar nicht wirklich zu eignen, da sie eher milchig-trüb statt klar und durchlässig wirken. So erscheinen sie als Fremdkörper, als ein Versatzstück, das dem christlich-sakralen Kontext entnommen und in die Verwaltungsarchitektur eingefügt wurde. Auf diese Weise entziehen sich die Fenster einer eindeutigen Zuordnung. Wäre aber Eindeutigkeit nicht eigentlich eine wichtige Komponente an einem auf Bürokratie ausgerichteten Raum, einem Raum, der darauf ausgelegt ist, Vorgänge schnell zu erfassen, zu sortieren und exakt zuzuordnen?

An dieser Stelle zeigt sich deutlich, dass sich die thüringische NS-Ärzeschaft ein Gebäude konzipierte, das nicht nur funktionalen Abläufen dienlich sein sollte, sondern dass es gewissermaßen Räume im Raum gab, die auf einer anderen Ebene die Ideologie der nationalsozialistischen Ärzteschaft formulierten. Das Glas fungiert hier als Trägermedium, um eine scheinbar schlüssige Geschichte zu erzählen. Doch handelt es sich eben nicht um eine Geschichte im klassischen Sinne, mit einem klar erkennbaren Anfang und einen ebenso deutlichen Schluss. Vielmehr werden in ungefähr der Hälfte der insgesamt 24 Darstellungen, die sich vom Unter- bis zum Obergeschoss verteilen, historische Bezüge angedeutet. Bereits an dieser Stelle zeichnet sich das Thema des ewig Wiederkehrenden ab – und damit ein dramaturgisches Prinzip, das für die Fensterbilder insgesamt von Bedeutung ist. Im Sinne einer eklektizistischen NS-Bildpolitik kann hier das Mit- und Nebeneinander unterschiedlicher Zeitebenen wie selbstverständlich behauptet werden. So findet sich in der Darstellung eines griechischen Tempels ein Bezug auf die Antike – beziehungsweise auf das, was im NS als antike Kultur erzählt wurde. Als ein weiteres Beispiel kann die Darstellung eines germanischen Firstständerhauses genannt werden, durch die die eingangs erwähnte Einbettung des Germanenmythos deutlich ablesbar wird → **Hallmann, Noeske: Bleiglasfenster.**

Ein weiteres Beispiel nationalsozialistischer Vorstellungen von – in diesem Fall – nordischer Mythologie stellen die runenartigen Zeichen dar, die in einem weiter oben gelegenen Bleiglasfenster zu sehen sind. Diese stehen für »Vidar«, eine göttliche Figur aus der eddischen Literatur. Die isländischen Heldenlieder und -sagen wurden im NS unter völkischen Gesichtspunkten zweckentfremdet, indem sie als mediale Veräußerung einer vermeintlich germanisch-antiken Kultur propagiert wurden.¹³ Dass »Vidar« auch der Name einer bedeutenden anthroposophischen Zeitung (1919–1940) aus Skandinavien war,¹⁴ scheint an dieser Stelle kein Zufall zu sein, liefen doch die vermeintliche Runenkunde, Esoterik und eine »rassenideologische Mystifizierung des europäischen Nordens häufig in eins.¹⁵

Innerhalb der Aneinanderreihung verschiedener Zeiträume, von der Antike über das Mittelalter bis hin zur Gegenwart, tauchen bestimmte Figuren und Motive wiederholt auf. Dazu gehören die zwei Darstellungen eines Arztes – das eine Mal im Labor arbeitend, das andere Mal am Krankenbett stehend – und eines germanischen Heilers. Diese Figuren, die vermeintliche Heiltraditionen verkörpern, stehen wiederum in Verbindung mit der Figur des verletzten Mannes. So stützt in einem der Fensterbilder ein Mann mithilfe seiner linken Hand seinen rechten

Arm, während sein Blick scheinbar sorgenvoll auf den Boden gerichtet ist. In einem nahegelegenen Fensterbild wird der linke Arm eines Mannes durch einen Verband gestützt. Diese Figur wird, im Gegensatz zu dem erstgenannten Verletzten, als kräftig und standfest sowie mit seitwärts gerichtetem Blick dargestellt. Des Weiteren erscheint mehrfach die Figur der Mutter – in einem Fall als Schwangere, in zwei Fällen als eine den Säugling im Arm haltende Frau und schließlich als Frau, die gemeinsam mit einem Kleinkind auf dem Boden sitzende Vögel füttert – wodurch sich eine Wiederholung des durch die Aktskulptur im Vorgarten eingeführten Narrativs der angeblichen ewigen Beständigkeit ergibt. Ebenfalls mehrfach anzutreffen ist das Motiv des Mann-Frau-Paares: das junge, vermutlich frisch verheiratete, sich in die Augen blickende Paar befindet sich in unmittelbarer Nähe zu einem augenscheinlich gealterten Paar, bei dem sich der Mann auf einen Stock stützt. Dadurch, dass diese Figuren als Kontinuität zwischen den vermeintlich historischen Darstellungen erscheinen, wird konstruiert, bestimmte kulturelle und soziale Werte seien schon seit jeher angelegt gewesen – das Motiv der Überzeitlichkeit wird hier also sichtbar → **Hallmann, Noeske: Bleiglasfenster; Beck: Völkische Zeichen.**

Gestaltung der ehemaligen Wandelhalle

Heute ist das Treppenhaus mit seinen Bleiglasfenster vielleicht der Ort, an dem die Involviertheit des Gebäudes in die Verbrechen des Nationalsozialismus am augenfälligsten wird. Beschäftigt man sich tiefer mit der Geschichte des Hauses ist jedoch erkennbar, dass es zahlreiche weitere solcher szenischen Räume gegeben haben muss – weitere Gestaltungselemente also, die die ansonsten nüchtern inszenierte Verwaltungsarchitektur unterbrochen und einen ideologischen Stellenwert eingenommen haben. Im Unterschied zu den Treppenhausfenstern sind diese jedoch heute nicht mehr sichtbar. Dass sie aber existiert haben müssen, darauf verweisen einige wenige archivierte Zeitschriftenartikel sowie ein Dokument aus dem Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, in dem die Erstellungskosten des »Thüringer Ärztehauses« angeführt sind.¹⁶ Gerade in diesem vordergründig sachlichen Dokument – einer Auflistung des Inventars – finden sich Hinweise darauf, dass die Ausstattung des Gebäudes inszenatorisch angelegt war. So reihen sich neben gängigen Raumbezeichnungen wie »Abrechnungsstelle«, »Kantine«, »Garangengebäude« oder »Bücherei« auch Angaben, die darauf verweisen, dass es sich hierbei um gestaltete Räume handelte, die für bürokratische Tätigkeiten nicht zwingend erforderlich waren. Dies trifft auf die Bezeichnung »Ehrenhalle« und »Wandelhalle« zu.¹⁷ Bei der »Ehrenhalle« handelte es sich um den Eingangsbereich, das heutige Foyer, bei der sogenannten Wandelhalle um den Flur, der heutzutage zu den Seminarräumen führt.

Einem 1937 im Jenaer Volksblatt erschienenen Artikel zufolge befanden sich in jener »Wandelhalle« die Portraits der thüringischen NS-Politiker Fritz Wächtler – damals Volksbildungsminister in Thüringen –, NS-Ministerpräsident Willy Marschler und des sogenannten Reichsstatthalters in Thüringen Fritz Sauckel.¹⁸ Demnach beteiligten sich mehrere namenhafte

¹³ Zur völkischen Edda-Rezeption siehe Debora Dusse: »Eddamythen, Neomythen, Weltanschauungscodes. Zur Transformation eddischer Überlieferung im Kontext völkischer Weltanschauung«, in: Uwe Puschner, G. Ulrich Großmann (Hrsg.): Völkisch und National. Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert, Darmstadt 2009, S. 233–244.

¹⁴ Für diesen Hinweis sei Karl Banghard gedankt.

¹⁵ Zu Runologie und Esoterik siehe z. B. Ulrich Hunger: »Wissenschaft und Ideologie. Die Runenkunde im Nationalsozialismus«, in: Uwe Puschner, G. Ulrich Großmann (Hrsg.): Völkisch und National. Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert, Darmstadt 2009, S. 312–328, hier: S. 314f.

¹⁶ Genannt werden unter anderem diverse Büromöbel, Tresore oder Fahrradständer, aber auch Bestandteile der Kantine. Gelistet sind zudem die für die Herstellung oder Bereitstellung zuständigen Personen sowie die jeweils entstandenen Kosten, siehe Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, Aufgliederung der Baukosten b. Einrichtung, wie Anm. 9 (eine Abschrift, die weitere Kostenpunkte des Gebäudes beinhaltet, ist auf den 24. Juli 1936 datiert).

¹⁷ Unter der Überschrift »Künstlerische Arbeiten« wird Jürgen Wegener genannt, der demnach mit der »Bemalung der Balkendecke i. Kant. u. Ehrenh. desgl. i. Wandelhalle« beauftragt war, siehe Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, Aufgliederung der Baukosten a. Gebäude, wie Anm. 9. Zu Jürgen Wegener vgl. auch den Beitrag Erick Becks in diesem Band.

¹⁸ LKAe, Die Mitarbeit Jenaer Künstler am Thüringer Ärztehaus in Weimar, wie Anm. 5.

thüringische Künstler an der Gestaltung des ehemaligen Ärztehauses.¹⁹ Dies verdeutlicht, wie weit verzweigt nationalsozialistische Netzwerke waren und dass im Gebäude nicht nur politische und bürokratische Akteure, sondern auch Künstler zusammenkamen.²⁰

Der Maler Hugo Gugg zum Beispiel, der von 1921 bis 1945 Professor für Landschaftsmalerei an der Staatlichen Hochschule für bildende Kunst in Weimar war,²¹ wird in Zusammenhang mit der Anfertigung eines der drei NS-Politiker-Portraits genannt.²² Gugg stand nicht zuletzt durch seine »Tätigkeit in der Malschule von Prof. Schultze-Naumburg [...]«²³ in Kontakt mit jenem Architekten, der in Saaleck einen »Treffpunkt völkischer und nationalsozialistischer Kreise«²⁴ etablierte. Dass dieser »Treffpunkt« nicht unbedeutend für die politische – und womöglich künstlerische – Entwicklung Thüringens war, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass »[m]it Hitler, Goebbels, Frick und Darré [...] gleich mehrere zukünftige Reichsminister des Dritten Reiches in Saaleck [weilten] [...]«²⁵

Gestaltung der sogenannten Ehrenhalle

Auch an der Gestaltung des Eingangsbereiches des Gebäudes waren regionale Künstler beteiligt. Zu den in diesem Zuge entstandenen Medien gehören laut Archivalien eine Hitler darstellende Maske,²⁶ die wiederum von »mehrere[n] [...] dreiarmlige[n] Leuchter[n]« flankiert wurde. In der Nähe befand sich demnach eine auf dem Boden liegende Platte, die als »gut bearbeitete[r] Gedenkstein«²⁷ bezeichnet wurde und auf der wiederum ein aus Bronze gefertigter Eichenkranz angebracht gewesen sein muss.²⁸ Mit dieser Arbeit war ein weiterer namhafter – in

diesem Fall dezidiert Weimarer – Künstler beauftragt: der Bildhauer und Porzellankeramiker Arno Zauche.²⁹

Mit hoher Wahrscheinlichkeit hat sich zudem der Weimarer Buchbindermeister und Kunsteinbandgestalter Otto Dorfner an der künstlerischen Ausgestaltung des »Ärztehauses« beteiligt. So findet sich an unterster Stelle in der »Aufgliederung der Baukosten b. Einrichtung« unter dem Posten »Ehrenbuch für Ärzte« der Vermerk »Prof Dorfner«.³⁰

Nicht zuletzt war an einer der Wände im Eingangsbereich des »Thüringer Ärztehauses« ein »Gedenkmosaik« angebracht, das drei Figuren darstellte. In Gestalt des Mosaiks dürfte sich die Verherrlichung von Gewalt und hegemonialer Maskulinität in starker Ausprägung geäußert haben, handelte es sich laut Quellenlage doch um die Darstellung eines Soldaten, eines Mitgliedes der »Sturmabteilung«, sowie um einen vermeintlich »deutschen« Arbeiter.³¹ Ein anderer Zeitungsartikel erwähnt nicht nur diese drei Figuren, sondern hebt hervor, dass pro figurlicher Darstellung jeweils eine Inschrift zu finden war.³² So sei die Darstellung des Soldaten mit den verklärenden Worten »Für die Toten des Weltkrieges«³³ versehen gewesen, wohingegen der verblendende Spruch »Für die Gefallenen der Bewegung«³⁴ auf die Figur des SA-Mannes abzielte. Der Figur des Angehörigen der Deutschen Arbeitsfront schließlich wurde der propagandistische Spruch »Für die Opfer der Arbeit«³⁵ zur Seite gestellt. In allen drei »Begleittexten« äußert sich die Indienstnahme kultureller Praktiken des Gedenkens, was unter dem zuvor erwähnten Begriff des NS-ideologischen Heldenmythos enggeführt werden kann.

¹⁹ Ebd. Der Autor nennt K. Schober, Hans Schmidt, Hugo Gugg, Jürgen Wegener sowie Fritz Körner.

²⁰ Eine Ausdifferenzierung hinsichtlich der Frage, wie systemtreu jene Künstler waren, muss an anderer Stelle erfolgen.

²¹ Thomas Holz: Der Maler Hugo Gugg. 1878 Leipzig–1956 Weimar. Seine Bilder, seine Gedanken, sein Wirken, Schöneburg (Selbstverlag) 1997, S. 24, 114. Guggs Verbindung zu Paul Schultze-Naumburg in Saaleck wird von Thomas Holz nicht kritisch kommentiert, sondern nüchtern als »Tätigkeit in der Malschule von Prof. Schultze-Naumburg, Saaleck« aufgeführt, ebd., S. 114.

²² LKAÉ, Die Mitarbeit Jenaer Künstler am Thüringer Aertzehaus in Weimar, wie Anm. 5. Vermutlich meint der Autor, dass Gugg jenes Bild von Sauckel anfertigte. Dies liegt auch insofern nahe, als eine andere Quelle Gugg als Maler des überlieferten Gemäldes *Reichsstatthalter Sauckel von Thüringen* nennt. Ob es sich hierbei um das einst im »Thüringer Ärztehaus« situierte Gemälde handelt, konnte bisher nicht abschließend geklärt werden, vgl. Tobias Ronge: Das Bild des Herrschers in Malerei und Grafik des Nationalsozialismus. Eine Untersuchung zur Ikonografie von Führer- und Funktionsbildern im Dritten Reich, Münster/Berlin 2010.

²³ Holz, Der Maler Hugo Gugg, wie Anm. 21, hier: S. 114.

²⁴ Karina Loos: »Die Inszenierung der Stadt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus in Weimar«, Dissertationsschrift (Bauhaus-Universität Weimar 2000), <https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.48/> [Stand: 01.09.2023], S. 17.

²⁵ Ebd., hier: S. 17f.

²⁶ LKAÉ, Die Mitarbeit Jenaer Künstler am Thüringer Aertzehaus in Weimar, wie Anm. 5. Den Entwurf für die Maske lieferte mit Paul Birr derselbe Künstler, der auch für die Entwürfe der Bleiglasfenster im Treppenhaus des Gebäudes verantwortlich war, siehe ebd., vgl. auch Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, Aufgliederung der Baukosten b. Einrichtung, wie Anm. 9. Dort ist darüber hinaus nachzulesen, dass es zusätzlich zur Maske auch eine Hitler darstellende Büste gegeben haben muss.

²⁷ LKAÉ, Die Mitarbeit Jenaer Künstler am Thüringer Aertzehaus in Weimar, wie Anm. 5. In den Unterlagen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands ist mit geringfügiger Abweichung von einer »Gedenkpl[atte] die Rede. Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, Aufgliederung der Baukosten a. Gebäude, o. D., o. S.

²⁸ Vgl.: LKAÉ, Die Mitarbeit Jenaer Künstler am Thüringer Aertzehaus in Weimar, wie Anm. 5.

²⁹ Die Auftragsstellung geht hervor aus: Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, Aufgliederung der Baukosten a. Gebäude, o. S., o. J. Bezüglich anderer Arbeiten Zauches ist das Relief *Zur Gründung der Universität* zu nennen, das sich im kleinen Innenhof des Jenaer Universitätshauptgebäudes befindet. Darüber hinaus befinden sich im Depot der Kunstsammlung der Universität Jena zwei Gipsmodelle (*Mädchen mit Ball, Knabe mit Band*), die als Vorlage für Bauplastiken am Universitätshauptgebäude Jena erhalten geblieben sind. Schließlich entwarf Zauche auch drei Reliefs zu Thüringer Flüssen, die ihren Standort ebenfalls in Jena, am Bismarckbrunnen haben. Für diese Hinweise danke ich herzlich Babett Forster. In digitaler Form kann ein Teil der genannten Objekte eingesehen werden unter: Deutsche Digitale Bibliothek: »Arno Zauche«, <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/person/gnd/1122225229?query=arno+zauche> [Stand: 18.01.2023]. Alle dort einzusehenden digitalen Objekte: Friedrich-Schiller-Universität Jena: Kustodie.

³⁰ Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, Aufgliederung der Baukosten a. Gebäude, wie Anm. 9.

³¹ LKAÉ, Die Mitarbeit Jenaer Künstler am Thüringer Aertzehaus in Weimar, wie Anm. 5.

Die »Deutsche Arbeitsfront« war eine NS-Massenorganisation, die sich unter anderem in hohem Maße an Praktiken »der Sicherung und Steigerung des Leistungsvermögens beim Einsatz der Menschen in der Wirtschaft und im Wehrdienst [...]« beteiligte. Achim Thom: »Formen der Mitwirkung der deutschen Ärzteschaft bei der Kriegsvorbereitung durch das faschistische Regime 1933–1939«, in: Sabine Fahrenbach, Achim Thom (Hrsg.): Der Arzt als »Gesundheitsführer«. Ärztliches Wirken zwischen Ressourcenerschließung und humanitärer Hilfe im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1991, S. 11–24, hier: S. 20f. Das Deutsche Arbeitsfront-Amt für Volksgesundheit mit der Fachgruppe Gesundheit war im »Thüringer Ärztehaus« untergebracht, siehe Stadtarchiv Weimar, Einwohnerbuch der Stadt Weimar, 32 2/1.

³² Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 267 (1936), S. 10–11, hier: S. 11. Es kann davon ausgegangen werden, dass mit der hier vorgefundenen Bezeichnung »Ehrenmal« das oben besprochene »Gedenkmosaik« gemeint ist.

³³ Ebd.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd.

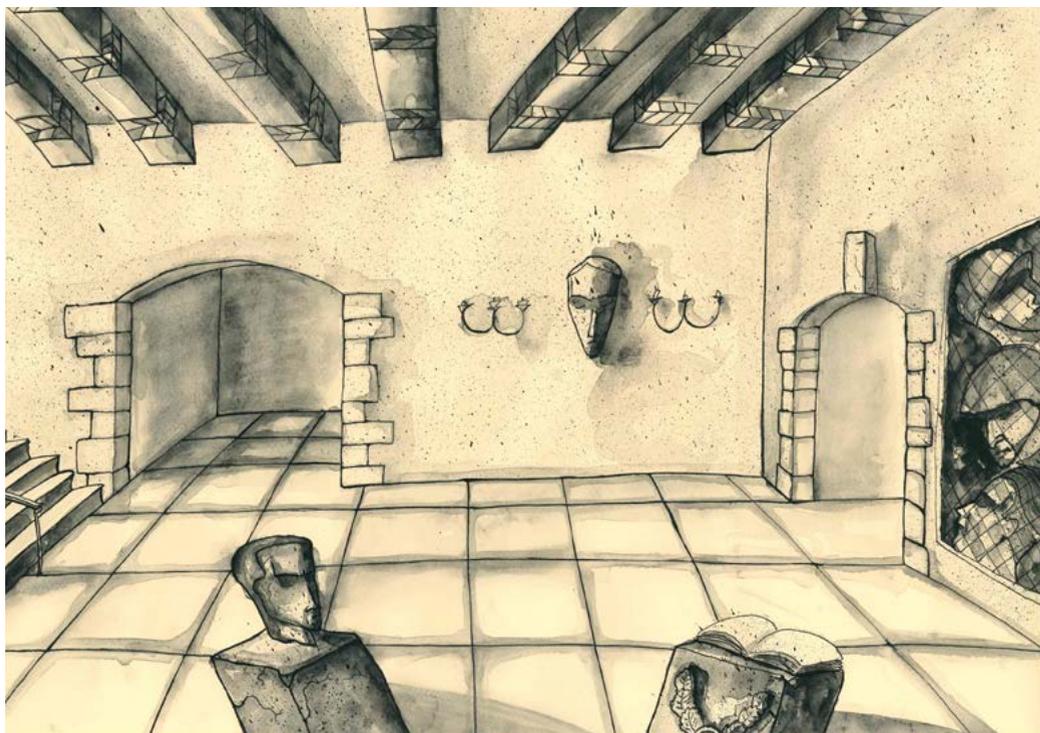


Abb. 1: Tusche und Aquarell auf Papier. Eine künstlerische Auseinandersetzung mit der Gestaltung der ehemaligen Eingangshalle, Zeichnung: Marcus Horn 2023.

Führt man sich die Gesamtheit der Medien vor Augen, die sich im Eingangsbereich befunden haben und die Art und Weise, in der sie arrangiert gewesen sein müssen, kann von ritualisierenden Medien gesprochen werden. Darunter sind im vorliegenden Fall Medien zu verstehen, die – obwohl es sich bei dem Gebäude um einen *öffentlichen* Bau handelte – die Atmosphäre einer verschworenen Gemeinschaft erwirken sollten, als seien sie zusammen mit dem gesamten Gebäude lediglich der nationalsozialistischen Ärzteschaft vorbehalten. In der Folge rücken – für uns heute nicht mehr sichtbar – diejenigen Medien in den Fokus, die qua Materialität – man denke an die Hitlerbüste aus Bronze sowie den von Arno Zauche angefertigten Bronze-Eichenkranz – oder qua ästhetischer Beschaffenheit – man denke an besagtes Mosaik – Aufmerksamkeiten auf sich zogen. Ritualisierende Medien des ›Thüringer Ärztehauses‹ waren solche, die bestimmte Verhaltensweisen evozieren sollten – beispielsweise ein andächtiges, ruhiges Stehen und Betrachten – oder die über bestimmte figürliche Darstellungen, Symbole oder Parolen ein vermeintlich gemeinschaftliches Wissen und gemeinschaftliche Ziele behaupteten. Nicht zuletzt dürfte das von den im Raum verteilten Wandleuchtern ausgehende Licht eine dem Profanen entrückte Atmosphäre hergestellt haben.³⁶ Vermutlich wurden die mehrarmigen Leuchter nicht täglich genutzt – was umso mehr auf ihren rituellen Charakter hinweist, darauf, dass sie ausschließlich für bestimmte Zeremonien in Erscheinung treten sollten.

³⁶ Im Eingangsbereich müssen sich »6 Stck. 3 tlg. Wandleucht.« befunden haben. Siehe Archiv der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen KVT, Aufgliederung der Baukosten b. Einrichtung, wie Anm. 9.

In der Annahme, dass bei bestimmten Anlässen auf elektrisches Licht verzichtet und lediglich die im Raum verteilten Leuchter benutzt wurden, dürfte die dann ohnehin schon gedämpfte Lichtstimmung noch durch die Art, in der die Decke gestaltet war, verstärkt worden sein. So haben restauratorische Untersuchungen und eine darauf basierende digitale Rekonstruktion ergeben, dass Schwarz die dominierende Farbe der Eingangshallendecke war.³⁷ Von diesem dunklen Anstrich setzte sich in grau-weißen und goldenen Farbtönen eine Symbolik ab, die in dem bereits mehrfach zitierten Zeitschriftenartikel verharmlosend »vornehme Bemalung [...] mit Goldornamenten«³⁸ genannt wurde. Tatsächlich aber handelt es sich bei der sich vom schwarzen Untergrund absetzenden »Ornamentik« um NS-ideologische Gestaltungselemente.³⁹ So erstreckte sich, in regelmäßigen Abständen über die gesamte Decke verteilt, die Elhaz-Rune, ursprünglich ein germanisches Schriftzeichen, das im Nationalsozialismus jedoch im Zuge einer »ideologischen Indiennahme«⁴⁰ als sogenannte Lebensrune zweckentfremdet wurde. Neben der Zweckentfremdung des germanischen Schriftzeichens als Emblem zahlreicher NS-Organisationen war sowohl die ›Lebensrune‹ als auch ihre auf den Kopf gestellte Version auf Geburts- und Sterbeanzeigen (insbesondere im SS-Kontext) zu finden. Beabsichtigt wurde damit, »die christlichen Zeichen für Geburt und Tod [...] zu verdrängen [...]«⁴¹ → **Hallmann u. a.: Mikropolitiken**

Berührungspunkte mit Inszenierungsstrategien der SS

Diese Art der Ästhetisierung des Raumes lässt an die von Peter Reichel beschriebene Ästhetisierung von Gewalt als Grundprinzip der NS-Politik denken.⁴² Insbesondere hinsichtlich der von Reichel beschriebenen Inszenierungsstrategien der SS scheint es Überschneidungen mit dem im ›Thüringer Ärztehaus‹ gestalteten Raum zu geben, auch wenn letzterer nicht die Dimensionen einnahm wie die Räume, die von SS-Angehörigen für gemeinschaftsbildende Rituale besetzt wurden.⁴³ Beide NS-Gemeinschaften jedoch – die SS einerseits und die NS-Ärzteschaft andererseits – stellten sich als elitäre Gemeinschaft dar, um eine innere Geschlossenheit zu kommunizieren, wobei die SS in ihrer Selbstdarstellung als dezidiert männerbündische, militaristische Gemeinschaft weitaus stärker von dieser Inszenierung Gebrauch machte. In starkem Ausmaß taucht die Instrumentalisierung des Gedenk-Narrativs im Umkreis des ›Thüringer Ärztehauses‹ auf. Die zuvor benannten Inschriften des Mosaiks legen die Vermutung nahe, dass auch

³⁷ Für das Zurverfügungstellen der Ergebnisse möchte ich mich beim zuständigen Restaurator sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen bedanken, insbesondere bei Marco Effenberger. Die in diesem Zusammenhang genommenen Bauprüfungen führen vor Augen, wie präsent Spuren der nationalsozialistischen Vergangenheit des Gebäudes heute noch sind – auch wenn sie nicht auf den ersten Blick zu sehen, sondern von (Farb-)Schichten überdeckt sind.

³⁸ LKAE, Die Mitarbeiter Jenaer Künstler am Thüringer Ärztehaus in Weimar, wie Anm. 5.

³⁹ Für die fachkundigen Hinweise zur Bedeutung von Runendarstellungen im Nationalsozialismus sowie für die Überlegungen hinsichtlich eines adäquaten Umgangs mit diesen belasteten Spuren gilt Karl Banghard und Erik Beck ein großer Dank.

⁴⁰ Hunger, Wissenschaft und Ideologie, wie Anm. 15, hier: S. 312.

⁴¹ Siehe Karlheinz Weißmann: Schwarze Fahnen, Runenzeichen. Die Entwicklung der politischen Symbolik 1890 und 1945, Düsseldorf 1991, S. 208f. Zum Vorkommen der Elhaz-Rune im ehemaligen Thüringer Ärztehaus vgl. auch den Beitrag von Lilli Hallmann, Jörg Paulus und Kristin Victor in diesem Band.

⁴² Vgl. Reichel, Der schöne Schein des Dritten Reichs, wie Anm. 2.

⁴³ Zu Inszenierung und Ritualisierung im SS-Milieu siehe ebd., S. 208ff.

hier jährlich am 9. November der sogenannte Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung begangen wurde, an dem die die im Kontext des Hitler-Putsches am 8. und 9. November 1923 gestorbenen Nationalsozialisten durch aufwendige Inszenierungen verherrlicht wurden.⁴⁴ Der als ›Ehrenhalle‹ konzipierte Raum kann insofern als Miniatur-Nachahmung des Zeremoniells gesehen werden, das die SS unter massivem Aufwand im Umkreis der Münchner Feldherrnhalle abhielt.⁴⁵ Die von Reichel genannten Merkmale von SS-Ritualen, wie Todesverklärung,⁴⁶ Licht- und Dunkelsymbolik⁴⁷ oder kultische Elemente⁴⁸ waren – wie oben anhand der künstlerischen Objekte aufgezeigt – eben auch Bestandteil des ›Thüringer Ärztehauses‹.

Eine kritische Auseinandersetzung

Auch wenn es aufgrund fehlender Dokumente nicht möglich ist, eine gesicherte Aussage darüber zu treffen, wann welche künstlerischen Elemente der sogenannten Ehrenhalle auf welche Weise im Detail genutzt wurden, liegt die Vermutung nahe, dass die rituellen Medien des ›Ärztehauses‹ insgesamt zu dessen Legitimation und ideologischer Überhöhung beitrugen. Sie waren Teil der von Reichel diagnostizierten Schönen-Schein-Inszenierung nationalsozialistischer Politik und hatten demnach Anteil an der Verschleierung einer verbrecherischen, auf Vernichtung abzielenden Bevölkerungspolitik.⁴⁹

Durch den Fokus auf die Ästhetik der ehemaligen Schaltzentrale der thüringischen NS-Gesundheitspolitik wird deutlich, dass die thüringische NS-Ärzteschaft völkische Mythen sowie rassistische und antisemitische Erzählungen nicht nur nach *Außen* kommunizierte, um ihre Gesundheitspolitik vermeintlich zu legitimieren. Vielmehr hat sie sich selbst täglich mit diesen verzerrten Geschichten umgeben, ja diese verschiedenen Formen der Verklärung bewusst in ihre Arbeits- und Alltagswelt integriert. Und dies mit dem Ziel, eine Gemeinschaft zu konstituieren, Denk- und Handlungsmuster zu festigen, die mit der brutalen Ausgrenzung aller vom System Verfolgten einherging.

Vor diesem Hintergrund könnte eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11 neben der faktenbasierten Wissensvermittlung auch darin bestehen, ein Bewusstsein für die hier einst wirksamen Atmosphären zu schaffen. Davon abgeleitet bestünde die Aufgabe nicht »nur« darin, mögliche inszenatorische Überreste – in Gestalt der Fensterbilder des Treppenhauses, der Deckenbemalung der einstigen Kantine oder der Deckengestaltung des Eingangsbereiches, nicht zuletzt aber auch des Baukörpers selbst und der sich daraus ergebenden Aufteilung von Räumen – mit einem wissenschaftlich fundierten Kommentar zu versehen. Darüber hinaus wäre es erforderlich, derartige Überreste ebenfalls *szenisch* zu durchbrechen und die wissenschaftliche Kommentierung als *eines* von zahlreichen szenischen Mitteln zu verwenden. Neben der Frage, welche Medien Wissen über die Geschichte des Gebäudes vermitteln, interessiert also gleichermaßen, welche Medien hier vor Ort auf noch anderen Ebenen bisher nicht dagewesene Denk-, Handlungs- und Spielräume eröffnen.

⁴⁴ Ab 1939 – ein Jahr nach der Reichspogromnacht, in der jüdische Bürger:innen verfolgt, ihres Besitzes beraubt, willkürlich inhaftiert oder ermordet wurden – wurde der 9. November von den Nationalsozialisten als staatlicher Feiertag begangen.

⁴⁵ Vgl. Reichel, *Der schöne Schein des Dritten Reichs*, wie Anm. 2, hier: S. 219ff.

⁴⁶ Ebd., S. 221.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd., S. 227.

⁴⁹ Vgl. ebd., hier: S. 17, 39.

DOROTHEE SCHLÜTER

DANIEL LOGEMANN

Das zukünftige Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus im ehemaligen Gauforum in Weimar. Standort – Schwerpunkte – Perspektiven

Das Museum *Zwangsarbeit im Nationalsozialismus* wird am 8. Mai 2024 in Trägerschaft der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora im Südgebäude des ehemaligen NS-Gauforums in Weimar eröffnen. Mitten in Weimar schafft die Stiftung damit ihre dritte Einrichtung für historisch-politische Bildung und zur Vermittlung der Geschichte nationalsozialistischer Verbrechen. Neben den Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora an den historischen Orten wird das neue Museum zur NS-Zwangsarbeit Akzente setzen, die sich sowohl aus seinem Thema als auch aus seinem Standort ergeben. Letzterer bietet Chancen und Herausforderungen – so wird das Museum mit dem ehemaligen Gauforum einen NS-Monumentalbau beziehen, diesen allerdings gemeinsam mit dem Thüringer Landesverwaltungsamt nutzen. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich mit dem *Bauhaus-Museum* und dem *Museum Neues Weimar* etablierte Museen im sich noch immer formenden, sogenannten Quartier Weimarer Moderne zwischen der Weimarer Altstadt und dem Bahnhofsviertel. Das Thema der NS-Zwangsarbeit, die ein öffentlich sichtbares und gesellschaftlich breit verankertes Massenverbrechen war, soll aus eben jenem Quartier heraus präsent gemacht werden und neue Diskurse anregen. Doch dazu mehr im weiteren Verlauf dieses Textes, der zurück geht auf unseren Vortrag im Rahmen der Tagung *Erinnern gestalten. Orte der NS-Medizinverbrechen*.

Zunächst jedoch soll der Umgang mit Orten der NS-Medizinverbrechen anhand eines weiteren Weimarer Beispiels für einen solchen Ort in den Blick gerückt werden: die heutige Polizeiinspektion Weimar am Kirschberg 1, ehemals das Städtische Krankenhaus, das sich seit 1832 an dieser Adresse befand. Heute ist nur noch der südliche Flügel des Gebäudes erhalten.

In das Städtische Krankenhaus wurden Häftlinge aus dem nahegelegenen KZ Buchenwald zur Behandlung gebracht, bevor ein lagereigener Krankenbau errichtet wurde. Bis 1939 fanden hier außerdem Zwangssterilisationen von Hunderten von Häftlingen statt, die nach dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« unfruchtbar gemacht wurden. Das Urteil fällte ein sogenanntes Erbgesundheitsgericht, das auf Antrag der einweisenden Stelle, wie beispielsweise der Gestapo oder des Lagerarztes des KZ Buchenwald, aktiv wurde. Nach ähnlichem Verfahren wurden hier auch Bürger:innen aus Weimar – zwischen 1934 und 1943 mindestens 700 Personen – der Zwangssterilisation unterzogen.¹



Abb. 1: Krankenhaus am Kirschberg, um 1975, Quelle: Sophien- und Hufeland-Klinikum Weimar.

Darüber hinaus weist dieser Ort, der bis heute nicht öffentlich als Stätte nationalsozialistischer Medizinverbrechen gekennzeichnet ist, eine ebenso inhaltliche wie topographische Nähe zum entstehenden *Museum Zwangsarbeit* auf. So wurden zum einen im Krankenhaus, wie in nahezu allen öffentlichen Einrichtungen des nationalsozialistischen Deutschlands, Zwangsarbeiter:innen beschäftigt, beispielsweise als Reinigungskräfte. Zum anderen – und vor allem dieser Aspekt soll hier betont werden – war das Städtische Krankenhaus Weimar in den letzten zwei Kriegsjahren eine zentrale Anlaufstelle für Abtreibungen an Zwangsarbeiterinnen in Mittelthüringen.

Im Verlauf des Jahres 1943 wurden Abtreibungen, die für deutsche Frauen streng verboten waren, für Zwangsarbeiterinnen aus Polen und der Sowjetunion nicht nur legalisiert, sondern es wurde erheblicher Druck ausgeübt, Schwangerschaften beenden zu lassen. In den ersten Kriegsjahren waren Zwangsarbeiterinnen bei Schwangerschaft noch in ihre Heimatländer

¹ Vgl. Rikola-Gunnar Lüttgenau u. a. (Hrsg.): *Weimar im Nationalsozialismus. Ein Stadtplan*, Weimar 2011, Beitrag Nr. 22.

abgeschoben worden, ab Dezember 1942 wurde niemand mehr zurückgeschickt. Stattdessen drängten deutsche Politiker und Arbeitgeber:innen auf Abbruch der Schwangerschaften und die schnelle Rückkehr der Frauen an ihren Arbeitsplatz. Wurde zunächst in den Unterlagen noch vermerkt, die Abbrüche seien aus gesundheitlichen Gründen erfolgt, verzichteten die NS-Ärztinnen:Ärzte später auf diese Scheinbegründung. Zwar ist die Quellenlage lückenhaft, es kann aber in Weimar von mindestens 100 Eingriffen zwischen Sommer 1943 und Frühjahr 1945 ausgegangen werden. Etwa zehn Prozent davon betrafen Zwangsarbeiterinnen des Fritz-Sauckel-Werkes² (Gustloff-Werke I). In etlichen Fällen waren die Schwangerschaften weit fortgeschritten, sodass die Abbrüche erhebliche gesundheitliche Gefahren für die betroffenen Zwangsarbeiterinnen bargen. Es kam auch vor, dass Säuglinge nach künstlich eingeleiteten Frühgeburten für einige wenige Tage überlebten. Mitunter führten die Eingriffe zu Komplikationen, die für die Mütter tödlich enden konnten. Schwangeren, die es schafften, sich dem Eingriff zu entziehen, wurde ein extrem reduzierter Mutterschutz gewährt. Die Umstände für die Versorgung der Neugeborenen in den Unterbringungslagern waren aber derart schlecht, dass viele Kleinkinder diese nicht überlebten.³ Die Anzahl der in Weimar geborenen Kinder von Zwangsarbeiterinnen, die in Folge der schlechten Unterbringungsbedingungen starben, lässt sich nur ansatzweise bestimmen. Marc Bartuschka geht in seiner Studie zur Zwangsarbeit in Weimar von mindestens einem Dutzend Fälle aus, die Mütter der Säuglinge arbeiteten zumeist für das Fritz-Sauckel-Werk. Allein für September 1944 lassen sich fünf Todesfälle belegen. Unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten bezüglich der Sterblichkeitsrate von Kindern von Zwangsarbeiter:innen und gesetzt der Wahrscheinlichkeit, dass nicht alle Todesfälle bekannt oder zu belegen sind, geht Bartuschka sogar davon aus, dass mindestens 30, möglicherweise noch mehr Kinder in Weimar geboren wurden und die geschilderten Umstände nicht überlebten.⁴



Abb. 2: Sowjetische Zwangsarbeiter:innen der Fritz-Sauckel-Werke, 12. Oktober 1944. Auffällig sind die drei Kleinkinder in der ersten Reihe, Quelle: Stadtarchiv Weimar, 53 50/59.

Im Zusammenhang mit dem Städtischen Krankenhaus sowohl als Beispiel für einen Ort von NS-Medizinverbrechen als auch NS-Zwangsarbeit in Weimar sollte noch ein Aspekt ergänzt werden, der die rassistisch basierte Beziehung von Deutschen und Zwangsarbeiter:innen einmal mehr verdeutlicht: Denn aufgrund der angestrebten Segregation zwischen Deutschen und Zwangsarbeiter:innen mehrten sich Stimmen, die Behandlung von Zwangsarbeiter:innen in einem Krankenhaus zusammen mit Deutschen zu untersagen. In Weimar wurde deshalb in unmittelbarer Nähe des Städtischen Krankenhauses ab Frühjahr 1943 mit dem Aufbau einer Baracke als Krankenabteilung für ausländische Arbeitskräfte begonnen. Die Baracke samt Ausstattung wurde vom Reichsarbeitsministerium kostenlos zur Verfügung gestellt, die Stadt übernahm die Kosten für den Aufbau. Auf einer Gesamtfläche von etwa 135 Quadratmetern verfügte das Gebäude schließlich über mehrere Sanitärräume und einen Waschbereich, vier Krankenzimmer sowie Zimmer für das Personal, einschließlich einer Küche. Der Schlussabnahmeschein vom Oktober 1943 gab die Adresse mit Am Kirschberg 1 an. Die Bettenkapazität lag Anfang 1944 bei 21. Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der zwischen Spätherbst 1943 und Frühjahr 1945 im Städtischen Krankenhaus behandelten Zwangsarbeiter:innen hier untergebracht war. In die Baracke wurden unter anderem auch die zuvor erwähnten schwangeren Zwangsarbeiterinnen zur Abtreibung eingewiesen. In einer Reihe von Fällen war die Herkunftsgeschichte von Patient:innen den Unterlagen nicht zweifelsfrei zu entnehmen. Fest steht jedoch, dass im Städtischen Krankenhaus während des Zweiten Weltkrieges mindestens

² Das Fritz-Sauckel-Werk im Nordosten der Stadt (heute Kromsdorfer Straße) setzte während des Krieges weimarweit die meisten Zwangsarbeiter:innen und Kriegsgefangenen ein – etwa zwei Drittel aller Zwangsarbeiter:innen in Weimar mussten hier Waffen und Kriegsgerät bauen. Geschätzt kamen ca. 650 Kriegsgefangene zum Einsatz und insgesamt mindestens 3.500 zivile Zwangsarbeiter:innen, darunter 800 bis 900 Frauen und Kinder. Zusätzlich vermietete das KZ Buchenwald ab 1942 die Arbeitskraft von über 2.500 KZ-Häftlingen an das Weimarer Fritz-Sauckel-Werk. 1944/45 kamen so im Schnitt auf vier Arbeitskräfte des Fritz-Sauckel-Werkes ein:e Deutscher:in, ein:e Zwangsarbeiter:in oder ein Kriegsgefangener und zwei KZ-Häftlinge.

³ Vgl. hierzu Marc Bartuschka: »Im Schoß der deutschen Kultur«, Ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Weimar 1939–1945, Weimar 2020, S. 117.

⁴ Vgl. ebd., S. 119.

500 bis 600 Zwangsarbeiter:innen behandelt wurden, von denen eine beträchtliche Zahl nicht in der Stadt selbst eingesetzt war. Kurz vor Kriegsende wurde die Baracke bei einem Luftangriff schwer getroffen.⁵

Wie an diesen kursorischen Einblicken bereits deutlich wird, überschritten sich im Nationalsozialismus das rassistische Gesundheitswesen und das gleichfalls rassistische System der Zwangsarbeit in vielen Bereichen. Dabei herrschte immer das Primat der Ökonomie, während das Wohl und selbst das Leben der Zwangsarbeiter:innen zweitrangig waren. Dies galt nochmals im besonderen Maße gegenüber Zwangsarbeiter:innen aus dem besetzten östlichen Europa, die in der rassistischen Hierarchie des Nationalsozialismus weit unten standen. Auch deutlich wird am Beispiel des früheren Krankenhauses und der heutigen Polizei, dass Zwangsarbeit – ja das Leiden der Zwangsarbeiter:innen – in der Mitte der deutschen Gesellschaft stattfand und von den meisten Deutschen akzeptiert oder gar unterstützt wurde. Und dennoch ist das Gesellschaftsverbrechen der Zwangsarbeit heute öffentlich kaum bekannt und weiterhin ungenügend aufgearbeitet. Dies ist einer der Gründe, warum im ehemaligen Gauforum im Zentrum Weimars das *Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus* eröffnet wird. Die Geschichte der Zwangsarbeit, wie sie im Museum gezeigt werden wird, führt in die Mitte der deutschen Gesellschaft während des Nationalsozialismus und verdeutlicht zugleich die europäischen Ausmaße dieses Verbrechens.

Wie aber lässt sich dieses Verbrechen in all seinen Dimensionen heute angemessen darstellen? Wie lässt sich zeigen, dass Zwangsarbeit vor den Augen aller Deutschen stattfand und es unzählige Profiteur:innen und Mittäter:innen gab? Wie lässt sich ausstellen, dass Zwangsarbeit trotz vieler Unterschiede im Einzelnen insgesamt von Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt gekennzeichnet war? Das im Mai 2024 eröffnende *Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus* basiert auf einer großen, internationalen Wanderausstellung, die unter dem Titel *Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg* zwischen 2010 und 2017 in Berlin, Warschau, Dortmund, Moskau, Prag, Hamburg und Steyr zu sehen war. Die künftig auf Dauer gestellte Ausstellung beantwortet die vorigen Fragen vor einem weiten historischen und thematischen Panorama: Von der Machtübernahme der Nationalsozialist:innen 1933 bis in die Wiedergutmachungsdebatten der Gegenwart, von der Ausbeutung von Zwangsarbeiter:innen im von den Deutschen besetzten Europa bis zu deren millionenhaften Verschleppung ins Deutsche Reich. Die gesamteuropäischen Dimensionen der Zwangsarbeit werden den Besuchenden dabei in über 60 Fallgeschichten nähergebracht.

Zwangsarbeit fußte grundsätzlich auf der rassistischen Ideologie der Nationalsozialist:innen, nach der angeblich minderwertige Menschen zum Nutzen der Deutschen ausgebeutet und sogar getötet werden durften. Die Menschen im eroberten Europa wurden als Kriegsbeute betrachtet und als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Strenge rassistische Hierarchien bestimmten und ordneten den Zwangsarbeiter:inneneinsatz: während westeuropäische Arbeitskräfte zumeist auf bessere Arbeits- und Lebensbedingungen hoffen konnten, standen etwa Menschen aus Polen, der Ukraine und Russland sowie Jüdinnen:Juden am untersten Ende der vermeintlichen Skala. Für sie bedeutete Zwangsarbeit die Bedrohung von Gesundheit und Leben. Die deutsche Wirtschaft indes profitierte von Zwangsarbeit, da die Arbeitskraft von Millionen zur Wehrmacht eingezogenen deutschen Männern ersetzt wurde. Der Krieg hätte ohne die Zwangsarbeiter:innen nicht fortgeführt werden können. Der Lebensstandard der Deutschen war nur

durch die Politik der Herabsetzung und Ausbeutung der Zwangsarbeiter:innen aufrechtzuerhalten. Jenseits dieses passiven Nutzens beteiligten sich viele Deutsche auch aktiv an dem Verbrechen. Sie beschäftigten Zwangsarbeiter:innen in ihren Betrieben, auf ihren Bauernhöfen oder im Haushalt. Sie denunzierten sie für vermeintliches Fehlverhalten, diskriminierten sie im Alltag und am Arbeitsplatz und ließen sie ihre Verachtung durch Wort und Tat spüren.

Die Dauerausstellung des *Museums Zwangsarbeit im Nationalsozialismus* setzt sich gezielt mit dieser problematischen Beziehungsgeschichte von Deutschen und Zwangsarbeiter:innen auseinander. Sie zeigt unterschiedliche Einstellungen und beleuchtet Handlungsspielräume von Beteiligten. Sie erzählt an vielen Beispielen, was Zwangsarbeit bedeutete und wo sie stattfand: etwa in den ersten Konzentrationslagern noch in den 1930er-Jahren, in den Ghettos für Jüdinnen:Juden im besetzten Polen, im Handwerksbetrieb um die Ecke, bei BMW in München-Allach oder bei der Produktion von Raketen im KZ Mittelbau-Dora. Sie schildert unter anderem beispielhaft die Schicksale von polnischen Zwangsarbeiter:innen in der Landwirtschaft, von russischen Kriegsgefangenen am Polarkreis in Norwegen, von italienischen Militärinternierten in Kahla oder von schwangeren Russinnen, Ukrainerinnen und Polinnen, die zur Abtreibung gezwungen wurden oder deren Säuglinge verwahrlosten und starben.

Doch das *Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus* versteht sich nicht allein als Ausstellungsort. Mit der Nachnutzung des ehemaligen Gauforums in Weimar als Museumsstandort und zugleich als neuer Akteur im *Quartier Weimarer Moderne* werden sowohl die Bezugnahme zur Stadtgeschichte, als auch die Vernetzung mit den anderen Institutionen vor Ort – allen voran mit dem *Bauhaus-Museum* und dem *Museum Neues Weimar* – unabdingbare Aufgaben sein. Gleichzeitig wird es die Möglichkeit bieten, NS-Geschichte und ihre Nachwirkungen inmitten eines lebendigen Stadtquartiers zu thematisieren und zu aktualisieren. Die Plätze am zukünftigen Museum sind nach ehemaligen Buchenwaldhäftlingen benannt: Mit dem Jorge-Semprún-Platz, an dem der Eingang des Museums liegen wird, wird der spanische Schriftsteller und Intellektuelle geehrt, der sich mit nationalsozialistischem wie auch realsozialistischem Erbe lebenslang auseinandersetzte. Der zwischen *Museum Zwangsarbeit* und *Bauhaus-Museum* gelegene Stéphane-Hessel-Platz erinnert an einen der Schöpfer der UN-Menschenrechtscharta, der als französischer Widerstandskämpfer in Buchenwald inhaftiert war (seine jüdische Herkunft konnte er verbergen, was ihm das Leben rettete). Auch aus diesen Bezügen entwickelt das Museum sein Programm, historische und aktuelle Fragestellungen offen und breit zu diskutieren. Bereits die Entstehungszeit begleitend finden öffentliche Gesprächsformate auf dem Stéphane-Hessel-Platz oder im *Bauhaus-Museum* statt. Nach der Eröffnung des *Museums Zwangsarbeit* stehen großzügige Räumlichkeiten für Bildungsarbeit und Veranstaltungen mit Blick auf den Jorge-Semprún-Platz zur Verfügung.

Der Anspruch des neuen Museums ist es dabei, möglichst divers, inklusiv und barrierefrei zu sein – auch zu verstehen als institutionalisierten Kontrast zu seiner inhaltlich vermittelten Geschichte von Ausgrenzung und Gewalt. Dies beginnt im neuen Foyer mit Unisex-Toilettenanlagen, wo die »Toilette für Alle« auch für Menschen mit multiplen Behinderungen zur Verfügung steht. Die Ausstellung werden Besuchende mit Multimediaguides in Leichter Sprache und Deutscher Gebärdensprache erschließen können. Die Museumsangebote und das inklusive Bildungsprogramm sollen ein breites Spektrum an Besuchenden ansprechen: Weimartourist:innen und Schulklassen aller Schularten, Auszubildende, Manager:innen und Verwaltungsangestellte. Gerade mit letzteren Zielgruppen sollen innovative Wege gefunden werden, Zwangsarbeit im Nationalsozialismus mit heutigen Lebens- und Berufswelten in Bezug zu setzen. Es waren deutsche Unternehmen, die Zwangsarbeiter:innen ausbeuteten und in der

Geschichte der Wiedergutmachung eine häufig unrühmliche Rolle spielten. Es waren deutsche Verwaltungsangestellte und Bürokrat:innen, die die Rekrutierung und Deportation der Zwangsarbeiter:innen ermöglichten und deren sogenannten Arbeitseinsatz organisierten. Auch im Bildungsprogramm des Museums soll herausgearbeitet werden, dass Zwangsarbeit inmitten der deutschen Gesellschaft stattfand und Millionen von Menschen nicht ohne Duldung und Beteiligung von fast allen Deutschen ausgebeutet werden konnten.

In diesen Zusammenhängen lohnt sich noch einmal ein genauer Blick auf das Gebäude, in das das Museum einzieht, wurde der historische Unterbringungsort des Museums doch sehr bewusst gewählt. Denn das auf Rassismus begründete Gesellschaftsbild der Nationalsozialist:innen findet man heute in Weimar nirgendwo so kompakt architektonisch inszeniert wie im Gauforum, das einzige fast fertig gebaute NS-Gauforum in Deutschland. Hitler selbst begleitete die Planungen, seine treuen Gefolgsleute, der Architekt Hermann Giesler und der Gauleiter von Thüringen Fritz Sauckel, setzten sie um. NS-Werbebrochüren der Zeit sprachen vom »neuen Kulturmittelpunkt« Weimars, der die »raumschaffende Volksgemeinschaft« repräsentieren sollte. Tatsächlich spiegeln sich in der noch erhaltenen Struktur des nach Kriegsende fertiggestellten vierflügeligen Bauensembles die nationalsozialistischen Projektionen von Gemeinschaft, Leistung, Arbeit und Fortschritt. Das Westgebäude nutzte die Deutsche Arbeitsfront (DAF), dem gegenüber im Osten befand sich die »Halle der Volksgemeinschaft«. Diese Kult- und Versammlungshalle – heute als Shoppingmall genutzt – und der Aufmarschplatz in der Mitte des Gebäudekomplexes waren als Manifestationsräume der propagierten deutschen »Volksgemeinschaft« gedacht. Aus dieser ideellen und ideologisch unterfütterten Gemeinschaft waren angeblich minderwertige Menschen und auch Zwangsarbeiter:innen von vornherein ausgeschlossen. Im Norden des Gebäudekomplexes stand das »Haus der Gliederungen der NSDAP«, das Südgebäude mit seinem weithin sichtbaren Turm war für den Reichsstatthalter und die Gauleitung bestimmt. Hier sollte der Amtssitz von Fritz Sauckel entstehen. Nahe am Turm plante dieser sein großzügiges Büro sowie einen Festsaal zum Empfang der NS-Eliten. In diesen Saal wird nun die Dauerausstellung zur Zwangsarbeit im Nationalsozialismus einziehen.



Abb. 3: Quartier Weimarer Moderne rund um das ehemalige Gauforum, Quelle: Nivre Film & Studio.

In den letzten Kriegsjahren war Fritz Sauckel einer der einflussreichsten Funktionäre des nationalsozialistischen Regimes. Als Gauleiter von Thüringen übte er in einem für die Nationalsozialist:innen wichtigsten Gauen uneingeschränkte Macht aus. Er prägte Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft und baute seinen Amtssitz Weimar zur Mustergauhauptstadt des »Trutzgaus« Thüringens aus. Ab März 1942 war Sauckel in seiner zusätzlichen Funktion des »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« für die Deportation von Millionen Zwangsarbeiter:innen aus ganz Europa in das Deutsche Reich verantwortlich. Vor allem wegen dieses Verbrechens wurde er in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Der Gebäudekomplex war auch eine überdimensionierte Antwort auf das Klassische Weimar und eine bewusste Absage an die liberale und demokratische Weimarer Republik; der dort architektonisch umgesetzte rassistische Gesellschaftsentwurf des Nationalsozialismus bleibt am Standort des *Museums Zwangsarbeit* stetig präsent. Vor diesem Hintergrund, aber auch in Bezug auf das anfangs skizzierte Beispiel von Zwangsarbeit in Weimar – zumal ein bis heute weitgehend unbekannter Teil der Stadtgeschichte – wird deutlich, dass das *Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus* einen im negativen Sinne idealen Ort findet. Es ist ein Ort, an dem Geschichte und Gegenwart, Architektur und Gesellschaft, Zwangsarbeit und Verantwortlichkeiten aber auch alte und neue Stadtentwicklungen offensichtlich miteinander verbunden sind.

ERIK BECK

Völkische Zeichen und vermeintliche Tradition – Das ›Dorfgemeinschaftshaus‹ der SS in Wewelsburg

1936, zeitlich sehr nah an der Weimarer Bauhausstraße 11, errichtete die ›SS-Schule Haus Wewelsburg‹ im gleichnamigen Dorf bei Paderborn ein ›Gemeinschaftshaus‹, das vermeintliche Traditionen mit politischen Bedürfnissen verbinden sollte. Die an diesem Bauwerk angebrachten Zeichen und Symbole lassen Ähnlichkeiten und Bezüge zu Deckengestaltungen und Bildfenstern des ›Thüringer Ärztehauses‹ in Weimar erkennen. Auch wenn es sich um zwei gänzlich unterschiedliche Bauvorhaben handelt, so zeigen sich doch gewisse Parallelen, sowohl in einzelnen Formen der Baudekoration als auch in den ideologischen Zweckbestimmungen und Hintergründen der beiden Bauten. Das Wewelsburger Beispiel war ein ländliches SS-Bauprojekt, durch das die dörfliche Bevölkerung für die SS eingenommen und bestehende Konflikte eingedämmt werden sollten.¹ Das Weimarer Beispiel entstand währenddessen als städtisches Bauprojekt der Kassenärztlichen Vereinigung, Landesstelle Thüringen, das die öffentliche Gesundheitsfürsorge unter anderem unter völkischen Gesichtspunkten ideologisch einen sollte → **Bee u. a.: Erinnerungsort.**

Architektur ist ein Bedeutungsträger und ein gesellschaftliches Kommunikationsmittel.² Dies gilt in besonderer Form für die Architektur der NS-Zeit. Damalige öffentliche Architektur drückt Ideen, Ideologien und politische Programme oftmals auf eindeutige Weise aus und transportiert sie, etwa über die Baugestalt, die Werkstoffe, den ›Stil‹ und das Baudekor nach außen. Das Innere eines solchen Gebäudes umfängt die Besuchenden und dort Arbeitenden.

- 1 Vgl. dazu Erik Beck: »Geplante Gemeinschaft. Das Dorfgemeinschaftshaus der SS in Wewelsburg«, in: Karl Banghard, Michael Kamp (Hrsg.): Kontinuitäten? Museumspflege im Nationalsozialismus, Lindlar 2023 [im Druck].
- 2 Vgl. Günter Bandmann: Mittelalterliche Architektur als Bedeutungsträger, 11. Auflage, Berlin 1998, bes. S. 7–22. Vgl. auch Gudrun Landl: »Architektur als Kommunikation. Durch Architektur und über Architektur kommunizieren am Beispiel des Otto-Wagner-Areals auf den Steinhofgründen«, Magisterarbeit (Universität Wien 2012), http://www.steinhof-erhalten.at/Informationen/magisterarbeit_landl_gudrun-0702323.pdf [Stand: 21.12.2022], bes. S. 24–26.

Die Innengestaltung sowie die Raum- und Nutzungsdisposition wirken damit direkt auf die Anwesenden, versuchen dabei gesellschaftliche Konzepte zu vermitteln und die Besuchenden einzunehmen.³ Architektur während der Zeit des Nationalsozialismus war dabei nicht einem einheitlichen Formenkanon oder einer einheitlichen Richtung verpflichtet.⁴ Dies gilt nicht einmal für öffentliche und parteinahe Bauten, wie die beiden hier vorliegenden.



Abb. 1: Wewelsburg, Hof Thiele vor dem Umbau, 1935, Quelle: Kreismuseum Wewelsburg, Fotoarchiv.

Abb. 2: Wewelsburg, Dorfgemeinschaftshaus kurz nach Fertigstellung Anfang 1937, Quelle: Kreismuseum Wewelsburg, Fotoarchiv.

Zwischen den Entwürfen für das ›Thüringer Ärztehaus‹, das sich im Stil in ein bestehendes Umfeld einfügt⁵ sowie dem vermeintlich jahrhundertealten, der regionalen Baupraxis verbundenen ›Dorfgemeinschaftshaus‹ in Wewelsburg liegen architektonisch Welten. Und doch sind trotz der unterschiedlichen Gestaltung die Gedanken der Heimatschutzarchitektur sowohl im ›Ärztehaus‹ als auch im ›Dorfgemeinschaftshaus‹ prägend.⁶ Bei dieser aus der konservativen,

- 3 Vgl. Tilman Harlander, Wolfram Pyta: »NS-Architektur. Macht- und Symbolpolitik. Eine Einführung«, in: Tilman Harlander, Wolfram Pyta (Hrsg.): NS-Architektur. Macht- und Symbolpolitik, Berlin 2012, S. 7–19, bes. S. 10–12; Peter Reichel: Der schöne Schein des Dritten Reichs. Faszination und Gewalt des Faschismus, 3. Auflage 1996, S. 273–312; Hans-Ernst Mittig: »NS-Architektur für uns«, in: Werner Durth, Winfried Nerdinger (Hrsg.): Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre, Bonn 1997, S. 125–149, bes. S. 128–133.
- 4 Reichel, Der schöne Schein, wie Anm. 3, hier: S. 273–275, 295–298.
- 5 Karina Loos: »Die Inszenierung der Stadt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus in Weimar«, Dissertationsschrift (Bauhaus-Universität Weimar 2000), <https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.48/> [Stand: 22.12.2022], vgl. auch »Das neue Thüringische Ärztehaus«, in: Deutsche Bauhütte 41 (1937), Heft 13, S. 168f.
- 6 Zu Heimatschutz-Bewegung und der daraus entsprungene Architekturrichtung vgl. zusammenfassend Rainer Schmitz: Heimat. Volkstum. Architektur. Sondierungen zum volkstumororientierten Bauen der Heimatschutz-Bewegung im Kontext der Moderne und des Nationalsozialismus, Bielefeld 2022, bes. S. 46–50. Vgl. auch Dietrich Schmidt: »Die Architekturschule Stuttgart 1919–1945. Reform, Tradition und Hitlergruß«, in: Tilman Harlander, Wolfram Pyta (Hrsg.): NS-Architektur. Macht und Symbolpolitik, Berlin 2012, S. 169–191, bes. S. 190f.

teils völkischen Heimatschutzbewegung⁷ entstandenen Stilprägung sollten sich die Bauwerke harmonisch in die sie umgebende Kulturlandschaft einfügen und aus ortsüblichen Materialien gebaut werden.

Im Folgenden soll das Wewelsburger Beispiel im Zentrum stehen und daran die Aspekte und Motive der Überzeitlichkeit, der vermeintlich ewigen Verbindung der ›germanisch-nordischen‹ Vorgeschichte mit der damaligen nationalsozialistischen Gegenwart, aufgezeigt werden.

Zum Hintergrund

1934 ließ der Reichsführer SS Heinrich Himmler das bei Paderborn gelegene Schloss Wewelsburg für die SS pachten. Für den Pachtpreis von einer Reichsmark jährlich auf die Dauer von 100 Jahren sollte hier zunächst eine SS-Schule eingerichtet werden. Es wurden Volkskundler, Historiker, ein Archäologe, Juristen und Bibliothekare eingestellt. Zu einem Schulungsbetrieb kam es jedoch nie. Vielmehr wandelten sich die Pläne für Wewelsburg schnell ins Megalomane. Die architektonischen Planungen griffen zwischen 1939 und 1944 immer weiter auf den Ort aus und zielten auf einen elitären Versammlungsort für höhere SS-Führer ab.⁸

Die Errichtung eines von der SS finanzierten ›Gemeinschaftshauses‹ in Wewelsburg hängt unmittelbar mit den SS-Plänen in Wewelsburg zusammen: Mit der Übernahme des Schlosses durch die SS wurde dieses der regionalen Öffentlichkeit entzogen. Ein in der Wewelsburg 1925 eingerichtetes Heimatmuseum und ein aufwendiger Festsaal sowie das Schloss als Veranstaltungsort waren damit als Veranstaltungszentrum auch für das Dorf nicht mehr verfügbar.⁹ In der Folge – und nicht nur deswegen – kam es zu Spannungen zwischen der Dorfbewölkerung und den Mitarbeiter:innen der sogenannten SS-Schule Haus Wewelsburg.¹⁰ Heinrich Himmler versuchte diesen Spannungen auf lokaler Ebene niederschwellig zu begegnen. Ein wichtiges und in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre vermutlich das wichtigste Element dabei war das erste von der SS in Wewelsburg fertiggestellte Bauprojekt: 1935 erwarb die SS den baufälligen *Hof Thiele* innerhalb des Dorfes und baute diesen von Oktober 1935 an um. Bauleitender Architekt war der SS-Untersturmführer Walter Franzius.¹¹ (Abb. 1)

Zweckbestimmung

Was war also der Plan? Zurückblickend äußerte sich der Architekt des Gebäudes, Walter Franzius, ein Jahr nach Eröffnung des ›Gemeinschaftshauses‹ im Mai 1937 folgendermaßen:

Was heute noch als Phantasie erscheinen mag, wird in Jahren und Jahrzehnten Wirklichkeit sein: In den Dörfern und Gemeinden aller Gaue werden sich stolze, heimatgebundene Bauten erheben, zu denen die deutschen Menschen kommen, um zusammen als unlösliche Gemeinschaft Ernst und Freuden des Lebens zu teilen. Die Heime werden zum Mittelpunkt der Schicksalsgemeinschaft, die in einem Orte lebt, und werden den Bauern Gelegenheit bieten, an dem Schicksal der Nation Anteil zu nehmen. Nicht Städtisches soll auf das Land getragen werden, sondern die in dem Land und seinen Bewohnern schlummernden ewigen Werte und Kräfte werden geweckt zu neuem Erblühen bäuerlicher Kultur. Die Pflegstätten dieses Lebensquells der Nation werden die Dorfgemeinschaftshäuser sein.¹²

Franzius ruft darin die nationalsozialistischen Schlagworte ›Heimatverbundenheit‹, ›Volksgemeinschaft‹, ›Blut und Boden‹ und ›Ewiges Volk‹ auf, die sich in den angedachten Funktionen, aber auch in der architektonischen Ausgestaltung dieses Hauses niederschlagen sollten. Damit hebt er das Motiv der Überzeitlichkeit auf der architektonischen Aussageebene hervor. Das Wewelsburger ›Dorfgemeinschaftshaus‹ sollte als belebtes Baudenkmal, als ›historisches‹ oder zumindest historisierendes Gebäude für die Zukunft traditionsbildend wirken und – mit Hilfe vermeintlich jahrtausendealter bäuerlicher Tradition und Baupraxis – die im Sinne der SS gewünschte dörfliche Gemeinschaft lenken. Diesen Aspekt betonte Franzius auch in einem Beitrag in der in Essen verlegten Nationalzeitung vom 6. Juni 1938. Darin holt Franzius weit aus, um über den Holz- und Fachwerkbau als vermeintlich rassegebundene ›germanische‹ Errungenschaften zu berichten und dann schließlich das Wewelsburger ›Gemeinschaftshaus‹ als gelungene Adaption dieser Traditionen an die nationalsozialistische Gegenwart herauszustellen.¹³

Der Bauvorgang als ideologischer Akt

Diese Einschreibung in eine gedachte, überzeitliche ›Volksgemeinschaft‹ schlug sich bereits im Bauvorgang nieder. Nach dem Abriss einer Scheune vor dem historischen Fachwerkhaus des Hofes im Herbst 1935 und zum Umbau des Nebengebäudes wurde an der Grundstücksgrenze zur Straße hin ein torartiges Gerüst aufgestellt. An diesem war mittig eine Richtkrone aufgehängt, seitlich daneben befanden sich zwei Questenkreuze, sogenannte Sonnenräder. Diese waren in der NS-Zeit ein wiederkehrendes Zeichen, das in völkischer Perspektive mit der Sonnenwendfeier verbunden wurde. Ein entsprechender Brauch in Questenburg

⁷ Vgl. zur Heimatschutzbewegung auch Rainer Schmitz, Johanna Söhnigen: »Rasse, Landschaft, Heimatschutz«, in: Unabhängige Historikerkommission Planen und Bauen im Nationalsozialismus (Hrsg.): Planen und Bauen im Nationalsozialismus, Bd. 1, München 2023, S. 172–269, bes. S. 233–246; Erik Beck: »Wilhelm Petersen (1900–1987). Eine biografische Annäherung an sein Leben und seine Karriere bis zum Jahr 1940«, in: Erik Beck u. a. (Hrsg.): Germanenmythos und Kriegspropaganda. Der Illustrator Wilhelm Petersen, 1900–1987, Büren 2021, S. 120–143, bes. S. 124–126.

⁸ Zum Hintergrund und weiterführend Markus Moors: »Das ›Reichshaus der SS-Gruppenführer. Himmlers Pläne und Absichten in Wewelsburg«, in: Jan Erik Schulte (Hrsg.): Die SS, Himmler und die Wewelsburg, Paderborn u. a. 2009, S.161–179. Zur Anpachtung ebd. S. 169.

⁹ Irmhild Katharina Jakobi-Reike: Die Wewelsburg 1919–1933. Kultureller Mittelpunkt des Kreises Büren und überregionales Zentrum der Jugend- und Heimatpflege, Paderborn 1991.

¹⁰ Vgl. dazu Beck, Geplante Gemeinschaft, wie Anm. 1. Zu den Spannungen auch Karl Hüser: Wewelsburg 1933–1945. Kult- und Terrorstätte der SS. Eine Dokumentation, Paderborn 1987, S. 40–43.

¹¹ Zu ihm vgl. Markus Moors: »Die SS als geistiger Stosstrupp? Dr. Hans-Peter des Coudres, Schulungsleiter der ›SS-Schule Haus Wewelsburg‹ 1935–1939«, in: Jan Erik Schulte (Hrsg.): Die SS, Himmler und die Wewelsburg, Paderborn u. a. 2009, S. 180–195, bes. S. 180 f.; Wulff E. Brebeck u. a. (Hrsg.): Endzeitkämpfer. Ideologie und Terror der SS, Berlin/München 2011, S. 64f.

¹² Walter Franzius: »Das Dorfgemeinschaftshaus«, in: Deutsche Arbeitsfront, Gauverwaltung Westfalen-Nord (Hrsg.): Das schöne Dorf im Gau Westfalen-Nord. Beiträge und Bilder zur Dorfverschönerung, Münster 1938/39, S. 56–66, hier: S. 56.

¹³ Walter Franzius: »Vätererbe im Bauhandwerk«, in: Nationalzeitung. Amtliches Blatt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Ausgabe Wittgenstein) vom 4. Juni 1938, S. 3.

am Harz wurde kurzerhand in die Urgeschichte zurückdatiert und als Kulturgut der bronzezeitlichen Germanen ausgegeben.¹⁴ So sollte eine Verbindung zwischen imaginierten ›Ritualen‹ der vermeintlich ›germanischen Vorfahren‹ und den neuen Sonnenwendfeiern der NS-Zeit hergestellt werden. Durch zentral vorgegebene Rituale und pathetische Sprache wurden diese zu quasi-religiösen Veranstaltungen stilisiert.¹⁵

Das Symbol des Questen-, Rad- oder Keltenkreuzes ist in der rechtsextremen Szene nach wie vor ein Erkennungszeichen, beispielsweise für die *White-Power*-Bewegung in den USA oder rechtsextreme Kleinparteien und neuheidnische rechte Gruppen.¹⁶ Auch NS-ideologische Bilder zu vorgeblich ›germanischen‹ Sonnenwendfeiern werden heute noch gern als Motiv im rechten Milieu verwendet und dabei etwa als Buchcover oder als Poster neu vertrieben.



Abb. 3: Dorfgemeinschaftshaus, Richtkranz und Questenkreuze vor dem Gebäude nach Abbruch der Scheune, Foto: Schumacher (SS-Schule Haus Wewelsburg), 1935, Quelle: Kreismuseum Wewelsburg, Fotoarchiv.

Eine erste ›Julfeier‹ der SS-Schule Haus Wewelsburg fand an Weihnachten 1935 nach Abriss der Scheune, aber noch vor dem eigentlichen Umbau vor dem *Hof Thiele* statt (Abb. 3). Mit diesen ›Julfeiern‹ wollte das NS-Regime seit den frühen 1930er-Jahren christliche Traditionen des Weihnachtsfestes überprägen und umdeuten. Als vermeintlich ›urgermanisches‹ Fest wurde gerade innerhalb der SS der Versuch unternommen, durch eigene neue, vermeintlich aber ›urgermanisch‹-nordische Bräuche, symbolische Rituale und Feste zu etablieren und damit christliche Feste zu verdrängen.¹⁷ So sollte innerhalb der SS das Gemeinschaftsempfinden

gestärkt und die Bindung an christliche Traditionen zurückgedrängt werden. Seit 1936 erhielt dafür jeder verheiratete SS-Mann einen Julleuchter als Geschenk.¹⁸



Abb. 4: ›Julfeier‹ der SS vor dem späteren Dorfgemeinschaftshaus, Foto: Franzius (SS-Schule Haus Wewelsburg), 1936, Quelle: Kreismuseum Wewelsburg, Fotoarchiv.

Schon bevor die Umgestaltung des historischen Hauses im Sinne des SS-Architekten Franzius begann, wurden durch Symbole, Zeichen und Handlungen dem Bauwerk entsprechende völkische und SS-spezifische Bedeutungen und überzeitliche Bezüge zu- und eingeschrieben. Im Rahmen des Bauantrags vermeldete Franzius die Nutzungsideen für den geplanten Bau sowie dessen Gestaltungsprinzipien:

Nach dem Willen des Reichsführers-SS soll in Wewelsburg ein Haus entstehen, das den Verbänden von JV – SS als Heimraum dienen soll, das der NS-Frauenschaft, wie der NS-Bauernschaft eine ihnen zustehende Umgebung schafft. Es sollen Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien wie im Haus für eine genügend große Zahl Parteigenossen geschaffen werden.¹⁹

Für die Gestaltung hielt sich Franzius an den im Bauantrag vermerkten Leitsatz, der auch für alle weiteren Bauten der SS in Wewelsburg gelte: »Aus der jahrtausend alten Baukultur Westfalens zu schöpfen, sie zu erfassen und hieraus Neues zu schaffen, das restlos verwurzelt ist, mit westfälischem Boden und nationalsozialistischer Weltanschauung.«²⁰ Hiermit gibt

¹⁴ Vgl. Erik Beck, Arne Timm: »Das nationalsozialistische Germanenbild auf Schulwandbildern der NS-Zeit«, in: Erik Beck, Arne Timm (Hrsg.): *Mythos Germanien. Das nationalsozialistische Germanenbild in Schulunterricht und Alltag der NS-Zeit*, Dortmund 2015, S. 48–72, hier bes. S. 64f. mit weiterführender Literatur.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Vgl. dazu Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen (Hrsg.): *Nazis im Wolfspelz. Germanen und der rechte Rand*, Oerlinghausen 2022, S. 42.

¹⁷ Vgl. zusammenfassend Reichel: *Der schöne Schein*, wie Anm. 3, hier: S. 209–221.

¹⁸ Vgl. Brebeck u. a. (Hrsg.): *Endzeitkämpfer*, wie Anm. 11, hier: S. 147–149, 162–165. In der rechtsextremen Szene werden Nachahmungen solcher SS-Leuchter nach wie vor über rechte Versandportale vermarktet: Kira Ayyadi: »Weisse Weihnachten. Wenn Neonazis ihr Julfest feiern«, <https://www.belltower.news/weisse-weihnachten-wenn-neonazis-ihr-julfest-feiern-125913/> vom 20.12.2021 [Stand: 23.12.2022].

¹⁹ Bauantrag vom 8.2.1936. Kreismuseum Wewelsburg, Archivalische Sammlung 70/2/4/1.

²⁰ Ebd.

sich ein ideologisches Programm zu erkennen, das Einblicke in den Gestaltungswillen der SS in Wewelsburg und die zugrundeliegenden Prinzipien in den Anfängen der dortigen SS-Präsenz ermöglicht.

Franzius stellte sich mit diesem ideologischen Programm in die Tradition seiner Ausbildungsstätte, der Technischen Hochschule Stuttgart. Von 1926 bis 1929 hatte Franzius dort unter anderem bei Paul Bonatz,²¹ Paul Schmitthenner²² und Heinz Wetzel studiert. Möglicherweise lernte Franzius dort auch Georg Schirrmeister, den Architekten des Weimarer ›Ärztehauses‹ kennen. Dieser war von 1928 bis 1930 an der TH Stuttgart als Architekturstudent eingeschrieben²³ → Noeske: *Der Architekt Schirrmeister*. Die sogenannte Stuttgarter Schule dieser Zeit orientierte sich im Sinne des ›Heimatschutzes‹²⁴ an der Pflege einer traditionellen Bauweise und lehnte modern-rationalistische Architekturen ab.²⁵ In Weimar ist diese Strömung eng verbunden mit Paul Schulze-Naumburg, seit 1930 Leiter der Weimarer Hochschule für Baukunst, bildende Künste und Handwerk. Er, der seit Ende der 1920er-Jahre gut mit dem späteren thüringischen Volksbildungsminister Wilhelm Frick bekannt und Mitglied des antisemitischen Kampfbundes für Deutsche Kultur sowie der NSDAP war, hatte 1904 den Deutschen Bund Heimatschutz mitbegründet und bis 1913 geleitet.²⁶ Mit dem Stuttgarter Hochschullehrer Paul Bonatz stand Schulze-Naumburg in Austausch, beide vertraten ähnliche Architekturauffassungen.²⁷

Bauliche Grundlage eines ›Dorfgemeinschaftshauses‹ sei nach Franzius das gemeinschaftliche Erleben, das einen Versammlungsraum erfordere. Um »Gemeinschaftsräume« müssten sich weitere Funktionen gruppieren: die »Heim- und Bastelräume der Hitler-Jugend«, Räume für »Sport und Körperpflege, Kindergarten, Dorfbücherei sowie Geschäftszimmer der Partei und ihrer Gliederungen und die kommunalen Verwaltungsräume«²⁸. Franzius beschrieb damit das Idealbild eines kommunalen Zentrums für die NSDAP und die Einwohner:innen, also die Verschmelzung aller im nationalsozialistischen Sinne genehmen Dorfbewohner:innen mit der ›Bewegung‹. Auch diese Funktion des Hauses ähnelt den für die heutige Bauhausstraße 11 festzustellenden Intentionen: Dort sollte unter anderem die ›Gemeinschaft der Ärzte‹ als völkischer Berufsstand unter Ausschluss jüdischer Ärzt:innen im Sinne völkischer Gesundheitsvorsorge vereint werden.²⁹

21 Bonatz hatte ein ambivalentes Verhältnis zum Nationalsozialismus, vgl. Wolfgang Voigt: »Paul Bonatz: Kosmopolit in den Unwettern der Zeit. Paul Bonatz: Cosmopolitan in the Rages of Times«, in: Wolfgang Voigt, Roland May (Hrsg.): Paul Bonatz 1877–1956, Tübingen 2010, S. 11–38.

22 Wolfgang Voigt: »Zwischen Weißenhof-Streit und Pour le Merite: Paul Schmitthenner im Architekturstreit der zwanziger bis fünfziger Jahre«, in: Wolfgang Voigt, Hartmut Frank (Hrsg.): Paul Schmitthenner 1884–1972, Tübingen 2003, S. 67–99.

23 Universitätsarchiv Jena, Bestand D, Nr. 2562, Personalakte Georg Schirrmeister.

24 Schmitz, Heimat. Volkstum. Architektur. wie Anm. 6, hier: S. 46–50.

25 Schmidt, Die Architekturschule Stuttgart, wie Anm. 6, hier: S. 190 f.

26 Vgl. dazu Hans-Rudolf Meier, Daniela Spiegel (Hrsg.): Kulturreformer. Rassenideologe. Hochschuldirektor. Der lange Schatten des Paul Schultze-Naumburg, Heidelberg 2018, darin bes. Rainer Schmitz, Johanna Söhnigen: »Architekturtheorie vom ›germanischen Gesichtspunkte‹ aus. Paul Schultze-Naumburg und die ästhetische Codierung des volkstumsorientierten Bauens um 1900«, S. 71–81; Ralf-Peter Pinkwart: »Paul Schultze-Naumburg. Konservatismus in Persönlichkeit, Überzeugung und baulichem Werk«, S. 83–95, bes. S. 93.

27 Norbert Korrek: »Vom Heimatschutz-Appell zum baukünstlerischen Vermächtnis. Zur Architekturlehre an der Weimarer Hochschule unter Paul-Schultze Naumburg«, in: Hans-Rudolf Meier, Daniela Spiegel (Hrsg.): Kulturreformer. Rassenideologe. Hochschuldirektor. Der lange Schatten des Paul Schultze-Naumburg, Heidelberg 2018, hier: S. 125–139, bes. S. 131.

28 Franzius, Dorfgemeinschaftshaus, wie Anm. 12, hier: S. 57f.

29 Loos, Inszenierung der Stadt, wie Anm. 5, hier: S. 44f.

Auch bezüglich der Auswahl der beteiligten Handwerker sind Parallelen zwischen dem Wewelsburger und dem Weimarer Beispiel festzustellen. Im Rahmen der Bauarbeiten in Wewelsburg wurde gezielt ein örtlicher Zimmermann mit entsprechenden Arbeiten des Ständerwerks und Dachstuhls beauftragt. Örtliche Schreiner stellten Möbel her, Wewelsburger Schnitzer schufen die Zeichen und Symbole der Schauffassade nach Entwürfen von Walter Franzius und des Wewelsburger SS-Archäologen Wilhelm Jordan. Nicht zuletzt gestalteten Schmiede der ›SS-Schule Haus Wewelsburg‹ die Leuchter und Fenstergitter.³⁰



Abb. 5: Wewelsburg, Dorfgemeinschaftshaus. Links: Handwerker beim Schnitzen

Abb. 6: Wewelsburg, Dorfgemeinschaftshaus. Rechts: geschmiedetes rundes Fenstergitter mit radial angelegten Sig-Runen am Pförtnerhaus, 1936/37, Quelle: Kreismuseum Wewelsburg, Fotoarchiv.

Auch am ›Ärztehaus‹ in Weimar wurden gezielt regionale Handwerker und Künstler beauftragt.³¹ Zu den Künstlern gehörte etwa Jürgen Wegener, der beispielsweise mit der Deckengestaltung des Eingangsbereiches der Bauhausstraße 11 – der sogenannten Ehrenhalle – beauftragt worden war. Wegener war von 1930 bis Frühjahr 1932 Leiter der Fachklasse für Baomalerei an der Hochschule Weimar und Vertrauter von Schulze-Naumburg.³² Bereits 1934 hatte er in Bad Frankenhausen die dortige Unterkirche mit einem Deckenfresko *Totentanz und Auferstehung* ausgemalt, das eindeutige NS-ideologische Konnotationen aufweist. Noch heute

30 Dazu Beck, Geplante Gemeinschaft, wie Anm. 1, mit Nachweisen.

31 Die Mitarbeit Jenaer Künstler am Thüringer Ärztehaus in Weimar. Zeitungsartikel-Ausriß. Landeskirchliches Archiv Eisenach, Nachlass Fritz Körner, Nr. 461. Vgl. auch Kassenärztliche Vereinigung Thüringen, Archiv, Bauakte Bauhausstraße 11, Kostenaufstellung. Ich danke Lilli Hallmann herzlich für diesen Hinweis.

32 Personalakte Jürgen Wegener, Landesarchiv Thüringen, Haupt-Staatsarchiv Weimar, 632–1701, Nr. 33056, Bl. 4.

und nach einer umfassenden Restaurierung 2013 – gefördert durch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz – lassen sich ein auf dem Schlachtfeld stehender Reichwehrsoldat, ein SA-Mann, ein BDM-Mädchen und ein Hitlerjunge erkennen.³³ Wegener, der 1919 zunächst Kunstgeschichte in Graz, danach Wandmalerei an der Kunstakademie Berlin studiert hatte, stellte 1944 auch auf der *Großen Deutschen Kunstausstellung* in München aus.³⁴ 1936 malte er für das ›Kreishaus‹ Weimar – ebenfalls ein NS-Neubau – das ideologische Wandgemälde *Deutsche Jugend*.³⁵

Symbole und Zeichen:

Der Nationalsozialismus war geprägt vom Bedürfnis symbolischer Kommunikation. Zeichen, Runen und Symbole begegneten auf Schritt und Tritt. Angefangen beim Hakenkreuz über die Symbole verschiedenster Parteigliederungen – exemplarisch sei die Odalrune als Zeichen für den Reichsnährstand oder die Doppel-Sigrunen als Zeichen der SS genannt – bis hin zu vermeintlich volkstümlich-bäuerlichen Zeichen an ländlichen Neubauten. Überspitzt gesagt: Das Land wurde durchzogen von nationalsozialistischen Bild- und Symbolwelten. Dies zeigte sich an Uniformen, auf Flaggen und Fahnen aber auch am Bauschmuck. Es existierte kein öffentlicher Bau ohne das Hoheitszeichen des auf dem Hakenkreuz fußenden Adlers. Im Fall des ›Thüringer Ärztehauses‹ befand sich der Partei-Adler auf dem Äskulapstab mit Hakenkreuz.

Besonders innerhalb der SS spielte die so genannte Sinnbildforschung³⁶ seit 1935 eine besondere Rolle, als das SS-Ahnenerbe auf diesem Feld unter der Leitung von Hermann Wirth und Karl Theodor Weigel agierte. Pseudowissenschaftlich wurden dabei Bedeutungen in verschiedenste und zeitlich äußerst heterogene Bildträger solcher Ornamentik hineininterpretiert. Sie wurden als sinnfälliger Ausdruck einer vermeintlich jahrtausendealten, durch gelehrte Welt und Christentum unterdrückten ›germanischen‹ Kontinuität ›nordisch-arischer‹ Prägung und als Ausdruck der Verbindung von ›Blut und Boden‹ gewertet. In einer völkischen Deutung wurden im Fachwerkbau wiederkehrende Konstruktions- oder Schnitzelemente als Äußerung vermeintlich uralter germanisch-heidnischer, nicht durch das Christentum ›verdorbener‹ Volkskunst und Volksweisheit interpretiert und propagandistisch überhöht und missbraucht.³⁷ Auch der Architekt Walter Franzius ließ sich zu solchen ›Sinnbildern‹ aus: Viel zu lange habe die Wissenschaft gen Süden, also zu den antiken Hochkulturen geblickt. »[E]rst heute, da die Volkseele wieder gleichsam aus einem Halbschlummer zu einer arteigenen Anschauung von den Dingen dieser Welt erwacht, wendet die Wissenschaft sich der Sinnbildforschung zu, und auch

33 O. V.: »Unterkirche Bad Frankenhausen«, <https://www.unterkirche.de/unterkirche/ausstattung/vom-23.05.2019>, [Stand: 23.12.2022]; o. V.: »Deckengemälde mit Diskussion«, https://www.kyffhaeuser-nachrichten.de/news/news_lang.php?ArtNr=132928/ vom 22.08.2012 [Stand: 23.12.2022].

34 O. V.: »Kindertheater«, <https://www.gdk-research.de/de/obj19441021.html/> [Stand: 22.12.2022]. Eine Akte im Bundesarchiv Berlin (Bestand Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda), R55, Nr. 33236 konnte nicht eingesehen werden.

35 Loos, Inszenierung der Stadt, wie Anm. 5, hier: S. 52. Ebenfalls 1936 gestaltete er ein Plakat anlässlich des 10. Jahrestages des Weimarer Reichsparteitages der NSDAP, siehe Birgit Witamwas: *Geklebte NS-Propaganda. Verführung und Manipulation durch das Plakat*, Berlin/Boston 2016, S. 166 und Abb. 119.

36 Vgl. Rolf Wilhelm Brednich: »Das Weigelsche Sinnbildarchiv in Göttingen. Ein Beitrag zur Geschichte und Ideologiekritik der nationalsozialistischen Volkskunde«, in: *Zeitschrift für Volkskunde*, Nr. 81 (1985), S. 22–39; G. Ulrich Großmann: »Völkisch und national – Der ›Beitrag‹ der Hausforschung zum Wiederaufleben der Runenkunde des SS-Ahnenerbes«, in: Uwe Puschner, G. Ulrich Großmann (Hrsg.): *Völkisch und national. Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert*, Darmstadt 2009, S. 31–64 mit weiterführender Literatur.

37 Vgl. etwa Großmann, *Völkisch und national*, wie Anm. 36, hier: S. 32–35; Brednich, *Sinnbildarchiv*, wie Anm. 36, hier: S. 25–33.

dem Nichtwissenschaftler fällt es wie Schuppen von den Augen, und er erkennt, daß in dieser Überlieferung der Kern der Weltanschauung seiner Ahnen liegt.«³⁸ Zeichen und Symbole am Fachwerkbau, so Franzius, seien keineswegs bloßer Schmuck und auch nicht mit Aberglauben zu erklären. Vielmehr zeige sich in ihnen, »wie hoch im nordischen Menschen die Anschauung von der göttlichen Allmacht schon vor Jahrtausenden entwickelt war«. Sie seien »Zeugen für die klare und rassisch gebundene Weltanschauung« der Germanen. Später, so das ewige Credo der ›Sinnbildforscher‹, sei durch das Christentum dieses Wissen verloren gegangen und die Zeichen hätten als unverstandene Dekorelemente überlebt. Erst durch den Einsatz der Sinnbildforschung seien diese Zeichen wieder, gleichsam wie die Hieroglyphen Ägyptens, zu entziffern gewesen.³⁹

Die beiden hier im Zentrum stehenden Bauwerke eröffnen auf unterschiedliche Weise Symbolwelten, deren Gemeinsamkeit unter anderem in der Überzeitlichkeit vermeintlich ›nordisch-arischer‹ Größe und der angeblichen Verbindung von ›Blut und Boden‹ liegt.⁴⁰ Für das Wewelsburger Beispiel des ›Gemeinschaftshauses‹ lässt sich diese Umsetzung der sogenannten Sinnbildforschung in eine neu geschaffene symbolhafte Schaufassade auch anhand der Schriftquellen darlegen: Zusammenfassend und wiederum das Motiv der Überzeitlichkeit herausstellend, referiert Heinrich Himmler anlässlich der Einweihung des ›Dorfgemeinschaftshauses‹ im Mai 1937:

Jetzt steht er [der Bau, Anm. d. Verf.] da, breit und schwer wie die Rasse seiner Besucher, eingefügt in die Landschaft, sich unterordnend unter die uralten Bauüberlieferungen, beseelt und dadurch beherrschend durch den neuen Geist. Ungekünstelt und natürlich sind alle verwandten Baustoffe. Klar und ernst wirkt das Schwarz-Weiß des Fachwerkes, besinnlich und fröhlich zugleich leuchtet das Schnitzwerk in seiner Buntheit. Alte Symbole als Künder ältester Kultur unserer Ahnen und ihrer umfassenden Weltanschauung, lange bevor Buchstaben und fremdsprachige Sprüche die Balken zierten, schmücken das Gebälk. Neue Symbole als Künder des unlöslichen Zusammenhanges zwischen der neuen Zeit und der uraltesten Vergangenheit unseres Volkes grüßen den Eintretenden zu beiden Seiten des Eingangs.⁴¹

Damit bezog sich Himmler auf die friesartig zwischen Erdgeschoss und erstem Obergeschoss angebrachten Zeichen und Symbole an der Straßenfront. Keines dieser Zeichen befand sich vor dem Umbau durch Franzius an dem Gebäude. Alle wurden erst mit dem Umbau der SS eingebracht und farblich gefasst. Somit kündeten sowohl die von Himmler angeführten »alten Symbole als Künder ältester Kultur unserer Ahnen« eher vom Umbauwillen der SS und ihrem Blick auf die Vergangenheit, als von der vermeintlichen »Welt der Ahnen«. Bei den von

38 Walter Franzius: »Schatzkammer Westfalen. Sinnbilder in alter und neuer Volkskunst«, in: *Heimat und Reich*, Nr. 2 (1939), S. 51–58, Zitat nach S. 51–54.

39 Vgl. dazu ebd., S. 54.

40 Vgl. Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen, *Nazis im Wolfspelz*, wie Anm. 16, hier: S. 22–30; Beck, Timm, *Germanenbild*, wie Anm. 14, hier: S. 66–68; Erik Beck u. a. (Hrsg.): *Die Körper der SS – Ideologie, Propaganda und Gewalt*, Büren 2016, S. 68–80. Diese Betonung eines vermeintlich ewig homogenen ›Volkskörpers‹ verband in der nationalsozialistischen Geschichtspropaganda vermeintlich vorgeschichtliche ›Germanen‹ mit dem damals aktuellen Idealbild nationalsozialistischer ›Herrenmenschen‹.

41 Zitiert nach Franzius: *Schatzkammer*, wie Anm. 38, hier: S. 59.

Himmler angeführten »neuen Zeichen«, die den Zusammenhang der Ahnen mit der NS-zeitlichen Gegenwart verbinden sollten, handelt es sich einerseits um stilisierte Hakenkreuze in einem Flechtband. Andererseits befanden sich an diesem Fries auch »Symbole der Bewegung«, wie etwa das Zeichen des Reichsnährstands, der Doppel-Sig Runen als Zeichen der SS, sowie der ährengerahmte Spaten als Symbol des Reichsarbeitsdienstes. Diese Symbole von NS-Gliederungen wurden dabei durch historisierende Ranken im stilisierten nordischen Tierstil des frühen Mittelalters eingerahmt und damit in einen vermeintlichen historischen Kontext gestellt. Auf der linken Seite der Fassade war zudem ein Hakenkreuz im Zahnrad, das Symbol der Deutschen Arbeitsfront DAF – der größten Massenorganisation des NS-Regimes – eingeschnitzt und farblich gefasst.



Abb. 7: Das Symbol der »Deutschen Arbeitsfront« am Gebälk des Dorfgemeinschaftshauses, 1937/38, Quelle: Kreismuseum Wewelsburg, Fotoarchiv.



Abb. 8: Der gleiche Ausschnitt, aktueller Zustand. Nach 1945 wurde das Hakenkreuz getilgt, 2022, Foto: Erik Beck.

Umfangen wird das Symbol von einem im Tierstil gearbeiteten Drachen, der vage an archäologische Vorbilder des nordeuropäischen Frühmittelalters erinnert. Der stilisierte Rückgriff auf damals archäologisch bekannte und als Nachweis einer hochstehenden »germanisch-nordischen« Kultur genutzter Vorbilder, wie der skandinavische Tierstil in Verbindung mit dem Symbol der DAF, bringt geradezu idealtypisch die von Himmler angesprochene vermeintliche Überzeitlichkeit in der Bausymbolik ins Bild.

Die Tilgung des Hakenkreuzes an dieser Stelle nach 1945 ist insofern spannend, als in der rechtsextremen Szene das Zahnrad in zahlreichen Gruppierungen nach wie vor eine bedeutsame Rolle spielt.⁴² Es dient so quasi als pars pro toto für das Symbol der DAF. Im Kreis des Zahnrads können dabei andere Symbole oder Zeichen eingebracht werden, wie etwa im Symbol der 1995 verbotenen rechtsextremen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) oder im Zeichen der internationalen militanten rechtsextremen Organisation der Hammerskins.

Anstatt einer Zusammenfassung

Vermeintliche Traditionen und die Vorstellung von der Überzeitlichkeit einer gedachten »germanisch-nordischen Volksgemeinschaft« seit der Urgeschichte bis in die NS-Zeit hinein, versuchte der Wewelsburger SS-Architekt Walter Franzius einerseits durch die Architektur, andererseits durch Symbole und Baudekor zum Ausdruck zu bringen. Dadurch versuchte er, sein »Dorfgemeinschaftshaus« in ein regional-völkisches Geschichtsnarrativ westfälischer Ursprünglichkeit einzubetten. So sollte eine überzeitliche Verbindung von Vergangenem und Gegenwärtigem geschaffen werden.

Auch im »Thüringer Ärztehaus« wird das Überzeitlichkeitsmotiv an mehreren Stellen deutlich. Besonders klar zeigt sich dies an den Glasbildern im Treppenhaus. An diesem zentralen Ort der Gebäudeerschließung wurden den Besuchenden und Mitarbeitenden die Funktion des Gebäudes als Ort der Gesundheitspflege am »Volkkörper« sowie die vermeintlich aus jahrtausendealter Tradition erwachsende Verantwortung zu dessen Pflege deutlich vor Augen geführt. Dies geschieht durch die Gegenüberstellung ikonographisch moderner und historischer Darstellungen. So werden der »moderne« Arzt und der vorgeschichtliche, »germanische« Heilkundler einander gegenübergestellt. Der griechische Tempel wird durch das »germanische« Firstständerhaus kontrastiert → **Hallmann, Noeske: Bleiglasfenster**. Aus den Fensterbildern spricht damit auch ein Geschichtsnarrativ, das die funktionale Bestimmung des Gebäudes als »Ärztehaus« in historische und heilkundliche Traditionen stellt und überhöht. Am oberen Ende der Treppe, quasi als Endpunkt dieses Narrativs, weist schließlich der HJ-Junge einem blinden alten Mann den Weg.

Andererseits geschieht eine Einbindung des Gebäudes in überzeitliche Traditionen über verschiedene noch heute erhaltene Innendekore, etwa geschnitzte Holztüren oder die Balkendecke der ehemaligen Kantine. Solche bemalten Balkendecken fanden sich ursprünglich in dem im Erdgeschoss angesiedelten Sitzungssaal und noch heute in der ehemaligen Kantine. Auch Letztere wurde von dem bereits im Zusammenhang mit der Deckengestaltung des Eingangsbereiches genannten Maler Jürgen Wegener gestaltet.⁴³ Die Holzbalkendecke ist mit bäuerlich-volkstümlichen Motiven bemalt, die der nationalsozialistischen »Sinnbildforschung« zufolge als Ausdruck vermeintlich uralter nordisch-germanischer Volksüberlieferung gedeutet wurden. Obwohl die Decken des Gebäudes konstruktiv aus Stahlbeton errichtet wurden, war also eine aufgedoppelte traditionelle Holzbalkendecke Architekt und Bauherrin wichtig.

⁴² Vgl. zum Umgang mit dem Gebäude und seinen Symbolen nach 1945 Emanuel Hübner: »Nationalsozialistisches Bauerbe und Denkmalpflege am Beispiel Westfalen«, in: Unabhängige Historikerkommission Planen und Bauen im Nationalsozialismus (Hrsg.): Planen und Bauen im Nationalsozialismus, Bd. 3, München 2023, S. 1160–1193, bes. S. 1185–1187.

⁴³ Vgl. Kunst- und Kunsthandwerk am Bau, Verlag Julius Hoffmann, Stuttgart 1937, S. 46.

Sitzungen wurden so in einen traditionellen, historischen Rahmen eingebettet und völkisch inszeniert, ähnlich wie dies am Beispiel des Wewelsburger ›Gemeinschaftshauses‹ aufgezeigt werden konnte.

JANNIK NOESKE

Der Architekt Georg Schirrmeister: Eine Karriere im Nationalsozialismus

Das ehemalige ›Thüringer Ärztehaus‹ wurde 1937 auf Veranlassung der damaligen Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, Landesstelle Thüringen, errichtet. Die nach der Selbstgleichschaltung streng nationalsozialistisch geführte Organisation des ärztlichen Berufsstandes ließ sich in der damaligen Kurthstraße einen repräsentativen Neubau schaffen. 1935 wurde der Jenaer Architekt Georg Schirrmeister, der bereits zum 1. April 1932 und damit sehr früh in die NSDAP eingetreten war, mit dem Entwurf für einen neuen Verwaltungsbau betraut. 1937, nach nur einjähriger Bauphase, wurde dieser eingeweiht. Das sogenannte Ärztehaus ist – neben den wahrscheinlich nur sieben gebauten Typenhäusern der Sauckel-Marschler-Stiftung in Weimar – das einzige durch Schirrmeister in Weimar realisierte Gebäude.

Schirrmeisters Biografie ist stark geprägt durch sein Engagement im Nationalsozialismus. Dies wurde ihm durch seine Netzwerke und seine Parteimitgliedschaft ermöglicht. Dargestellt wird hier also das Werk eines Täters, der als Architekt durch Bauten und Entwürfe sowie durch sein Unterrichten an der Hochschule einen Beitrag zum nationalsozialistischen Projekt geleistet, es sogar tatkräftig mit aufgebaut hat. Mit dieser Darstellung unternehme ich den Versuch, eine Biografie anhand des Beispiels Schirrmeisters im Kontext ihrer Zeit, aber auch vor dem Hintergrund einer heutigen Wertung als Lebensweg eines überzeugten Nationalsozialisten zu verorten, der sich zeitlebens nicht erkennbar von seiner Vergangenheit distanziert hat. Das hilft nicht nur bei der Einordnung des Gebäudes, sondern eröffnet eine Perspektive auf das Handeln eines Architekten im Nationalsozialismus.¹

¹ Zum Werk Schirrmeisters mit Schwerpunkt auf die Zeit nach 1945 vgl. Rüdiger Stutz: »Schirrmeister, Georg«, in: Katrin Fügener u.a. (Hrsg.): Bauen und Wohnen in Jena II. Der Wiederaufbau zwischen »verlorenen« Mitte und »neuen Wohnkomplexen« 1945–1971, Jena 2020, S. 237.

Karriere in der NS-Zeit

Georg Emil Rudolf Schirrmeister wurde am 21. Dezember 1890 in Berlin als Sohn eines Fleischers geboren. Seine Mutter war Hausfrau.² Nach der mittleren Reife und einer Maurerlehre studierte er ab 1910 fünf Semester an den Bauschulen in Toruń (damals Thorn) und Szczecin (damals Stettin), nahm aber zum April 1913 eine Tätigkeit als Architekt bei Otto Kuhlmann in Berlin-Charlottenburg auf. Den Ersten Weltkrieg erlebte er als Krankenpfleger beim Roten Kreuz, ab 1918 arbeitete er wieder für Otto Kuhlmann. 1921 wechselte er nach Lichtenstein bei Chemnitz und arbeitete für den Architekten Paul Beckert. 1928 nahm Schirrmeister das Studium an der TH Stuttgart auf, wo Paul Schmitthenner und Paul Bonatz unterrichteten, brach es aber 1930 ohne Abschluss ab und kehrte ins sächsische Lichtenstein zurück.

Bereits am 1. April 1932 trat er dort der NSDAP bei. Ab 1933 war er als freier Architekt in Jena tätig. Zu seinen ersten Erfolgen gehörte der erste Preis beim Wettbewerb für Typenhäuser, die nach einem Spendenaufruf des NSDAP-Gauleiters Fritz Sauckel und des NS-Ministerpräsidenten Willy Marschler für sogenannte erbgesunde, kinderreiche Familien errichtet werden sollten.³ Für die Auswahl der Familien wurden auch die Akten des ›Thüringer Landesamtes für Raswesen‹ geprüft. Aus den Mitteln der sogenannten Sauckel-Marschler-Stiftung wurden noch im Jahr 1933 sieben Häuser zwischen Ehringsdorf und Oberweimar sowie an der Hardt errichtet.

1934 trat er – zeitgleich mit Paul-Schultze Naumburg – dem Deutschen Werkbund bei,⁴ 1935 der Reichskammer der bildenden Künste. Der Erfolg beim Wettbewerb für Typenhäuser von 1933 veranlasste den Gauleiter Fritz Sauckel, Schirrmeister zum Wettbewerb für das spätere sogenannte Gauforum in Weimar einzuladen. 1935 beteiligte er sich auch am Wettbewerb für das Weimarer Kreishaus. Im gleichen Jahr begann die Arbeit am ›Thüringer Ärztehaus‹, das 1937 fertiggestellt wurde.

In Jena avancierte Schirrmeister zum »engste[n] Vertrauten und Berater des Oberbürgermeisters [Armin Schmidt] in Sachen Architektur und Städtebau«.⁵ Neben den Planungsarbeiten, vor allem für die Jenaer Innenstadt, vertrat er ab 1941 den Lehrstuhl für Baukonstruktion an der Hochschule für Baukunst, bildende Kunst und Handwerk in Weimar, da der Lehrstuhlinhaber Bernhard Kösters zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Als Schirrmeister selbst nach Linz zur Wehrmacht einberufen werden sollte, wurde dies durch die Weimarer Hochschule verhindert. Kurz vor Kriegsende baute er noch Behelfsheimen in Jena, im März 1945 endete die

- ² Sofern nicht anders angegeben alle biografischen Angaben aus den Personalakten Schirrmeisters in: Archiv der Bauhaus-Universität Weimar, Sign. II/02/614, Personalakte Georg Schirrmeister sowie Universitätsarchiv Jena, Bestand D, Nr. 2562, Personalakte Georg Schirrmeister. Dank gilt Timo Haacke für die Unterstützung bei der Recherche.
- ³ Siehe Friedrich Voigt: Staatlicher Bauwille in Thüringen 1932–1937, Weimar 1938, S. 32ff. sowie Karina Loos: »Die Inszenierung der Stadt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus in Weimar«, Dissertationsschrift (Bauhaus-Universität Weimar 2000), <https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.48/> [Stand: 08.09.2023], S. 422.
- ⁴ »Mitteilungen des Deutschen Werkbundes«, in: Die Form. Zeitschrift für gestaltende Arbeit, Nr. 9 (1934), S. 111, <https://doi.org/10.11588/digit.13712.37> [Stand: 23.01.2023].
- ⁵ Rüdiger Stutz: »Herzkammer« oder »Barriere« der Stadtentwicklung? Zum Widerstreit um die Erneuerung von Alt-Jena in der NS- und frühen Nachkriegszeit, in: Mark Escherich, Christian Misch, Rainer Müller (Hrsg.): Entstehung und Wandel mittelalterlicher Städte in Thüringen, Berlin 2007, S. 254–290, hier: S. 280.

Vertretungsprofessur in Weimar.⁶ Zu NS-Zeiten erlangte der bekennende Nationalsozialist Schirrmeister eine gewisse Bedeutung in Thüringen. Er konnte an »überregional beachteten Bauvorhaben«⁷ teilhaben und gehörte neben Ernst Flemming und Rudolf Rogler zu den wichtigsten Architekten im NS-Gau Thüringen.

Anknüpfungspunkte

Im September 1945 wurde er als ›Alter Kämpfer‹ der NSDAP im Speziallager 2 in Buchenwald interniert. Nach seiner Freilassung fand er 1950 eine Anstellung in der Landesprojektierungsstelle in Jena bei Rolf Fricke, einem Bekannten aus Stuttgarter Zeiten. Zusammen legten sie einen Plan für den Wiederaufbau des Jenaer Stadtzentrums vor. In verschiedenen Kollektiven nahm er an Wettbewerben für Kultur- und Pionierhäuser sowie für den ersten Bauabschnitt der Berliner Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee) teil, zudem realisierte er zahlreiche Gebäude für Thüringer Hochschulen.

1953 nahm er auch einen Lehrauftrag am Lehrstuhl Gesellschaftsbauten an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar an. 1955 bemühte sich Joachim Bach, damals Assistent und später Direktor der Sektion Gebietsplanung und Städtebau, um eine feste Anstellung Schirrmeisters als Dozent, da der Lehrstuhl seit Jahren unbesetzt sei und Schirrmeister Aufgaben des Lehrstuhlinhabers übernommen habe. Bach betonte in seinem Schreiben an die Hochschulleitung nicht nur die architektonischen Leistungen Schirrmeisters seit 1950, sondern besonders seine politische Einstellung. Der NSDAP sei er aus »unklaren Vorstellungen« heraus beigetreten, die Haft im Speziallager habe er sich »sehr zu Herzen genommen«. Jetzt setze er seine »ganze Kraft für ein fortschrittliches, demokratisches Deutschland« ein. Auch sein Vorgesetzter beim VEB Industrieprojektierung Jena schätzte ein, dass Schirrmeister »seine Lehren aus dem Zusammenbruch des 3. Reiches« gezogen habe. Er sei durchaus motiviert, sich in die neuen Verhältnisse einzufügen, »wobei wohl angenommen werden muss, dass er sich bei seinem Alter nicht mehr vollständig vom Vergangenen lösen kann«. Die positiven Stellungnahmen änderten nichts daran, dass die Personalabteilung der HAB Weimar der Festanstellung nicht zustimmen konnte. Dass Schirrmeister keinen Hochschulabschluss hatte, stand – neben seiner NS-Vergangenheit – der festen Übernahme zusätzlich im Wege.⁸

Schirrmeister, mittlerweile 66 Jahre alt, fertigte mit dem sogenannten Helmholtzbau der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau seinen letzten Entwurf für ein Hochschulgebäude. 1957 durfte er nach Belgien reisen, um Henry van de Velde die Urkunde zur Ernennung als Ehrensenator der Hochschule zu übergeben.⁹ In den 1960er-Jahren forschte er zum Krankenhausbau, unterrichtete vor allem aber weiterhin an der HAB Weimar. Am 5. Januar 1969 verstarb er in Jena.

Der reaktionären Architekturideologie verbunden geblieben?

Georg Schirrmeisters Werk und Biografie sind eng verwoben mit der Geschichte Mittelthüringens in der NS- und DDR-Zeit. Prägend für sein späteres Schaffen war besonders die Ausbildung in Stuttgart. Dort studierte er bei Paul Bonatz und Paul Schmitthenner, die die einflussreichsten Vertreter einer reaktionären Architekturauffassung in der Zwischenkriegszeit waren. In der Architekturvereinigung *Der Block* fanden sie sich zumindest zeitweise in einer der Klassischen Moderne oppositionellen Gruppe zusammen. Gegründet wurde die Vereinigung 1928 auf Burg Saaleck bei Naumburg, wo der Architekt und selbsternannte Rasseideologe Paul Schultze-Naumburg wirkte und NSDAP-Parteigrößen sowie Anhänger der völkischen Kulturszene verkehrten. Schirrmeister ging 1928 zum Studium nach Stuttgart und damit zeitgleich mit Schultze-Naumburg; wahrscheinlich eine bewusste Entscheidung. Der reaktionären Architekturideologie blieb Schirrmeister zeitlebens – sofern die politischen Umstände dies erlaubten – treu. Im Nationalsozialismus konnte er durch das Herstellen regionaler Bezüge und einer pathetischen Überhöhung des vermeintlich Handwerklichen reüssieren, insbesondere in den früheren Jahren des Aufbaus der Diktatur. Der 1932 ausgestellte Parteausweis mag ihm dabei manche Tür geöffnet haben. An der auf die rassistische Kunstauffassung und reaktionäre Architekturideologie Schultze-Naumburgs getrimmten Weimarer Hochschule hatte er in den Kriegsjahren eine politische Heimat gefunden. Nach der Entlassung aus der Haft im Speziallager 2 in Buchenwald fasste Schirrmeister ab 1950 wieder Fuß in Jena – die Architekturauffassung sowjetischen Vorbilds erlaubte, die vor dem Krieg noch völkisch legitimierten Regionalismen wenigstens teilweise wieder aufzunehmen. In der Architektur der *Nationalen Tradition* konnte er in einer erneuerten Heimatschutz-Formgebung bauen, die öffentlichen Bauaufgaben für Wissenschaft, Lehre und Kultur boten sich hierfür an. Seine NS-Vergangenheit schien zunächst kein Hindernis zu sein. Nach dem Tod Stalins im Jahr 1953 wurde auch in der DDR eine paradigmatische Wende zum technologisch orientierten Bauen proklamiert. Dies bedeutete für Schirrmeister, mittlerweile Mitte sechzig, ein vorläufiges Ende seiner Karriere als entwerfender Architekt. Mit seinen Forschungen zum Krankenhausbau konnte er kaum mehr Akzente setzen. Sein wichtigster Lebensinhalt war fortan offenbar die Lehre an der Hochschule für Architektur und Bauwesen, die er bis ins hohe Alter wahrnahm – und das Vergangene, von dem er sich nach Einschätzung seines Vorgesetzten beim VEB Industrieprojektierung nie habe lösen können.

⁶ Vgl. Klaus-Jürgen Winkler: »Die Hochschulgeschichte im Überblick«, in: Frank Simon-Ritz, Klaus-Jürgen Winkler, Gerd Zimmermann (Hrsg.): *Aber wir sind! Wir wollen! Und wir schaffen! Von der Großherzoglichen Kunstschule zur Bauhaus-Universität Weimar 1860–2010*, Weimar 2010, S. 391–414, hier: S. 400.

⁷ Ulrich Wieler: *Bauen aus der Not. Architektur und Städtebau in Thüringen 1945–1949*, Köln 2011, S. 97.

⁸ Alle Zitate des Abschnitts aus der Personalakte im Archiv der Bauhaus-Universität Weimar, siehe Anm. 1.

⁹ Andreas Kästner, Norbert Korrek: »Vernunftgemäße Schönheit. Ausstellung zum 50. Todestag von Henry van de Velde«, in: *der bogen. Journal der Bauhaus-Universität Weimar* 4 (2007), S. 26.

›Volksgesundheit‹ und
Verbrechen im
Nationalsozialismus

REBECCA SCHWOCH

Ärztliche Standes- und Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus

An der nationalsozialistischen Rassen- und Vernichtungspolitik waren Mediziner:innen maßgeblich beteiligt. Sie wirkten an den Zwangssterilisationen und Krankenmorden sowie an den Menschenversuchen in den Konzentrationslagern mit. Aber auch auf der bürokratischen, berufspolitischen Ebene beteiligten sich ärztliche Standespolitiker aktiv an der Umstrukturierung des Gesundheitswesens. Dabei hatten sie einen ›gesunden Volkskörper‹ als Ziel: ›erbgesund‹, ›leistungsstark‹, ›arisch‹, nationalsozialistisch.

Das Bekenntnis zur nationalsozialistischen Regierung zeigte die organisierte Ärzt:innenschaft, die sich sehr schnell selbst gleichgeschaltet hatte, mit sogenannten Huldigungs-telegrammen, zum Beispiel mit diesem:

Die ärztlichen Spitzenverbände Deutschlands, Ärztevereinsbund und Verband der Ärzte Deutschlands, begrüßen freudigst den entschlossenen Willen der Reichsregierung der nationalen Erhebung, eine wahre Volksgemeinschaft aller Stände, Berufe und Klassen aufzubauen und stellen sich freudigst in den Dienst dieser großen vaterländischen Aufgabe mit dem Gelöbnis treuester Pflichterfüllung als Diener der Volksgesundheit.¹

Ein Glückwunsch zum Geburtstag des Kanzlers »des neugefügten Reiches« folgte sogleich, verbunden mit der erneuten Versicherung, auf dem »Arbeitsgebiet der Volksgesundheit« entschlossen mitzuarbeiten.²

Zügig und selbstbewusst strebte die organisierte Ärzt:innenschaft an, all diejenigen zu vereinnahmen, die dazu gehören sollten. So konnten die Leser:innen des *Deutschen Ärzteblattes* – das im Übrigen nach wie vor allen Ärzt:innen in Deutschland zugesandt wird – im

1 Schriftleitung der Ärztlichen Mitteilungen: »Huldigungstelegramme an den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichskanzler«, in: Ärztliche Mitteilungen 34 (1933), S. 287.

2 Schriftleitung der Ärztlichen Mitteilungen: »Telegramm an den Kanzler«, in: Ärztliche Mitteilungen 34 (1933), S. 373.

Oktober 1933 lesen: »Billigst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, diese Politik Deiner Reichsregierung, und bist Du bereit, sie als den Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären und Dich feierlich zu ihr zu bekennen?«³ Diese Frage bezog sich im Prinzip auf ein Bekenntnis zur neuen Regierung, die gerade aus dem Völkerbund ausgetreten war. Natürlich war diese Frage nichts anderes als ein sprachliches Mittel der Beeinflussung, das eine vermeintliche Alternativlosigkeit kommunizierte. Deutlich wird mit diesem Publikationsort, dem *Deutschen Ärzteblatt*, aber auch die Stoßrichtung ärztlicher Standes- und Gesundheitspolitik. Das auch in der organisierten Ärzt:innenschaft eingeführte ›Führerprinzip‹ war darauf ausgerichtet, vermeintliche Tugenden wie Treue und Gehorsam zu etablieren und zu manifestieren. Karl Haedenkamp (1889–1955), ärztlicher Standespolitiker mit einer Kontinuität von der Weimarer Republik bis in die Bundesrepublik hinein, brachte die Veränderungen auf den Punkt:

Im übrigen hat sich aber auch die Stellung des Arztes im Staate seit der Vollendung der nationalen Erhebung grundlegend geändert. Die Politik des heutigen Staates baut sich in hervorragender Weise auf biologischen Erkenntnissen auf, die Pflege der Volksgesundheit und der Gesundheit des ganzen Volkskörpers und jedes Einzelnen ist als staatspolitische Aufgabe sehr stark in den Vordergrund getreten. Daraus erwachsen den Aerzten neue und ernste Pflichten, zu deren Erfüllung sie einer sicheren rechtlichen Grundlage bedürfen.⁴

Diese Neuordnung ärztlicher Standespolitik und die Sicherstellung einer starken Beteiligung an der NS-Gesundheitspolitik bedeutete gleichzeitig die Zerschlagung jeder wirklichen Sozialpolitik und zog eine ethisch-ärztliche Umwertung von der Individualmedizin zur Pflege des ›Volkskörpers‹ nach sich.⁵ Das grundlegende Element dieser ethisch-ärztlichen Umwertung, die sich bereits im Rahmen der Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands entwickelt hatte, war die ›Rassenhygiene‹.⁶ Die Einteilung in ›Wert‹ und ›Unwert‹ eines Menschen für die Gesellschaft wurde dabei unter konstruierten ›rassischen‹ Gesichtspunkten sowie seiner ökonomischen Bedeutung für die Volkswirtschaft definiert. Die Sprache war deutlich: »Wenn die Kraft zum Kampfe um die eigene Gesundheit nicht mehr vorhanden ist, endet das Recht zum Leben in dieser Welt des Kampfes.«⁷ Reichsärztführer Gerhard Wagner (1888–1939), hier Hitler zitierend, ergänzte, als er Ende Mai 1934 auf der Tagung der Thüringischen (selbstredend nationalsozialistischen) Ärzteschaft in Weimar eine Rede über Die Entwicklung des Gesundheitswesens im ›Dritten Reich‹ hielt:

3 Hae(denkamp, Karl): Ohne Titel, in: Deutsches Ärzteblatt 63 (1933), S. 505–507, hier: S. 505.

4 Karl Haedenkamp: »Aenderungen des kassenärztlichen Rechtes«, in: Die Arbeiter-Versorgung 1933, S. 537–542, hier: S. 541f.

5 Vgl. Rebecca Schwoch: Ärztliche Standespolitik im Nationalsozialismus. Julius Hadrich und Karl Haedenkamp als Beispiele, Husum 2001, S. 11.

6 Die im 19. Jahrhundert in England entstandene ›Eugenik‹ wurde in Deutschland bald ›Rassenhygiene‹ genannt und erlangte im Nationalsozialismus eine unheilvolle Wirkung.

7 »Dr. Wagner über das Gesundheitswesen im Dritten Reich«, in: Deutsches Ärzteblatt 64 (1934), S. 583–587, hier: S. 583.

Diese Worte hat der Führer seinem Volke zugerufen – wen berühren sie stärker als uns Ärzte, die wir über die Gesundheit unserer Volksgenossen[,] aber auch über die körperliche und geistig-seelische Unversehrtheit der Nation mit zu wachen haben! Gilt doch unser ganzer Glaube, unsere ganze Zukunftshoffnung dem Wiedererstarken des deutschen Geistes, der nur in einem gesunden und kräftigen Körper wohnen kann, dem Wiedererwachen deutschen Fühlens und Denkens, dem machtvollen Wiederaufwärtsstreben deutschen Wollens und Könnens.⁸

In dem Sinne beruhte die NS-Volksgemeinschaft auf dem Gedanken eines »rassereinen und arischen, eines erbgesunden und durch permanente Leistungslese ertüchtigten Volkskörpers«.⁹ Diese ›Volksgemeinschaft‹ suggerierte nicht nur eine soziale Gemeinschaft, sondern auch einen nationalen Wiederaufstieg und politische Einheit.¹⁰ Mit Hilfe einer wahrscheinlich beispiellosen Propaganda warben die Nationalsozialisten für Rassenhygiene (zur Gesundung des ›Volkskörpers‹), schürten des Weiteren einen aggressiven Antisemitismus (zur Erreichung eines ›arischen Volkskörpers‹) und schüchterten gleichermaßen ein.

Nationalsozialistische Gesundheitspolitik zielte somit zum einen auf eine Steigerung der ›Volkskraft‹ ab, indem gegenüber denjenigen, die als ›erbkrank‹ oder ›schwach‹ galten, Verfolgungs- später auch Vernichtungspraktiken ausgeübt wurden. Bestandteil dieser Gesundheitspolitik war darüber hinaus eine berufspolitische Verdrängungspolitik, von der jüdische, wie auch politisch oppositionelle Ärzt:innen betroffen waren.¹¹ Hierbei wurden antisemitische Mythen kommuniziert, wie die der vermeintlichen »Überfremdung des Arztberufes durch Juden«.¹² Die verfolgten Ärzt:innen wurden als »schädliche[...] Elemente[...]« objektiviert und diskriminiert. Für diese gesundheits- und standespolitischen Verdrängungstechniken waren Mediziner:innen und speziell auch ärztliche Standespolitiker in Zusammenarbeit mit dem Reichsarbeitsministerium (RAM) sowie dem Reichsinnenministerium (RIM) verantwortlich.

Schon bald konnten aus nationalsozialistischer Sicht die ersten Erfolge verbucht werden: Bereits im April 1933 erließ die Reichsregierung das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums*, um »Beamte, die nicht arischer Abstammung sind« sowie »Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten«, in den »Ruhestand zu versetzen«.¹³ Damit war die sogenannte Gleichschaltung des öffentlichen Dienstes vollzogen und der Weg frei für ›zuverlässige‹ Gefolgsleute. Betroffen waren auf gesundheitlichem Gebiete Ärzt:innen an Hochschulen, in Behörden und an staatlichen Krankenhäusern. Gerade einmal eine Woche nach dem

sogenannten Aprilboykott, bei dem jüdische Geschäfte sowie jüdische Kanzleien und Praxen das Hauptangriffsziel waren, erschien dieses eingreifende Gesetz, das viele in den Zwangsruhestand versetzte.

Jedoch ging dieses sogenannte Berufsbeamtengesetz vielen ärztlichen Standesvertretern nicht weit genug, da es aus ihrer Sicht nur relativ wenige ausschaltete, nicht aber den großen Kreis jüdischer Kassenärzt:innen. In der Tat war deren Anzahl auffallend, vor allem in großen Städten: Während der Anteil jüdischer Menschen an der Gesamtbevölkerung stets nur circa ein Prozent betrug – 1933 waren dies etwa 500.000 – war der Anteil an jüdischen Mediziner:innen an der Gesamtärzteschaft deutlich höher: geschätzte 15 bis 17 Prozent der deutschen Ärzteschaft galten nach der NS-Ideologie als jüdisch. Der Anteil jüdischer Kassenärzt:innen war allerdings – zumindest in einigen Städten – viel höher. In Berlin galten von 3.600 Kassenärzt:innen mindestens 2.100 als jüdisch, das sind etwa 60 Prozent.¹⁴ Der Grund dafür lag in der rechtlichen Gleichstellung jüdischer Menschen schon im 19. Jahrhundert, die keine wirklich soziale Integration nach sich gezogen hatte. Im Deutschen Kaiserreich hatte sich zudem ein Antisemitismus bisher nicht gekanntes Ausmaßes entwickelt – deutsche Juden und Jüdinnen wurden zunehmend der »wirtschaftlichen Übervorteilung sowie kulturellen Überfremdung des deutschen Volkes« beschuldigt.¹⁵ Mit einem Studium und dem damit einhergehenden sozialen Aufstieg aus kleinbürgerlichen Verhältnissen suchten jüdische Familien ein besseres Leben und Anerkennung. Der Arztberuf gehörte zu den häufig gewählten Berufen für jüdische Deutsche. Da sie aber von öffentlichen Ämtern meist ausgeschlossen waren, haben sich die meisten jüdischen Ärzte – und ab 1900 dann auch Ärztinnen – seit der Einführung der Gesetzlichen Krankenversicherung 1883 in eigener Praxis niedergelassen. So ist der hohe Anteil jüdischer Kassenärzt:innen in Berlin zu erklären. Die Ärzteschaft der Hauptstadt wurde damit zum Angriffspunkt für die Nationalsozialisten.

Konsequenterweise erschien somit schon wenige Wochen nach dem Erlass des Berufsbeamtengesetzes die *Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen*, die erste von insgesamt sieben. Mit Artikel I, Abs. 1 wurde die »Tätigkeit von Kassenärzten nicht arischer Abstammung und von Kassenärzten, die sich im kommunistischen Sinne betätigt haben«, beendet.¹⁶ Die Abwicklung des Entzuges der Kassenzulassung haben erstinstanzlich die örtlichen Kassenärztlichen Vereinigungen übernommen. Interessanterweise wurde es den betroffenen jüdischen Ärzt:innen gestattet, in Revision gehen zu können. Diese musste beim Vorstand des Hartmannbundes eingereicht werden und wurde an das RAM weitergeleitet, das wiederum über Ablehnung oder Stattgabe der Beschwerde entschied. Nachzuweisen war eine Niederlassung bereits vor 1914 oder der Dienst als Frontsoldat oder in einem Seuchenlazarett während des Ersten Weltkrieges. Politisch oppositionelle Ärzt:innen hatten diese Möglichkeit von Anfang an nicht. Sie waren auch die ersten, die emigrierten – oder schon jetzt willkürlich inhaftiert wurden.¹⁷

⁸ Ebd., S. 583.

⁹ Alfons Labisch: »Die ›hygienische Revolution‹ im medizinischen Denken. Medizinisches Wissen und ärztliches Handeln«, in: Angelika Ebbinghaus, Klaus Dörner (Hrsg.): Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Folgen, Berlin 2002, S. 68–89, hier: S. 88.

¹⁰ Frank Bajohr, Michael Wildt: »Einleitung«, in: dies. (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2009, S. 7–23, hier: S. 8.

¹¹ Oskar Karstedt: »Die Durchführung der Arier- und Kommunistengesetzgebung bei den Kassen-Ärzten, -Zahnärzten usw.«, in: Reichsarbeitsblatt II, 14 (1934), S. 179–183, hier: S. 183.

¹² (Karl) Peschke: »Keine jüdischen Ärzte mehr«, in: Amt für Volksgesundheit Nr. 36 (1938), S. 25–26, hier: S. 25.

¹³ Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtengesetzes vom 7. April 1933, in: Reichsgesetzblatt I, 1933, Nr. 34, S. 175–177.

¹⁴ Vgl. Rebecca Schwoch: Jüdische Ärzte als Krankenbehandler in Berlin zwischen 1938 und 1945, Frankfurt a. M. 2018, S. 33–34.

¹⁵ Monika Richarz (Hrsg.): Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutscher Juden 1780–1945, München 1989, S. 12.

¹⁶ Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen vom 22. April 1933, in: Reichsgesetzblatt I, Nr. 42 (1933), S. 222–223.

¹⁷ Vgl. Judith Hahn, Rebecca Schwoch: Anpassung und Ausschaltung. Die Berliner Kassenärztliche Vereinigung im Nationalsozialismus, Berlin/Teetz 2009, S. 62–68.

Einer, der 1933 als Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges anerkannt wurde und die Kassenzulassung zurückbekam, war Dr. Leo Hans Hirsch (1895–1981), seit 1924 in Berlin-Lichtenberg als Allgemeinpraktiker niedergelassen. Jedoch schützte ihn dies bei weitem nicht vor weiteren Schikanen, wie er später im Rahmen seines Entschädigungsantrages schrieb:

Durch die Hetze gegen die jüdischen Ärzte in den Tageszeitungen und im ›Stürmer‹ sowie in den Betrieben, wo die Betriebsangehörigen zum Boykott der jüdischen Ärzte unter Zwang angehalten wurden, versuchte das nationalsozialistische Regime in diffamierender Weise das Ansehen der jüdischen Ärzte zu untergraben und sie in ihrer Existenz erheblich zu treffen. [...] Zu den genannten weiteren Boykottmassnahmen gehörten eine Kennzeichnung der jüdischen Ärzte durch Interpunktion im Ärzteverzeichnis [...].¹⁸

Mit der Kennzeichnung der jüdischen Ärzt:innen war die Einführung des Doppelpunktes vor dem Namen jüdischer Ärzt:innen gemeint. Diese diskriminierende Schreibpraktik wurde im Reichsmedizinalkalender des Jahres 1937 angewandt – einem Publikationsorgan, das in Verbindung mit dem Reichsartzregister der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD) von Hermann Lautsch, Hauptgeschäftsführer der KVD, und Hans Dornedden, Reg.-Rat im Reichsgesundheitsamt, herausgegeben wurde. Im Vorwort schrieben die beiden:

Eine schon seit 1933 wiederholt gewünschte und zuletzt parteiamtlich geforderte Ergänzung hat das vorliegende Handbuch durch die Kennzeichnung der im Sinne der Nürnberger Gesetze jüdischen Ärzte erfahren, vor deren Namen im Haupt-Ärzteverzeichnis ein Doppelpunkt (:) gesetzt worden ist.¹⁹

Aus dem ärztlichen Nachschlagewerk war ein Verzeichnis geworden, das maßgeblich zur Stigmatisierung jüdischer Ärzt:innen beitrug.

Berlin (Seite 195) § 294

(Berlin) ferner:

v. Hinüber, Ulrich 17, SW 11, Hallesches Ufer 26	Hinz, Friedrich 19, N 54, Rosenthaler Str. 61	Hinz, Gottfried 97, d. Abt a. Städt. Kh Westend, Charl. 5, Windscheidstr. 11	Hinz, Reinhold 04, d. Städt. Kh, Köp., Achenbachstr. 4	Hinze, Friedrich 94, SR, Friedenau, Friedrich-Wilhelm-Platz 12	Hinze, Richard 36, HilfsA a. Kh Neukölln, Britz, Rudower Str. 50	Hinzmann-Fürstenau, Georg 23, Dr med et phil, Friedemann, Kaiserallee 74	Hippke, Erich 13, Oberstarzt d. Luftw., Wilm., Hohenzollerndamm 183	Hirsch, Alice, geb. Matzdorf 25, NW 87, Solinger Str. 8	Hirsch, Alwin 23, Schöneb., Hauptstr. 62	Hirsch, Emil 01, C 25, Alexanderstr. 22	Hirsch, Fritz 18, W 30,	Hirschberg, Heinrich 85, SR, W 15, Uhländstr. 23	Hirschberg, Leopold 90 (a.ZA), Charl. 4, Kanstr. 49	Hirschberg, Martin 22, C 25, Prenzlauer Str. 18	Hirschberg, Max 88, SR, W 62, Nettelbeckstr. 21	Hirschberg, Oskar 90, SR, Charl. 4, Leibnizstr. 45	Hirschfeld, Erika, geb. Skamml 30, Charl. 5, Horstweg 5	Hirschfeld, Ernst 24, Schöneb., Innsbrucker Str. 20	Hirschfeld, Felix 86, Prof., W 30, Bamberger Str. 17	Hirschfeld, Fritz 13, NW 21, Alt-Moabit 85	Hirschfeld, Fritz 20, Lichtentb., Frankfurter Allee 50	Hirschfeld, Hans 97, aoProf., NW 52, Alt-Moabit 110	Hirschfeld, Hans 23, N 31, Brunnenstr. 120/127	Hirschfeld, Heymann 80, SR, Spandau, Augusta-ufer 15	Hirschfeld, Isidor 97, O 34, Frankfurter Allee 336	Hirschfeld, Kurt 22, Höckendorf, Paul 90, Lichtenf., Reichensteiner Weg 1	Höfer, Karl 14, NW 87, Beusselstr. 55	Hoefler, Sophie, geb. Gutkin 11, Neuk., Tellstr. 45	Hoefler, O., Walter 35, Charl. 5, Suarezstr. 46	Hoffling, Richard 84, Neuk., Hermannstr. 75, zZ Schiffstr. A	Hoehl, Gertrud, geb. Friedberg 14, Skaltzer Str. 135	Hoehl, Heinz 10, Skaltzer Str. 135	Hoening, Charlotte, geb. Siedersleben 10, Haal., Soesener Str. 29	Höner, Gerhard 20, Lichtentb., Frankfurter Allee 102	Höner, Karl 14, Vertreter, Spandau, Ruhlebener Str. 151 (ständ. Anschrift)	Hörder, Erich 08, Charl., Kaiserdamm 85	Hörder, Henny, geb. Frank 31, Charl. 9, Meerscheidstr. 7	Hoermann, Ludwig 20, Hal., Paulaborner Str. 73	Hoffmann, O., Karl Johann 29, StädtSchula im Gesundheitsamt Tiergarten, Nikol., Burgunderstr. 3	Hoffmann, Kurt 25, OstA d. LPol., Baumsch., Dornbrunnerstr. 24	Hoffmann, Ottilie, geb. Eisenleben 10, W 35, Ludendorffstr. 101	Hoffmann, Paul 36, VolA a. d. Unv., Artilleriestr. 18	Hoffmann, Viktor 15, Charl. 5, Kaiserdamm 115	Hoffmann, Walter 05, SW 61, Katsbachstr. 17	Hoffmann, O., Werner 34, Gutachter a. d. Arbeitsamtsärztl. Unterss. Mitte, Lichtentb., Bornitzstr. 13	Hoffmann, O., Wilhelm 96, Prof., Charl. 9, Hesselallee 3	Hoffmann, Wilhelm 17, O 112, Frankfurter Allee 290	Hoffmeister, Heinz 34, AssA a. Städt. Kh Neukölln, Britz, Rudower Str. 56	Hoffmann, O., Julius 86, SR, Wilm., Wittelsbacherstr. 27	Hofftaedt, Ernst 20, Schöneb., Innsbrucker Str. 5	Hofmann, Bernhard 29,
--	---	--	--	--	--	--	---	---	--	---	-------------------------	--	---	---	---	--	---	---	--	--	--	---	--	--	--	---	---------------------------------------	---	---	--	--	------------------------------------	---	--	--	---	--	--	---	--	---	---	---	---	---	--	--	---	--	---	-----------------------

Abb. 1: Antisemitische Praktiken schlagen sich in Medien wie dem Ärzt:innenverzeichnis nieder – und tragen somit zu deren Stabilisierung bei. Quelle: Reichsmedizinalkalender. Verzeichnis der deutschen Ärzte und Heilanstalten 58 (1937).

Die KVD war wenige Jahre zuvor, im August 1933, gegründet worden. Sie unterstand dem RAM und wurde vom ›Reichsärztführer‹ geleitet. Diese lange von ärztlichen Standespolitikern geforderte, reichsweite Dachorganisation war allein zuständig für die Regelung der kassenärztlichen Versorgung, sie allein handelte die Verträge zwischen den Kassenärzt:innen und den jahrzehntelang bekämpften Krankenkassen aus.²⁰ 1935 wurde die KVD der Reichsärztekammer untergeordnet, die wiederum mit der Reichsärzteordnung gegründet worden war. Im Paragraphen 19 dieses Gesetzes hieß es explizit, dass die deutsche Ärzteschaft »zum Wohle von Volk und Reich für die Erhaltung und Hebung der Gesundheit, des Erbguts und der Rasse des deutschen Volkes« zu wirken habe.²¹ Damit hatten die ärztlichen Standespolitiker ihr Ziel, die ärztliche Berufspolitik zu kontrollieren, erreicht.

In den Aufgabenbereich der KVD gehörte also die verhängnisvolle Macht über die Kassenzulassung sowie ihren Entzug. Um die vielen missliebigen Kassenärzt:innen ausschalten zu können, ohne die kassenärztliche Versorgung zusammenbrechen zu lassen, entwickelten die nationalsozialistischen Standespolitiker sieben Verordnungen. Betroffen waren im Übrigen auch als ›arisch‹ geltende Ärztinnen, wenn deren Ehemänner Geld verdienten. Das Bild der berufstätigen Frau war grundsätzlich davon geprägt, Frauen auf solche Bereiche zu verweisen, »die [ihnen] ihrer ganzen Veranlagung nach gebühren«;²² »im Interesse des Ganzen« müsse man rücksichtslos sein und »dem weiblichen Geschlechte eine weibgemäße Schule schaffen«, denn »eine Frau, die nicht kochen kann, [ist] ein Krüppel, auch wenn sie Gleichungen vierten Grades

¹⁸ Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin – Abt. Entschädigungsbehörde: Entschädigungsakte Reg.-Nr. 210212: Hirsch, Dr. Leo, Bl. M3f; vgl. Schwach, Jüdische Ärzte als Krankenbehandler in Berlin zwischen 1938 und 1945, wie Anm. 14, hier: S. 318–320.

¹⁹ Reichsmedizinalkalender. Verzeichnis der deutschen Ärzte und Heilanstalten 58 (1937), S. VI.

²⁰ Vgl. Schwach, Ärztliche Standespolitik, wie Anm. 5, hier: S. 16–50.

²¹ §19 der Reichsärzteordnung vom 13. Dezember 1935, in: Reichsgesetzblatt I, Nr. 137 (1935), S. 1433–1444. Vgl. Schwach, Ärztliche Standespolitik, wie Anm. 5, hier: S. 108–121.

²² Julius Hadrich: »Die Zukunft des deutschen Akademikers«, in: Arzt, Hochschule, Krankenhaus, Nr. 3 (1933), S. 77–84, hier: S. 80.

zu lösen vermag.«²³ Ärztinnen sollten Platz machen für ›arische Jungärzte‹, die mit ihrer bezahlten Arbeit eine Familie gründen und die deutsche Bevölkerung im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie ›aufarten‹ sollten.

Tatsächlich hätte ein sofortiger Ausschluss sämtlicher missliebiger Ärzt:innen – jüdische, politisch Oppositionelle, auch viele Frauen – eine noch schlechtere (kassen-)ärztliche Versorgung nach sich gezogen, als sie ohnehin schon gegeben war. Während die Verdrängung der politisch Oppositionellen aus nationalsozialistischer Sicht gelungen war – und zunächst auch die vieler Ärztinnen – , so gelang eines der zentralen Ziele nationalsozialistischer Gesundheitspolitik – die Vertreibung der jüdischen Kolleg:innen – trotz aller Brutalität in Form von Verhaftungsaktionen, alltäglichen Boykottmaßnahmen, Misshandlungen oder gesetzlichen Maßnahmen nicht. Noch im Mai 1938 kommunizierte die nationalsozialistische Presse, »daß der Bedarf an Aerzten im nationalsozialistischen Staat augenblicklich nicht gedeckt« werden könne und man sich in Berlin damit abfinden müsse, »daß immer noch 800 jüdische Kassenärzte« tätig seien.²⁴ 1940 sprach Edmund van Kann, für die statistischen Erhebungen innerhalb der Ärzteschaft zuständig, von einer angeblichen »vorherige[n] Verjudung« Berlins, weswegen Berlin den Stand von 1937 immer noch nicht erreicht habe.²⁵ In der Folge entzogen die Nationalsozialisten mit der *Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* vom Juli 1938 allen jüdischen Ärzt:innen die Approbation.²⁶ Vom 1. Oktober 1938 an gab es im ›Deutschen Reich‹ keine jüdischen Ärzt:innen mehr. Dass dieses Unrecht aus Sicht der nationalsozialistischen ärztlichen Standespolitik als Erfolg gewertet wurde, verdeutlichen nicht zuletzt die Worte Franz Ideler, Leiter der Kassenärztlichen Vereinigung und der Ärztekammer Mark Brandenburg/Kurmark: »Die Ärzteschaft ist deutsch, der Jude ist aus ihr verschwunden.«²⁷ Was jedoch all die notorischen Antisemit:innen übersehen hatten, war die Tatsache, dass noch jüdische Menschen im ›Deutschen Reich‹ lebten, die zunehmend in der Zwangsarbeit missbraucht wurden, die aber eventuell medizinisch versorgt werden mussten, um ihre Arbeitskraft zu erhalten: 1938 betraf dies etwa 345.000 jüdische Menschen, Ende 1942 waren es 51.300, die meisten von ihnen lebten in Berlin, darunter sehr viele Zwangsarbeiter:innen.²⁸ Wegen der Trennungspolitik zwischen ›Ariern‹ und ›Juden‹ gab es für jüdische Patient:innen von einem Tag auf den anderen keine Ärzt:innen mehr, weshalb in der *Vierten Verordnung* eine Ausnahmeregelung eingebaut wurde, um »die Ausübung des ärzteberufes widerruflich« zu gestatten.²⁹ Damit war eine nationalsozialistische Erfindung geschaffen: der ›Krankenbehandler‹, auch ›Judenbehandler‹ oder einfach nur ›Behandler‹ genannt. 1938 waren von schätzungsweise 8.000 bis 9.000 jüdischen Ärzt:innen im gesamten ›Deutschen Reich‹ möglicherweise 709 als ›Krankenbehandler‹ – darunter einige wenige ›Krankenbehandlerinnen‹ – beziehungsweise als sogenannte praktische

Behandler:innen sowie ›Fachbehandler:innen‹ zugelassen worden; Ende 1938 waren es eventuell nur noch 285.³⁰ Die medizinische Versorgung jüdischer Patient:innen übernahmen nun die wenigen jüdischen Ärzt:innen, die unter der stigmatisierenden Bezeichnung ›Krankenbehandler:innen‹ agieren konnten. Diejenigen, die noch lohnabhängig arbeiteten – und dazu gehörten die deutsch-jüdischen Zwangsarbeiter:innen – hatten Anspruch auf Regelleistungen und damit auf eine medizinische Grundversorgung, die über das bekannte Krankenversicherungssystem abgerechnet wurde. Zu den Vorgängen innerhalb dieses Versorgungsnetzes gehörten das Operieren in jüdischen Krankenhäusern ebenso wie das Verschreiben von Arzneien, das Anfertigen von Röntgenbildern oder labormedizinische Untersuchungen. Auch das Zahlen eines (unzureichenden) Krankengeldes sowie die Abrechnung mit den Kassenärztlichen Vereinigungen oder den Krankenkassen waren Bestandteil dieses Systems. Organisatorisch waren daran staatliche Institutionen wie das RIM und die Gesundheitsämter, Ärzteorganisationen wie Ärztekammern und Kassenärztliche Vereinigungen, aber auch Krankenkassen, jüdische Krankenhäuser, jüdische Arztpraxen, die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* sowie Jüdische Gemeinden beteiligt. Wer zu dieser Zeit noch als jüdischer Mensch im damaligen Deutschen Reich lebte, war in höchstem Maße gefährdet; wer aber krank und damit arbeitsunfähig war, hatte kaum eine Chance zu überleben. Die von den Nationalsozialisten als Krankenbehandler betitelten jüdischen Ärzt:innen sollten dazu verhelfen, jüdische Patient:innen schnellstmöglich wieder in die Arbeitsfähigkeit zu bringen. Dennoch waren weder die einen noch die anderen vor einer Deportation geschützt.³¹

Arbeits- und damit Leistungsfähigkeit waren allerdings auch für die als ›förderungswürdig‹ geltenden ›Erbgesunden‹ eine geforderte Maxime nationalsozialistischer (Gesundheits-)Politik. »Anstelle der Pflege und Aufzucht des schwachen, kranken Menschen,« so Karl Kötschau, ›Führer‹ der *Reichsarbeitsgemeinschaft für eine Neue Deutsche Heilkunde*, habe der Nationalsozialismus »die Pflege und Züchtung des starken, gesunden Menschen gesetzt.«³² Gesundheit war zur Pflicht für die Gesamtheit erklärt worden. Das ›Deutsche Reich‹ brauchte »die Gesundheit eines jeden einzelnen«, so Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti 1940, weswegen man »seine Gesundheit nicht als Privatsache ansehen« dürfe.³³ Gesundheitserhaltung und Krankheitsverhütung waren keine Schicksalsfrage oder gar soziale Frage mehr, sondern als eine Frage des Willens deklariert. Als Heinrich Grote 1942 als wichtigste Aufgabe für die KVD, in deren Reichsleitung er tätig war, die »Sicherstellung der ärztlichen Versorgung, die Beschaffung der notwendigen Praxisräume und Praxiseinrichtungen« betonte,³⁴ musste er aus propagandistischen Gründen die entstandene Lücke ärztlicher Versorgung der ›arischen‹ Bevölkerung verschweigen. Tatsächlich hatte die massive Ausschaltungspolitik der Nationalsozialisten die Versorgungslücke nicht zu schließen vermocht. Die mangelhafte (kassen-)ärztliche Versorgung wurde durch die Bereitstellung von Ärzten für die Front noch größer, was auch die vermehrt

²³ Ebd., hier: S. 83.

²⁴ o. V.: »Tagesgeschichtliche Notizen«, in: Münchener Medizinische Wochenschrift, Nr. 85 (1938), S. 895.

²⁵ Edmund van Kann: »Die Zahl der Ärzte und ihre Gliederung im Jahre 1939«, in: Deutsches Ärzteblatt, Nr. 70 (1940), S. 283–286, hier: S. 283.

²⁶ Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. Juli 1938, in: Reichsgesetzblatt I, Nr. 122 (1938), S. 969–970.

²⁷ (Franz) Ideler: »Rückblick und Ausblick«, in: Ärzteblatt für Berlin und Kurmark 44 (1939), S. 2.

²⁸ Vgl. J. A. S. Grenville: *The Jews and Germans of Hamburg. The Destruction of a Civilization 1790–1945*, New York 2011, S. 290; Leon Poliakov, Josef Wulf: *Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze*, Berlin 1955, S. 246.

²⁹ §2 der Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. Juli 1938, S. 969.

³⁰ Diese Zahlen stammen von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und können nach wie vor weder bestätigt noch korrigiert werden. Vgl. Schwach, *Jüdische Ärzte als Krankenbehandler in Berlin zwischen 1938 und 1945*, wie Anm. 14, hier: S. 55.

³¹ Ebd., S. 145.

³² Karl Kötschau: *Zum nationalsozialistischen Umbruch in der Medizin*, Stuttgart/Leipzig 1936, S. 50.

³³ Zitiert nach R. B.: »Wahrheit und Lüge über die deutsche Volksgesundheit. Stärkstes Echo einer gesundheitspolitischen Großkundgebung in Münster. Ein Tatsachenbericht des Reichsgesundheitsführers zerstört die Hoffnungen des Feindes«, *Deutsches Ärzteblatt*, Nr.70 (1940), S. 172–175, hier: S. 174.

³⁴ Heinrich Grote: »Die Tätigkeit der KVD im Kriege«, in: *Deutsches Ärzteblatt*, Nr.72 (1942), S. 56–60, hier: S. 56.

wieder eingestellten ›arischen‹, verheirateten »weiblichen Ärzte«³⁵ nicht zu beheben vermochten. Die Wiedereinstellung dieser Ärztinnen hatte im Übrigen nichts mit einer Änderung der antifeministischen NS-Ideologie zu tun. Sie stellte lediglich das geringere Übel dar, das in Kauf genommen wurde, um die medizinische Versorgung der als ›förderungswürdig‹ geltenden Bevölkerung einigermmaßen sicherzustellen – so wie auch in Kauf genommen wurde, eine medizinische Versorgung jüdischer Patient:innen durch sogenannte Krankenbehandler:innen zu tolerieren.

Die hier skizzierte ›Ausschaltung‹ der politisch oppositionellen sowie jüdischen Ärzte und Ärztinnen, die Ersetzung frei gewordener Stellen und Arztsitze mit ›arischen Jungärzten‹ sowie die Verbannung berufstätiger Frauen in die häusliche Sphäre waren vorrangige Ziele der Nationalsozialisten und speziell der NS-Standespolitiker. Das Narrativ der Gesundheitspflicht war etabliert und als Zeugnis des Beitrages eines jeden Einzelnen für die Gesamtheit deklariert worden. Dies entsprach einer gemeinsamen Politik von NS-Ärzteschaft und NS-Regierung. Das langfristige Ziel, die ›Säuberung‹ der vermeintlichen ›Verjudung‹ in der Medizin, gelang jedoch nicht wie gewünscht. Und dennoch haben dieses sowie die noch nicht erzählten vielen Morde an Kranken, Behinderten oder alten Menschen, die Verfolgung weiterer Minderheiten, die militärische Aggression in ganz Europa, der ›Volkstumskampf‹ in den eroberten Ostgebieten oder der Holocaust eine Brutalität und Menschenverachtung offengelegt, die seinesgleichen sucht. Diese Verfolgungs- und Vernichtungsgeschichte war Teil einer nationalsozialistischen ärztlichen Standes- und Gesundheitspolitik.

³⁵ Eva Brinkschulte: »Dr. med. Maria Daelen. Ein Titelbild und die Lebensgeschichte einer engagierten Ärztin«, in: Eva Brinkschulte (Hrsg.): Weibliche Ärzte. Die Durchsetzung des Berufsbildes in Deutschland, Berlin 1993, S. 5–9.

LILLI HALLMANN

JÖRG PAULUS

KRISTIN VICTOR

Verordnete Mikropolitiken der ›Volksgesundheit‹. Sammeln und Vermitteln im Umfeld des ehemaligen Thüringer Ärztehauses

Gebäude – zumal Verwaltungsgebäude – verschaffen sich Geltung und übersteigen dabei notwendigerweise den Maßstab menschlicher Körper, die sie aufzunehmen bestimmt sind. Auch jene Elemente, die nicht auf Dauer an ein Gebäude geheftet sind, zum Beispiel Fahnen und Banner, partizipieren an der Gewalt der Gebäude und verstärken sie zugleich. Im vorliegenden Beitrag geht es darum zu zeigen, wie der unübersehbare Machtgestus des ›Thüringer Ärztehauses‹ in der heutigen Bauhausstraße 11 in Weimar mit scheinbar unverfänglichen Praktiken aus dem Bereich des botanischen Sammelns und Vermittelns historisch verbunden ist und wie das Geflecht solcher Praktiken seinerseits gewaltförmige Formationen hervorbringt und trägt, gleichsam eine unsichtbare politische Architektur zweiter Ordnung. Wenn diese eher unscheinbare und fast unsichtbare Sphäre als »mikropolitisch« bezeichnet wird, dann bedarf dies jedoch vorab einer begrifflichen und begriffshistorischen Klärung und Einordnung (Kapitel 1). Auf dieser Grundlage werden dann, archivbasiert, Spuren verfolgt, in denen sich zeigt, wie Werbeeinlagen für pflanzenbasierte Produkte in Zeitungen und Zeitschriften zum gesundheitspolitischen Instrument wurden. Dies wiederum ruft auch Assoziationen an in Bücher eingelegte getrocknete Pflanzen und Blätter wach (Kapitel 2) und kann insgesamt als Facette eines ideologisch durchwirkten Dispositivs verstanden werden, in dem Sammlungspraktiken, Kriegs- und Gesundheitspolitik, Architektur, Wissenschaft und Pseudowissenschaft wechselwirkten (Kapitel 3). All dies steht exemplarisch für das spezifische Zusammenspiel makro- und mikropolitischen Programme und Praktiken (Kapitel 4), die sich in und aus Verwaltungsgebäuden wie zum Beispiel dem ehemaligen Thüringer Ärztehaus heraus entfalten konnten.

1. Vorüberlegungen zur Dimension des Mikropolitischen

Die Sphäre des Mikrologischen galt einmal als Refugium, als Zuflucht vor dem Zwang totalisierenden Systemdenkens. Im »Stand vollendeter Unscheinbarkeit« sollte, so Adorno in der Negativen Dialektik, das Überleben von Metaphysik just »im Geringsten und Schäbigsten« gewährleistet und der »Widerstand gegen die fungible Welt des Tauschs« aufrechterhalten werden.¹ Mit einer Zeitverschiebung von einigen Jahren und auf einer entschieden anderen, dezidiert anti-dialektischen Theoriefrequenz sollten später »Mikropolitiken« die Signale des Widerständigen aufnehmen, sollten Gefüge und Verästelungen des Subversiven ermöglichen, die sich den Codes der Makropolitik zu entziehen und alternative Institutions- und Handlungsmodi zu generieren erlaubten.²

Dass mikropolitische Formate inzwischen jedoch vielfach von rechten Gruppierungen übernommen und umgedeutet wurden und werden (zum Beispiel bei der Besetzung von ehrenamtlichen Schöffen und Schöffinnen), fordert zu einer neuen Reflexion der theoretischen und praktischen, der historischen und gesellschaftlichen Valenzen des Mikrologischen auf.³ Wenn als Ziel und Folge solcher Übernahmestrategien die normalisierende Etablierung zuvor tabuisierter Denk- und Handlungsweisen erkennbar wird,⁴ dann ließe sich – in Fortschreibung des Ansatzes der Negativen Dialektik, – diese Vereinnahmung mikropolitischer Impulse als Vollstreckung einer fatalen dialektischen Bewegung im Großen verstehen. Deren (von Adorno bereits diagnostizierter) Zwangscharakter wäre damit zwar bestätigt, das kritische Postulat des Widerstandes gegen diesen Zwang ließe sich dann aber nur – schlimmstenfalls ad infinitum – permanent wiederholen.⁵ An dieser Stelle kann durchaus der Rekurs auf das Deleuze'sche Konzept einer radikalen Differenz und Bejahung der Partikularität zur Geltung gebracht werden. Eine solche mikropolitische Betrachtung des angemaßt »Mikropolitischen« würde jedoch gleichfalls auf der Stelle treten, würde sie auf historische Relationierung verzichten. Denn erst in einer im historischen Verlauf kenntlich gemachten Wiederholung zeigt sich, wie rechte »Mikropolitiken« gerade darauf abzielen, alternative mikrologische Bewegungen autoritär zu unterdrücken, wodurch sie implizit selbstwidersprüchlich werden. Solche Nachweise könnten sich zur Agenda einer mikropolitischen, partikularen Dialektik fügen, die von den Vorbehalten der Negativen Dialektik ebenso freizusprechen wäre wie von der Dialektik-Kritik, die Deleuze in Differenz und Wiederholung sowie in der Logik des Sinns formuliert.

Dies theoretisch auszuarbeiten ist hier nicht der Ort. Ein erstes Ziel der nachfolgend mitgeteilten Beobachtungen und Überlegungen ist es vielmehr, anhand von Materialien und Dokumenten aus der NS-Zeit die mikropolitische »Unscheinbarkeit« (um Adornos Begrifflichkeit aufzunehmen) entsprechender Praktiken zu enttarnen sowie (in der Terminologie von Deleuze) die autoritär gesteuerte Gefügigkeit von scheinbar randständigen Gefügen im NS-Staat exemplarisch darzustellen. Das Argument beruht auf der mikrohistoriographischen Darstellung von

¹ Theodor W. Adorno: Negative Dialektik, Gesammelte Schriften, Bd. 6, Frankfurt a. M. 1976, S. 394–399.

² Gilles Deleuze, Felix Guattari: Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie, Berlin 1997.

³ Vgl. Ruth Wodak: »Normalization to the right: Analyzing the micro-politics of the far-right«, in: Stephen D. Ashe u. a. (Hrsg.): Researching the far right. Theory, method and practice, London/ New York 2021, S. 336–352.

⁴ Ruth Wodak: The Politics of Fear. The shameless normalization of far-right populist discourses, London 2020.

⁵ Adorno, Negative Dialektik, wie Anm. 1, hier: S. 398.

exempla: es geht darum, aufzuzeigen, wie in der Steuerung und Inszenierung von Kulturtechniken des Sammelns makropolitische Intentionen hintergrundwirksam sind. Wenn aber die Annahme zutrifft, dass Mikropolitiken in dieser Form steuerbar und instrumentalisierbar waren und sind, dann wird auch das Konzept der Kulturtechniken – und das der Kulturtechnik des Sammelns im Besonderen – davon affiziert, dessen humanistische Fundamente gerade in Weimar prägnant zu Tage treten und dessen generalisierbare Ambivalenz dabei gleichfalls sichtbar wird. Schon der Titel von Goethes 1799 publizierter fiktiver Brieffolge *Der Sammler und die Seinigen*⁶ figuriert die Kulturtechnik des Sammelns in doppelter Weise: Sammlungen – Kollektionen – sind das Ergebnis von gemeinschaftlichen Setzungen und sie setzen aktiv Gemeinschaften, bringen inklusiv und exklusiv spezifische Kollektive im Kleinen und im Großen hervor. Sie folgen also jenen rekursiven Logiken und Funktionsweisen, die für Kulturtechniken charakteristisch sind.⁷ Das Spannende an Goethes humoristischer Erzählung ist, dass dabei Künstler:innen auf der einen Seite, Kunstliebhaber:innen und Sammler:innen auf der anderen als jeweils relational agierend aufgefasst werden: Die Ästhetik der Kunstwerke und das Konzept von Sammlungen werden schon hier als miteinander verschränkt gedacht. So abwegig es auch ist, eine direkte Linie von Goethes kunstpolitischer Stellungnahme zu den Sammlungspolitiken der NS-Zeit zu ziehen, so falsch wäre es auch, jede Art strukturellen Bezugs schlechterdings zu leugnen. Die Verknüpfung der beiden Kontexte mag zwar unsinnig sein, widersinnig ist sie nicht, eben weil Sammlungspraktiken nicht allein durch Intentionen und Inhalte formatiert werden, sondern umgekehrt ihre Form und Formation auch auf die Inhalte rückwirken. Die Verbindungslinien von Mikropolitiken verlaufen quer zu etablierten systematischen Klassifikationen und kulturgeschichtlichen Modellen – gerade im Begriff des Mikropolitischen wird diese konzeptionelle Offenheit deutlich. Aus diesem Grund wird im Folgenden – anachronistisch – am Begriff der Mikropolitik zur Beschreibung der vom NS-Unrechtssystem lancierten Maßnahmen festgehalten, nicht zuletzt, um aufzuzeigen, dass damit auch scheinbar ›unschuldige‹ Kulturtechniken in den Dienst der Interessen des NS-Regimes gestellt wurden. Eine Grundannahme der Forschung zu Kulturtechniken ist, dass die kulturtechnisch formierten Praktiken und Operationen den Konzepten und Begriffen vorausgehen, die sie benennen und abgrenzen.⁸ Auf Grundlage des Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache, einer Datensammlung, die auf einer breiten Basis von literarischen Werken, von Sachtexten sowie von Gebrauchsliteratur beruht, lässt sich zeigen, dass das Wort »Sammeln« insbesondere in den Jahren 1930 bis 1939 eine markante Konjunktur in der schriftlichen Kommunikation aufweist.

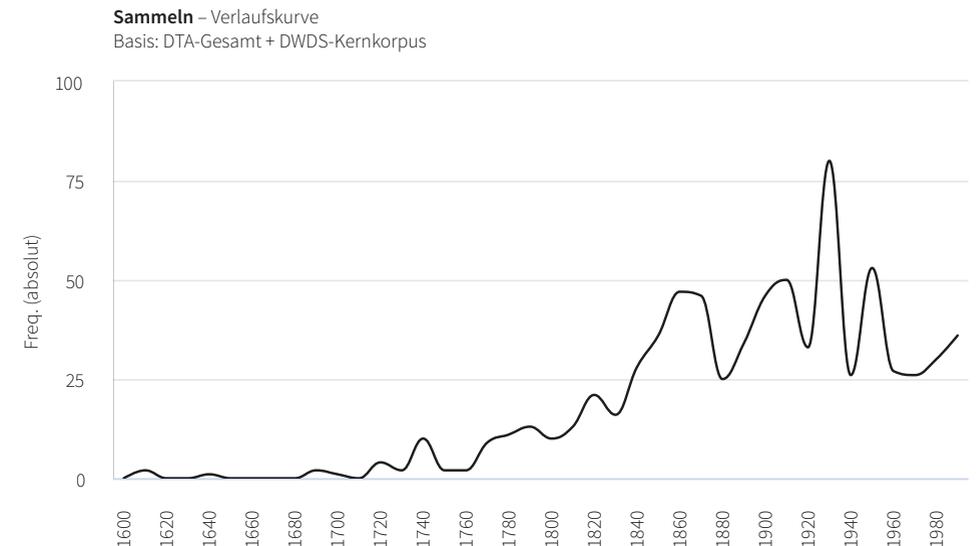


Abb. 1: DWDS-Wortverlaufskurve für »Sammeln«, erstellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache, <https://www.dwds.de/r/plot/?view=3&corpus=dta%2Bdwds&norm=abs&smooth=spline&genres=0&grand=1&slice=10&prune=0&window=0&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1600%3A1999&q1=Sammeln>, [Stand 13.11.2023], eigene Bearbeitung.

Im Sinne der Theorie der Kulturtechniken ist dies freilich als Epiphänomen zu betrachten, dem vernetzte Praktiken zugrunde liegen, wie sie nachfolgend dargestellt werden. Die dabei beschriebenen Szenen des Sammelns und Findens sind Elemente, die sich einer Mikrodimension des Politischen zuordnen lassen. In dem Bewusstsein, dass solche Szenarien im Kontext der Medizinpolitik des Nationalsozialismus weit davon entfernt sind, rein partikular, spielerisch und ironisch zu sein (wie dies sonst – nach Deleuze – Mikropolitiken sind) bedürfen sie einer Rahmung, in der sich das verbrecherische Regime hinter der mikropolitischen Harmlosigkeit offenbart. In diesem Sinne können zum Beispiel zwar kleinformatige Operationen der Raumerzeugung den Ausgangspunkt unserer Überlegungen bilden, die, kulturtechnisch verstanden, dem abstrakten Konzept Raum vorausgehen; dass indes dabei im Hintergrund eine menschenverachtende Makropolitik des Raums und der Verdrängung wirksam ist, steht dazu nicht im Widerspruch – sind doch auch makropolitische Raumkonzepte aus kulturtechnischen Ein- und Aushegungen hervorgegangen,⁹ die in späteren Gefügen, wie sie im Folgenden beschrieben werden, fortgeschrieben werden.

⁶ Johann Wolfgang von Goethe: »Der Sammler und die Seinigen«, in: Propyläen II/2 (1799), S. 26–122.

⁷ Harun Maye: »Was ist eine Kulturtechnik«, in: Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung 1/1 (2010), S. 121–135.

⁸ Vgl. Thomas Macho: »Zeit und Zahl, Kalender- und Zeitrechnung als Kulturtechniken«, in: Sibylle Krämer, Horst Bredekamp (Hrsg.): Bild – Schrift – Zahl, München 2003, S. 179–192.

⁹ Bernhard Siegert: »Türen. Zur Materialität des Symbolischen«, in: Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung 1 (2010), S. 151–170.

2. Werbeblätter als gesundheitspolitisches Instrument

Wie im weiteren Verlauf des Beitrags nach und nach entfaltet werden wird, können Praktiken des Sammelns und Phänomene der Anhäufung und Verschränkung im Kontext des Gebäudes in der Bauhausstraße 11 in Weimar auf besonders dichte und vielfältige Weise beobachtet werden. Und dies schon allein aufgrund der Tatsache, dass seit 1997, dem Zeitpunkt des Einzugs der Fakultät Medien der Bauhaus-Universität Weimar,¹⁰ hier Forschen, Lehren und Lernen sowie die Verwaltung dieser Felder ineinanderfließen. Die Routine des universitären Alltags täuscht zum einen leicht darüber hinweg, dass die Biographie des Gebäudes alles andere als geradlinig, unauffällig oder unproblematisch verläuft. Zum anderen neigt sie zum Verdecken der hier noch immer versammelten Spuren nationalsozialistischer Vergangenheit. Den noch vorhandenen Spuren folgend, wird ersichtlich, dass der Weg zum Büro im Treppenhaus an Fenstern vorbeiführt, deren Gestaltung einem NS-ideologischen ›völkischen‹ Bildprogramm folgt. Archivarische Spuren wiederum legen offen, dass die Studierenden ihre Seminare heute in denjenigen Räumen besuchen, die zwischen 1936 und 1945 von NS-Ärztelfunktionäre als Konferenzräume genutzt wurden.¹¹ In einem Raum, in dem heute Abschlussarbeiten verwahrt werden, erstreckt sich über die gesamte Decke eine Ornamentik, die an mehreren Stellen nationalsozialistische Interpretationen der Rune Y aufweist → **Hallmann, Noeske: Bleiglasfenster.** Mehrere Organisationen der NS-Gesundheitspolitik propagierten das germanische Zeichen als sogenannte Lebensrune.¹² So wie die Elhaz-Rune 1936 Teil des Wahrzeichens der NS-Apotheker:innenschaft wurde,¹³ fand die nationalsozialistische Interpretation des germanischen Schriftzeichens ihren Weg im gleichen Zeitraum auch in den NS-Bau in der heutigen Bauhausstraße 11. Der Grund für den Einzug der vermeintlichen Lebensrune in das Gebäude liegt darin, dass hier die Stränge des NS-Gesundheitswesens – also des Feldes, in das die Rune hauptsächlich versetzt wurde – für den damaligen Gau Thüringen zusammenflossen. Akteur:innen und Praktiken der thüringischen NS-Gesundheitspolitik formierten sich an dieser Stelle zum Ensemble des sogenannten Thüringer Ärztehauses. Allein die Anzahl der Verwaltungs- und Dienststellen, die zusammengenommen das ›Ärztehaus‹ bildeten,¹⁴ lässt auf eine enorme Vielschichtigkeit von Sammlungs-Ereignissen schließen. Auch bei dem NS-Arzt handelte es sich im Grunde genommen um ein Amalgam verschiedener Berufe genau wie um eine Überlagerung unterschiedlicher Kontexte: Gesundheit und Medizin, Politik und Rechtsprechung

- ¹⁰ Die Fakultät Medien der Bauhaus-Universität Weimar wurde 1996 gegründet. Seit 1997 ist sie in den Räumlichkeiten in der Bauhausstraße 11 untergebracht, vgl. Bauhaus-Universität Weimar (Hrsg.): 25 Jahre Fakultät Medien, Weimar 2021, hier: S. 5, 48, 70.
- ¹¹ Die Gestaltung des Sitzungssaals findet Erwähnung in: Landeskirchenarchiv Eisenach, Nachlass Fritz Körner, Nr. 461, Zeitungsartikel »Die Mitarbeit Jenaer Künstler am Thüringer Aertzehaus in Weimar. Zu seiner Einweihung am 9. Januar 1937«, o. S. Vgl. auch mit dem Entwurf »Ärztehaus Thüringen, Obergeschoß«, in: Stadtverwaltung Weimar, Bauaufsichtsamt, Bauhausstraße 11, Bd. 1: Verwaltungsgebäude 1936.
- ¹² Ulrich Hunger: Die Runenkunde im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Wissenschafts- und Ideologiegeschichte des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1984, S. 100. Zur Überführung des germanischen Schriftzeichens in ein Element nationalsozialistischer Ästhetik, siehe auch den Beitrag von Lilli Hallmann zur Ästhetisierung des ›Thüringer Ärztehauses‹ in diesem Band.
- ¹³ Vgl. Elisabeth Huwer: Das Deutsche Apotheken-Museum. Schätze aus zwei Jahrtausenden Kultur- und Pharmaziegeschichte, Regensburg 2008, S. 159.
- ¹⁴ Siehe Einwohnerbuch der Stadt Weimar 1937, Stadtarchiv Weimar, 32 2/1.

sowie Bürokratie.¹⁵ Nicht zuletzt flossen auf der ideellen, genauer: ideologischen Ebene zahlreiche Vorstellungen von dem, was den nationalsozialistischen Arzt ausmache, zusammen.¹⁶ So formte eine Überhöhungs-Rhetorik das Bild eines idealtypischen NS-Arztes, das dem des Künstlers, Priesters, geistigen und seelischen Führers, des Erziehers oder Freundes und Beraters der Familie entsprach.¹⁷

Zu den Medien, die – neben den idealisierenden Fensterdarstellungen im Treppenhaus des ›Ärztehauses‹ – derartige Verblendungsfiguren zusammentrugen, gehören die Publikationsorgane des NS-Gesundheitswesens. Die nachfolgenden Überlegungen beziehen sich im Speziellen auf das *Ärzteblatt für Mitteldeutschland. Nachrichtenblatt der KVD-Landesstellen Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und der Ärztekammern in diesen Gebieten*.¹⁸

Ohne Zweifel liegt hier ein Format vor, das allein durch seine Gestalt – ein Papierstapel – deutlich macht, dass es sich um ein Medium des Ansammelns handelt. Artikel und Bekanntmachungen reihen sich aneinander, um Wissen zu kommunizieren und zu konstituieren – wobei in diesem Zusammenhang wohl eher von einer Behauptung von Wissen gesprochen werden müsste. Deutschlandweit archivieren heute nur sechs Bibliotheken das einst in das Netzwerk der NS-Gesundheitspolitik eingebundene Medium.¹⁹ Ein Blick in mehrere an verschiedenen Standorten archivierte Ausgaben mit identischem Erscheinungsdatum offenbart,²⁰ dass das *Ärzteblatt* eine Existenzweise des Sammelns produziert, die sich einerseits nur

- ¹⁵ Auf eine geschlechtergerechte Schreibweise wird verzichtet, sofern sich die Aussage auf Phänomene bezieht, in die vorwiegend Männer eingebunden waren. Zwar lag keine entsprechende Gesetzgebung vor, dennoch war es Realität, dass ausschließlich Männer Posten wie beispielsweise den (stellvertretenden) Vorsitz des Ärztengerichts einnahmen. Dies geht aus zahlreichen Archivalien hervor, die das Prozedere der Postenbesetzung im Kontext der Thüringer Ärztekammer in Weimar dokumentieren. Siehe z. B. Schreiben der Thüringischen Ärzteschaft Weimar an den Herrn Selbstständigen Thüringischen Staatskommissar für das Gesundheitswesen vom 17. Juli 1935, in: Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (i. F. zit. als: LATH – HStA Weimar), Thüringisches Ministerium des Innern E 801, Bl. 167r. Noch vor der sogenannten Gleichschaltung des Gesundheitswesens stellten Ärztinnen dieses Phänomen vereinzelt selbst in Frage – so geschehen im Fall einer Greizer Ärztin, die sich an die Thüringer Ärztekammer in Weimar mit der Frage wendete, »ob eine Aerztin als Ehrenrichter nur aus dem Grunde abgelehnt werden könne, weil sie Frau sei [...]«. Der Vorstand antwortete hierauf »im verneinenden Sinne« – ließ aber offen, weshalb sich dennoch keine Frauen in führenden Positionen der Ärztengerichte befanden. Siehe Niederschrift über die 4. Vorstandssitzung der II. Thüringer Ärztekammer in Weimar, 23. Juli 1931, in: LATH – HStA Weimar, Thüringisches Ministerium des Innern E 804, Bl. 26–27.
- ¹⁶ Dies müsste an anderer Stelle für die Figur der NS-Ärztin überprüft werden.
- ¹⁷ Vgl. o. V.: »Zweiter Sächsischer Ärztetag«, in: *Ärzteblatt für Mitteldeutschland. Nachrichtenblatt der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, Landesstellen Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und der Ärztekammern in diesen Gebieten*, Nr. 10 (1939), S. 197–187, hier: S. 181–182. In dem Artikel wird auf den wenige Jahre zuvor verstorbenen Arzt und Befürworter der ›Rassenhygiene‹ Erwin Liek und dessen Schriften Bezug genommen. Zur Rolle Lieks innerhalb der NS-Gesundheitspolitik siehe Wolfgang Schmid: »Die Bedeutung Erwin Lieks für das Selbstverständnis der Medizin in Weimarer Republik und Nationalsozialismus«, Dissertation (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1989), siehe v. a. S. 118–129.
- ¹⁸ Das monatlich im Deutschen Ärzteverlag erschienene *Ärzteblatt für Mitteldeutschland* stellt folglich einen engen Zusammenhang zum ehemaligen Thüringer Ärztehaus her, beginnend mit der Tatsache, dass es die Landesstelle Thüringen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD) war, die den Bauauftrag für jenes Gebäude stellte.
- ¹⁹ Staatsbibliothek zu Berlin, Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden, Deutsche Nationalbibliothek mit dem Standort Leipzig, Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle/Saale, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (i. F. zit. als: ThULB Jena) sowie die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln.
- ²⁰ Für den vorliegenden Aufsatz wurden die jeweils vorhandenen Ausgaben in Leipzig, Jena und Berlin gesichtet.

aufgrund der Blatt-an-Blatt-Sammlung bilden kann, weil sie auf den Zwischenraum angewiesen ist, sich andererseits aber auch von eben diesem Zwischenraum-Dasein unabhängig macht, weil sie über mobilitätsstiftende Eigenschaften verfügt. So finden sich im Anzeigenteil mancher Ausgaben eingelegte Werbeblätter, die auf bestimmte pharmazeutische Produkte aufmerksam machen. Hinsichtlich des Inhalts, der durch die Reklame vermittelt wird, ist zunächst keine eindeutige Linie feststellbar. Anzeigen für naturheilkundliche Präparate lassen sich ebenso finden wie solche, in denen das Narrativ des ›technischen Fortschritts‹ bemüht wird.²¹ Durch das Eingebundensein der losen (Falt-)Blätter und Karten in den ansonsten gebundenen Zeitschriftenkörper werden verschiedene Hybridkonstellationen erkennbar. In manchen Fällen befindet sich die Werbung zwischen zwei Artikeln,²² in anderen Fällen wiederum zwischen den Anzeigenseiten,²³ oder auch zwischen einem Artikel auf der einen und einer Anzeige auf der anderen Seite.²⁴ Darüber hinaus ist das Medium selbst ein Hybrid: eine Verschränkung aus Schrift und Bild,²⁵ manchmal auch eine Mixtur aus Werbung und Postkarte.²⁶ Ein Hybridwesen ist das Werbeblatt auch deswegen, weil es sowohl das Auge der Zeitungsnutzer:innen adressiert – um betrachtet und gelesen zu werden –, als auch die Hand – um umgewendet oder beschrieben zu werden.²⁷ Anhand der skizzierten Situationen zeichnet sich ab, dass eine enge Verbindung zwischen der hybriden, im Zwischenraum angesiedelten Existenzweise des Werbeblattes und deren Mobilität gegeben zu sein scheint. Dass die eingelegte Werbung eben nur in manchen der archivierten Exemplare einer Ausgabe vorhanden ist, unterstreicht die Annahme, dass es sich hierbei um ein Medium in Bewegung handelt.²⁸ Das Kleingedruckte unterhalb der Überschrift »Geschäftliches« eines jeden *Ärztblattes für Mitteldeutschland* verdeutlicht das Ausmaß der Mobilität der Einlegeblätter. An dieser Stelle werden die jeweils beigegefügtten Anzeigeblätter gelistet, der Produktname sowie die produzierende Institution genannt. Wenn sich also in mehreren der in der Berliner Staatsbibliothek archivierten Ausgaben kein einziges Werbeblatt befindet,

das »Geschäftliche« aber auf die Existenz von bis zu sieben eingelegten Anzeigenblättern verweist,²⁹ dann wird ersichtlich, dass bei einer medienwissenschaftlichen Betrachtung des *Ärztblattes* »das Wissen um den Verlust, die Unwiederbringlichkeit des Allermeisten [...] von Anfang an mitgedacht«³⁰ werden muss. Im Gegensatz aber zu Verlust-Ereignissen, die sich in Archiven »in Gestalt von Kriegsverlusten, Brandverlusten, Verlusten durch Kassation, Raub etc.«³¹ beobachten lassen, beginnt in Hinblick auf das *Ärztblatt für Mitteldeutschland* das »Programm eines Versammelns von Verlusten«³² nicht erst im Moment seiner Archivierung. Vielmehr ist das Medium selbst von Beginn an auf Unvollständigkeit angelegt, indem es nicht-fixierte Werbeblätter enthält, die herausfallen, herausgenommen, verschickt und verteilt werden können. Das Archiv macht in diesem Fall darauf aufmerksam, dass das Werbeblatt seiner Eigenschaft, mobil zu sein, verlustig gegangen ist: Da die genannten Pharmazieunternehmen nicht mehr existieren oder keine Rechte mehr an dem Produkt besitzen,³³ für das sie einst warben, da die Bestellformulare ihre Gültigkeit verloren und Adressen sich geändert haben, ja das gesamte Netzwerk des NS-Gesundheitswesens nicht mehr existiert, verfügt das Werbeblatt über keinen äußeren Bezugspunkt mehr.³⁴

Im Kontext der Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus jedoch war das Werbeblatt in ein umfangreiches Netzwerk eingebunden, zu dessen Eigenschaft es gehörte, eine Information ihrem ursprünglichen Kontext zu entnehmen, sie anschließend über verschiedene Kanäle zu transportieren und zu verändern, um sie daraufhin in einen neuen Kontext einzupflanzen. In einem Einlegeblatt, das den Titel »Abwehrkräfte mobilisieren«³⁵ trägt, werden Informationen und Wissen gar durch vier Jahrhunderte hindurchbewegt. Doch nicht nur unterschiedliche Zeitebenen – auch verschiedene Medienformate werden hier miteinander verbunden. Auffällig ist in diesem Beispiel zunächst einmal die Tierzeichnung, auf der zwei blätterfressende Schnecken zu sehen sind.

- 21 Z. B. Werbeblatt für pflanzliches Spül- und Desinfektionsmittel *Planta Fluid* von der Aktiengesellschaft für medizinische Produkte Berlin, in: Bestand der ThULB Jena, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 17 (1939). Das Narrativ des ›technischen Fortschritts‹ wird dagegen bedient in: Werbeblatt für das medizinische Mundpulver *Lacalut* von C. H. Boehringer Sohn, Ingelheim am Rhein, in: Bestand der ThULB Jena, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 11 (1940), zwischen S. 116 und S. 117 (i. F. zit. als: *Lacalut*, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 11 (1940)).
- 22 Z. B. Werbeblatt für *Chinin Redoxon* von F. Hoffmann-la Roche & CO. A. G. Berlin, in: Bestand der ThULB Jena, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 9 (1941), zwischen S. 82 und S. 83 (i. F. zit. als: *Chinin Redoxon*, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 9 (1941)).
- 23 Z. B. Werbeblatt für *Aglusil* von Aglukon, Gesellschaft für chem-pharm. Präparate m. B. H., in: Bestand der ThULB Jena, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 9 (1940).
- 24 Z. B. Werbeblatt für *Asthmacid*, *Elixir Cigli*, *Zittmannin* und *Muiracithin* von Sarsa chem. pharm. Präparate Berlin, in: Bestand der ThULB Jena, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 9 (1941), zwischen S. 86 und S. 87.
- 25 Z. B. Werbeblatt für *Pandigal* von P. Beiersdorf & CO A.-G. Hamburg, in: Bestand der ThULB Jena, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 24 (1940).
- 26 In einem Fall entfernt sich das Motiv der Karte sogar so weit vom medizinischen Bereich, dass man die eine Seite der eingelegten Werbung für eine Urlaubskarte halten könnte. Siehe Werbeblatt für *Sympatol* von C. H. Boehringer Sohn, Ingelheim am Rhein, in: Bestand der ThULB Jena, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 9 (1941), zwischen S. 84 und S. 85.
- 27 Um »Literatur und Versuchsmengen« von *Lacalut* zu erhalten, werden »[d]eutliche Schrift und Stempel erbeten«. Siehe *Lacalut*, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 11 (1940).
- 28 Zum Thema Mobilität nicht-menschlicher Akteur:innen siehe auch Manuela Bauche, Christian Vogel: »Mobile Objekte. Einleitung«, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* Nr. 39 (2016), S. 299–310.

- 29 Auf insgesamt sechs Werbeblätter wird beispielsweise in folgender Ausgabe hingewiesen: *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 23 (1939), S. 324. Eine geringere Anzahl (vier Werbeblätter) wird für folgende Ausgabe angegeben: ebd., Nr. 22 (1940), S. 204. Einer anderen Ausgabe wiederum wurden sogar sieben Werbeeinlagen beigelegt: ebd., Nr. 10 (1941), S. 101. Am häufigsten lässt sich jedoch der Hinweis auf fünf eingelegte Reklamen finden. Siehe z. B. ebd., Nr. 1 (1941), S. 8; ebd.: Nr. 2 (1941), S. 16; ebd.: Nr. 3 (1941), S. 24.
- 30 Jörg Paulus: »Die Existenzweisen der Lücke im Archiv«, in: Simone Bogner, Gabi Dolff-Bonekämper, Hans-Rudolf Meier (Hrsg.): *Collecting Loss*, Schriftenreihe des DFG-Graduiertenkollegs *Identität und Erbe*, Weimar 2021, S. 16–35, hier: S. 16.
- 31 Ebd., S. 20.
- 32 Ebd.
- 33 Beispielsweise wird das einst von der Hoffman-la Roche-AG produzierte Präparat *Chinin Redoxon* mittlerweile unter dem Namen *Redoxon* bzw. *Redoxon + Zinc* durch den Bayer-Konzern vertrieben, siehe unter <https://www.redoxon.ch/de/> [Stand: 10.02.2023].
- 34 Wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich während der Bereitstellung und des damit verbundenen Transportes der Archivalien Werbeblätter in Bewegung gesetzt haben und womöglich an dafür nicht vorgesehene Orte gelangen können. Auch ist es denkbar, dass sie von Archivnutzer:innen während der Durchsicht versehentlich zwischen zwei andere Seiten und somit in ursprünglich dafür nicht angedachte Zwischenräume gelegt werden.
- 35 *Chinin Redoxon*, *Ärztblatt für Mitteldeutschland*, Nr. 9 (1941).

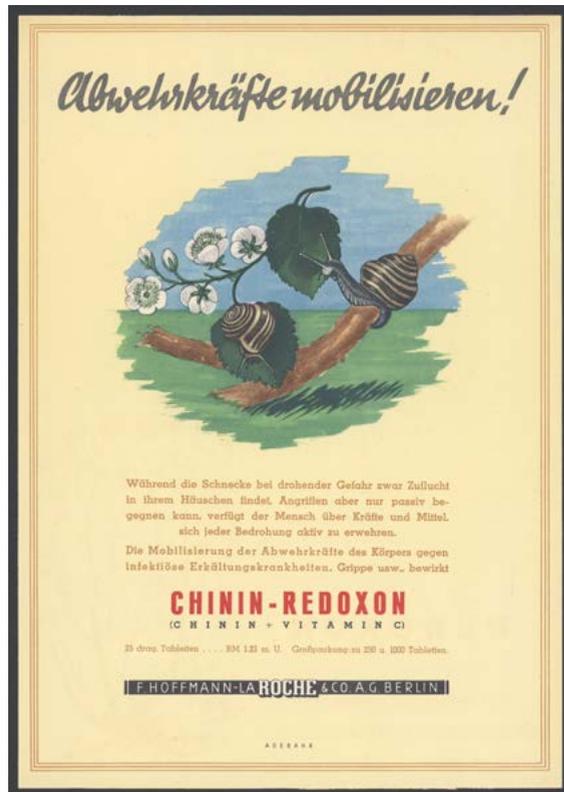


Abb. 2: Chinin Redoxon, Quelle: Ärzteblatt für Mitteldeutschland, Nr. 9 (1941), recto, ThULB Jena.

Tiere stellen im Anzeigenteil des Nachrichtenblattes der KVD ein seltenes Motiv dar. Die Zeichnung wird zu einem in Kinderbuchmanier geschriebenen Text in Beziehung gesetzt, demzufolge das Gefahrenverhalten der Schnecke passiv sei,³⁶ wohingegen der Mensch die Fähigkeit besitze, »sich [...] aktiv zu erwehren«.³⁷ Wird das Werbeblatt gewendet, offenbart sich ein noch größeres Spektrum medialer Formate sowie unterschiedlicher, auf engem Raum geschichteter Zeitebenen. Die Hagebutte – sowohl auf Text- als auch auf Bildebene präsent – kann dabei als verbindendes Element bezeichnet werden.

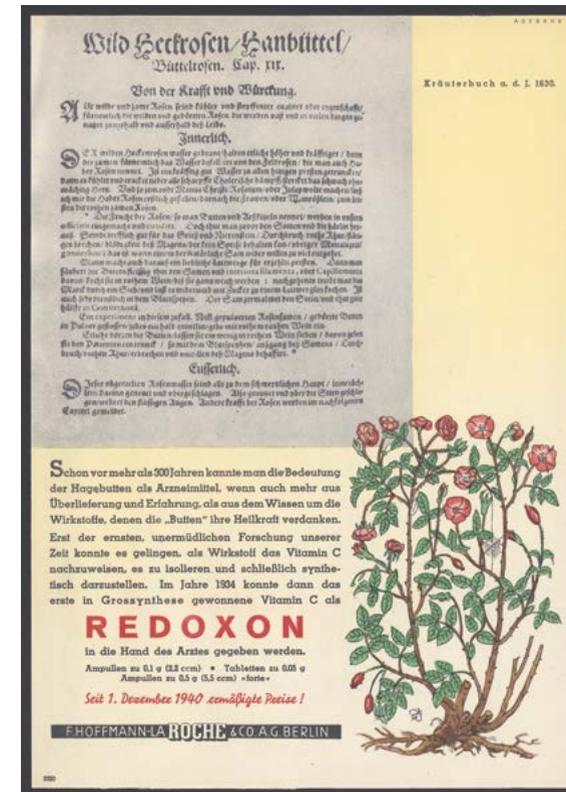


Abb. 3: Chinin Redoxon, Quelle: Ärzteblatt für Mitteldeutschland, Nr. 9 (1941), verso, ThULB Jena.

Ein Teil des Werbeblattes fungiert als Untergrund für ein aufgeklebtes Blatt Papier, bei dem es sich um die Kopie eines Eintrags aus einem dem 17. Jahrhundert entstammenden Kräuterbuch des Botanikers und Arztes Hieronymus Bock handelt.³⁸ Innerhalb dieser medialen Verschachtelung wird auf das jahrhundertealte Wissen von der heilsamen Wirkung der Rosen

³⁸ Gemeint ist: Hieronymus Bock, Kräuterbuch Weylandt des Weitberhüm[m]ten und Hocherfarnen Herren Hieronymi Tragi, genant Bock, Auff Vielfaltiges begeren und freundtliches ersuchen Mit vleiss übersehen, und mit der Kräütter zunamen, der Namen ursachen, qualitate[n], deren gradibus, gebrauch in den Apotecken, und sehr vielen in[n]erlichen und eusserlichen experimentis gemheret und gebessert / Durch Melchioem Sebizium, der Artzeney Doctorem, und Professorem, auch der Statt Strassburg bestellten Physicum ; Sampt Angehenckten Speisskammer ermelten herrn H. Bocken, darin[n] aber für dissmhal nichts geändert worde[n], Straßburg 1630. Das von Hieronymus Bock publizierte Werk erschien 1539 erstmalig mit dem Titel *NEw Kreütter Buch von || vnderscheydt/ würckung vnd namen der kreüt[ter] so in Teütschen landē wachsen. Auch der selbigen eygent=||lichem vnd wolgegründtem gebrauch in der Artznei/ zu behal=||ten vnd zu fürdern leibs gesuntheyt fast nutz vnd tröst=||lichen/ vorab gemeynem verstand ... || Beschriben durch Hieronymum Bock ... ||*, Straßburg 1539. In der Teilbibliothek Herbarium Haussknecht der ThULB Jena können Ausgaben aus den Jahren 1556 und 1630 eingesehen werden.

³⁶ Ebd.
³⁷ Ebd.

Bezug genommen – speziell der Hagebutte.³⁹ Der unterhalb des Kräuterbuchausschnittes stehende Anzeigentext – in dem die Behauptung aufgestellt wird, dass das traditionelle Wissen lediglich auf Erfahrungswerten beruhe, es jedoch vor mehr als 300 Jahren keine Kenntnis von dem der Pflanze innewohnenden Wirkstoff gegeben hätte⁴⁰ – wirft die Frage auf, wie an dieser Stelle Wissen produziert wird und »was es bedeutet, Wissen zu *erlangen*«. ⁴¹

Mit Bruno Latour gedacht, braucht es zunächst ein Zentrum, dessen Absicht es ist, sich aus der Distanz ein spezifisches Wissen anzueignen,⁴² um selbst nicht beherrscht zu werden.⁴³ Die Überführung eines gewissermaßen frei zirkulierenden Wissens in fixier- und kontrollierbare Medienformate nennt Latour »[d]ie Domestikation des wilden Denkens«. ⁴⁴ Im vorliegenden Fall stellen die Institutionen der NS-Gesundheitspolitik, die NS-Ärzt:innen- und Apotheker:innenschaft oder pharmazeutische Unternehmen solche Instanzen dar. Das domestizierende Moment wiederum ist – das Werbeblatt *Chinin Redoxon* spricht es selbst aus – das (traditionelle) Wissen um die heilsame Wirkung der Hagebutte. Um am Ende in das besagte Werbeblatt zu gelangen, musste das mit dem »lokale[n] Wissen«⁴⁵ verbundene Medium zuvor einen langen Weg zurücklegen, auf dem es seine Gestalt mehrfach veränderte: Indem menschliche Akteur:innen sie einsammelten, verließ die wildwachsende Hagebutte den Naturraum, um später in einer Offizin eingelegt, gekocht oder gesiebt zu werden.⁴⁶ Von dort aus gelangte die Hagebutte – mittlerweile in flüssiger Form oder als Pulver – in die Regale der Apotheken. Gleichzeitig wurde die Pflanze und das mit ihr verbundene Wissen als Schrift-Bild-Mixtur in Kräuterbüchern wahrnehmbar und in dieser Form zudem verbreitet und vervielfältigt.⁴⁷ Unter dem Einfluss der Mediziner:innen und Biochemiker:innen des 20. Jahrhunderts wiederum verwandelte sich das Innere der Hagebutte in einen Bestandteil von Laboren und erfuhr dort als erstes Vitamin

überhaupt eine Synthetisierung.⁴⁸ Seitdem wandert das Vitamin C – wahlweise als Chemikalie oder als Arznei – in die Körper der Menschen.⁴⁹

Die Werbeblätter treten in dem Moment auf den Plan (beziehungsweise – mit Latour gesprochen – in den Kreislauf ein),⁵⁰ in dem das gesammelte Wissen um die heilsame Wirkung der Hagebutte gebündelt, aber auch das Wissen um die Herstellung der reinen, synthetischen Ascorbinsäure transportiert werden soll. Insofern fungiert das eingelegte Werbeblatt mit dem Titel »Abwehrkräfte mobilisieren« als ein Latour'sches *immutable mobile*,⁵¹ das sich nicht zuletzt auch zwischen dem Schweizer Unternehmen Hoffmann-La Roche und der NS-Gesundheitspolitik hin und her bewegt: »[NS-]Deutschland [war] in jener Zeit der wichtigste ausländische Markt des Unternehmens [...]«. ⁵² Das Medium Redoxon – die Vitamin-C-Tablette von Hoffman-La Roche – vergrößerte das Netzwerk, das sich in der Zwischenzeit von der im Naturraum beheimateten Hagebutte bis zur NS-Gesundheitspolitik gespannt hatte, und verstärkte die Fähigkeit des Zentrums, aus der Distanz zu herrschen.⁵³ Als massenhaft produzier- und verteilter Akteur wurde es »aufgrund eines befürchteten Vitamin-C-Mangels [...]«⁵⁴ an die deutsche Wehrmacht geliefert, um dort den angeblichen Bedarf der Soldaten »von monatlich 1500 Kilogramm Ascorbinsäure«⁵⁵ zu decken. In diesem Zusammenhang taucht ein weiterer pflanzlicher Akteur auf, wurde doch die deutsche Wehrmacht und die SS mit der Gladiole entstammenden Vitamin C versorgt. Doch ereignete sich die Versorgung von NS-Akteuren mit aus Gladiolen gewonnenem Vitamin C in einem alles andere als »natürlichen« Milieu. Tatsächlich wurden Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau dazu gezwungen, unter erniedrigenden, bis hin zu tödlichen Bedingungen auf einer Plantage zu arbeiten, die ihre Peiniger euphemistisch »Kräutergarten« nannten.⁵⁶

An diesem Punkt also ist die Pflanze und das Wissen um ihre gesundheitsfördernde Wirkung in einem so extremen Ausmaß verlagert worden, dass sie zu einem Bestandteil des

³⁹ Hagebutte (und Rose) ist die allgemeine Bezeichnung für die Pflanzengattung *Rosa*, allerdings werden die Früchte unterschiedlicher *Rosa*-Arten ebenfalls als Hagebutte bezeichnet. Walter Erhardt, Robert Zander (Hrsg.): *Der große Zander. Enzyklopädie der Pflanzennamen*, Stuttgart 2008, S. 1697. Der Ausschnitt aus dem Bock'schen Kräuterlexikon klärt nicht nur darüber auf, bei welchen körperlichen Leiden die Pflanze Abhilfe schafft (beispielsweise bei Nierenstein, Übelkeit oder einer entzündeten Dickdarmschleimhaut), sondern auch, welche Zubereitungs- und Darreichungsformen hierfür notwendig sind. Bock, *Kräuterbuch*, wie Anm. 38, hier: S. 772–777.

⁴⁰ *Chinin Redoxon*, Ärzteblatt für Mitteleuropa, Nr. 9 (1941).

⁴¹ Bruno Latour: »Die Logistik der *immutable mobiles*«, in: Jörg Döring, Tristan Thielmann (Hrsg.): *Mediengeographie. Theorie – Analyse – Diskussion*, Bielefeld 2009, S. 111–144, hier: S. 119, Kursivierung wie im Original.

⁴² Vgl. ebd., S. 120 sowie S. 123–124.

⁴³ Latour spricht davon, »den Maßstab umzukehren [...]«, ebd., S. 129.

⁴⁴ Ebd., S. 111. Der von Latour in Abgrenzung zu Europäer:innen verwendete Begriff des »Wilden« (ebd., S. 117)) ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund europäischer Kolonialverbrechen äußerst problematisch – auch wenn Latour mit seinem Konzept der Logistik der *immutable mobiles* auf eben jene Verbrechen geschichte anspielt. Dennoch möchten wir vorschlagen, von der Domestikation eines bis dato frei zirkulierenden Wissens zu sprechen oder aber lediglich von »lokale[m] Wissen« statt von einem »lokale[n] Wissen der Wilden« (ebd., S. 114).

⁴⁵ Ebd., S. 114, Kursivierung wie im Original.

⁴⁶ Vgl. Bock, *Kräuterbuch*, wie Anm. 38, hier: S. 774.

⁴⁷ Es gibt eine kurze Passage, in der sich Latour explizit der Botanik widmet und hierbei die Rolle der »sammelnden Institutionen« betont: Latour, *Die Logistik der immutable mobiles*, wie Anm. 41, hier: S. 133.

⁴⁸ Vgl. Beat Bächli: »Vitamin C für alle! Pharmazeutische Produktion, Vermarktung und Gesundheitspolitik (1933–1953)«, Dissertation (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich 2009), S. 21.

⁴⁹ Zum Unterschied von Arznei und Chemikalie im Kontext von Vermarktungszwecken siehe ebd., S. 75.

⁵⁰ Vgl. Latour, *Die Logistik der immutable mobiles*, wie Anm. 41, hier: S. 118–124.

⁵¹ Für die Domestikation von Wissen sind bestimmte Medien nötig, die Latour zufolge »transportabel [sein müssen], damit sie zurückgebracht werden können; die [...] stabil [sein müssen], damit sie hin- und herbewegt werden können [...] und [...] sie [müssen] kombinierbar [sein], damit sie [...] aufgehäuft, angesammelt oder [...] gemischt werden können,« ebd., S. 124, Kursivierung wie im Original.

⁵² Bächli, *Vitamin C für alle*, wie Anm. 48, hier: S. 57.

⁵³ Latour spricht von Elementen, die den Akkumulationskreislauf beschleunigen. Latour, *Die Logistik der immutable mobiles*, wie Anm. 41, hier: S. 131.

⁵⁴ Bächli, *Vitamin C für alle*, wie Anm. 48, hier: S. 73.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Ein Dank an Yael Barzilai und Rebecca Schwoch für den Hinweis auf den sogenannten Kräutergarten des KZ Dachau; vgl. dazu Helmut Wiegel: »Der Kräutergarten am KZ Dachau«, in: Rainer Schomann u. a. (Hrsg.): *Unter der Grasnarbe. Freiraumgestaltungen in Niedersachsen während der NS-Diktatur als denkmalpflegerisches Thema. Dokumentation der Tagung vom 26.–29. März 2014 in Hannover*, Petersberg 2015, S. 209–218, sowie Christoph Kopke: »Gladiolen aus Dachau. Das Vitamin-C-Projekt der SS«, in: *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung*, Nr. 25/26 (2005), S. 200–219.

nationalsozialistischen Gesundheitswesens und nicht zuletzt der damit in Zusammenhang stehenden NS-Kriegs- und Vernichtungspolitik geworden ist.⁵⁷

3. Heilpflanzen als ›volksgesundheitliche‹ Mittel

Das Sammeln

Das nationalsozialistische Gesundheitswesen orientierte auf eine ganzheitliche Medizin, die naturheilkundliche Traditionen mit naturwissenschaftlichen Verfahren kombinierte. Diese ›Neue Deutsche Heilkunde‹ war unter anderem darauf ausgelegt, die Leistungsfähigkeit eines jeden Einzelnen zu fördern. Eine bedeutende Rolle spielte hierbei auch das Ziel, sich vom internationalen Markt abzukoppeln, enorme Kosten für Importe einzusparen und wirtschaftspolitisch autark agieren zu können.⁵⁸ Noch 1938 wird beklagt, dass beispielsweise die Brennessel mit von der heimischen Industrie hergestellten und beworbenen Unkrautvernichtungsmitteln teuer beseitigt würde, wohingegen Brennesselblätter als Heilkraut zu einem großen Anteil importiert werden müssten.⁵⁹

Die Heilpflanze rückte somit in den Fokus zurück und auch der Naturraum wurde vom NS-System eingenommen.⁶⁰ Damit verbunden galt es, eine Sammelpraxis zu etablieren, die es ermöglichte, Heilpflanzen in großem Maßstab – nicht mehr nur für den Hausgebrauch, sondern für »ein ganzes Volk«⁶¹ – zusammenzutragen.⁶²

Diese Sammeltätigkeit übernahmen zum einen Einzelpersonen, beispielsweise Berufssammler:innen, Apotheker:innen oder Erwerbslose, zum anderen wurden die Schulen in eine gewisse volkspolitische Pflicht genommen, sich auf dem Gebiet des Heilpflanzen sammelns zu engagieren.⁶³ Jugendliche sollten ihren Beitrag zur sogenannten ›Volksgesundheit‹ (dem ›Dienst am Volk‹) leisten, außerdem erhielten sie durch die Lehrenden Kenntnisse über die

Natur.⁶⁴ Durch dieses Wissen erhoffte man sich zum einen ein Bewusstsein für den Schutz der Natur, zum anderen sollte damit eine Ausbildung von zuverlässigen Heilpflanzensammler:innen für die Zukunft erfolgen, von denen es nur wenige gab.

An Schulen wurde oftmals ein Klassenkräuterbuch angefertigt und jede:r einzelne Schüler:in sollte darüber hinaus ein eigenes Kräuterbuch anlegen.⁶⁵ Auch wurden dort Versuchsgärten eingerichtet oder die bereits bestehenden Schulgärten zum Anbau von Heilpflanzen genutzt.⁶⁶ Die Hitlerjugend wurde gleichfalls mit dem Heilpflanzen sammeln betraut, das Sammeln von Heil- und Teekräutern in den Dienstplan aufgenommen.⁶⁷ Diese sollten vor allem die leicht erkenn- und unterscheidbaren Pflanzenteile wie Birkenblätter, Lindenblüten, Brombeer-, Erdbeer- und Himbeerblätter sammeln, die spezielleren Kräuter wurden eher den (fortgebildeten) Lehrer:innen mit ihren Schüler:innen überlassen.

Die praktische Organisation

Für die Organisation des Heilpflanzen-Sammelns im nun großen Stil wurden neue Strukturen geschaffen: Im April 1935 wurde in Berlin im ›Haus der Deutschen Ärzte‹ die Frage der Heilpflanzen besprochen und die Gründung der sogenannten Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung (RfH) beschlossen.⁶⁸ Der Sitz der RfH war Weimar, in der damaligen Carl-Alexander-Allee 9.⁶⁹ Die RfH wurde zwischen die Sammelnden und den Vegetabilien-Großhandel beziehungsweise den Beauftragten für den Vierjahresplan zwischengeschaltet: Sie koordinierte und plante das Sammeln in den einzelnen Bezirken. Außerdem behielt sie den Überblick über das gesammelte Gut, keinesfalls sollte Überproduktion oder Knappheit bei einer Pflanze auftreten. In jedem Gau unterhielt die RfH außerdem eine dem ›Amt für Volksgesundheit‹ angegliederte Geschäfts- und Drogensammelstelle.⁷⁰

Die Sammler:innen mussten – zu einem Jahresbeitrag von 50 Pfennigen – Mitglied in der RfH sein. Dafür erhielten sie Fortbildungen und Aufträge zum Sammeln und waren während des Sammelns versichert. Die am Heilpflanzen sammeln beteiligten Schulen und die Hitlerjugend blieben beitragsfrei.⁷¹

57 Beat Bächli verweist auf eine Korrespondenz zwischen Hoffmann-La Roche und der Haco Gesellschaft, derzufolge »Vitamin C bereits 1936 als ›kriegsnotwendiges Produkt‹ bezeichnet wurde.« Bächli, Vitamin C für alle, wie Anm. 48, hier: S. 70–71.

58 Aus dem Vortrag von Dr. Anne Sudrow *Heil.Kräuter.Kulturen: Forschungen zur ökologischen Landwirtschaft und wissenschaftliche Zwangsarbeit im KZ Dachau (1940–1945)*, gehalten im Rahmen des Wissenschaftshistorischen Seminars der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina am 6. Dezember 2022. Gerhard Wagner: »Beitrag zur Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung im Spiegel einer Umfrage zum Jahresbeginn«, in: Die deutsche Heilpflanze, Nr. 4 (Januar 1936), S. 41.

59 Der Jahresbedarf an Brennesselblättern wurde für 1938 mit 150.000 Kilogramm angegeben, wovon 142.000 Kilogramm allein aus Ungarn eingeführt wurden. Ähnlich verhielt es sich mit der Kamille, die zu 99 Prozent importiert wurde. Siehe Walther Ripperger: »Über Heilpflanzen«, in: Die deutsche Heilpflanze, Nr. 10 (Juli 1938), S. 141–143.

60 Ein weiterer Zweig, auf den hier nicht weiter eingegangen werden kann, sind die Gewürzpflanzen. Hier gab es immense Bestrebungen, u. a. Kaffee-, Schwarztee- und Pfeffer-Ersatzprodukte zu finden und zu propagieren. In der Zeitschrift *Die deutsche Heilpflanze* wurden hierzu viele Artikel beispielsweise über den »deutschen Haustee« publiziert.

61 P. Klipp: »Zum Geleit der ersten Nummer der Zeitschrift ›Die deutsche Heilpflanze‹ als offizielles Organ der Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung e.V., Sitz Weimar, im Juli 1935.«, in: Die deutsche Heilpflanze, Nr. 10 (Juli 1935), S. 113.

62 Neben dem großangelegten Sammeln wurde ebenso der Anbau von Heilpflanzen forciert.

63 O. V.: »Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung über den Einsatz von Schulen. E II a 824, E III.«, in: Die deutsche Heilpflanze, Nr. 4 (April 1940), letzte Umschlagseite innen [ohne Nummerierung].

64 Hermann Habenicht: »Aufgaben und Organisation der RfH«, in: Veröffentlichungen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung e. V., Nr. 7 (1940), S. 3–10, hier: S. 9f.

65 Wilhelm Julius Ruttman: »Lehrpraxis und Heilpflanzenbeschaffung«, in: Veröffentlichungen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung e.V., Nr. 7 (1940), S. 14–18, hier: S. 16f.

66 O. V.: »Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung e.V., Sitz Weimar. Organisationsplan«, in: Die deutsche Heilpflanze, Nr. 1 (Oktober 1935), S. 1–4, hier: S. 2. Zum Versuchsgarten im KZ Dachau siehe Wiegel, Der Kräutergarten am KZ Dachau, wie Anm. 58, hier: S. 209–218 sowie Kopke, Gladiolen aus Dachau, wie Anm. 56, hier: S. 200–219.

67 Habenicht, Aufgaben und Organisation der RfH, wie Anm. 64, hier: S. 6.

68 O. V.: »Wir verzeichnen«, in: Ziel und Weg, 9 (1935), S. 192. O.V.: »Amtliche Nachrichten«, in: Die deutsche Heilpflanze, Nr. 8 (Mai 1935), S. 94.

69 Heute: Freiherr-vom-Stein-Allee, unweit der Bauhausstr. 11, Weimar. Der Sitz der RfH wurde ab März 1937 aufgrund eines Ortswechsels der leitenden Personen Carl Oskar Klipp (1898–1981) und Georg Gustav Wegener nach München verlegt.

70 Karl Geith: »Ratschläge für das Heilpflanzen sammeln mit der deutschen Schuljugend«, in: Veröffentlichungen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung e.V., Nr. 2 (1938), S. 6–21, hier: S. 15.

71 Habenicht, Aufgaben und Organisation der RfH, wie Anm. 64, hier: S. 6.

Seit 1934 erschien die Zeitschrift *Die deutsche Heilpflanze*, deren Credo das folgende war:

Der deutsche Heilpflanzenanbau in seiner jetzigen Organisationsform ist ein Musterbeispiel nationalsozialistischer Praxis: auf eigenem Boden wachsen unsere Heilpflanzen, aus deutschem Erdreich ziehen sie die Kräfte, die dem kranken Volksgenossen das Heil, die Heilung bringen werden. Von deutschen Menschen werden sie umsorgt und betreut, deutschen Menschen lohnen sie die Mühe mit kargem, aber sicherem Lohn. Deutsche Wissenschaft fördert und überwacht das Erzielen von Höchstleistungen. Aus diesem Zusammenwirken von Heimatboden, Bauernarbeit und angewandter Wissenschaft erwächst die deutsche Heilpflanze.⁷²

Die Inhalte der monatlich erscheinenden Zeitschrift waren dementsprechend Berichte aus den Gauen zum Sammeln, Trocknen und Versenden der Heilpflanzen, Ertragstabellen sowie Artikel über wissenschaftliche Untersuchungen zu Inhaltsstoffen der Pflanzen und dergleichen mehr. Außerdem enthielt die Zeitschrift ausführliche Sammelvorschriften für jede einzelne Heilpflanze, in denen die zu sammelnden Teile der Pflanze, die Sammelzeit und wie sie zu sammeln war, beschrieben wurden. Des Weiteren sollte ein abgedruckter Sammelkalender das Heilpflanzensammeln über das Jahr erleichtern.⁷³

Neben der Zeitschrift wurden separate Anleitungen von der RfH herausgegeben, wie beispielsweise für das Sammeln von Heilpflanzen mit der Schuljugend. Ein fester Bestandteil dieser Anleitungen bzw. Sammelvorschriften waren – neben Hinweisen zum Sammeln selbst – immer auch Anweisungen zum korrekten Trocknen der jeweiligen Heilpflanzen. Um qualitativ hochwertige Drogen zu erhalten, musste der Trocknungsprozess schnell abgeschlossen sein. Das Sammeln war also das eine, das andere war das Trocknen. Dies erfolgte vor allem auf Trockenhürden – das waren mit durchlässigem Stoff bespannte einfache Lattenrahmen – in gut durchlüfteten Räumen. In Frage kamen hier eigens eingerichtete Trockenräume oder praktischerweise einfach die Dachböden, die warm und luftig – und vorher gründlich zu reinigen – waren. Zwar durfte während des Krieges kein leicht brennbares Material auf Dachböden gelagert werden, jedoch gab es eine Ausnahmeregelung vom Reichsluftfahrtministerium, nach der es offiziell erlaubt war, Heilpflanzen auf dem Dachboden zu trocknen.⁷⁴

Ferner wurde in den Anleitungen die richtige Aufbewahrung der vollständig getrockneten Heilpflanzenteile bis zur danach stattfindenden Abgabe oder bis zum Versand der Pflanzen beschrieben. Im ganzen Land gab es hierfür zentrale Bezirks- und auf höherer Ebene Gau-Sammelstellen, von denen aus die Weitergabe an den Vegetabilien-Großhandel erfolgte. Dort wurden die Pflanzenteile nochmals sortiert, zerkleinert, gemischt und weiter an die

72 Hanns Reinhard Fiek: »Vorwort«, in: *Die deutsche Heilpflanze*, Nr. 1 (1934/35), S. 1. Herausgeber des ersten Jahrgangs 1934/1935 war noch der Reichsverband Deutscher Arzneipflanzenanbauer und die Deutsche Arbeitsgemeinschaft zur Förderung und Beschaffung Heimischer Heil-, Gewürz- und Duftpflanzen, nach Gründung der RfH übernahm diese ab Juli 1935 die Herausgeberschaft.

73 Elly Zöllner: »Sammelkalender für wildwachsende Heilpflanzen«, in: *Die deutsche Heilpflanze*, Nr. 6 (März 1938), S. 92 und Nr. 6 (März 1939), S. 95.

74 Annelise Grahle: »Die Trocknung von Heilpflanzen«, in: Veröffentlichungen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung e. V., Nr. 2 (1938), S. 21–33, hier: S. 21–22 und 29.

Sortiments-Großhändler verteilt. Von dort aus erfolgte sodann die Belieferung der Verkaufsstellen wie Apotheken und Drogerien.⁷⁵



Abb. 4: Sammelerlaubnischein, Quelle: LATH–HStAWeimar Thüringisches Ministerium des Innern A 921, Bl. 23r.

Das Sammeln von Heilpflanzen war nur denjenigen erlaubt, die einen Sammel-Erlaubnischein besaßen. Dieser Ausweis konnte bei der Ortspolizeibehörde beantragt werden und wurde erst nach Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem zuständigen Naturschutzbeauftragten ausgestellt. Im für ein Kalenderjahr geltenden Sammelausweis wurde vermerkt, welche Pflanzen in welchem Bezirk gesammelt werden durften.⁷⁶

Die RfH übernahm am Ende die Weiterleitung der Heilpflanzen von der Gausammelstelle an den Großhandel, sie übernahm ferner die Abrechnung und die Auszahlung des Verkaufs an die Bezirkssammelstellen, die anschließend den Erlös wiederum an die einzelnen Schulen und Sammelnden verteilten.

Für das Jahr 1943 wurde eine Ausbeute von etwa acht Millionen Kilogramm getrockneter Drogen verzeichnet und publik gemacht, darunter vier Millionen ausgesprochene Heilkräuter und vier Millionen Teekräuter. Hinzu kamen noch Wildfrüchte wie Hagebutten, Schlehen, Sanddornbeeren sowie Rosskastanien, Eicheln und Bucheckern.⁷⁷

75 Geith, Ratschläge für das Heilpflanzensammeln mit der deutschen Schuljugend, wie Anm. 70, hier: S. 16. Sowie Friedrich Cramer: »Einblick in die Tätigkeit einer Drogengroßhandlung«, in: Veröffentlichungen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung e. V., Nr. 7 (1940), S. 32–40.

76 § 9 Naturschutzverordnung vom 18. März 1936. Kurt Branco: »Die rechtlichen Grundlagen der Heilpflanzensammlung«, in: Veröffentlichungen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung e. V., Nr. 7 (1940), S. 10–14.

77 Letzteres ohne genaue Mengenangaben in P. Merkel: »Reichsgeschäftsführer der RfH, Die zukünftige Versorgung Deutschlands mit Heil- und Teekräutern durch die RfH«, in: *Die deutsche Heilpflanze*, Nr. 3 (März 1945), S. 5–6 [Separatabdruck].

Sammeln und Naturschutz

Stand auf der einen Seite die sammelnde ›Ausbeutung der Natur‹, so wurden auf der anderen Seite die bereits in das 19. Jahrhundert zurückreichenden Bestrebungen zum Erhalt der Natur nunmehr verschriftlicht und ideologisch überhöht. Im Jahr 1935 wurde das Reichsnaturschutzgesetz verabschiedet. In der Präambel ist zu lesen: »Die heimatliche Landschaft ist gegen frühere Zeiten grundlegend verändert, ihr Pflanzenkleid durch intensive Land- und Forstwirtschaft, einseitige Flurbereinigung und Nadelholzkultur vielfach ein anderes geworden. Mit ihren natürlichen Lebensräumen schwand eine artenreiche, Wald und Feld belebende Tierwelt dahin.«⁷⁸

Auch damals schon wurde Naturschutz trotz des Gesetzes und dazugehöriger Verordnungen längst nicht mit entsprechender Vehemenz auch realisiert, eher hebelten weitere wirtschaftliche Interessen die Umsetzung des Naturschutzes aus.⁷⁹ Dennoch wurde ein grundlegendes Gesetz geschaffen, das auch nach 1945 weiter bestand und nicht als Gesetz nationalsozialistischer Ideologie eingestuft wurde. Es diente als Ausgangspunkt für nachfolgende Naturschutzgesetze, die darin (beziehungsweise in Verordnungen) vorgenommenen Schutzgebietsausweisungen haben teilweise bis heute Bestand.

Für die Heilpflanzenbeschaffung wurden genaue Anleitungen herausgegeben, die das Sammeln im Einklang mit dem Reichsnaturschutzgesetz erlaubten.⁸⁰ Selbst mit den Merkblättern, zahlreichen Anleitungen, Schulungen, dem Sammelkalender und dergleichen mehr blieb das Heilpflanzensammeln eine überaus große und verantwortungsvolle Aufgabe. Die sogenannte Volksgesundheit und ein ganzer Wirtschaftszweig waren schließlich davon abhängig, dass die Sammelnden die richtigen – also Heilwirkung besitzenden – Pflanzen sammelten und diese nicht mit giftigen oder wirkstofflosen Pflanzen verwechselten.

Das Herbarium Haussknecht: in Nachbarschaft zum ›Thüringer Ärztehaus‹

Um Verwechslungen zu vermeiden, bedurfte es reichhaltigen Vergleichsmaterials und einer guten Fachkenntnis. In den Schulen gab es hierfür beispielsweise die von Schüler:innen angelegten Kräuterbücher.

Für Thüringen stand das in Weimar unweit der Bauhausstraße 11 situierte Herbarium Haussknecht⁸¹ der Allgemeinheit und Wissenschaftler:innen zur Verfügung. »Die Sammlungen und die Bibliothek des Herbariums Haußknecht werden von der Gauabteilung Thüringen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung in allen

schwierigen Fällen benutzt und erweisen sich immer wieder als nie versagende Ratgeber.«⁸² Im Herbarium gab es damals einen separaten Raum, in dem in Thüringen gesammelte Pflanzen, gepresst, getrocknet, auf Papierbögen aufgelegt und anschließend aufbewahrt wurden.⁸³ Seit 1939 diente das Herbarium gleichfalls als Landesstelle für die pflanzengeographische Kartierung sowie als Sitz der Pilzberatungsstelle.⁸⁴ Ganz wesentlich in diese Zeit fällt das Wirken einer Person: des Apothekers Kurt Branco (1904–1969), der sowohl die Geschäfte des Herbariums⁸⁵ als auch die des mit dem Herbarium assoziierten Thüringischen Botanischen Vereins⁸⁶ leitete. Außerdem hatte er den Posten als Gausachbearbeiter der RfH in Thüringen inne.⁸⁷ Darüber hinaus war er zwischen 1936 und 1939 Kreisnaturschutzbeauftragter des Landkreises Weimar sowie zwischen 1940 und 1945 der Landesbeauftragte für Naturschutz in Thüringen.⁸⁸ Ab 1935/36 wurde Branco außerdem als Mitarbeiter bei der Zeitschrift *Die deutsche Heilpflanze* geführt, ab 1938 fungierte er dort als Schriftleiter.⁸⁹ Er war zudem Mitherausgeber der Zeitschrift *Mitteilungen des Thüringischen Botanischen Vereins*. Branco war also ›Multiplayer‹ im NS-System, er hatte Einfluss auf Sammler:innen ebenso wie auf die Politik und nutzte seine Funktion auch, um sich für die Belange des Herbariums einzusetzen.⁹⁰

Die Pflanze ist bis hierher einen in jeder Zeitlinie gleichen Weg gegangen: von der Entnahme aus ihrem natürlichen Umfeld in die Hände der Sammelnden, die sie in ein Gebäude transportieren und sie entweder frisch zum eigenen Nutzen einsetzen oder in einen Moment des Stillstandes versetzen. Die Beweggründe aber sind ganz unterschiedlich. Sind die Pflanzen in einer Pflanzensammlung – einem Archiv der Natur – angekommen, unterliegen sie in Form von Herbarbelegen fortan dem Unveränderlichen und lassen sich nunmehr als *immutable mobiles* im Latour'schen Sinne identifizieren: Die Pflanzen wurden durch das Sammeln und Trocknen in ihrem Wachstum unterbrochen und durch das Aufkleben in ihrem Ist-Zustand konserviert. Durch die lose übereinander stapelbaren und umsorbierbaren Papierbögen bleiben die Belege gleichwohl mobil: sie können von Wissenschaftler:in zu Wissenschaftler:in und von Sammlung

⁷⁸ Reichsnaturschutzgesetz vom 26. Juni 1935, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=9990360/> [Stand: 20.02.2023].

⁷⁹ Wie zum Beispiel der Bau und Ausbau von Straßen, die Intensivierung der Waldnutzung, der Bau von Industrieanlagen etc. Auf einer 1940 erschienenen Karte mit den Naturschutzgebieten Thüringens lässt sich der Autobahnverlauf quer durch Landschaftsschutzgebiete ohne weiteres nachvollziehen, vgl. Kurt Branco: »Naturschutz in Thüringen«, in: Thüringen-Atlas, Karte 82 (1940).

⁸⁰ Ausführlich in Branco, Die rechtlichen Grundlagen der Heilpflanzensammlung, wie Anm. 76.

⁸¹ Das Herbarium geht auf eine private Gründung durch Carl Haussknecht zurück und befand sich in der Amalienstraße 27 (heute Karl-Haußknecht-Straße 7). Es wurde in den 1920er-Jahren an die Universität Jena angegliedert und zog 1950 in das Universitätshauptgebäude der Friedrich-Schiller-Universität Jena um. Mit seinen 3,5 Millionen Pflanzenbelegen zählt es neben den Herbarien in Berlin und München zu den größten in Deutschland.

⁸² Kurt Branco: »Apotheker Karl Haußknecht zum Gedächtnis«, in: Die deutsche Heilpflanze, Nr. 2 (November 1938), S. 17–18, hier: S. 18.

⁸³ Heute sind alle Pflanzenbelege in einer Generalsammlung vereint, bei zahlreichen Belegen einer Art durchaus auch geografisch geordnet.

⁸⁴ O. V.: »Frühjahrshauptversammlung des Thüringischen Botanischen Vereins in Bad Frankenhausen am 10. und 11. Juni 1939«, in: Mitteilungen des Thüringischen Botanischen Vereins, Neue Folge 46 (1940), S. 5. Sowie O. V.: »Herbarium Haußknecht, Jahresbericht 1939«, in: Mitteilungen des Thüringischen Botanischen Vereins, Neue Folge 46 (1940), S. 10. Mit der Versorgung der Bevölkerung mit heimischen Pilzen befasste sich die Reichsarbeitsgemeinschaft Ernährung aus dem Wald.

⁸⁵ Der damalige Kurator der Sammlung, Kurt Walther (1910–2003), befand sich von 1939 bis 1945 im Kriegsdienst.

⁸⁶ Heute: Thüringische Botanische Gesellschaft e. V.

⁸⁷ O. V.: »Mitteilungen. Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung e. V., München, Liste der Gausachbearbeiter der RfH«, in: Die deutsche Heilpflanze, Nr. 7 (1938), S. 108.

⁸⁸ Hermann Behrens: Naturschutzgeschichte Thüringens, Friedland 2015, S. 517.

⁸⁹ Die deutsche Heilpflanze, Nr. 7 (April 1939), S. 112. Hier wird »Apotheker Kurt Branco, Weimar, Windischenstraße 33« zum ersten Mal als »Hauptschriftleiter« aufgeführt, zuvor war Branco wissenschaftlicher Bearbeiter.

⁹⁰ In den Jahresberichten des Herbariums Haussknecht wird regelmäßig dem Thüringischen Ministerium für Volksbildung und der Thüringischen Landesstelle für Naturschutz für die finanzielle Unterstützung gedankt, vgl. Mitteilungen des Thüringischen Botanischen Vereins, Neue Folge 46 (1940), S. 8; Neue Folge 47 (1941), S. 114; Neue Folge 49 (1942), S. 204, sowie Friedrich Karl Meyer: »100 Jahre Thüringische Botanische Gesellschaft«, in: Haussknechtia 1 (1984), S. 3–16, hier: S. 12.



zu Sammlung gereicht werden. Eine Veränderung erfährt das Arrangement aus Pflanze und Papier dann, wenn durch den:die Bearbeiter:in ein Annotationszettel hinzukommt und dieser Zettel auf dem Papierbogen montiert wird.

Abb. 5: Von Kurt Branco bei Saalfeld am 18. Juni 1939 gesammelter Echter Ehrenpreis (*Veronica officinalis* L.), Herbarbeleg JE00028965, Herbarium Haussknecht, FSU Jena.

4. Vom Dickicht vermeintlicher Natürlichkeiten zum Meshwork der Inskriptionen

Die ausschnittshaften Dokumentation zeigt, in welchem Maße mikro- und makropolitische Maßnahmen verschränkt waren und dabei oft ungewöhnliche Prioritäten hervorbrachten (zum Beispiel in Gestalt der erwähnten Ausnahmeregelung für das Trocknen von Heilpflanzen auf Dachböden). Exemplarisch wurde versucht, Verbindungselemente zwischen diesen Sphären herauszustellen, die sich mit Latour als Operationsketten in unterschiedlicher Formatierung lesen lassen und bis ins öffentliche Leben der Gegenwart fortwirken, in die laufenden Aushandlungsprozesse zwischen den Sphären dessen, was der Natur zugerechnet wird und den Sphären, die als der Natur entzogen betrachtet werden. Die dabei zutage tretenden Operationsketten des Sammelns und Vermittelns leiten die Beobachter:innen der Gefüge aus Akten, Gebäuden, Publikationen und Biographien in dichte, fast undurchdringliche Verwicklungen von bürokratischen, medizinischen, publizistischen, handwerklichen, dilettantischen und professionellen, didaktischen, militärischen, juristischen, aber auch biologischen und ökologischen sowie zahlreichen anderen Handlungszusammenhängen. In Verfolgung der unterschiedlichen Kontexte haben sich in unserer Untersuchung Spuren teilweise überkreuzt, zum Teil waren es auch identische Spuren, aber doch nur in einer gewissen Hinsicht, weil die Ausdeutung der Spuren eben doch auch von der jeweiligen disziplinären Perspektive mitbestimmt wurde.

Um die verschiedenen Vernetzungsspuren und Operationsketten, in die das Sammeln für medizinische und andere Zwecke im Nationalsozialismus eingebunden ist, angemessen und integral zu reflektieren, ist es also möglicherweise nicht ausreichend, auf das Modell des Netzwerks allein zu bauen. Ein Weg, der hier nur anzudeuten ist, wäre es, einem Vorschlag zu folgen, den der schottische Anthropologe Tim Ingold im Anschluss an Henri Lefebvre gemacht hat.⁹¹ Er besteht darin, solch komplexe Zusammenhänge nicht mehr allein als Netzwerke heterogener Akteure, sondern vielmehr als Formationen eines *meshwork*, einer vermaschten Struktur in unterschiedlichen Dimensionen der relationalen Verbundenheit zu betrachten, die mit den Aktanten, die es hervorbringen, einen unauflöselichen Zusammenhang bilden.

Ein solches *meshwork*-Modell würde Anschlüsse in vielerlei Hinsicht erlauben. So hat sich Friedemann Schmoll mit der Kampagne gegen Reklame und Werbung beschäftigt,⁹² die in Diskursen des Natur- und Heimatschutzes zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus auftaucht. Verfechter einer solchen teils implizit, teils explizit antisemitisch grundierten Reklamekritik war zum Beispiel Paul Schultze-Naumburg.⁹³ Die oben analysierten mobilen Werbeblätter und -einlagen des *Ärztblattes*, die auf seltsame Weise Naturästhetik und Wissenschaftsgläubigkeit amalgamieren, fügen sich vor dem Hintergrund des Kampfs gegen die Werbung in wiederum andere Seinsmodi, woraus sich wiederum neue Vernetzungen ergeben. Sie entziehen sich der üblichen Topik von Werbeanzeigen – und bleiben doch in gewisser Weise privat und individuell adressierte Elemente. Im Unterschied zu den von Schultze-Naumburg bekämpften Werbeplakaten in der öffentlichen Landschaft, die wieder verschwinden und verloren gehen, dürften diese Elemente langlebiger gewesen sein beziehungsweise noch immer in bestimmten Refugien überdauern, nicht zuletzt vielleicht als Lesezeichen in medizinischen Büchern, die in den Bibliotheken von Ärzten der älteren Generation versammelt waren, die wiederum in entsprechenden Gebäuden untergebracht waren, von dort in Antiquariate gewandert sein mögen, wo sie erneut einen mehr oder weniger transitorischen Ort einnehmen. Solcherart wäre ein medienökologisches Szenario vom Leben der Dinge im Dickicht der Überlieferungsgefüge zu denken. Der eigene Standort, auch das ist zu bedenken, kann nicht außerhalb dieser Gefüge liegen. Das gilt architektonisch, wenn wir uns in den Gebäuden befinden, über die wir sprechen oder schreiben, aber es gilt auch in dem übertragenen Sinn einer theoretischen Positionierung. Auch das Programmblatt der Zeitschrift *Die Deutsche Heilpflanze* formuliert einen Gedanken, der einen ökologischen Gedanken in Begriffen von multiagentieller Interaktion formuliert, indem er von einem Zusammenwirken von Heimatboden, Bauernarbeit und angewandter Wissenschaft spricht, aus der die eponymische ›deutsche Heilpflanze‹ angeblich erwächst. Auch in solchen Zusammenhängen werden also die Mikroanalytiken der Sammlungsprozesse in ihrer je eigentümlichen Historizität zu spezifizieren sein, so wie zugleich die Verschränktheit der Mikroperspektive mit der Makroperspektive stets mit zu bedenken ist, wodurch jenseits der oberflächlichen Ähnlichkeiten die historischen Unterschiede hervortreten.

⁹¹ Tim Ingold: *Being alive. Essays on movement, knowledge and description*, London/New York 2011, S. 63–94, zur Lefebvre-Referenz: S. 84.

⁹² Friedemann Schmoll: »Die Verteidigung organischer Ordnungen: Naturschutz und Antisemitismus zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus«, in: Joachim Radkau, Frank Uekötter (Hrsg.): *Naturschutz und Nationalsozialismus*. Frankfurt/New York 2003, S. 169–182.

⁹³ Zur ›rassenideologischen Aufladung der Heimatschutzbewegung unter Paul Schultze-Naumburg siehe Karina Loos: »Die Inszenierung der Stadt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus in Weimar«, Dissertationsschrift (Bauhaus-Universität Weimar 2000), <https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.48/> [Stand: 08.09.2023], S. 21–27.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT

Zu Schuld und Täterschaft von Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen zur Zeit des Nationalsozialismus – Fallstudien aus der Region des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt

Die Medizinhistorikerin Susanne Hahn verweist in ihrem Beitrag *Zur Einordnung der Schwesternschaft in das nationalsozialistische System*¹ unter anderem darauf, dass Zahlen zur Mitgliedschaft der Schwestern in der NSDAP – im Gegensatz zu der der Ärzte – heute noch nicht einmal bekannt sind. Sie verhielten sich scheinbar unpolitisch und ihr Anteil an den Verbrechen des Nationalsozialismus sei bis heute noch nicht umfassend aufgearbeitet – zumindest bezüglich der regionalgeschichtlichen Forschungen in den neuen Bundesländern. Auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts befanden sich zahlreiche Einrichtungen zur Aus- und Weiterbildung medizinischen Personals wie beispielsweise die NS-Schwesternschule in Weißenfels, Hebammenschulen sowie die sogenannte Führerinnenschule in Freyburg. In den Chroniken der zum Teil weiter existierenden Ausbildungseinrichtungen finden sich manchmal weder Hinweise auf diese Aspekte ihrer Vergangenheit, noch konnten bisher die Akten dazu in den Archiven Sachsen-Anhalts gefunden werden.

Susanne Hahn schätzt in ihrem Beitrag ein, dass folgende Ziele der NS-Gesundheitspolitik nur mit Hilfe des Krankenpflegepersonals erreicht werden konnten: der Aufbau einer Gesundheitsführung des deutschen Volkes, die eine strenge medizinische Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung einschloss; die Durchsetzung eines erbbiologischen und

¹ Susanne Hahn: »Zur Einordnung der Schwesternschaft in das nationalsozialistische System. Wäre die Krankenpflege heute wieder gefährdet?«, in: Viola Schubert-Lehnhardt: Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus. Bd. 2, Gerbstedt 2006, S. 39ff.

rassenhygienischen Ausleseprogramms inklusive Zwangssterilisierungen; die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung jüdischer Kollegen und Mitbürger; die medizinische Vorbereitung und Absicherung eines Aggressionskrieges und die Vernichtung so genannten lebensunwerten Lebens im Rahmen der »Euthanasie«-Aktionen.²

Das Fazit der Autorin zur Frage »Wäre Krankenpflege heute wieder gefährdet?« unterstreicht die Notwendigkeit der intensiveren Beschäftigung mit diesen Teilen unserer Geschichte. Hahn schreibt im Ergebnis einer von ihr durchgeführten Umfrage:³

- 1., dass das politische Desinteresse der Krankenpflegeschülerinnen, vor allem der weiblichen Auszubildenden, noch immer hoch ist und die Bereitschaft zur Unterordnung innerhalb hierarchischer Strukturen nach wie vor besteht; der Ruf nach einer starken politischen Kraft ist unüberhörbar,
- 2., dass – genährt durch die Angst vor Arbeitslosigkeit – eine latente Ausländerfeindlichkeit vorhanden ist – wieder bei den Frauen höher als bei den Männern,
- 3., dass bei durchweg helfen wollender Berufsmotivation und trotz hoher Solidaritätsbekundungen mit alten, schwachen und behinderten Menschen, über ein Viertel der Schüler deren Tötung befürworten würde,
- 4., dass – und das ist nun positiv – der familiäre Hintergrund für viele einen ebenso wichtigen Wert darstellt wie friedliche Lösungen für politische Probleme.

Unübersehbar also: Etliche der Faktoren, die als prädestinierend für nationalsozialistisches Gedankengut und Mitläufertum angenommen werden müssen, sind auch jetzt zu bemerken. Fazit: Die Krankenpflege und speziell deren weibliche Angehörige müssen auch heute wieder als gefährdet betrachtet werden, wenngleich ihre viel bessere familiäre Einbettung projektiv wirken könnte.⁴

Um die Auseinandersetzung mit diesen sowohl historischen wie höchst aktuellen Fragen der Krankenpflege und Sozialfürsorge zu befördern, fand von 1997 bis 2008 kontinuierlich in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-»Euthanasie« in Bernburg eine Veranstaltungsreihe statt, auf der sich Wissenschaftler:innen unterschiedlicher Fachgebiete über mehrere Jahre mit Teilbereichen des Themas »Nationalsozialistische Gesundheitspolitik und aktuelle gesundheitspolitischen Entwicklungen heute« beschäftigt haben. Die dort vorgestellten Forschungsergebnisse waren zunächst meist auf bestimmte Orte wie Bernburg oder Hoym in Sachsen-Anhalt bezogen, oder nur überwiegend auf die Berufsgruppe der Ärzte.⁵ In jüngster Zeit stießen jedoch, unter anderem dank der erstarkten Frauenbewegung in den neuen Bundesländern

² Hahn, Zur Einordnung der Schwesternschaft in das nationalsozialistische System, wie Anm. 1, hier: S. 40.

³ Susanne Hahn, die zum Zeitpunkt der Umfrage Schulleiterin einer medizinischen Fachschule war, konnte nur ihre eigenen Schüler:innen befragen. Das Verfahren entspricht damit nicht den Anforderungen an eine repräsentative Stichprobe. Die Ergebnisse decken sich jedoch mit meinen eigenen Beobachtungen als Lehrkraft an verschiedenen medizinischen Fachschulen in Halle/Saale und sollen deshalb hier angeführt werden.

⁴ Hahn, Zur Einordnung der Schwesternschaft in das nationalsozialistische System, wie Anm. 1, hier: S. 47–48.

⁵ Hier gebrauche ich bewusst nur die männliche Form.

geschlechterspezifische Ansätze auf zunehmendes Interesse.⁶ Bei der Konzipierung des entsprechenden Forschungsprojektes wurde daher von einem doppelten Defizit in der Forschung ausgegangen – sowohl bezüglich des Geschlechteraspektes,⁷ als auch im Hinblick auf regionalgeschichtliche Studien.⁸

Offene Fragen bei der Aufdeckung und Bewertung des Anteils von Frauen an den Verbrechen des Nationalsozialismus zeigten sich selbst nach den intensiveren Forschungen der letzten Jahre, zunächst bei der Beurteilung von konkreter Verstrickung und Schuld der Angehörigen einzelner Berufsgruppen. Dabei sind die Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten des weiblichen medizinischen Personals – zum einen von Ärztinnen in verschiedenen Bereichen, zum anderen bei bisher vergleichsweise wenig betrachteten Berufsgruppen⁹ wie Gemeindeschwestern und Hebammen sowie von Mitarbeiterinnen verschiedenster Fürsorgeeinrichtungen und -ämter – eingehender zu untersuchen.

Es zeigte sich außerdem, dass die theoretische Bestimmung von Begriffen wie Täterin – Mittäterin – Mitläuferin weiterer Überlegungen bedarf. Seit der Nachkriegszeit bestehende methodische Unklarheiten bei der Beurteilung von Handlungen wirken hier bis heute fort.¹⁰ Es war Michaela Köttig,¹¹ die auf den Tagungen in Bernburg wiederholt auf die methodische Notwendigkeit der Klärung solcher Begriffe wie Täter:in, Mitläufer:in oder etwa Unterstützer:in sowie auf die Folgen der häufig nicht beachteten Unterscheidung hinwies. Der Paragraph 25 im deutschen Strafrecht bezeichnet als Täter eine Person, die die Tat selbst durchführt. Das heißt, es wird von einer eigenhändigen unmittelbaren Täterschaft ausgegangen. Als mittelbare Täterschaft wird bezeichnet, wenn jemand eine Tat durch andere begehen lässt. Weiterhin gibt es den Begriff der Mittäterschaft, der beinhaltet, dass eine Person eine Tat gemeinschaftlich mit anderen begeht.

6 Auch bei neueren umstrittenen bioethischen Entwicklungen gibt es eine Tendenz, Frauen überwiegend als ›Opfer dieser neuen Techniken‹ zu interpretieren. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass die Thematik »Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus« aufgrund des großen Interesses in Bernburg in zwei aufeinander folgenden Jahren in den Mittelpunkt gestellt wurde. Darüber hinaus wurde das Thema auf dem 5. Tag der Frauen- und Geschlechterforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg nochmals aufgegriffen. Siehe Viola Schubert-Lehnhardt, Sylvia Korch (Hrsg.): Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen im Nationalsozialismus. Gestaltungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten. Beiträge zum 5. Tag der Frauen und Geschlechterforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2006.

7 Im Gegensatz zum Ravensbrücker Prozess (Hamburg 1946/47) gegen die Hauptkriegsverbrecher, in dem von den 16 Angeklagten 7 Frauen waren, befand sich bei dem im gleichen Zeitraum stattfindenden Nürnberger Ärztoprozess unter den angeklagten Führern, Organisatoren, Anstiftern und Mittätern keine einzige Frau.

8 In der Folge änderte sich der Titel zu Frauen als (Mit-)Täterinnen im Nationalsozialismus – regionale Fallstudien aus dem Raum des heutigen Sachsen-Anhalt unter besonderer Berücksichtigung von Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialwesens.

9 Eine Ausnahme bilden die umfangreichen Untersuchungen von Hilde Steppe zu Krankenschwestern, siehe Hilde Steppe: Krankenpflege im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1993.

10 In den Protokollen zu Vernehmungen über Kriegsverbrechen kommt dieser Aspekt deutlich zum Ausdruck. Dies ist in der feministischen Literatur zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus schon wiederholt ausgewertet worden, so dass hier darauf verzichtet werden kann.

11 Michaela Köttig arbeitet seit Jahren an soziologischen Untersuchungen dazu, warum sich junge Frauen in der Gegenwart in der rechtsextremen Szene engagieren. Siehe z. B. Michaela Köttig: Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik, Gießen 2004.

Von den Tatbeteiligten, also Anstiftern und Gehilfen, unterscheidet sich der Täter nach der Rechtsprechung dadurch, dass er oder sie die Tat als *eigene* zu begehen beabsichtigt, während die anderen an einer *fremden* Tat mitwirken wollen.

Unter moralisch-wertenden Aspekten ist damit die Frage »Was genau heißt Täter:in?« keineswegs schon beantwortet. Sind es tatsächlich nur diejenigen, die selbst Gewalt anwenden? Was ist dann aber mit denjenigen, die aufgrund ihrer politischen Positionierung zu gewalttätigem Handeln aufrufen, es unterstützen und herbeiführen, oder es dulden, ohne selbst Hand anzulegen? Und was ist schließlich mit solchen, die ideologische Begründungen für gewalttätiges Handeln entwickeln?

Christa Schikorra hat sich auf einer im Rahmen des genannten Projektes organisierten Konferenz ausführlich mit Vordenkerinnen und Theoretikerinnen während des Nationalsozialismus befasst und am Beispiel der in der Jugendfürsorge tätigen Juristin Hilde Eisenhardt und der gleichfalls in der Fürsorge tätigen Lilly Zarncke den Einfluss von deren Verständnis von ›Asozialität‹ – so der damals abwertende Begriff – auf Theorie und Praxis des Nationalsozialismus nachgewiesen.¹² Beide konnten ihre Karrieren nach 1945 ungebrochen fortsetzen.

Ein diesbezügliches Hallenser Projekt war nicht nur auf regionalgeschichtliche Studien ausgerichtet, vielmehr konnte eine Präzisierung vorgenommen werden von vormaligen »Täterinnen im Nationalsozialismus« hin zu »Handlungsmöglichkeiten und Gestaltungsspielräumen von Frauen in verschiedenen Berufsgruppen«. Weiterhin wurden nicht nur die einzelnen Handlungen und Entscheidungen hinterfragt, sondern auch deren unterschiedliche Ursachen sowie die Motive der Frauen für die von ihnen getroffenen Entscheidungen. Ein wesentlicher methodischer Ausgangspunkt waren die Überlegungen von Christina Thürmer-Rohr. Sie geht davon aus, dass moralische Fragen nach der Unterscheidungsfähigkeit zwischen ›gut‹ und ›böse‹ sind, nicht aber nach der Effektivität des Handelns.¹³

Unter *moralischem* Aspekt geht es nicht um den *Erfolg* von Widerstand und Auflehnung, sondern um das Wagnis des eigenen Urteils, um die selbst verantwortete *Entscheidung* zu einer Handlung, die sich der Gewalt und Banalität des Bösen entzieht oder widersetzt.

Die beispiellose Mittäterschaft aller Schichten der Gesellschaft an den Verbrechen, der vollständige Zusammenbruch moralischer Maßstäbe, kann nicht mit dem Hinweis auf die Absicht, Schlimmeres verhindern zu wollen, entkräftet werden.¹⁴

Frauen waren als Ärztinnen, Krankenschwestern, Pflegerinnen, Hebammen, Fürsorgereinnen und Verwaltungsfachkräfte im nationalsozialistischen Gesundheits- und Fürsorgewesen stark vertreten. Sie agierten hier in einem Spannungsfeld zwischen Fürsorgepflicht, Schutz und Bewahrung menschlichen Lebens und der Bereitschaft zur Aufgabe jeglicher Mitmenschlichkeit. Dies betraf nicht nur die Krankenpflege im engeren Sinne, sondern ebenso ›prophylaktische‹

12 Christa Schikorra: »Karriere und Täterschaft im Nationalsozialismus. Vordenkerinnen im sozialpolitischen Diskurs über »Asozialität« in: Viola Schubert-Lehnhardt, Sylvia Korch (Hrsg.): Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen im Nationalsozialismus. Gestaltungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten. Beiträge zum 5. Tag der Frauen und Geschlechterforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2006, S. 37–60.

13 Christin Thürmer-Rohr: »Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen im NS-Deutschland«, in: Schubert-Lehnhardt: Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen im Nationalsozialismus, Band 2, Gerbstedt 2006, S. 23, sowie auch in Ruth Becker, Beate Kortendiek (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden 2004.

14 Vgl. Hannah Arendt: »Persönliche Verantwortung in der Diktatur«, in: Eike Geisel, Klaus Bittermann (Hrsg.): Hannah Arendt. Israel, Palästina und der Antisemitismus. Aufsätze, Berlin 1991, S. 24ff.

Maßnahmen zur Unterstützung eines schnellen Bevölkerungswachstums. Dabei ging es um ›rassenreine‹, ›erbgesunde‹ und ›leistungsstarke‹ Menschen, die in der Lage zu sein hatten, den konkurrenzlosen Fortbestand der propagierten nordisch-arischen ›Herrenrasse‹ zu sichern. Um diesen Prozess zu unterstützen, sollten als ›erblich belastet‹ gelesene Menschen von der Fortpflanzung ausgeschlossen werden. ›Rassenhygiene‹ und Eugenik erwiesen sich in diesem Zusammenhang nicht nur als ideengeschichtliche Bewegung,¹⁵ die mit der Schrift *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens* (Leipzig, 1920) von Karl Bindig und Alfred Hoche in Deutschland programmatisch formuliert worden waren, sondern vor allem als ein auf die Zukunft gerichtetes sozialpolitisches Vorhaben mit menschenverachtenden Konsequenzen.

Durch das *Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens* vom 3. Juli 1934 war das öffentliche Gesundheitswesen mit der damit verbundenen Einrichtung staatlicher Gesundheitsämter gleichgeschaltet worden. Zu den Gesundheitsämtern gehörten Abteilungen für Erb- und Rassenhygiene und/oder Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege. Sie hatten für die Durchführung aller den Gesundheitsämtern übertragenen gesetzlichen Maßnahmen zu sorgen, Aufgaben bezüglich der »Beratung der einzelnen Volksgenossen und ihrer Familien in allen Fragen der Erb- und Rassenpflege« zu erfüllen sowie die sogenannte Erbbestandsaufnahme vorzunehmen.

Im Folgenden kann nur auf die Tätigkeit von Angehörigen im Gesundheitswesen eingegangen werden, zu nennen und zu untersuchen wären jedoch auch die Beteiligung von Lehrerinnen, Sozialfürsorgerinnen oder BDM-Führerinnen an der Verbreitung und Umsetzung dieses Gedankengutes. Weiterhin soll an dieser Stelle deutlich betont werden, dass bestimmte Entwicklungen in Deutschland (und anderen Ländern) nicht erst 1933 begannen. Wie ein Plakat aus der Weimarer Republik zeigt, wurden bereits unter dieser Regierung eugenische Zielstellungen nicht nur offen diskutiert, sondern versucht in die Praxis einzuführen.



Abb. 1: Plakat zur Eheberatung, Quelle: LASA, C 48 II, Nr. 922 I, Bl. 50.

Am 18. Oktober 1935 wurde das *Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes* (das sogenannte Ehegesundheitsgesetz) beschlossen. Der Paragraph 1 dieses Gesetzes legte fest, unter welchen Bedingungen eine Ehe nicht geschlossen werden durfte. Verboten war sie unter anderem dann, »wenn einer der Verlobten an einer Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses leidet.«¹⁶ Alle heiratswilligen Paare hatten vor der Eheschließung ein vom zuständigen Gesundheitsamt ausgestelltes ›Ehetauglichkeitszeugnis‹ vorzuweisen, mit dem bescheinigt wurde, dass kein Ebehindernis im Sinne des Gesetzes vorlag.



Abb. 2: Ablehnung einer Eheschließung. Die Abbildung zeigt das Verbot einer Eheschließung auf Grund des sogenannten Erbgesundheitsgesetzes – hier in einem Fall durch eine Hilfsstellenleiterin aus Eisleben, Quelle: LASA, C 53 Eisleben, Nr. 167, Bl. 42.

Abb. 3: Eheschließung Naumburg. Diese Abbildung zeigt eine ›positive Beurteilung‹ aus Naumburg – interessant ist dabei die Begründung dieser Beurteilung, Quelle: LASA, C 53 Eisleben, Nr. 167, Bl. 35.

Dieses Gesetz war Teil eines ganzen Bündels von Gesetzen und ihren Folgen. Die gravierendsten Auswirkungen unter ihnen hatte das *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses*. Es wurde am 1. Januar 1934 in Kraft gesetzt und griff nicht nur wie das oben genannte Gesetz massiv in die Persönlichkeitsrechte hunderttausender Menschen ein, sondern endete für sehr viele von ihnen zumindest mit erheblichen gesundheitlichen Schäden, häufig aber

15 Auf Vorläufer der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik kann im Rahmen dieses Beitrages nicht eingegangen werden, dazu sei auf die inzwischen umfangreich dazu vorliegende Literatur verwiesen.

tödlich. Betroffen, das heißt, von der Wahrnehmung ihres Menschenrechtes auf Fortpflanzung ausgeschlossen, waren jene Frauen und Männer, die nach den damals gängigen, aber heute missverständlichen bzw. diskriminierenden medizinischen Begrifflichkeiten »an angeborenem Schwachsinn, Schizophrenie, zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein, erblicher Fallsucht, erblichem Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), erblicher Blindheit, erblicher Taubheit« sowie

»schwerer erblicher körperlicher Missbildung« litten. »Ferner kann unfruchtbar gemacht werden«, so die Formulierung im Gesetzestext, »wer an schwerem Alkoholismus leidet.«¹⁷ Zunächst sollte diesem Gesetz der Anschein einer ›Freiwilligkeit‹ gegeben werden, was bedeutete, dass die Betroffenen selbst die entsprechenden Anträge stellen sollten. Erst in den späteren Verordnungen zur Ausführung des Gesetzes wurden Amtsärzte und die für Insassen von Kranken-, Heil-, Pflege- und Strafanstalten zuständigen Anstaltsleiter als Antragsberechtigte genannt. In den ersten zwei Jahren nach Inkrafttreten des *Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* hatten die zur Sterilisation Verurteilten im Beschwerdeverfahren noch das Recht, die Hilfe von ärztlichen Gegengutachtern einzuholen. Ab 1936 war das nicht mehr möglich.

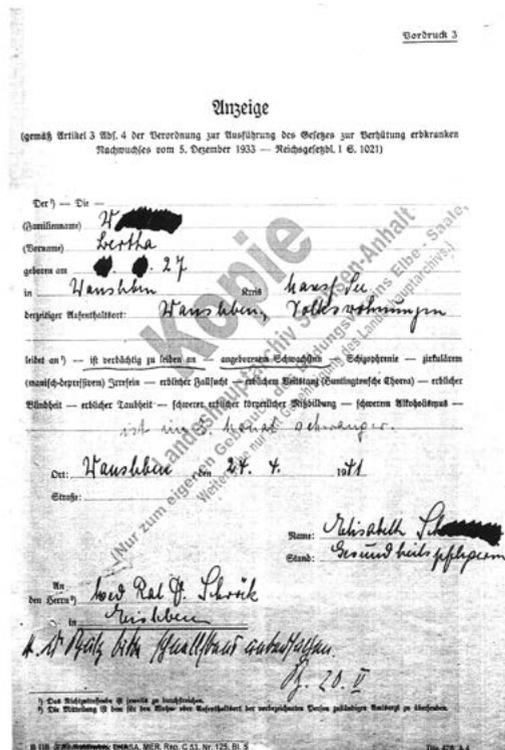


Abb. 4: Anzeigen im Rahmen des sogenannten Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933, ausgestellt durch weibliches Personal, Quelle: LASA, C 53 Eisleben, Nr. 125, Bl. 5.

Dazu konnte eine ganze Reihe von Anzeigen durch weibliches Personal ausfindig gemacht werden. Gefunden wurden Krankenakten über den Verlauf der Eingriffe, die zum Teil erhebliche Folgen für die betroffenen Frauen hatten, in einigen Fällen tödlich endeten – ohne dass eine Verurteilung oder gar Bestrafung der Täter erfolgt ist. Bis heute ist in Deutschland keine Wiedergutmachung gegenüber den Opfern erfolgt. Das Gesetz wurde durch den Bundestag bisher weder verurteilt noch aufgehoben, es ist lediglich außer Kraft gesetzt.

Generell kann für das untersuchte Territorium eingeschätzt werden, dass »die Organe der Stadtverwaltung von Halle, insbesondere das Gesundheitsamt und das Jugend- und Fürsorgeamt [...] sich von Anfang an sehr engagiert bei der Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiet der »Rassengesundheitspflege [zeigten.]« Bis zum 31.03.1934 waren bereits 595 Fälle bearbeitet.

171 Personen davon wurde ›angeborener Schwachsinn‹ im Sinne des *Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* zugeschrieben.¹⁸ Bis Ende März 1935 hatte sich der bearbeitete Personenkreis laut Verwaltungsbericht der Stadt Halle auf insgesamt 1049 erweitert. In 287 Fällen erfolgte die Meldung an den Kreisarzt.¹⁹

Für eine fast lückenlose Kenntnis des Gesundheitszustandes von Familien nutzte das Gesundheitsamt vor allem Kartotheken im Bereich Gesundheitsführung, den schulärztlichen Dienst an der Hilfsschule (damals wie heute trägt diese den Namen Pestalozzischule Halle), die Zusammenarbeit mit Provinzialanstalten, in denen beispielsweise Menschen, bei denen eine psychische Krankheit diagnostiziert worden war oder Blinde untergebracht waren sowie die Tätigkeit des Jugend- und Fürsorgeamtes als Amtsvormund. Leiter der Abteilung für ›Erb- und Rassenpflege‹ war selbstverständlich ein Mann – Stadtarzt Dr. Otto Schneider. Eine Mitarbeiterin dieser Abteilung fällt bei Durchsicht der Dokumente jedoch besonders auf – Stadtärztin Dr. Margarete von der Esch. Diese war seit 1. September 1929 als Stadtärztin, also Gemeindebeamtin auf Lebenszeit, in Halle tätig. Sie erlangte 1925 die Approbation als Ärztin und ein Jahr später die Doktorpromotion. Ihre politische Entwicklung wurde maßgeblich durch den Beitritt zur Deutschnationalen Volkspartei im Jahre 1920 geprägt. Seit 1934 gehörte sie der NS-Volkswohlfahrt an, Mitglied der NSDAP war sie nicht.²⁰

Dr. von der Esch zeigte sich sehr engagiert bei der Untersuchung und Meldung von ›Sterilisationskandidaten‹²¹ in Einrichtungen, für die das Gesundheitsamt zuständig war. Allein für den 6. Juni 1934 lässt sich zum Beispiel nachweisen, dass sie mindestens sechs geistig Behinderte aus dem Alten- und Pflegeheim angezeigt hat.²²

Seit 1. April 1937 Stadtverwaltungsmedizinalrätin, erfüllte die ehrgeizige Beamtin ihre Aufgaben in einem Kollegium, das in seiner Mehrheit aus überzeugten Nationalsozialisten bestand. Dazu zählte vor allem Dr. Walter Schnell, der ab 1936 Leiter des Gesundheitsamtes war und seine rassenpolitischen Ansichten in Vorlesungen zu Erbbiologie und Rassenhygiene an der Universität von Halle vermittelte. Die Einschätzung der zu dieser Zeit gleichfalls zu dieser Thematik an der Uni Halle lehrenden Paula Hertwig konnte bisher nicht eindeutig geklärt werden. Zweifel an der Wertung der Autorin Sybille Gerstengarbe bleiben also bestehen: *Tätig – aber keine Täterin. Die Genetikerin Paula Hertwig im ›Dritten Reich‹.*²³

¹⁸ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Halle über das erste Jahr nationalsozialistischer Selbstverwaltung. Rechnungsjahr 1933, Halle 1935, S. 133.

¹⁹ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Halle für das Rechnungsjahr 1934, Halle 1936, S. 135.

²⁰ Vgl. Personalakte Margarete von der Esch (VAH Mikrofilm Nr. 23, K 19 o. Bl.).

²¹ Dies war der gängige Begriff für Menschen, die zur Zwangssterilisation vorgesehen waren.

²² Vgl. Frank Hirschinger: »Zur Ausmerzung freigegeben«. Halle und die Landesheilanstalt Altscherbitz 1933–1945, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 62.

²³ Siehe dazu den Beitrag von Sybille Gerstengarbe in Viola Schubert-Lehnhardt, Sylvia Korch (Hrsg.): Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen im Nationalsozialismus. Gestaltungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten. Beiträge zum 5. Tag der Frauen und Geschlechterforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2006, S. 75–98.

Sich näher den Handlungsfeldern und Entscheidungen von Frauen in Gesundheitsämtern zuwendend,²⁴ können laut dem Stellenplan des Gesundheitsamtes für Dr. von der Esch im November 1939 folgende Aufgaben ausgemacht werden: Schulärztlicher Dienst in den weiblichen gewerblichen Berufsschulen und anderen Mädchenschulen, amtsärztliche Untersuchungen sowie Untersuchungen für Ehestandsdarlehen und Ehefähigkeit. Dem Bericht über ihre dienstlichen Leistungen ist zu entnehmen, dass sie das besonders umfangreiche Arbeitsgebiet mit großem Fleiß und erfolgreich bewältigt habe. Die politische Beurteilung durch die NSDAP bescheinigte ihr, dass über sie nichts Nachteiliges bekannt sei.²⁵

Wie Dr. von der Esch in Halle, erfüllten auch in anderen Gesundheitsämtern des Regierungsbezirks Merseburg Medizinerinnen Aufgaben bei der Umsetzung von Maßnahmen der ›Erb- und Rassenpflege‹.

Mit erbbiologischen Untersuchungen war beispielsweise die ab Oktober 1939 beim Gesundheitsamt Merseburg vollbeschäftigte Hilfsärztin im Angestelltenverhältnis Dr. Elisabeth Kirchhof betraut. Sie gehörte nicht nur seit 1937 der NSDAP an, sondern war ebenfalls Anwärterin des sogenannten Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes, der eine wichtige Rolle bei der ›rassenhygienischen‹ Propaganda spielte und 1938 bereits etwa 30.000 Mitglieder zählte.

Beim Staatlichen Gesundheitsamt des Stadt- und Landkreises Zeitz war ab 1. Juni 1939 Dr. Maria Ewen als vollbeschäftigte Hilfsärztin im Angestelltenverhältnis tätig. Davor hatte die Medizinerin im Städtischen Krankenhaus Danzig gearbeitet. Als Mitglied des NS-Ärztebundes und des BDM galt sie nach Auskunft der dortigen NSDAP-Kreisleitung als »politisch zuverlässig«. Am 5. Juni 1939 legte die Neueingestellte das Treuegelöbnis ab, in dem sie gelobte, »dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam« zu sein und ihre »Dienstobliegenheiten gewissenhaft und uneigennützig« zu erfüllen. Gleichzeitig verpflichtete sie sich, »über alle Vorgänge und Tatsachen«, die ihr dienstlich zur Kenntnis gelangten, »absolute Verschwiegenheit« zu wahren.

Ähnlich wie Dr. Ewen wurde auch Dr. Johanna Böhm – ab 11. April 1938 als vollbeschäftigte Hilfsärztin im Staatlichen Gesundheitsamt Weißenfels tätig und Mitglied im NS-Ärztebund – zu anstehenden ›erbpflegerischen‹ und ›rassenhygienischen‹ Aufgaben herangezogen.

Die niedergelassene Ärzteschaft – mit vergleichsweise geringem Anteil von Frauen – untersuchte und meldete ebenfalls ›Sterilisationskandidaten‹ an die Behörden.²⁶ Ihre Zurückhaltung dabei wuchs jedoch in dem Maße, in dem die Bevölkerung durch bekannt gewordene Fälle misstrauischer wurde – was den Praxisbetrieb gefährdete.

Ärztinnen an den staatlichen medizinischen Einrichtungen, insbesondere an den Universitätskliniken in Halle, kamen ihren Verpflichtungen bei der Anwendung des *Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* nach, wenn auch nicht in dem Umfang wie ihre männlichen Kollegen. Eingewiesene Patient:innen, die vor allem unter Verdacht standen, an einer im

24 In den folgenden Ausführungen stütze ich mich wesentlich auf Forschungsergebnisse meiner Kollegin Christel Gibas – zuerst veröffentlicht in Christel Gibas: »Zu einigen Aspekten der Beteiligung weiblichen medizinischen Personals an der Umsetzung der nationalsozialistischen ›Erb- und Rassenpflege‹ im Regierungsbezirk Merseburg«, in: Viola Schubert-Lehnhardt, Sylvia Korch (Hrsg.): Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen im Nationalsozialismus. Gestaltungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten. Beiträge zum 5. Tag der Frauen und Geschlechterforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2006, S. 61–74.

25 Vgl. Städtische Beamte 1939–1943 (SAH, Personalamt 001 – 2/4. Nr. 28 N Bd. 2, Bl. 25, 110).

26 Die Quellenrecherche zum vorliegenden Beitrag ist in diesem Bereich auf große Lücken gestoßen.

damaligen Sprachgebrauch als ›Geisteskrankheit‹ bezeichneten Erkrankung zu leiden, wurden von ihnen unter Beobachtung gestellt und einer Intelligenzprüfung unterzogen.²⁷

Vor allem in der Universitätsnervenklinik lassen sich Beispiele für das Engagement von Frauen nachweisen. So ist für mindestens drei Assistenzärztinnen der Klinik in der Julius-Kühn-Straße (Dr. Bendrat, Dr. Gielen und Böhm) belegbar, dass sie Anzeigen vorbereiteten und an das Gesundheitsamt weiterleiteten. Das medizinische Personal öffentlicher und privater Einrichtungen war bei der Durchsetzung des *Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* jedoch nicht nur in die Anzeigepraxis verstrickt, sondern führte die Sterilisationen und Kastrationen auch durch. Allein für die Universitäts-Frauenklinik Halle konnte auf der Grundlage von Krankenakten nachgewiesen werden, dass von 1934 bis 1945 mehr als 1.400 Mädchen und Frauen unfruchtbar gemacht wurden.²⁸ Dazu liegt in Halle neben der Einordnung dieser Verbrechen in das umfangreiche Buch des Historikers Frank Hirschingers²⁹ eine Dissertation der Medizinerin Jana Grimm³⁰ vor, die sich im Wesentlichen mit dem formalen Ablauf des Verfahrens und den dabei angewandten medizinischen Methoden beschäftigt.

Die Auseinandersetzung mit dem technischen Ablauf, seiner Angemessenheit bezogen auf damals übliche Standards und vorliegenden medizinischen Kenntnissen, die Einhaltung der damals üblichen Vorschriften zum Umgang mit Patientinnen und Patienten sind jedoch nur ein Teil der notwendigen Aufarbeitung. Meines Erachtens sind Fragen nach der Zulässigkeit bestimmter Eingriffe, der Achtung von Menschenwürde und Selbstbestimmung von Patientinnen und Patienten sowie der gesellschaftlichen Motivation und Zielstellung für bestimmte, hier medizinische Handlungen wesentlicher. Wie der medizin-technische Fortschritt zeigt, ist heute rein technologisch vieles möglich, um das Aussehen, die genetischen Anlagen sowie den Zeitpunkt der Entstehung und des Endes menschlichen Lebens zu beeinflussen. Gerade dadurch werden jedoch medizinethische Fragen immer dringlicher: Dürfen wir auch alles, was wir können? Antworten auf die berühmten vier Fragen des Philosophen Immanuel Kant »Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Was ist der Mensch?« setzen auch eine Auseinandersetzung mit diesem Kapitel deutscher Geschichte voraus.

27 Nicht nur, dass in diesem Test Fragen gestellt wurden, die für Menschen der damaligen Zeit aus dem ländlichen Raum kaum zu beantworten waren, wie z. B. »Nennen Sie Südfrüchte!«, gab es weiterhin weder Vorgaben zur Anzahl der Nennungen für eine volle Punktzahl, noch einen vorgegebenen zeitlichen Rahmen für den Test. In der Konsequenz konnte die Einschätzung über das Testergebnis willkürlich erfolgen.

28 Vgl. Jana Grimm: »Zwangssterilisationen von Mädchen und Frauen während des Nationalsozialismus – eine Analyse der Krankenakten der Universitäts-Frauenklinik Halle von 1934 bis 1945«, Dissertationsschrift (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2004), S. 131.

29 Hirschinger, »Zur Ausmerzungen freigegeben«, wie Anm. 22.

30 Grimm, Zwangssterilisationen von Mädchen und Frauen während des Nationalsozialismus, wie Anm. 28.

Yael Bachrach Barzilai

Prisoner Euthanasia in Buchenwald

A few years ago, I began researching my family's collection of letters, documents, albums, and diaries. While studying the life of my predecessors, a more refined understanding of certain historical events started to emerge. This was at times difficult for me to comprehend. In exception to pure academic research, I have permitted myself the inclusion of a personal point of view in this article. In it, I reconstruct the last period of my great-uncle Friedrich Bachrach's life as a Buchenwald prisoner and victim of prisoner euthanasia (so-called Aktion 14f13¹). In attempting to discover what prisoners like Friedrich Bachrach faced in Buchenwald during that specific period, I have emphasized the direct involvement of medical practitioners in the creation of this reality. The transcripts of post-war trials are an important source for this research,² though they must be analyzed carefully, as witnesses do not always remember events accurately or describe reality in a truthful manner.

Nazi Physicians: From Eugenics to Euthanasia

Eugenics as a set of beliefs spread throughout Europe and the United States in the late nineteenth century and gained increasing popularity after World War I. However, only in Nazi Germany did it become the basis for large-scale government programs and deteriorate into mass murder. Government officials, relying on medical theories, claimed to be cleansing Germany of the hereditarily defective and racially unfit. Since Nazi physicians viewed the state as their ›patient‹, sterilization, and later extermination, were considered ›treatments‹ required to maintain the state's health.

¹ 14f13 was the code – based on a file number – for the mass killings of concentration camp prisoners. For further reading on NS-euthanasia in general and in particular on the so-called 14f13, see, for example Walter Grode: Die ›Sonderbehandlung‹ 14f13 in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Ein Beitrag zur Dynamik faschistischer Vernichtungspolitik, Frankfurt a. M. 1987; Ernst Klee: ›Euthanasie‹ im Dritten Reich. Die Vernichtung lebensunwerten Lebens, Frankfurt a. M. 2010; for reading on Aktion T4 in particular, see Götz Aly (Ed.): Aktion T4 1939–1945. Die ›Euthanasie‹-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin 1989.

² Harvard Law School Library: ›Nuremberg Trials Project‹, <https://nuremberg.law.harvard.edu/> [accessed August 31, 2023].

The Law for the Prevention of Genetically Diseased Offspring was enacted in January 1934. It mandated the forced sterilization of individuals with physical and mental disabilities that were determined to be hereditary. Over 400.000 people were sterilized under this law.

In October 1939 Hitler issued a decree backdated to September 1 (the day the war began) to authorize his physician Karl Brandt and his private chancellery Reichsleiter Philipp Bouhler to perform the euthanasia – ›mercy killing‹ – of children, and later adults, deemed ›unworthy of life‹. In so doing, he commissioned doctors to murder those who were judged incurably sick and thus ›useless eaters‹.

The code name for the euthanasia program, ›Aktion T4‹, was derived from the street address of the program's coordinating office in Tiergartenstraße 4, Berlin. The functionaries responsible for carrying out the program created a medicalized structure for each step of the process. Medical practitioners were required to report patients with certain conditions. A panel of ›medical experts‹ traveled between institutes to judge which patients needed ›special treatment‹ (i. e., death).

The program established six ›euthanasia centers‹ – Brandenburg, Bernburg, Hartheim, Grafeneck, Pirna-Sonnenstein, and Hadamar³ – where the National Socialists developed the process of industrial killing by gas, later used in the so-called Operation Reinhard.⁴

Despite elaborate measures to conceal the campaign from the public, ›Aktion T4‹ became an open secret. After widespread public opposition, Hitler officially ordered its termination in August 1941. However, the killing did not stop; a decentralized ›euthanasia‹ campaign continued through maltreatment or forced medication overdose.

In the spring of 1941, Heinrich Himmler reached an agreement with ›T4‹ leaders to place their techniques and services at the disposal of concentration camps. The aim was to murder the physically and mentally ill inmates unable to work, alongside other undesirable prisoners. Three of the killing centers became available for prisoner ›euthanasia‹.

Prisoner ›euthanasia‹ was controlled by the Concentration Camps Inspectorate (CCI), which directed the campaign of murder and monitored its implementation. The code name, ›Special Treatment 14f13‹ (or ›Aktion 14f13‹), derived from the CCI filing system, in which ›14f

³ For further reading on the so-called euthanasia-centers, see Annette Hinz-Wessels, Astrid Ley (Ed.): Die Euthanasie-Anstalt Brandenburg an der Havel. Morde an Kranken und Behinderten im Nationalsozialismus, Berlin 2012; Regierungsbezirk Dessau (Ed.): ›... wird heute in einer andere Anstalt verlegt‹ – Nationalsozialistische Zwangssterilisation und ›Euthanasie‹ in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg. Eine Dokumentation von Ute Hoffmann und Dietmar Schulze, Dessau 1997; Oberösterreichisches Landesarchiv, Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim (Ed.): Tötungsanstalt Hartheim, Linz, 2008; Thomas Stöckle, Grafeneck 1940. ›Euthanasie‹-Verbrechen in Südwestdeutschland, Tübingen 2020; Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer Politischer Gewaltherrschaft (Ed.): Pirna-Sonnenstein. Von einer Heilanstalt zu einem Ort nationalsozialistischer Tötungsverbrechen. Begleitband zur ständigen Ausstellung der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, Dresden/Pirna 2001; Landeswohlfahrtsverband Hessen (Ed.): Euthanasie in Hadamar. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in hessischen Anstalten, Kassel 1991. For further information about Nazi-crimes in Hadamar, see Uta George (Ed.): Transferred to Hadamar: An English catalogue about the Nazi-›Euthanasia‹-crimes in Hadamar, Kassel 2005.

⁴ ›Aktion Reinhard‹ was the code name for the plan to systematically murder Jews in the General Government.

indicated ›death in a concentration camp‹ and the last two digits described the cause of death, in this case gassing.⁵

In coordination with the CCI, T4 ›experts‹ – doctors who had gained experience while traveling between hospitals and selecting psychiatric patients – now conducted ›selection-tours‹ between concentration camps and examined pre-selected cases. Upon approval of their selection, prisoners were sent to ›T4‹ killing centers. This was the first case of systematic mass murder within the concentration camp system.

Friedrich Bachrach

Friedrich Bachrach was born on October 25, 1888 in Bodenwerder, south of Hanover. He had a talent both for languages and the natural sciences, played the violin, wrote prose and poetry, and had a great sense of humor. He married Adele Pels. After their wedding they moved to Darmstadt where they had a son and opened a tailoring school. However, their business failed, and afterwards Friedrich worked as a bank clerk. He also had a printing and translation business before moving to Darmstadt, which failed as well.

Friedrich was arrested after the November Pogrom in 1938. He was sent to Buchenwald, released a few weeks later, and probably ordered to leave Germany immediately. Unfortunately, he was unsuccessful. In 1941, he was re-arrested and spent three months in Dachau and was then transferred to Buchenwald in July for ›protective custody‹.⁶

The Cleansing of Unwanted Prisoners in Buchenwald Begins

During the Doctors' Trial in Nuremberg, Ferdinand Roemhild, an inmate and medical clerk at the Buchenwald camp, testified concerning the euthanasia program at Buchenwald:

[I]n the year of 1941, there was a large scale action. We had received a so-called invalid transport from Dachau, and the camp was full of these people. Then, in about July 1941, an action started which was conducted mostly by Dr Eisen.⁷ Those inmates, who it was concluded, were afflicted

⁵ ›14f3‹ stood for ›shot while trying to escape‹; 14h7 for ›sterilization of prisoners‹, etc. A survey of Nazi-code names in general and for Nazi-›Euthanasia‹ in particular is offered by Werner Röder (Ed.): *Ämter, Abkürzungen, Aktionen des NS-Staates. Handbuch für die Benutzung von Quellen der nationalsozialistischen Zeit. Amtsbezeichnungen, Ränge und Verwaltungsgliederungen, Abkürzungen und nichtmilitärische Tarnbezeichnungen*, Berlin/Boston 1997.

⁶ The steps of Friedrich Bachrach's persecution can also be seen in a document belonging to the so-called Arbeitskommando of the SS. Hence it is a testimonial of the administration which bore at last the system of forced labor at concentration camps. Akte von BACHRACH, FRIEDRICH, geboren am 25.10.1888, 1.1.5.3/ 5459340/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives, <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/5459340> [accessed September 13, 2023].

⁷ It is likely that the witness refers to Dr. Hans Eisele, who was a camp doctor. For more information about medical crimes at the Buchenwald concentration camp in general and also the crimes perpetrated by Eisele in particular, see Eberhard Wein: *Medizin und Verbrechen. Neuere Untersuchungen zu medizinischen Versuchen am Menschen und deren ethischer Bewertungen am Beispiel des Konzentrationslagers Buchenwald*, Heidelberg 1996.

with tuberculosis, were accepted for treatment in the hospital whenever they reported for treatment, and then killed by injections of Evipan.⁸

In this testimony, Roemhild refers to the arrival of two transports from Dachau to Buchenwald in July 1941. My great-uncle, Friedrich Bachrach, was in one of them.

Murder by injection of phenol, Evipan, or air had been practiced earlier in the inmate hospital. However, in July 1941, with the arrival of the transports from Dachau, those killings took on a systematic character. Inmates coming for treatment were put to death by injection. Roemhild estimated the number of inmates killed in this manner to be in the hundreds and testified that many of them were curable.⁹

In the previous month, June, the first delegation of T4 experts came to Buchenwald to select prisoners for the so-called Aktion 14f13. They selected 187 inmates out of some 800 or 900 men presented to them. In mid-July they sent the selected inmates, about half of them Jewish, to the Pirna-Sonnenstein killing center where they murdered the inmates. Harry Stein, in his book *Juden in Buchenwald*,¹⁰ views those two operations as part of the same new campaign initiated by Himmler: the systematic murder of unproductive prisoners.

The condition of Friedrich Bachrach's health at the time is unknown. He was 53 years old and had been living under harsh conditions for an extended period. He arrived at the camp just after the ›14f13‹ selection and was assigned to Labor Commando No. 44 as a bricklayer in the SS quarters, and later to the construction of the camp road. He was either capable of hard physical labor or knew better than to ask for medical help.

He did not last long. In November 1941, during a second ›14f13‹ selection, he was designated as being incapable of work.

Dr. Waldemar Hoven and the so-called Aktion 14f13 in Buchenwald

Dr. Waldemar Hoven served as a camp doctor and oversaw the prisoner hospital.¹¹ After the war, the investigation and indictment against him regarding ›Aktion 14f13‹ focused on the transport of prisoners to Bernburg, enabling him to conveniently ignore his part in the earlier transport of prisoners to Sonnenstein in his testimony. He claimed to have been first aware of ›Aktion 14f13‹ in Buchenwald when he was invited to a meeting at the camp commander's office:

At that time the Camp Commander, Koch, called all the important SS officials of the camp together and informed them that he had received secret order from Himmler to the effect that all mentally and physically deficient inmates of the camp should be killed. The camp commander stated that Higher

⁸ Nuremberg Trials Project: ›Extract from Testimony of Ferdinand Roemhild from U. S. v. Karl Brandt et al., Case No. 1, Military Tribunal 1‹, January 14, 1947, <https://nuremberg.law.harvard.edu/documents/4194-extract-from-testimony-at-nmt?q=testimony+of+Ferdinand+Roemhild#p.3> [accessed August 16, 2023]. The statement is located on p. 129 (handwritten).

⁹ Nuremberg Trials Project, see footnote 8.

¹⁰ Harry Stein: *Juden in Buchenwald 1937–1942*, Weimar 1992.

¹¹ Waldemar Hoven's trial is mentioned in Angelika Ebbinghaus, Klaus Dörner (Ed.): *Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozess und seine Folgen*, Berlin 2001.

Authorities from Berlin ordered that all Jewish inmates of the Buchenwald Concentration Camp should be included in this extermination program.¹²

During the trials, Hoven admitted to limited responsibility. He overlooked his involvement in the Pirna-Sonnenstein transport, denied involvement in the racial selection process and bureaucratic arrangements, and denied prior knowledge of this particular transport's destination. He admitted only to creating deceptive paperwork after the fact, i. e., to providing falsified death circumstances of the victims upon being ordered to do so.

On the other hand, he claimed credit for saving hundreds of prisoners by warning and hiding them. He further claimed that after discovering the fate of the first transport, he acted to cancel all other transports. However, it does not make sense that Hoven was invited to a secret meeting regarding an operation in which he played no central role. In reality, Hoven was indeed involved in preparing the Pirna-Sonnenstein transport and was responsible for the fictitious and hypocritical death notifications to families of ›Arian‹ victims of this transport.

After the meeting mentioned above and the Pirna-Sonnenstein transport, he knew all there was to know.

Roemhild testified: »[...] several hours later, their personal belongings were returned to the camp. Among the belongings were gold teeth and false limbs. This indicated to us that the people were killed and that it could not have been far from the camp.«¹³

Hoven's claims to ignorance do not hold water. Moreover, the transports he claims to have prevented did leave for Bernburg.

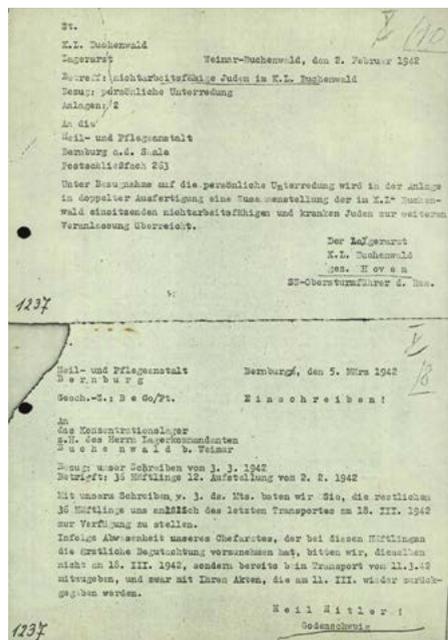


Fig. 1: Extract from a letter from Dr. Hoven to Sanatorium Bernburg attached to a list of inmates unable to work, dated February 2, 1942. Source: Berichte ehemaliger Häftlinge über Tätigkeiten im medizinischen Bereich und in verschiedenen Kommandos im Konzentrationslager Buchenwald; Schriftverkehr zum Einsatz von Häftlingen, 1.1.5.0/ 82087363/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

Nevertheless, Hoven was involved in removing the names of political prisoners from the Bernburg transport list and thus saving them.

We political internees considered it our special duty to try everything in our power to save our comrades. We made use of Dr. Hoven as our camp physician. He brought us the list of the death candidates which showed us the intentions of the SS. Furthermore, Dr. Hoven told us that these political internees had been entered on the list at the instigation of Kuschnir-Kuschnarew. We persuaded Hoven to contact the SS station physician Dr. Blancke. After a great deal of trouble Dr. Blancke crossed the names of all political internees off the death candidates list, following a lengthy discussion with Hoven.¹⁴

This testimony hints that SS personnel availed themselves of the opportunity to get rid of unwanted inmates. Hoven was very much under the influence of political inmate leaders, actively protected them from the SS, and even injected phenol to rival inmates at their request.¹⁵ Hoven went on to testify that he »did not discuss the Action 14-F-13 [...] because I was aware of Camp Commander Koch's warning that anybody who discussed this matter would be shot within 24 hours.«¹⁶ Secrecy was probably intended to ensure the cooperation of the inmates. It is somewhat comforting to think that even though this information was known in limited circles, it did not reach the prisoners listed for transport, and they were probably not aware of their fate while the transport was being finalized.

Dr. Mennecke, Dr. Hoven, and the Selection Process

In late 1941, a delegation of ›T4‹ consultants (Curt Schmalenbach,¹⁷ Robert Müller,¹⁸ and Friedrich Mennecke¹⁹) were on a ›selection tour‹ between concentration camps. Their expertise in the selection process was placed at the service of the so-called Aktion 14f13.

- ¹² Nuremberg Trials Project: »Affidavit concerning the euthanasia, typhus, and phenol programs at Buchenwald, extract from the testimony of Waldemar Hoven«, October 24, 1946, <https://nuremberg.law.harvard.edu/documents/154-affidavit-concerning-the-euthanasia?q=defendant:%22Waldemar+Hoven%22#p.4> [accessed August 16, 2023]. The statement is located on p. 4 (typewritten). For a similar testimony from Hoven in June 1947, see Nuremberg Trials Project: »Transcript for NMT 1: Medical Case«, [https://nuremberg.law.harvard.edu/transcripts/1-transcript-for-nmt-1-medical-case?seq=9983&q=%22commission+of+doctors%22+/,](https://nuremberg.law.harvard.edu/transcripts/1-transcript-for-nmt-1-medical-case?seq=9983&q=%22commission+of+doctors%22+/) p. 9834.
- ¹³ Nuremberg Trials Project: »Affidavit concerning experiments and the killing of inmates at Buchenwald [spotted fever, euthanasia], extract from the testimony of Ferdinand Roemhild«, October 14, 1946, <https://nuremberg.law.harvard.edu/documents/612-affidavit-concerning-experiments-and-the-killing?q=defendant:%22Waldemar+Hoven%22#p.3/> [accessed August 17, 2023]. The statement is located on p. 181 (handwritten).

- ¹⁴ Nuremberg Trials Project: »Affidavit concerning Hoven's work at Buchenwald, extract from the testimony of Rudolf Gottschalk«, May 4, 1947, <https://nuremberg.law.harvard.edu/documents/672-affidavit-concerning-hovens-work?q=author:%22Rudolf+Gottschalk%22#p.3> [accessed August 17, 2023]. The statement is located on p. 7 (typewritten).
- ¹⁵ Hoven admitted to and justified such killings. One of the victims was Kuschnir Kuschnarew, mentioned above, a White Russian prisoner who collaborated with the SS and terrorized other prisoners. He died in the prisoner hospital after requesting treatment for a severe headache.
- ¹⁶ Nuremberg Trials Project: »Interrogation of Waldemar Hoven concerning medical programs at Buchenwald«, October 23, 1946, <https://nuremberg.law.harvard.edu/documents/222-interrogation-of-waldemar-hoven?q=defendant:%22Waldemar+Hoven%22#p.10> [accessed August 17, 2023]. The statement is located on pp. 114–115 (handwritten).
- ¹⁷ Curt Schmalenbach (February 24, 1910–June 15, 1944) was a physician involved in the selection of patients as deputy director of the NS Death Camp Sonnenstein in Pirna and as director of the NS Death Camp Hadamar. See also Ernst Klee: Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Hamburg 2021.
- ¹⁸ Robert Müller (January 14, 1886–June 2, 1945, suicide) was a psychiatrist who was highly involved in the crimes of NS-Euthanasia – like Schmalenbach and Mennecke, especially in the selection of the victims. See also Klee, Personenlexikon zum Dritten Reich, as footnote 17.
- ¹⁹ Friedrich Wilhelm Heinrich Mennecke (October 6, 1904–January 1, 1947) was a physician who was involved in the Nazi infanticides of ›Aktion T4‹ and child ›euthanasia‹ as well as the selection of concentration camp prisoners in ›Aktion 14f13‹.

operation. On November 25, they checked into the *Elephant Hotel* in Weimar. They had dinner at the hotel restaurant and then continued to Room 235 on the third floor.

Mennecke included extensive details of their stay at the hotel and their dinner there in a letter to his wife. His tendency for excessive description extended to his activities in the concentration camps. These letters, in contrast to the trial transcripts, were written concurrently to the events they refer to. Mennecke describes in detail his daily routine and brags about his efficiency. What cannot be found in his many letters (2500 pages were found) is any sense of guilt or ethical doubt about selecting patients or inmates for death.

Describing his work in Buchenwald to his wife, Mennecke defines the inmates he selects as »pat« (patient) and »portions.« He writes: »Afterwards came the examination of the pat, that is, appearance of the individual and comparison with the entries in the files.«²⁰ The Buchenwald staff were asked to fill in questionnaires ahead of the »T4« commission's arrival. Mennecke explains his part in completing those forms while »examining« the »pat« (he uses quotation marks). However, the Jewish inmates did not deserve even a mock examination: »A second portion, a total of 1200 Jews, followed, none of whom are even examined. It is enough to take the reason for arrest (often very comprehensive!) from the file and enter it on the form. Thus, it is purely theoretical work [...].«²¹

For this reason, Dr. Friedrich Mennecke never examined Friedrich Bachrach. He relied on a form that was pre-filled in Buchenwald to determine his decision. Friedrich Bachrach's form is marked with »X. Death.« (The fact that they were born in small towns just 15 miles apart apparently did not inspire any sense of camaraderie.)

After the war, an envelope found in Mennecke's possession with the label: »Criminal photos, concentration Camp Buchenwald, November 25 to December 5, 1941.«²² The envelope contained photos inscribed on the reverse side by Mennecke with his impression of the prisoner (for example: »Violent, German Hater, agitator« or, »Race defilement«). Such imputations provide a hint of Mennecke's selection style. Since Friedrich Bachrach's photograph was not found, Mennecke's impression of him can only be imagined.

Although Dr. Hoven was one of the first people Mennecke met when he arrived in Buchenwald, Dr. Hoven denied any involvement in the so-called Aktion 14f13 racial selection process. In his defense he claimed that *all* the Jews were presented to the commission, as Himmler had ordered, and therefore there was no pre-selection in Buchenwald. In Mennecke's letter, the »portion« of 1200 »examined« Jews is indeed the approximate number of Jewish inmates in Buchenwald at that time. However, the choice was made based on forms presented to Mennecke and his colleagues.

In mid-January some arrangements were done by the order of CCI to deport to Lublin all Buchenwald Jewish prisoners considered fit to work. On December 10 to 11, the camp doctors performed additional selections. This deportation did not materialize.²³

In March 1942, the criterion »fit for work« was no longer the main focus; rather, racist criteria were added to »Aktion 14f13«. At the time when Jews were going through selections in Buchenwald, the so-called Final Solution had already been discussed and decided upon by the Nazi regime, the Wannsee conference having taken place on January 20, 1942. The Nazis were forming new policies, changing their instructions, reshuffling resources accordingly, and constructing huge concentration camps in occupied Poland. This turning point is reflected in the execution of »Aktion 14f13«, the Lublin transport, and the new policy toward Jewish inmates in Buchenwald.

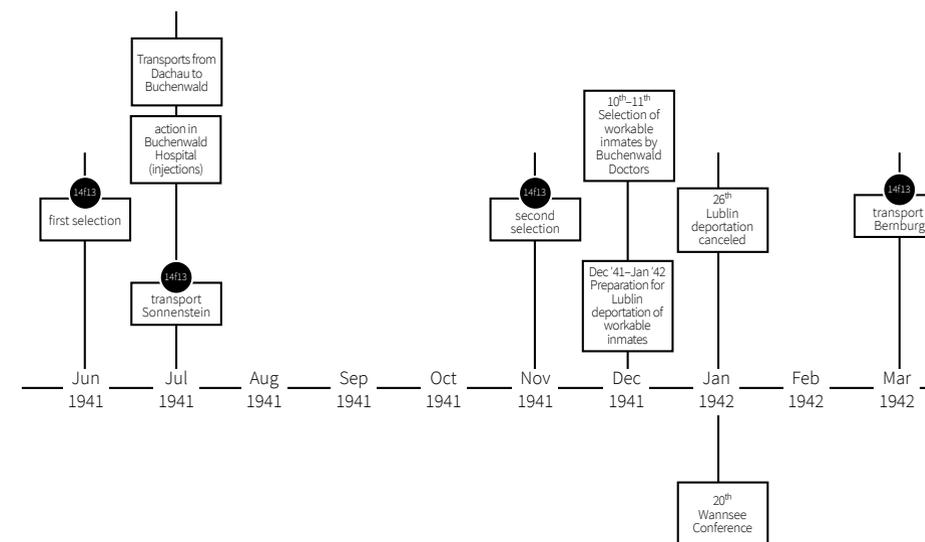


Fig. 2: Timeline of the so-called Aktion 14f13 in Buchenwald, 1941-42. Created by Yael Bachrach Barzilay and Rivka Kofler.

After March, there were no significant additional »14f13« transports from Buchenwald to a killing center. Many of the prisoners who were spared the transport to Lublin were later sent to Auschwitz at the end of 1942.

²⁰ From the English translation in Götz Aly, Peter Chroust, Christian Pross (Ed.): *Cleansing the Fatherland. Nazi Medicine and Racial Hygiene*, Baltimore/London 1994, p. 251.

²¹ *Ibid.*, p. 254.

²² Nuremberg Trials Project: »Affidavit, list of 63 Buchenwald inmates, and photographs of 6 inmates«, February 28, 1947, <https://nuremberg.law.harvard.edu/documents/2359-affidavit-list-of-63?q=mennecke#p.2> [accessed August 17, 2023], translation by the author.

²³ Transportlisten, Geistliche, Prominente Häftlinge, Niederländer, Untersuchungslisten, Verstorbene, 1.1.5/ 2253000/ ITS Digital Archive, Arolsen Archive, https://collections.arolsen-archives.org/en/archive/1-1-5-1_2253000 [accessed September 13, 2023].

Arrival at the Killing Center

The ›T4‹ commission visit to Buchenwald took place in November 1941. It was not until March 1942 that the selected prisoners were sent to their destination.

The alphabetically ordered transport list of 384 prisoners was divided into four transports scheduled for March 2, 11, 12, and 14 to match the capacity of the busy killing center. The first transport of ninety prisoners, whose last names began with A–F, arrived from Buchenwald to the Bernburg Psychiatric Hospital on March 2. Friedrich Bachrach, prisoner number 7511, was on that first transport. He might have thought he was going to get some rest and treatment in this beautiful hospital building.

The killing center in the Bernburg (Saale) Psychiatric Hospital was opened in 1940, after a similar center in Brandenburg, near Berlin, was closed down. The Brandenburg staff moved to the Bernburg Institute where the cellar was converted into a killing facility. A large room serving as the gas chamber was disguised as a shower, its walls and floor tiled in black and white. Another room was converted into a crematorium with two ovens. A third room served for dissections. Its purpose was to remove brains from some corpses for use in scientific research. The killing center was directed by Dr. Irmfried Eberl²⁴ and his deputy, Dr. Heinrich Bunke.²⁵

The prisoners arrived in grey buses belonging to the ›Charitable Ambulance Service‹, one of the fake organizations set up to camouflage the ›euthanasia‹ program. They were led to the ground floor of the building where they were ordered to undress. At this stage in earlier transports of the so-called T4 mental patients, the victims were asked to hand over their personal belongings, after which they were subjected to a brief appraisal by a physician who would invent a fictitious cause of death to be recorded in the death certificates.

The prisoners from Buchenwald had no belongings and appraisal was unnecessary – the administrative process and paperwork would be done later in Buchenwald. The nursing staff led the ninety Jewish men to the gas chamber in the basement, to the ›shower‹, and closed the door behind them. Carbon monoxide gas was injected into the room for three to five minutes until a lethal concentration had been reached.²⁶ Soon the prisoners locked in the gas chamber began screaming and beating on the doors out of mortal fear. Their deaths occurred only after about twenty minutes.

Gold teeth were extracted. Witnesses have testified that teeth and clothes were sent back to Buchenwald, and that the gold was ›sent to Berlin‹, probably as a means of financing the operation.

Before the gassing, Dr. Bunke might have marked a few of the victims with a red cross on their back so that the cremators, who had to clear the gas chamber and cremate the corpses, could sort them out and take them to the dissecting room. If so, the brains of the marked corpses were dissected and made available to research institutes.

²⁴ See, for example Michael Grabher: Irmfried Eberl. ›Euthanasie‹-Arzt und Kommandant von Treblinka, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/Brussels/New York/Oxford/Vienna 2006.

²⁵ For the criminal proceedings and Bunke's career afterwards, see Christof Beyer: In Gegenwart der Vergangenheit. Die Reintegration von Täterinnen und Tätern der NS-›Euthanasie‹ in Niedersachsen nach 1945, Köln 2020, especially p. 80 and following.

²⁶ For further information on Nazi-crimes of mass murder by means of lethal gas compare Astrid Ley: ›Die ›Aktion 14f13‹ in den Konzentrationslagern‹, in: Günter Morsch, Bartrand Perz, Astrid Ley (Ed.): Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung, Berlin 2011, pp. 231–243.

At the Nuremberg trials, prosecutors raised the question of ›who pulled the trigger‹. Viktor Brack,²⁷ the head of the main office of the Führer's Chancellery, repeatedly instructed that only doctors carry out the task of opening the gas tap, in line with the presentation of the program's motivation as a ›public health‹ issue. At his trial, Dr. Bunke denied operating the gas tap. However, it was often he or Dr. Eberl who performed this task. It was also the doctor's responsibility to peek through the viewing window and to confirm that the killing operation was completed.²⁸

Hoven testified: ›A few days later I received a list of the names of these Jews who were exterminated at Bernburg from the camp commander and was ordered to issue falsified statements of death. I obeyed this order.‹²⁹

About a week and a half after the actual death, the Buchenwald records were updated, as if the prisoners died in the camp. To avoid suspicion, each group of about twenty was given a separate date of death. However, this was done in alphabetical order, so on March 14, 1942, a suspicious number of people whose last name began with ›A‹ or ›B‹ died in Buchenwald from various ›natural causes‹. Another giveaway was the discrepancy between prisoner cards, which indicated transfer from Buchenwald to an unknown place, while the camp registers indicated death in Buchenwald a few weeks later.

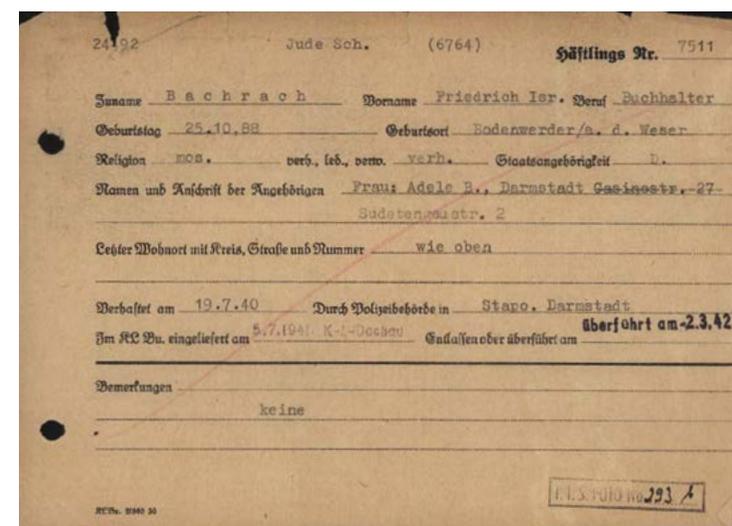


Fig. 3: Prisoner registration form, CC Buchenwald, transferred 2.3.42. Source: Prisoners registration form from CC Buchenwald, 1.1.5.3/5459342/ ITS Digital Archive, Arolsen Archive.

²⁷ See, for example Henry Friedlander: ›Victor Brack – Parteimann, SS-Mann und Mordmanager‹, in: Ronald Smelser (Ed.): Die SS. Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, Paderborn 2000, pp. 88–99.

²⁸ Regarding to the role of physicians in connection with NS-euthanasia in general, compare Michael A. Grodin, Erin L. Miller, Jonathan I. Kelly: ›The Nazi Physicians as Leaders in Eugenics and ›Euthanasia‹. Lessons for Today‹, in: American Journal of Public Health 108 (2018), pp. 53–57.

²⁹ Nuremberg Trials Project, Affidavit concerning the euthanasia, typhus, and phenol programs at Buchenwald, extract from the testimony of Waldemar Hoven, see footnote 12, here pp. 4–5.

Adele, Friedrich's wife, received a container holding what she was told were his ashes. She managed to have a gravestone installed in the Darmstadt cemetery before she was sent away herself a few months later.

The date on Friedrich's gravestone is the fake date set by Dr. Hoven: March 14. Though ›Aktion 14f13‹ was extensively discussed during the trials conducted soon after the war, and despite the suspicious death registration, years later the ITS (International Tracing Service) provided the family with a false date and place of death (Buchenwald) and the arbitrary cause of death (pneumonia). It seems, from the correspondence between ITS and the family, that ITS researchers noticed at least some of these discrepancies; however, documents related to ›14f13‹ were either not available to them or were ignored.

The same fake date is on the *Stolperstein* installed in his memory years later. It was only in 2017 that the facts about the last episode of Friedrich's life were revealed to his family. Nazi deceptiveness endured for 75 years.

Many thanks to: Dr. Astrid Ley, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen/Sachsenhausen Memorial and Museum; Anita Ganzenmüller, Leitung Archiv Gedenkstätte Buchenwald; Judith Gebauer, Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt; Patrick Faurot (proofreading).

Geschichte
vergegenwärtigen

MANUELA BAUCHE

DANNA MARSHALL

VOLKER STRÄHLE

Das Projekt Geschichte der Ihnestraße 22: Auf dem Weg zu einem Erinnerungsort zum Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem¹

Materielle Überreste historischer Gewalt kommen mitunter eher unspektakulär daher. Ein Beispiel dafür ist der Gebäudekomplex im Dreieck zwischen Ihnestraße und Harnackstraße in Dahlem, einem bürgerlichen Stadtteil im Südwesten Berlins. Das langgestreckte dreistöckige Gebäude mit einer schlichten beigen Fassade in der Ihnestraße 22 beherbergt heute Teile des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaften (OSI) der Freien Universität Berlin (FU). Erbaut wurde es 1926/27 als *Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik* (KWI-A). Das KWI-A war mit eugenischen Politiken der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus verbunden. Arbeiten dort beruhten auch auf kolonialem anthropologischen Wissen. Die Gründung des KWI-A war das Ergebnis der Lobbyarbeit deutscher Wissenschaftler:innen, die der eugenischen Bewegung nahestanden. Sie waren überzeugt, dass die Biowissenschaften

¹ Dieser Beitrag erschien zuerst in leicht abweichender, englischsprachiger Fassung unter dem Titel »Project »Geschichte der Ihnestraße 22«. Remembering the Kaiser Wilhelm Institute for Anthropology, Human Heredity and Eugenics« in: Michelle Gordon, Rachel O'Sullivan (Hrsg.): *Colonial Paradigms of Violence. Comparative Analysis of the Holocaust, Genocide, and Mass Killing*, Göttingen 2022, S. 255–264. Wir danken Mika Kößler für die Unterstützung bei der Finalisierung des Textes.

einen wesentlichen Beitrag zur Lösung jener sozialen Probleme leisten könnten, die nach dem Ersten Weltkrieg als besonders gravierend erschienen. Ihre Hoffnung bestand unter anderem darin, die Sozialausgaben des Staates durch das, was sie sich als effektive Bevölkerungspolitik vorstellten, zu verringern: Menschen, die als »erbkrank« stigmatisiert wurden, sollten daran gehindert werden, Kinder zu bekommen – etwa durch eine staatlich unterstützte Sterilisationspolitik. Die Tatsache, dass der berühmte Anthropologe Eugen Fischer (1874–1967) als Gründungsdirektor für das KWI-A gewonnen werden konnte, überzeugte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG), ein solches Institut einzurichten. Fischer leitete das Institut seit dessen Gründung bis 1942 und wurde dann durch den von ihm protegierten Otmar von Verschuer (1896–1969) abgelöst.

Das KWI-A bestand bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs 1945, einzelne Abteilungen überdauerten den Nationalsozialismus und gingen in anderen Einrichtungen auf.² Die am Institut beschäftigten Wissenschaftler:innen forschten zu Themen, die heute dem Bereich der Humangenetik zugeordnet werden. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Vererbung beim Menschen funktioniert. Dabei versuchten sie vor allem die These zu untermauern, wonach das »Erbgut« den entscheidenden Faktor für Aussehen, Verhalten oder Krankheiten bilde, während sie Umwelteinflüssen nur eine untergeordnete Rolle zusprachen. Mitarbeiter:innen des KWI-A leisteten auch Politikberatung: Sie berieten zunächst den Weimarer, später den nationalsozialistischen Staat bei der Einführung eugenischer Maßnahmen wie Zwangssterilisierungen. Zudem wirkten sie an der Umsetzung von Sterilisierungspolitiken unmittelbar mit, etwa indem sie medizinische Gutachten verfassten, die über die Sterilisation bestimmter Personen entschieden. Auch schulten sie medizinisches Personal und Beamte in Hinblick auf die dafür erforderlichen administrativen Schritte.

Die am KWI-A durchgeführten Forschungen trugen maßgeblich zur Legitimation der rassistischen und ableistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten bei. Zugleich profitierten Forschende am KWI-A auch von den Verbrechen der Nationalsozialisten. So ließen sich Wissenschaftler:innen Körperteile von Menschen zusenden, die im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau ermordet worden waren, um an diesen zu forschen. Das KWI-A beherbergte auch eine Sammlung menschlicher Überreste von über 5.000 Personen. Die Sammlung war ursprünglich vom Anthropologen Felix von Luschan (1854–1924) angelegt worden. Fischer übernahm 1927 dessen Lehrstuhl für Anthropologie an der Friedrich-Wilhelms-Universität (heute Humboldt-Universität zu Berlin)³ und damit auch die Sammlung, die er in der Ihnestraße 22 verwahren ließ. Der überwiegende Teil der menschlichen Überreste der Sammlung wurde während des Kaiserreichs erworben, eine Zustimmung von Angehörigen wurde

² So wurde die Abteilung für Experimentelle Erbpathologie nach 1945 weitergeführt und diente als Grundstock für das 1953 gegründete *Max-Planck-Institut für molekulare Genetik*. Auch leitete Hermann Muckermann, ehemaliger Abteilungsleiter am KWI-A, von 1948 bis 1960 das in der Villa des ehemaligen Direktors in der Ihnestraße 24 eingerichtete *Institut für Angewandte Anthropologie*, das später in *Institut für natur- und geisteswissenschaftliche Anthropologie* umbenannt wurde. Obwohl dieses Institut nicht offiziell die Nachfolge des KWI-A antrat, stellte Muckermann es in dessen Tradition. Siehe Hans-Peter Kröner: *Von der Rassenhygiene zur Humangenetik. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik nach dem Kriege*, Stuttgart u. a. 1998, S. 195–221.

³ Die Friedrich-Wilhelms-Universität wurde 1949 in Humboldt-Universität zu Berlin umbenannt.

nicht eingeholt. Einige der Überreste stehen nachweislich im Zusammenhang mit Morden an kolonisierten Menschen. Wissenschaftler:innen des KWI-A nutzten sie für ihre Forschung.⁴



Abb 1: Hauptgebäude des KWI-A in der Ihnestraße 22, aufgenommen zwischen 1937 und 1945, Quelle: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin.

Von den Forschungen und Gutachtentätigkeiten am KWI-A waren Menschen mit vielfältigen Herkünften und (zugeschriebenen) Identitäten betroffen: Sinti:zze und Rom:nja, Jüdinnen und Juden sowie Osteuropäer:innen wurden während des Zweiten Weltkriegs in Konzentrationslagern und Ghettos von Wissenschaftler:innen für die entmenschlichende Forschungspraxis des KWI-A herangezogen. Behinderte Menschen und Personen, die aus der Perspektive von KWI-A-Mitarbeiter:innen forschungsrelevante Merkmale aufwiesen, waren in der Ihnestraße 22 körperlichen Untersuchungen und Tests ausgesetzt. Personen außereuropäischer Herkunft wurden auf Forschungsreisen innerhalb und außerhalb Europas anthropologisch untersucht. Personen, denen eine ›Erbkrankheit‹ zugeschrieben wurde sowie Afrikanisch-Deutsche und Asiatisch-Deutsche wurden unter Berufung auf Gutachten, die am KWI-A erstellt worden waren, zwangsweise sterilisiert.⁵

⁴ Holger Stoecker: »Human Remains als historische Quellen zur namibisch-deutschen Geschichte. Ergebnisse und Erfahrungen aus einem interdisziplinären Forschungsprojekt«, in: Geert Castryck, Silke Strickrodt, Katja Werthmann (Hrsg.): Sources and Methods for African History and Culture: Essays in Honour of Adam Jones, Leipzig 2016, S. 469–491.

⁵ Für eine ausführliche Schilderung der Geschichte des KWI-A, siehe insbesondere Hans-Walter Schmuhl: Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Vererbung und Eugenik, 1927–1945, Göttingen 2005.

Wer heute am historischen Ort in der Ihnestraße 22 vorbeikommt, erfährt kaum etwas über diese Geschichte gewalttätiger Wissensproduktion, die sich mit dem Gebäude verbindet. Einzig eine Gedenktafel an dessen Haupteingang weist auf diese Geschichte hin. Sie wurde 1988 von der Freien Universität auf Initiative junger Wissenschaftler:innen angebracht – trotz Vorbehalten der Max-Planck-Gesellschaft als Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die Tafel wird jedoch von den meisten Passant:innen und Besucher:innen übersehen. So wichtig sie als erstes Zeichen des Erinnerns und Gedenkens war: Mehr als einen knappen Hinweis auf die breite und komplexe Geschichte des KWI-A kann die Tafel in ihrer jetzigen Form nicht leisten. Diese Feststellung ist der Ausgangspunkt des Projekts *Geschichte der Ihnestraße 22*. Es hat sich zum Ziel gesetzt, auf dem ehemaligen Gelände des KWI-A einen dauerhaften Erinnerungsort einzurichten, der diejenigen, die den Ort passieren oder betreten, unweigerlich auf dessen sensible Geschichte stoßen lässt, und der vertiefte Informationen über die Geschichte des KWI-A anbietet.

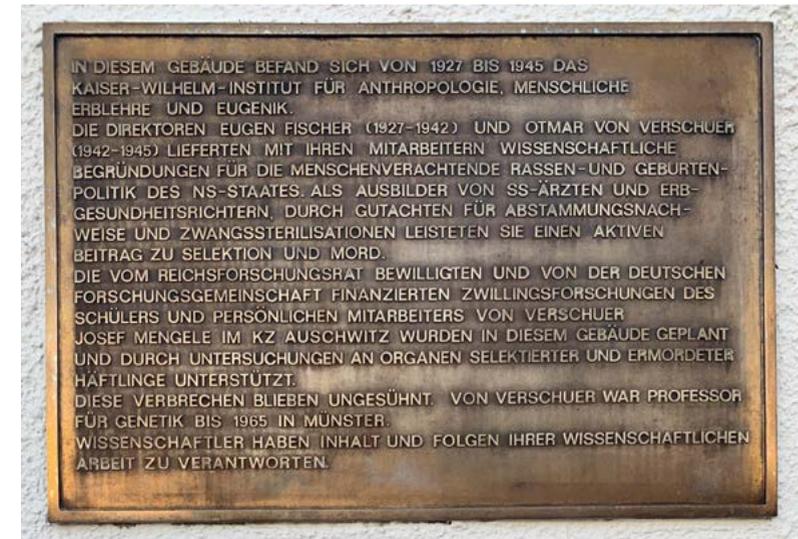


Abb. 2: Diese Gedenktafel wurde 1988 neben dem Haupteingang des Gebäudes Ihnestraße 22 angebracht. Ihr ging eine erste Version voraus, die von Dozierenden ohne Zustimmung der FU und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) angebracht wurde. Die erste Version wies u. a. darauf hin, dass die MPG nach 1945 die Rechtsnachfolge der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) übernommen hat, Bild: Manuela Bauche 2021.

Häufig sind Projekte zur Aufarbeitung sensibler Geschichten das Ergebnis lang anhaltender Forderungen. Das Projekt zur Geschichte der Ihnestraße 22 geht – ähnlich wie das Projekt zur Aufarbeitung der Geschichte der Weimarer Bauhausstraße 11 – auf die Initiative von Studierenden zurück, die eine aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes gefordert hatten. 2017 gelang es Studierenden, beim damaligen FU-Präsidenten Hans-Peter Alt die Finanzierung einer Postdoc-Stelle zur Geschichte des KWI-A am OSI durchzusetzen. Das Projekt Geschichte der Ihnestraße 22 startete daraufhin im Januar 2019 und konnte später personell auf zwei Wissenschaftliche-Mitarbeiter:innen-Stellen und eine Stelle für studentische Mitarbeit

erweitert werden.⁶ Wie im Falle des Projekts zur Sichtbarmachung der Geschichte der Weimarer Bauhausstraße 11 ist es auch hier die Institution, die die sensiblen Gebäude heute nutzt, welche selbst die grundlegenden Mittel und Strukturen für die kritische Auseinandersetzung und Sichtbarmachung bereitstellt.⁷ So ist das Projekt Geschichte der Ihnestraße 22 am OSI angesiedelt, dessen Stellen werden aus dem zentralen Haushalt der FU finanziert. Darüber hinaus haben für die Produktion des Erinnerungsorts Ihnestraße die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, die Max-Planck-Gesellschaft sowie die Ernst-Reuter-Gesellschaft der Förderer und Freunde der Freien Universität Berlin Mittel zugesagt. Begleitet wird die Arbeit von einem Beirat aus Vertreter:innen relevanter Opferverbände und Selbstorganisationen sowie von einem wissenschaftlichen Beirat. Die Eröffnung des Erinnerungsorts Ihnestraße ist für das Jahr 2024 geplant.

Der Erinnerungsort Ihnestraße

Der Erinnerungsort Ihnestraße will Menschen, die das Gelände in der Ihnestraße 22–24 passieren oder das Gebäude Ihnestraße 22 betreten, mit der Geschichte des Ortes konfrontieren. Er soll über die problematische Geschichte des KWI-A informieren, das Erinnern an diejenigen ermöglichen, die unter den Tätigkeiten des Instituts gelitten haben, und zur Reflexion über das ambivalente Verhältnis von Wissenschaft und Politik anregen. Darüber hinaus werden die Auswirkungen und Kontinuitäten eugenischen, rassistischen und ableistischen Denkens bis heute angesprochen. Und der Erinnerungsort Ihnestraße lädt dazu ein, über die Verbindungen zwischen Rassismen, Antisemitismus und Ableismus nachzudenken.

Der Erinnerungsort Ihnestraße wird aus verschiedenen Elementen bestehen: Eine Ausstellung im Außenraum wird einen Überblick über die Geschichte des KWI-A bieten und auf die früher vom KWI-A genutzten Gebäude hinweisen.⁸ Im ehemaligen Hauptgebäude des KWI-A in der Ihnestraße 22 wiederum werden auf jeder Etage Ausstellungsbereiche eingehender über die Forschungstätigkeit des Instituts und ihre Einbettung in den jeweiligen politischen Kontext Auskunft geben, auf die Erfahrungen konkreter Opfer eingehen und Kontinuitäten entmenslichender Forschungspraxis bis in die Gegenwart thematisieren. Die Erzählungen in den Ausstellungsbereichen orientieren sich an der früheren Raumnutzung in den jeweiligen Etagen. Ergänzend zur physischen Ausstellung wird es eine Website denjenigen, die sich nicht nach Berlin-Dahlem begeben können oder wollen, ermöglichen, alle Inhalte abzurufen.

Die sensible Geschichte des KWI-A bedingt einige Herausforderungen im Hinblick auf das Narrativ und die Gestaltung des Erinnerungsorts. Eine Frage, die den Arbeitsprozess mit

⁶ Manuela Bauche hat seit Januar 2019 die Leitung des Projekts inne. Zum jetzigen Zeitpunkt besteht das Team neben ihr aus Volker Strähle (wissenschaftlicher Mitarbeiter), Sarah John und Mika Kößler (studentische Mitarbeiter:innen). Frühere Mitarbeiterinnen waren Kerstin Stubenvoll (WiMi) und Danna Marshall (studMi).

⁷ Bezogen auf das Projekt *Die Geschichte der Bauhausstraße 11* ist hinzuzufügen, dass mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen die Besitzerin des Gebäudes die finanziellen Mittel bereitstellt.

⁸ Zu den noch heute erhaltenen Gebäuden des KWI-A gehören neben dem ehemaligen Hauptgebäude in der Ihnestraße 22 die frühere Direktorenvilla in der Ihnestraße 24 sowie ein ehemaliger Stall für Versuchstiere in der heutigen Harnackstraße 1. Auch der Standort eines heute nicht mehr existierenden Gebäudekomplexes mit Ställen und Garagen wird ausgewiesen, ebenso wie der Ort, an dem zwischen 2014 und 2016 Überreste von Tier- und Menschenknochen aus der Forschung des KWI-A gefunden und ausgegraben wurden.

den Ausstellungsgestalter:innen maßgeblich prägen wird, ist die, wie historische Dokumente, die rassistische oder/und ableistische Inhalte transportieren, sowie Fotografien, die den Blick von Täter:innen reproduzieren, gezeigt werden und zugleich in ihren problematischen Aussagen »gebrochen« werden können. Bewusst haben wir uns dazu entschieden, einige wenige problematische Dokumente auszustellen, die die Tragweite der Arbeit des KWI-A auf besonders eindrückliche Weise greifbar machen. Dies ist aber nur möglich, wenn sie zugleich durch sichtbare Eingriffe kommentiert und problematisiert werden. Zu diskutieren wird sein, ob etwa das sichtbare, in den Textfluss eingreifende und den Textfluss störende Annotieren von Dokumenten oder aber das De- und Neukontextualisieren (»Ausschneiden«) von Fotografien dafür adäquate Mittel sein könnten.

Kuration als Forschungspraxis

Auch im Falle dieses Projekts gehen Kuratieren, Ausstellen und Forschen zusammen. Unser Projekt greift einerseits auf die umfangreichen Arbeiten zur wissenschaftlichen Praxis und politischen Wirkung des KWI-A zurück⁹, – zugleich hat es sich zum Ziel gesetzt, auch Fragen zu behandeln, die bisher wenig berücksichtigt wurden. Dies betrifft vor allem die Geschichten derjenigen, deren Körper und Verhalten von Wissenschaftler:innen des KWI-A befragt wurden – oft ohne ihre Zustimmung oder ohne Aufklärung über die Folgen dieser Untersuchungen – sowie die Geschichten derjenigen, deren Körper nach ihrem Tod oder ihrer Tötung für die Forschung benutzt worden waren. Recherchiert wurden auch Geschichten derjenigen, die von Mitarbeiter:innen des KWI-A im Auftrag von Behörden untersucht und begutachtet wurden, beispielsweise weil ihre Sterilisierung beantragt oder »Erb- und rassenkundliche Abstammungsgutachten« über sie angefordert wurden. Damit steht die Recherche von Einzelschicksalen von Betroffenen im Zentrum unserer Arbeit – mit dem Ziel, das Erinnern an die Opfer des KWI-A zu ermöglichen und ihnen die Menschenwürde zurückzugeben.¹⁰

⁹ Siehe insbesondere die Arbeit der *Kommission zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*, die von Hubert Markl, dem damaligen Präsidenten der MPG, der Rechtsnachfolgerin der KWG, initiiert wurde und von 1997 bis 2005 tätig war; Schmuhl, *Das Kaiser-Wilhelm-Institut, wie Anm. 5*; Carola Sachse, Benoît Massin: »Biowissenschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten und die Verbrechen des NS-Regimes. Informationen zum aktuellen Wissensstand«, *Ergebnisse aus dem Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«* (Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 2000); Sheila Faith Weiss: »Humangenetik und Politik als wechselseitige Ressourcen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik im »Dritten Reich«, *Ergebnisse aus dem Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«* (Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 2004). Unabhängig von der Kommission, aber ebenfalls im Rahmen der MPG veröffentlicht, siehe auch Alexander von Schwerin: *Experimentalisierung des Menschen. Der Genetiker Hans Nachtsheim und die vergleichende Erbpathologie 1920–1945*, Göttingen 2004. Zur Betrachtung des KWI-A im Kontext breiterer Forschungsfragen, siehe auch Peter Weingart, Jürgen Kroll, Kurt Bayertz (Hrsg.): *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1992; Niels C. Lösck: *Rasse als Struktur. Leben und Werk Eugen Fischers*, Frankfurt a. M. 1996.

¹⁰ Zu den wissenschaftlichen Arbeiten, die Informationen zu einzelnen Opfern liefern, gehören u. a. Hans Hesse: *Augen aus Auschwitz. Ein Lehrstück über nationalsozialistischen Rassenwahn und medizinische Forschung – der Fall Dr. Karin Magnussen*, Essen 2001; Günter Heuzeroth, Karl-Heinz Martinß: »Vom Ziegelhof nach Auschwitz. Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma«, in: Günter Heuzeroth (Hrsg.): *Unter der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus. 1933–1945*, Bd. 2, Osnabrück 1985, S. 227–352; Reiner Pommerin: *Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937*, Düsseldorf 1979.

Die zweite Forschungslücke, die bearbeitet wird, betrifft die Karrieren derjenigen, die als Mitarbeiter:innen und Forscher:innen am KWI-A tätig waren, dabei aber nicht in der ›ersten Reihe‹ standen.¹¹ Der Erinnerungsort Ihnestraße wird an einem Ort eingerichtet, der auch heute von Forschung und Lehre geprägt und als politikwissenschaftliches Institut besonders eng mit dem Feld der Politik verbunden ist. Diese Ausgangssituation greift der Erinnerungsort Ihnestraße auf, indem er vor Ort Forschende, Lehrende und Lernende dazu anregt, darüber zu reflektieren, warum Wissenschaftler:innen zu Forschung bereit waren, die mit Unrecht und Verbrechen verbunden war. Die Werdegänge von KWI-A-Wissenschaftler:innen werden mit dem Interesse dargestellt, die Motivationen von Täter:innen herauszuarbeiten – jenseits von Dämonisierung und Apologie. Heutigen Wissenschaftler:innen soll damit ermöglicht werden, über mögliche Fallstricke nachzudenken, die sich aus der engen Wechselbeziehung von Wissenschaft und Politik ergeben.

Drittens interessiert sich das Projekt für den Umgang mit den materiellen Zeugnissen von Unrechtsgeschichte. Es rekonstruiert deshalb die Geschichte der Nutzung und Umgestaltung der Gebäude und des Geländes in der Ihnestraße/Harnackstraße. Wir zeichnen auch die bisherigen Kämpfe für eine stärkere öffentliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Ihnestraße 22 nach. Damit ordnen wir das Projekt in eine längere Geschichte der Debatten um das KWI-A ein.

Quellen und erste Ergebnisse

Bedauerlicherweise ist der weitaus größte Teil der Akten des KWI-A nicht erhalten geblieben. Im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft sind jedoch die Bestände der zentralen Verwaltung der KWG sowie einige Nachlässe von Wissenschaftler:innen des KWI-A zugänglich. Über diese Bestände hinaus stützt sich unsere Forschung auf eine Vielzahl von Archiven und Quellen. So bilden beispielsweise Unterlagen aus dem Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin eine wichtige Grundlage, um die Geschichte der Nutzungen der Gebäude in der Ihnestraße 22–24 nach 1945 nachzuvollziehen. So konnten wir als Nachnutzer:innen unter anderem die Juristische Fakultät, Teile der Universitätsbibliothek, einen Friseursalon und eine Theaterkasse identifizieren sowie einen Verein, der Fluchtwillige aus Ost-Berlin unterstützte. Auch das Archiv der Berliner Humboldt-Universität ist für das Projekt von Bedeutung, da es Unterlagen über diejenigen verwahrt, die zugleich am KWI-A als Wissenschaftler:innen oder Doktorand:innen tätig waren und an der damaligen Friedrich-Wilhelms-Universität lehrten oder immatrikuliert waren.

¹¹ Zu den Forscher:innen ›in der ersten Reihe‹, deren Werdegang Gegenstand wissenschaftlicher Arbeiten war, gehören: Eugen Fischer, der Gründungsdirektor des KWI-A, siehe Lösch, Rasse als Konstrukt, Leben und Werk Eugen Fischers, wie Anm. 9; der zweite Direktor des KWI-A Otmar von Verschuer, siehe Sheila Faith Weiss: ›After the Fall: Political Whitewashing, Professional Posturing and Personal Refashioning in the Post-War Career of Otmar Freiherr von Verschuer‹, in: Isis 101, Nr. 4 (2010), S. 722–758; Hans Nachtsheim, Leiter der Abteilung für experimentelle Erbpathologie, siehe Schwerin, Experimentalisierung des Menschen, wie Anm. 9; Hermann Muckermann, erster Leiter der Abteilung für Eugenik, siehe Dagmar Grosch-Obenauer: ›Hermann Muckermann und die Eugenik‹, Dissertation (Universität Mainz 1986). Für erste Einblicke in die Arbeit von Doktoranden des KWI-A siehe Hesse, Augen aus Schwitz, wie Anm. 10; Thiago Pinto Barbosa: ›Making Human Difference in Berlin and Maharashtra. Considerations on the Production of Physical Anthropological Knowledge by Irawati Karvé‹, in: South Asia Chronicle 8, Nr.1 (2018), S. 139–162; Manuela Bauche: ›Die Figur des ›Mischling‹ in der deutschen Anthropologie, 1900–1945‹, in: Matthias Böckmann u. a. (Hrsg.): Jenseits von Mbembe. Erinnerung, Politik, Solidarität, Berlin 2022.

Diese Bestände helfen, den Werdegang von Doktorand:innen wie Tao Yun-Kuei (1904–1944) nachzuvollziehen, der 1935 bei Eugen Fischer promovierte und später seine anthropologischen und anthropometrischen Kenntnisse im Rahmen seiner Professur in China und Taiwan nutzte.¹²

Um Biografien von Opfern und Betroffenen zu rekonstruieren, greifen wir auch auf eine Vielzahl von Archiven außerhalb Berlins zurück. Ein Fall, der eine Recherche über Ländergrenzen hinweg erforderte, ist jener von Heinz A. Dieser wurde im Juli 1937 im Zuge einer ethisch und wissenschaftlich bedenklichen Untersuchung im Kontext eines gerichtlich angeordneten Vaterschaftsgutachtens von Otmar von Verschuer als ›Volljude‹ klassifiziert. Aus Angst vor Verfolgung emigrierte Heinz A. im darauffolgenden Jahr nach Brasilien. Mit Unterstützung eines Wissenschaftlers in São Paulo konnten wir seine Lebensgeschichte recherchieren. Durch Recherchen in hessischen Archiven und die engagierte Unterstützung von Archivar:innen in Rheinland-Pfalz und Hessen konnten wir auch bisher unbekannte Namen von afrikanisch-deutschen und asiatisch-deutschen Kindern ermitteln, die ab 1933 unter maßgeblicher Beteiligung des KWI-A registriert wurden, um sie später zwangsweise sterilisieren zu können. Durch den Abgleich mit der Datenbank des Bundesarchivs über die im Rahmen des ›Euthanasie‹-Programms Ermordeten konnten Personen identifiziert werden, die zuvor auch Opfer der Forschungen des KWI-A geworden waren. Schließlich sind Gespräche mit Familienangehörigen von Opfern und Betroffenen sowie Zeitzeug:innen eine wichtige Quelle für das Projekt, da sich erst durch diese rekonstruieren ließ, welche Folgen die Forschung des KWI-A für die Betroffenen und ihre Angehörigen auch noch lange nach 1945 hatte.

Wissenschaft, Politik und Unrechtsgeschichten

Jenseits dieser neuen Befunde sind zwei theoretische Perspektiven für unser Projekt wichtig. Erstens veranschaulicht die Geschichte des KWI-A das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, das Mitchell Ash als ein Verhältnis von wechselseitigen ›Ressourcen füreinander‹ beschrieben hat: Wissenschaftliche und politische Akteure gehen ein komplexes Zusammenspiel ein, das nicht auf einen ›Missbrauch‹ der Wissenschaft durch die Politik reduziert werden kann. Die Geschichte des KWI-A führt beispielhaft vor, dass Forschungsinhalte politischen Interessen folg(t)en und dass sich Wissenschaftler:innen freiwillig in den Dienst – auch verbrecherischer – politischer Apparate stell(t)en und bereitwillig von ihnen profitier(t)en.¹³ Das ehemalige Hauptgebäude des KWI-A beherbergt mit dem Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin eine Einrichtung, die eng mit dem Feld der Politik verbunden ist. Forschungen, die am Politikinstitut beispielsweise zu bewaffneten Konflikten, Rechtsextremismus oder Diversität stattfinden, stehen offenkundig in Beziehung zu politischen Konjunkturen und Erfordernissen. Auch bildet die Politikberatung eines der potenziellen Berufsfelder für Politikwissenschaftler:innen. In der Vergangenheit haben am OSI hitzige Debatten über die Frage stattgefunden, wie das

¹² Siehe Weicheng Huang: ›Rasse als transnationales Konstrukt: Die ›Mischling‹-Studie des Anthropologen Tao Yun-Kuei in deutsch-chinesischen Kontexten‹, Masterarbeit (Freie Universität Berlin 2022).

¹³ Mitchell Ash: ›Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander‹, in: Rüdiger vom Bruch, Brigitte Kaderas (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32–51; für die Anwendung der Perspektive von Ash auf den spezifischen Fall des KWI-A, siehe Weiss, Humangenetik und Politik als wechselseitige Ressourcen, wie Anm. 9.

Verhältnis zwischen Forschung und staatlichen Interessen gestaltet sein sollte.¹⁴ Dies alles sind Anlässe, das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen Wissenschaft und Politik in der Geschichte der Ihnestraße 22–24 zu reflektieren und auf die Gefahren der Überschreitung ethischer Grenzen in der wissenschaftlichen Praxis hinzuweisen.

Zweitens war das KWI-A eine Institution mit Forschungspraktiken, die zwei politische Regime überspannten, auf Wissensbestände der kolonialen Anthropologie zurückgriffen und mit der Entmenschlichung von Personen unterschiedlicher Herkunft verbunden waren. Der geplante Erinnerungsort lädt damit dazu ein, darüber nachzudenken, inwiefern sich Unrechtsgeschichten berühren, die oft getrennt behandelt werden.¹⁵ Das Projekt stützt sich daher auch auf eine wachsende Zahl von Arbeiten und Debattenbeiträgen, die sich mit Überschneidungen – und Unterschieden – zwischen nationalsozialistischen und kolonialen Politiken und Ideen befassen.¹⁶ Das Beispiel des KWI-A zeigt, dass bestimmte Ideen und Praktiken das Denken in den Biowissenschaften über historische Epochen und über die Grenzen politischer Regime hinweg prägten – etwa das Konzept des ›Mischlings‹, der Fokus auf Erbllichkeit und ›Rasse‹ sowie die Objektivierung von nicht-weißen, jüdischen und behinderten Menschen. Das Projekt bewegt sich daher zwischen einer Perspektive, die historiographische Zäsuren transzendiert, und einem Blick, der zugleich sensibel ist für Diskontinuitäten und Spezifiken. Das Projekt zur Geschichte der Ihnestraße 22 versucht nicht, die aktuelle Debatte über koloniale Kontinuitäten oder Diskontinuitäten abzuschließen. Wohl aber soll eine Erzählung von der Geschichte des KWI-A angeboten werden, die gleichermaßen Momente der Verbindung wie auch Momente der Differenz zwischen Unrechtsgeschichten deutlich macht, die weiter diskutiert werden können.

¹⁴ Siehe, u. a.: Luisa Hommerich: »Politologen streiten über ›Militärforschung‹«, in: Tagesspiegel, 6. Juni 2013, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/zivilklausel-an-der-fu-berlin-politologen-streiten-ueber-militaerforschung/8310624.html> [Stand: 18.01.2023].

¹⁵ Zu den Arbeiten, die sich mit diesen Schnittstellen in der Geschichte des KWI-A befassen, gehören: Annegret Ehmann: »From Colonial Racism to Nazi Population Policy: The Role of the so-called Mischlinge«, in: Michael Berenbaum, Abraham J. Peck (Hrsg.): *The Holocaust and History. The Known, the Unknown, the Disputed, and the Reexamined*, Bloomington 1998, S. 115–133; Hans-Walter Schmuhl: »Neue Rehobother Bastardstudien«. Eugen Fischer und die Anthropometrie zwischen Kolonialforschung und nationalsozialistischer Rassenpolitik«, in: Georg Thiele (Hrsg.): *Anthropometrie. Zur Vorgeschichte des Menschen nach Maß*, München 2005, S. 277–306.

¹⁶ Um nur einige Beiträge zu dieser umfassenden Debatte zu nennen, siehe Cornelia Essner: »Von Windhuk nach Nürnberg. Zur Frage der kolonialen Kontinuität«, in: Magnus Brechtken u. a. (Hrsg.): *Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen*, Göttingen 2017, S. 25–36; Birthe Kundrus: »Von Windhoek nach Nürnberg? Koloniale ›Mischehenverbote‹ und die nationalsozialistische Rassengesetzgebung«, in: Birthe Kundrus (Hrsg.): *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 110–31; Robert Gerwarth, Stephan Malinowski: »Der Holocaust als »kolonialer Genozid«? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg«, in: *Geschichte & Gesellschaft* 33, Nr. 3 (2007), S. 439–466; Jürgen Zimmerer: »Holocaust und Kolonialismus. Beitrag zu einer Archäologie des genozidalen Gedankens«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51, Nr. 12 (2003), S. 1098–1119; siehe auch die verschiedenen Beiträge in: Michelle Gordon, Rachel O'Sullivan (Hrsg.): *Colonial Paradigms of Violence. Comparative Analysis of the Holocaust, Genocide, and Mass Killing*, wie Anm. 1, hier: S. 255–264.

JENS-CHRISTIAN WAGNER

Verdrängt? Der NS-Krankenmord und die deutsche Erinnerungskultur

Wohl kaum ein historisches Thema hat die Öffentlichkeit in den vergangenen Jahrzehnten mehr beschäftigt als die Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten.¹ Deutschland ist nicht nur das Land der Täter, sondern auch das der Tatorte. An vielen dieser historischen Orte befinden sich heute Gedenkstätten, insbesondere an den Standorten der ehemaligen Konzentrationslager. Hinzu kommen Täter-Orte, wie etwa die Wannsee-Villa, der Erinnerungsort Topf und Söhne, der Obersalzberg oder der Gedenkort T4 in Berlin, und Orte nationalsozialistischer Selbstinszenierung, wie etwa das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg oder das ehemalige ›Kraft-durch-Freude‹-Bad Prora auf der Insel Rügen.

Die Gedenk- und Dokumentationsstätten sind überwiegend jedoch erst in jüngerer Zeit entstanden. Was uns heute selbstverständlich erscheint (mit Ausnahme des politischen rechten Randes), war vor 20 bis 30 Jahren alles andere als *common sense*. Vielmehr herrschte seitens der deutschen Nachkriegsgesellschaft bis in die 1990er-Jahre hinein eine ausgeprägte Abwehrhaltung gegenüber der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen.

Das Verschwinden der Lager nach 1945

Noch heute herrscht in der Öffentlichkeit der Eindruck vor, die NS-Verbrechen seien im Verborgenen begangen worden – versteckt irgendwo hinter dichten Wäldern oder im diffusen ›Osten‹. Nicht zuletzt durch die Metapher ›Auschwitz‹ wurde das Geschehen an entfremdete Orte verbannt. Das Morden schien quasi automatisch stattgefunden haben, nahezu ohne Täter:innen, zumindest aber ohne Mittäter:innen und Zuschauer:innen.

¹ Der vorliegende Beitrag basiert auf folgendem Aufsatz: Jens-Christian Wagner: »NS-Gesellschaftsverbrechen in der Gedenkstättenarbeit«, in: Detlef Schmiechen-Ackermann, Marlis Buchholz, Bianca Roitsch u. a. (Hrsg.): Der Ort der ›Volksgemeinschaft‹ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 421–437.

Der historische Befund sieht jedoch ganz anders aus: Ganz Deutschland und die besetzten Nachbarstaaten waren in der zweiten Kriegshälfte infolge der Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie von einem dichten Netz von fast 1000 KZ-Haupt- und Außenlagern überzogen. Hinzu kamen Tausende von Lagern anderer Kategorien – Kriegsgefangenenlager, Lager für zivile ausländische Arbeitskräfte, Arbeitserziehungslager der Gestapo, Zwangsarbeitslager für jüdische Internierte sowie für Sinti:zze und Rom:nja, Justizhaftlager, Kinderheime für ausländische Neugeborene, außerdem andere Stätten von NS-Verbrechen, wie etwa Gefängnisse oder Gestapozentralen und nicht zuletzt auch Gesundheitsämter, Sitze von sogenannten Erbgesundheitsgerichten und Stätten der ›Euthanasie‹-Verbrechen.

Mit den Lagern und Tatorten waren auch die Verbrechen an den Insassen für die deutsche Bevölkerung deutlich sichtbar – es waren öffentliche Verbrechen. Es kann für viele also ein gar nicht so überraschender Anblick gewesen sein, der sich ihnen bot, als die Alliierten ihnen im April und Mai 1945 die Leichenberge in den befreiten Lagern oder exhumierte Massengräber vorführten.

Die etwas naive Sühne- und Konfrontationspädagogik der Alliierten in den ersten Wochen nach der Befreiung der Lager nach dem Motto: »Seht her, was ihr angestellt habt!« war denn auch, wenngleich sie durchaus differenzierte und überwiegend nicht der Kollektivschuldthese folgte,² alles andere als erfolgreich. Die Zwangsbesichtigungen der Lager verstärkten den Prozess der Umdeutung, der aus der Tätergesellschaft eine besiegte und von Strafangst und Schuldabwehr geprägte Gesellschaft mit ausgesprochenem Opferbewusstsein machte.³ Der Verweis auf die von alliierten Bombern zerstörten deutschen Städte, die Vertreibung aus den Ostgebieten und die Kriegsoffer in den meisten Familien verstärkten den Prozess der Selbstviktimisierung, der bereits während des Krieges um sich gegriffen hatte und seit den 1950er-Jahren in mehreren Wellen den öffentlichen Diskurs in Deutschland prägte: Aus der propagierten ›Volksgemeinschaft‹ war die selbstimaginierte Opfergemeinschaft geworden.

Vor diesem Hintergrund verschwanden die Überreste von Orten, die an die Verbrechen der Nazis erinnerten, nach 1945 sehr schnell, sofern sie nicht als Internierungslager der Alliierten oder als Displaced-Persons-Camps oder auch als Notaufnahmelager für Vertriebene nachgenutzt wurden. Von deutscher Seite aus gab es lange Zeit kaum Ansätze, die Lagerstandorte als Erinnerungsorte zu erhalten. Das Gedenken wurde den ›Fremden‹ überlassen, also den Besatzungsmächten und vor allem den Überlebenden, die an den historischen Orten um ihre toten Mithäftlinge trauerten. Fast alle frühen Gedenkzeichen wurden von den Überlebenden selbst errichtet.

Von offizieller westdeutscher Seite wurden die ehemaligen Konzentrationslager in den 1950er- bis in die 1980er-Jahre entweder wie Bergen-Belsen zu historisch entleerten Friedhofsanlagen umgestaltet oder derart überbaut, dass an die Vergangenheit der Orte kaum noch etwas erinnerte. Besonders irritierend ist die Weiternutzung ehemaliger Konzentrationslager als Strafanstalten, etwa in Neuengamme, wo sich bis in die 2000er-Jahre eine Justizvollzugsanstalt auf dem ehemaligen KZ-Gelände befand. Ähnlich verhält es sich beim früheren

² Vgl. Habbo Knoch: Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg 2001, S. 152ff.

³ Zur Schuldabwehr vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967, S. 35ff., zur Abwehrhaltung gegenüber alliierten Fotos und Filmen aus den befreiten Konzentrationslagern Cornelia Brink: Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945, Berlin 1998, S. 82ff.

Strafgefangenen- und KZ-Außenlager Versen, das zu den berüchtigten Emslandlagern gehörte: Dort befindet sich heute die JVA Meppen.

Auf ähnliche Weise von Geschichtsvergessenheit und Verdrängung gekennzeichnet war lange der Umgang mit den Orten des NS-Krankenmordes. An kaum einem Ort in Westdeutschland wurde bis in die 1980er-Jahre hinein an dessen Opfer erinnert. Einzige Ausnahme war die ›Euthanasie‹-Anstalt Hadamar, in der zwischen 1940 und 1945 fast 15.000 Menschen in einer Gaskammer erstickt wurden. Hier fanden in den ersten Nachkriegsjahren noch Gedenkveranstaltungen auf dem Friedhof statt; sie wurden aber wohl mangels Interesse der Öffentlichkeit bald eingestellt. Immerhin aber ließ die Anstaltsleitung 1953 am Haupteingang die erste Gedenktafel für ›Euthanasie‹-Opfer in der Bundesrepublik überhaupt anbringen: Ein Relief zeigt eine gebeugte nackte Figur vor einer Flammenschale. Der Krankenmord mutet so, wie die Kunsthistorikerin Stefanie Endlich zu Recht anmerkt, »eher wie ein Opfergang an«. ⁴ Die Inschrift gab über die Jahreszahlen 1941–1945 hinaus keinerlei Hinweise auf das Geschehen – ein eindrückliches Beispiel für die Deutung und zugleich für das gesellschaftliche Schweigen zu den NS-Verbrechen im Allgemeinen und den Krankenmorden im Besonderen in der Bundesrepublik der 1950er- bis 1970er-Jahre.

In der DDR hatten die Gedenkstätten hingegen eine herausgehobene politische Bedeutung für den SED-Staat, der den propagierten Antifaschismus zu seinem Gründungsmythos erhob.

Zunächst waren es aber auch in Ostdeutschland vor allem die Überlebenden selbst, die an die NS-Opfer erinnerten – und das anfangs noch durchaus mit einem pluralistischen Blick auf unterschiedliche Opfergruppen. So wurde zunächst auch an die Opfer des NS-Krankenmordes erinnert. 1947 etwa veranstaltete die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Brandenburg/Havel eine Gedenkfeier für die Menschen, die in der dortigen ›Euthanasie‹-Anstalt im Gas erstickt worden waren. Die Scheune, in der sich die Gaskammer befunden hatte, war von der VVN entsprechend beschriftet worden. Mitte der 1950er-Jahre wurde die Scheune jedoch auf Betreiben der DDR-Behörden abgetragen, bauliche Spuren waren damit beseitigt. Ähnlich war die Entwicklung in der früheren ›Euthanasie‹-Mordanstalt in Bernburg in Sachsen-Anhalt: Dort ließ die VVN 1952 in der ehemaligen Gaskammer eine symbolische Urne aufstellen. Für die Öffentlichkeit blieb der Raum jedoch nicht zugänglich; der ehemalige Todestrakt wurde wieder von der psychiatrischen Anstalt genutzt. ⁵

1953 wurde die VVN in der DDR aufgelöst bzw. durch das staatlich gelenkte Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer ersetzt. Die Erinnerung an die NS-Opfer wurde nun zunehmend auf den Widerstandskampf kommunistischer KZ-Häftlinge reduziert. Die Opfer der NS-Krankenmorde wurden diesem Narrativ untergeordnet oder ihm eingeschrieben. Als 1973 etwa die erste Gedenktafel an der ehemaligen ›Euthanasie‹-Mordstätte Pirna-Sonnenstein eingeweiht wurde, wurde in den Festreden ausschließlich der als nicht mehr arbeitsfähig ausgesonderten KZ-Häftlinge gedacht, die dort 1941 als Opfer der ›Aktion 14f13‹ im Gas erstickt worden waren. Die ermordeten Patient:innen aus der Pflegeanstalt wurden hingegen nicht erwähnt. ⁶

Von ähnlichem nur partiellem Gedenken war die Gestaltung der KZ-Gedenkstätten in der DDR geprägt. Bauliche Relikte oder gar ganze Bereiche der ehemaligen Lager, die nicht in die Erzählung des antifaschistischen Widerstandskampfes passten, wurden kurzerhand geschleift oder wucherten zu – man denke nur an die Überreste des Kleinen Lagers in Buchenwald, in dem 1944/45 viele jüdische KZ-Insassen elend zugrunde gegangen waren. »Minimierung der Relikte zur Maximierung historisch-politischer Sinnggebung« – so könnte man mit den Worten des Historikers Jörn Rüsen den Umgang mit den historischen Relikten der Lager bezeichnen. ⁷ Präsentiert wurde in den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR ein Geschichtsbild, das die deutsche Bevölkerung als Opfer der Diktatur einer Clique von Monopolherren und NS-Funktionären darstellte, die nach dem Krieg natürlich alle in den Westen verschwunden waren. *Die Blutspur führt nach Bonn* hieß bezeichnenderweise die erste, 1966 eingerichtete Dauerausstellung in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora. ⁸ Dagegen ließ sich die Mitmachbereitschaft und die breite Mittäterschaft der deutschen Bevölkerung mit einem solchen Geschichtsbild trefflich ausklammern und noch besser propagandistisch im deutsch-deutschen Interessenkonflikt verwerten.

Während sich in der DDR bis 1989 in dieser Hinsicht nicht viel änderte, vollzog sich in der Bundesrepublik ab den 1970er-Jahren ein tiefgreifender Wandel. Dem politischen Aufbegehren und pädagogischen Aufbruch der ›68er‹-Generation folgend entdeckten Geschichts- und Erinnerungsinitiativen scheinbar vergessene Lager neu und machten sie – nicht selten mit aufklärerischem Impetus und gegen den Widerstand der Mehrheitsgesellschaft und kommunaler oder staatlicher Behörden – zum Gegenstand politischer Bildungsarbeit. Bald entwickelten sich daraus an verschiedenen Orten aktive Gedenkstätten (aktiv in dem Sinne, dass sie über Personal und eine Bildungs- und Dokumentationsarbeit verfügen), die ihre Existenz kritisch-bürgerschaftlichem Engagement zu verdanken hatten und deren Mitarbeiter:innen ehrenamtlich oder in prekären Arbeitsverhältnissen tätig waren. Eine staatliche Förderung gab es nur selten.

Das änderte sich erst ab Ende der 1980er-Jahre, als mit einer neuen Generation von Politiker:innen staatliche und kommunale Stellen den Forderungen der bürgerschaftlichen Initiativen nach staatlicher Unterstützung nachzukommen begannen. Schrittweise wurden die Gedenkstätten ausgebaut, in nennenswertem Umfang aber erst seit 1998, als der Bund erstmals eine Bundesgedenkstättenkonzeption verabschiedete, die seither mehrfach fortgeschrieben wurde.

Ihr wie der komplementären Finanzierung durch die Länder oder Kommunen ist es zu verdanken, dass nach der in den 1990er-Jahren realisierten Neukonzeption der ehemaligen Mahn- und Gedenkstätten der DDR auch der Ausbau der West-Gedenkstätten auf den Weg gebracht werden konnte, etwa in Neuengamme, Bergen-Belsen, Flossenbürg und Dachau, aber auch an überregional nicht ganz so bekannten Orten der NS-Verfolgung, darunter auch an etlichen Standorten der NS-Krankenmorde, die in den 2000er-Jahren Gedenkstätten erhielten (Pirna-Sonnenstein 2000, Oldenburg-Wehnen 2004, Lüneburg 2004, Denkmal ›Graue Busse‹ 2006, Brandenburg 2012, Gedenkort T4 in der Tiergartenstraße 4 in Berlin 2014). In Hadamar,

⁴ Stefanie Endlich: »Orte und Formen des Gedenkens an Opfer der ›Euthanasie‹-Verbrechen«, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Bd. 17 (2016), S. 150–162, hier: S. 152.

⁵ Vgl. ebd., S. 151.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Zit. nach Volkhard Knigge: »Vom Reden und Schweigen der Steine. Zu Denkmälern auf dem Gelände ehemaliger Konzentrations- und Vernichtungslager«, in: Sigrid Weigel, Birgit R. Erdle (Hrsg.): Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus, Zürich 1996, S. 193–234, hier: S. 207.

⁸ Vgl. Jens-Christian Wagner: Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, Göttingen 2015, S. 529.

Grafeneck und Bernburg waren hingegen bereits in den 1980er-Jahren Gedenkstätten eingerichtet worden.

Bundesweit ist in der Folge in den vergangenen 20 bis 30 Jahren ein dichtes Netz von etwa 300 Gedenkstätten entstanden, die an den Nationalsozialismus und seine Opfer erinnern. Auch qualitativ haben sich die Gedenkstätten weiterentwickelt: Mit dem Ausbau der Gedenkstätten seit den 1990er-Jahren ging ein Professionalisierungsschub einher; Gedenkstätten verstehen sich heute nicht nur als Orte der Trauer und des Gedenkens, sondern zunehmend auch als moderne zeithistorische Museen, für die entsprechende Standards gelten.

Erfolgsmodell Erinnerungskultur?

Eine Erfolgsgeschichte also? Im Ausland, etwa in Japan, sieht man voller Bewunderung auf die deutschen ›Erinnerungsweltmeister‹, und auch in Deutschland begegnet man vielfach wachsendem Bewältigungsstolz. Dennoch – oder vielleicht auch gerade deshalb – macht sich bei kritischen Beobachter:innen, teils auch innerhalb der Gedenkstätten, zunehmend ein Unbehagen an der aktuellen Erinnerungskultur breit. Dieses speist sich zum einen aus Kritik an ritualisierten, pathoshaften Beschwörungsformeln im politischen und gesellschaftlichen Diskurs und zum anderen – mit Blick auf die Arbeit innerhalb der Gedenkstätten – teils auch aus Defiziten der Gedenkstättendidaktik.

Das Unbehagen an der aktuellen Erinnerungskultur fängt schon mit dem Begriff des Erinnerns an. Sicherlich: In der Kultur- und auch in der Geschichtswissenschaft haben sich Denk- und Analysekonzepte des kollektiven oder auch des kulturellen Gedächtnisses durchgesetzt.⁹ In des Wortes eigentlicher Bedeutung können wir uns doch aber nur an etwas erinnern, was wir selbst erlebt haben. An was sollen sich aber 16-jährige Schüler:innen erinnern, wenn sie eine NS-Gedenkstätte besuchen? Auf sie wirkt der Appell, sich an etwas ›erinnern‹ zu sollen, was aus Altersgründen selbst ihre Großeltern nicht mehr selbst erlebt haben, als eine Überforderung, die zusätzlich auch noch moralisch aufgeladen ist.

Zugleich schwingt beim Begriff des ›Erinnerns‹ etwas Affirmatives mit, als gäbe es nur die *eine* Geschichte und die *eine* Lehre, die wir daraus ziehen. Geschichte geht aber nicht in Erinnerung auf. Geschichte ist komplexer als Erinnerung. Wer dieser Komplexität gerecht werden will, wer wissenschaftlich differenziert auf Geschichte blickt, der erinnert nicht, sondern setzt sich kritisch mit der Geschichte auseinander – nach allen Regeln der Quellenkritik.

Im öffentlichen und politischen Diskurs meint ›Erinnern‹ aber leider viel zu selten ›Auseinandersetzen‹, sondern allzu häufig bloßes Trauern, ohne nach den Hintergründen zu fragen und ohne die historische Abfolge von Ursache und Wirkung zu beachten. So kommt es dann zur Gleichsetzung von stalinistischen und nationalsozialistischen Verbrechen sowie von Ermordeten im Holocaust mit den deutschen Opfern von Luftkrieg sowie Flucht und Vertreibung. Im Tode seien alle gleich, hört man dann oft.

Überdies wird häufig die Bandbreite der Verfolgung nicht gesehen. Der Holocaust, also die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden, ist erinnerungskulturell derart

wirkungsmächtig, dass andere Opfergruppen an den Rand gedrängt werden – Sinti:zze und Rom:nja, politisch Verfolgte, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter:innen, Homosexuelle, Opfer der Justizverbrechen, Zeugen Jehovas, die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten und nicht zuletzt die Opfer des Krankenmordes – und das, obwohl die Forschung den engen Zusammenhang zwischen den ›Euthanasie‹-Morden und dem anschließenden Mord an den europäischen Juden und Jüdinnen, man denke etwa an die Arbeiten von Henry Friedländer, deutlich herausgearbeitet hat.¹⁰

Was sollte sich ändern? Eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Erinnerungskultur muss die Perspektive erweitern. Dazu gehört, dass wir den Blick auf die Bandbreite der Verfolgung ausweiten und uns zugleich vom Opferzentrismus lösen. Sicherlich: Im Mittelpunkt des *Gedenkens* im Sinne der Würdigung stehen ohne Zweifel die Opfer. Doch zeitgemäße Gedenkstättenarbeit muss sehr viel stärker auch nach den Täter:innen, Mittäter:innen und Profiteur:innen fragen und damit nach der Funktionsweise der von den Nationalsozialisten propagierten ›Volksgemeinschaft‹ und dem Wechselverhältnis zwischen der Ausgrenzung und Verfolgung der ›Gemeinschaftsfremden‹ auf der einen und Integrationsangeboten an die ›Volksgenossen‹ auf der anderen Seite. Und natürlich gehört auch der Blick auf die arbeitsteilige Täterschaft und die Einbindung bestimmter Berufsgruppen dazu, nicht zuletzt von Mediziner:innen und anderen Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Doch statt eines kritischen Blicks auf die NS-Gesellschaft und belastete Berufsgruppen erleben wir überwiegend eine Fokussierung auf die Opfer, nicht selten sogar eine Identifikation – seitens der Post-Tätergesellschaft eine Anmaßung. Aber es ist eben einfacher, mit und um Opfer zu trauern und sich damit gewissermaßen selbst moralisch zu überhöhen, als Fragen nach den Hintergründen der Verbrechen zu stellen.

Auch aus einem weiteren Grund ist der Opferdiskurs problematisch, macht er doch aus Menschen Objekte (nämlich vermeintlich willenlose Opfer) und verstellt den Blick auf Verfolgte als Akteur:innen. Es scheint fast so, als wären uns die vermeintlich willenlosen Opfer lieber als diejenigen, die Eigensinn zeigten, die Widerstand leisteten, die vielleicht auch sperrig sind, weil sie nicht in eine Schublade passen. Insgesamt lässt sich jedenfalls feststellen, das mit dem historisch entleerten ›Erinnern‹, mit dem unterschiedslosen Beweinen der Opfer des 20. Jahrhunderts in den vergangenen gut 20 Jahren eine Art Wohlfühl-Erinnerungskultur entstanden ist: Mit einem Schauern blicken wir auf die Vergangenheit, trauern und identifizieren uns mit den Opfern und freuen uns, dass heute alles vorbei ist. Unsere Erinnerungskultur ist auch von Entlastungsritualen geprägt. Das zeigt sich etwa im Ergebnis der Bielefelder MEMO-Studien zum historischen Bewusstsein der Deutschen. Danach ist die Zahl der Deutschen, die glauben, in ihrer Familie habe es Opfer des Nationalsozialismus gegeben, deutlich höher als derjenigen, die von Täter:innen in ihrer Familie ausgehen. Die meisten sind zudem davon überzeugt, die Deutschen hätten nichts oder nichts Genaues von den systematischen Morden gewusst.¹¹

Auch wegen dieser erinnerungskulturellen Defizite konnte in den vergangenen Jahren eine Situation entstehen, die auf den ersten Blick paradox erscheint: Trotz des

⁹ Der Begriff »kulturelles Gedächtnis« (im französischen Original »mémoire collective«) bezeichnet die historische Erinnerung in der Gesellschaft und wurde von dem Soziologen Maurice Halbwachs geprägt, der 1945 als Häftling im KZ Buchenwald starb. Unter anderem Jan und Aleida Assman haben das Konzept mit der Unterteilung in das kommunikative und kulturelle Gedächtnis ausdifferenziert, vgl. etwa Astrid Erll: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart 2005.

¹⁰ Vgl. Henry Friedländer: Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 2001.

¹¹ Vgl. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld (Hrsg.): Multidimensionaler Erinnerungsmonitor (MEMO), Studie III/2020, Bielefeld 2020, https://pub.uni-bielefeld.de/download/2949171/2949172/EVZ_Studie_MEMO_2020_dt_Endfassung.pdf vom 07.05.2020 [Stand: 23.12.2022], S. 15–18.

umfangreichen Ausbaus der Gedenkstättenarbeit seit den 1990er-Jahren feiern extrem rechte Parteien wie die AfD einen Wahlerfolg nach dem anderen. Pandemieleugner:innen wiederum setzen seit 2020 eine antisemitische Verschwörungslegende nach der anderen in die Welt, und sie instrumentalisieren schamlos die Geschichte, indem sie sich in eine Reihe mit den Verfolgten des Nationalsozialismus stellen – sei es, indem sie sich als neue Anne Frank oder Sophie Scholl aufführen, ›Judensterne‹ mit der Aufschrift ›ungeimpft‹ tragen oder, wie im Mai 2021 in Weimar, zu Demonstrationen unter dem Hashtag #weißeRose aufrufen.

Haltung gegen Geschichtsrevisionismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus

Solche Gleichsetzungen verharmlosen die NS-Verbrechen und verhöhnern deren Opfer. Die Gedenkstätten sind aufgefordert, offensiv und zugleich historisch fundiert gegen solche Gleichsetzungen vorzugehen. Überhaupt müssen sie auch in aktuellen politischen Debatten stärker als bisher Position beziehen – insbesondere gegen jeden Versuch, die NS-Verbrechen zu relativieren oder gar zu leugnen, aber auch gegen aktuelle Hetze gegen Minderheiten.

Allerdings sollten wir uns vor falschen historischen Analogien hüten, und wir sollten eine Entwicklung kritisch betrachten, die zunehmend en vogue ist, nämlich den Gedenkstätten eine sehr allgemeine, entkontextualisierte Form der Menschenrechtserziehung aufzustülpen und damit sinnloses Leiden und heillose Geschichte in eine religiöse, politische oder metaphysische Sinnstiftung einzulesen, nach der wir aus der dunklen Vergangenheit in die leuchtende Zukunft gehen, wenn wir nur die richtigen ›Lehren‹ aus der Vergangenheit beherzigen. Die von den Nationalsozialisten Verfolgten hatten jedoch ganz eigene, individuelle soziale und politische Vorstellungen, und keiner von ihnen ist gestorben, um das 1948 verabschiedete Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu schützen.

Letztlich ist es damit im schlimmsten Fall eine Instrumentalisierung der Opfer und Kennzeichen eines eben nicht *reflexiven*, sondern *affirmativen* Geschichtsverständnisses, wenn wir unsere heutigen Vorstellungen von Menschenrechten und politischer Moral, so gut gemeint und fundiert diese auch seien, als Lehre aus den Verbrechen der Nationalsozialisten verkaufen.

Weder in den Gedenkstätten noch überhaupt in der Erinnerungskultur sollten Heilslehren verkündet werden. Wenn Geschichte in Gedenkstätten aber so präsentiert wird, dass sich Besuchende aus der konkreten Geschichte der jeweiligen Orte heraus mit der Frage auseinandersetzen können, wie die radikal rassistisch formierte NS-Gesellschaft funktionierte und welche Motivation Täter:innen und Mittäter:innen antrieb, werden sie sich selbst ein Urteil bilden können – unterstützt von Historiker:innen und Gedenkstättenpädagog:innen, die ihnen keine Lehre aufzwingen, sondern sie darin stärken, sich quellenkritisch und multiperspektivisch historisches Wissen anzueignen und in seiner Gegenwartsrelevanz zu bewerten.

Nicht die ideologische Bestätigung aktueller gesellschaftlicher und politischer Zustände (Affirmation) oder eine moralisch aufgeladene Mahnung (Appellation) sollten also im Mittelpunkt des heutigen Umgangs mit der NS-Geschichte stehen, sondern wissensbasiertes Nachdenken und Abwägen. Anders formuliert: Nicht Bekenntnis, sondern Erkenntnis ist das Ziel der Gedenkstättenarbeit. Es geht um selbstbestimmte Reflexion der Vergangenheit und darum, historische Urteilskraft in der Gesellschaft zu stärken.

Das Ausmaß der in der Menschheitsgeschichte präzedenzlosen NS-Verbrechen macht bis heute fassungslos, umso mehr, als sie nicht nur von pathologischen Exzess-Tätern oder einer

kleinen Clique fanatischer NS-Funktionäre oder SS-Schläger begangen wurden, sondern sich Millionen Deutsche aus eigenem Antrieb und selbstmobilisierend daran beteiligten – auch zahlreiche Ärzt:innen, Pfleger:innen und weitere Beschäftigte im Gesundheitswesen. Auf den ersten Blick sind diese Verbrechen derart monströs, dass sie nicht vorstellbar und auch nicht erklärbar zu sein scheinen. »Unvorstellbar«, schrieb der Buchenwald-Überlebende Robert Antelme 1947, »das ist ein Wort, das sich nicht teilen lässt, das nicht einschränkt. Es ist das bequemste Wort. Lläuft man mit diesem Wort als Schutzschild umher, diesem Wort der Leere, wird der Schritt sicherer, fester, fängt sich das Gewissen wieder.«¹²

Diesem »bequemen Schutzschild« muss eine erneuerte, geschichtsbewusste und zugleich gegenwartsbezogene Erinnerungskultur eine bewusste Verunsicherung entgegensetzen: den Versuch, zu erklären, warum sich so viele Deutsche an den NS-Verbrechen beteiligt, sie überhaupt erst möglich gemacht haben. Für die Arbeit in den Gedenkstätten bedeutet das, Fragen aufzuwerfen: Wer hat etwas getan, warum hat er oder sie es getan, welche Folgen hatte das für die Opfer, wer waren die Opfer, in welchem Kontext geschahen die Verbrechen?

Gerade, wenn man sich vor Augen hält, dass die Verbrechen inmitten der Gesellschaft, in aller Öffentlichkeit begangen wurden, dann ruft das weitere Fragen hervor: Was hatte Weimar mit Buchenwald, was hatte die heutige Bauhausstraße 11 in der ›Klassiker-Stadt‹ mit den NS-Medizinverbrechen zu tun? Warum machten die meisten Deutschen bis zum Ende des Krieges mit, profitierten selbstmobilisierend von ›Arisierungen‹ und Zwangsarbeit? Warum stießen die Lager in ihrem gesellschaftlichen Umfeld auf breite Akzeptanz, wurde die Gesellschaft zum Teil des Lagerzauns? Was motivierte Industrielle, Handwerker:innen und Landwirt:innen, auf Zwangsarbeit zu setzen? Was bewog Ärzt:innen, Menschen zu töten, statt ihnen zu helfen? Was bewog Anwohner:innen der Lager und Ghettos, deren Insassen feindselig zu begegnen oder bestenfalls wegzusehen, statt zu versuchen, ihnen zu helfen? Und schließlich die zentrale Frage: Wie konnte es dazu kommen?

Die Antwort auf dieser Frage liegt in einer Gemengelage unterschiedlicher struktureller, ideologischer, sozialer, psychologischer und habitueller Faktoren. Genannt seien etwa die ideologische Affinität (insbesondere zu antisemitischen und rassistischen Einstellungsmustern), Verheißungen der Ungleichheit (mit denen materielle Verbesserungen und subjektive Aufstiegserfahrungen für die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft einhergingen), das emotionale Angebot und die Überhöhung des Dazugehörens (im Unterschied zu den Ausgegrenzten), Gewöhnung an Gewalt, Indoktrination, Gruppendruck, Repression, Ängste, autoritäres Denken und, nicht zu unterschätzen, durch (mediale) Sicherheits- und Kriminalisierungsdiskurse aufgeladene Ausgrenzungspraxen.¹³

Beim Blick auf diese sehr heterogenen Faktoren zeigt sich, dass viele von ihnen gar nicht spezifisch nationalsozialistisch determiniert sind, sondern mehr oder weniger auch heute noch zumindest latent ihre Wirkung entfalten – man denke etwa an Ausgrenzungs- und Kriminalisierungsdiskurse gegenüber Zugewanderten oder gegenüber Sinti:zze und Rom:nja.

Gerade die Auseinandersetzung mit der Mitmachbereitschaft im Nationalsozialismus bietet deshalb große handlungsorientierte didaktische Potentiale mit Aktualitätsbezug – und das immer vom historischen Ort ausgehend und damit jenseits falscher historischer Analogien oder mühsam herbeigezogener aktueller Geschehnisse, die mit den historischen Orten eigentlich nichts zu tun haben (jedenfalls nicht auf den ersten Blick) und im schlimmsten Fall

¹² Robert Antelme: Das Menschengeschlecht. Als Deportierter in Deutschland, München 1990, S. 205f.
¹³ Vgl. Wagner, Produktion des Todes, wie Anm. 8, hier: S. 519ff.

die NS-Verbrechen zu bagatellisieren drohen. Und noch ein Thema kommt hier hinzu: widerständiges oder eigensinniges Verhalten. Gerade in der Frage, wer denn *nicht* mitgemacht hat oder sich sogar aktiv widersetzte, liegt ein handlungsorientierendes pädagogisches Potential.

Wie nötig es ist, dieses Potential zu stärken, zeigt die zunehmende Relativierung, Verharmlosung und Indienstnahme der NS-Geschichte und ihrer Opfer durch »Querdenker:innen« und andere. Oft steht dahinter die explizite Bestrebung, die Geschichte bewusst gegen eine Auseinandersetzung mit dem NS umzuschreiben. Zu einem gewissen Teil sind die unpassenden NS-Vergleiche aber auch die Folge unserer in Pathos und Entlastungsritualen erstarrten Erinnerungskultur und eines defizitären Geschichtsunterrichts wie auch der Präsentation von Geschichte in Öffentlichkeit und Medien: Der Blick auf die Geschichte beschränkt sich entweder auf schwülstiges Pathos und Betroffenheitskitsch – oder auf das Lernen von Daten, Namen und Ereignissen; beides, ohne Zusammenhänge zu reflektieren.

Geschichtsbewusstsein ist umfassender. Es bedeutet, historische Prozesse einschließlich ihrer Ursachen und Folgen und die historische Bedingtheit des eigenen Lebens zu verstehen. Das kann nur in einem selbstreflexiven Prozess einer intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte geschehen. Dazu gehört, dass wir – aus der Geschichte herausgearbeitet – selbstkritisch unsere eigene politische, ethische und soziale Haltung im heutigen Leben und die Folgen des eigenen Tuns hinterfragen. Eine solche aktive, kritische, gegenwartsbezogene und akteursorientierte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist mühsamer als das unterschiedslose Beweinen der Toten des 20. Jahrhunderts oder der Konsum hohler Pathosformeln. Nachdenken und forschendes Lernen sind anstrengend. Aber sie lohnen sich – nicht nur in den Gedenkstätten, sondern auch in den Schulen und Universitäten wie überhaupt in der gesamten Gesellschaft.

Erinnern gestalten

Städtebau und Erinnerung – lokale und nationale Perspektiven. Interview mit Max Welch Guerra

Max Welch Guerra ist Senior-Professor für Raumplanung und Raumforschung an der Bauhaus-Universität Weimar. Als ausgebildeter Politikwissenschaftler forscht er aus europäischer Perspektive zur Geschichte des Städtebaus unter den Diktaturen Europas im 20. Jahrhundert. Max Welch Guerra bezieht sich auch in der Urbanistik-Lehre auf die Auseinandersetzung mit den Hinterlassenschaften der NS-Zeit, unter anderem auch mit der Bauhausstraße 11. Er blickt als Experte für Erinnerung und Städtebau auf den Umgang mit dem vielfältigen Erbe der Moderne in Weimar und gestaltet diesen mit. Das Interview führte Jannik Noeske am 8. August 2023.

Max, du beschäftigst dich – als Professor für Raumplanung und Raumforschung im Studiengang Urbanistik – viel mit der Geschichte des Städtebaus der europäischen Diktaturen. Du unterrichtest auch zu diesem Thema an der Bauhaus-Universität Weimar in den Urbanistik-Studiengängen. Inwiefern ist es wichtig, sich mit dem städtebaulichen Erbe der Diktaturen in Europa und besonders der NS-Zeit in Deutschland auf diese Weise zu befassen?

Zunächst müssen wir heute in Thüringen – und Deutschland – für Gedenkstätten und Erinnerungsorte vor dem Hintergrund des Erstarkens rechter Parteien stärker eintreten als dies noch vor einigen Jahren der Fall war: Die Gedenkstätten als Orte der Erinnerung an den NS sind in vielerlei Hinsicht und unmittelbar bedroht. Es gibt aber allgemein eine Reihe von Gründen, die dafürsprechen, sich mit dem städtebaulichen Erbe des Nationalsozialismus zu beschäftigen: ethisch-berufliche Gründe, akademische Gründe, politische Gründe und ganz allgemein existenzielle Gründe. Wir reden ja über die schlimmsten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Und insofern ist es wichtig, sich zunächst einmal die Frage zu stellen, warum das überhaupt passieren konnte? Was hat meine Familie, was hat mein Lebensumfeld, was hat meine Berufsgruppe mit dem Entstehen der nationalsozialistischen Diktatur zu tun gehabt? So werden wir sensibler dafür, was es bedeutet, wenn wir etwa nach Warschau, Posen oder Paris reisen und dort als Vertreter einer deutschen Universität oder als Fachleute auftreten. Das ist das Erste.

Indem wir uns sorgfältig mit dem städtebaulichen Erbe beschäftigen, erfahren wir – das ist das zweite Argument – eine ganze Menge darüber, wie es die Nazis geschafft haben, innerhalb von zwölf Jahren so viel Zustimmung zu erhalten, so viel

aufzubauen – und so viel zu zerstören. Städtebau mit all den Maßstäben der räumlichen Planung bietet sich als Schlüssel an, die Geschichte zu verstehen. Die Auseinandersetzung mit dem Raum zeigt uns unter anderem, wie der Nationalsozialismus in allen Teilen des Landes und der Gesellschaft wirken konnte. Die Nazis haben schon in den ersten Jahren Ihrer Diktatur unzählige Kasernen und Flughäfen, karge Zwangsarbeiterlager, nüchterne Wohnsiedlungen und pompöse Schulen für ihren Nachwuchs bauen lassen, Autobahnen und großzügig dimensionierte Anlagen für propagandistische Massenveranstaltungen, landwirtschaftliche Modellprojekte und auch Herrschaftsforen erstellt. Aber sie haben ebenso bestehende Bauten übernommen, um sie etwa als ›Rasseamt‹ zu nutzen. All diese Projekte wurden entsprechend propagandistisch ausgeschlachtet. Die räumlichen Zeugnisse jener Zeit können heute noch Auskunft über die weitgefächerte und beinahe allgegenwärtige Politik geben, die die Nazis entfaltet haben, um ihre Diktatur auszubauen – und um den Krieg vorzubereiten.

Das Dritte betrifft die in der Nachkriegszeit verbreitete Erzählung, dass die Deutschen vom ›Bösen‹ verführt worden seien. Aber nein, Fachleute aus Architektur, Städtebau und Raumordnung insgesamt – also unsere wissenschaftlichen Disziplinen und Praxisfelder – waren unmittelbar an der Nazi-Herrschaft beteiligt! Kolleg:innen von uns aus der damaligen Zeit haben tatkräftig mitgewirkt. Wir haben also eine Verantwortung speziell als Praxisfeld, als wissenschaftliche Disziplin und als Universität. Raumplaner – und auch Raumplanerinnen – haben in ihrer Funktion als Wissenschaftler:innen aktiv und zum Teil eigeninitiativ an den Verbrechen der Nazi-Herrschaft mitgewirkt.

Speziell die Frage des Rassismus, dieser biologistischen Vorstellung von den vermeintlich hierarchischen Unterschieden unter den Menschen, ist ein ganz wichtiges Beispiel dafür. In der institutionalisierten Raumplanung wurde dann proklamiert, die Deutschen oder die Germanen würden mehr Raum benötigen als beispielsweise polnische Menschen. Das wurde sogar mathematisch berechnet. Das war also verbunden mit der Vorstellung, dass Deutsche berechtigt seien, etwa polnischen, ukrainischen und russischen Menschen das Land zu nehmen, sie zu vertreiben und sie zu ermorden. Denen, die für jüdisch oder anderswie für unwert gehalten wurden, wurden mit einer ebensolchen Rechtfertigung gleich der Zwangsarbeit oder direkt der Vernichtung ausgeliefert.

Neben der Geschichte der Disziplin sind wir auch konfrontiert mit der Frage, welche Antworten wir auf das bauliche Erbe finden, das der Nationalsozialismus genau wie andere Diktaturen in Europa hinterlassen haben. Wie ist das vor allem im Kontext unterschiedlicher Länder zu bewerten?

Es gibt dabei zwei maßgebliche Instanzen der Geschichtspolitik und des kulturellen Gedächtnisses. Das eine ist die nationale Ebene und das andere die lokale. Die nationale Ebene dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, sonst können wir nicht verstehen, warum etwa in den baltischen Ländern der Stalinismus viel stärker Gegenstand der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen ist. In Spanien wiederum – wo die Franquistische Diktatur seit dem Ende des grausamen Bürgerkriegs 1939 bis ins Jahr 1975 Bestand hatte – wurde dem nach Tod des Diktators Franco gesellschaftlich vereinbart, eine parlamentarische Demokratie aufzubauen – auf Kosten der Aufarbeitung der Diktatur. Zwar wurden immer wieder Versuche unternommen, die

Aufarbeitung gesetzlich zu verankern, aber das ambitionierteste dieser Versuche – die sogenannte *Ley de la Memoria Histórica* – wurde besonders von Rechten immer stark kritisiert und bekämpft. Das spaltet die spanische Gesellschaft in gewisser Hinsicht bis heute.

Die Geschichte des Nationalsozialismus in Deutschland ist historisch ohne Vergleich. Dennoch können wir seine Geschichte und die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Diktatur besser verstehen, wenn wir einen analytischen Blick einnehmen, der auch auf andere europäische und außereuropäische Diktaturen blickt. Wie verstehst du den Weg der Erinnerungspolitik der Bundesrepublik vor diesem Hintergrund?

Auch hier gab es zunächst wenig Bereitschaft, die baulich-räumlichen Hinterlassenschaften der NS-Zeit in der Breite überhaupt zu thematisieren. Man hat vielmehr über das Spektakuläre gesprochen, das zum größten Teil Papierstädtebau geblieben war. Erst ab den 1970er-Jahren und insbesondere in den 1980ern, begann eine neue Generation, an vielen Orten die dortige Geschichte regelrecht auszugraben, vor allem in den sogenannten Geschichtswerkstätten. Aber auch auf Bundesebene war die Aufarbeitung zunächst zögerlich. Erst nach der deutschen Einheit ab 1990 bekannte sich die Bundesrepublik ganz offen zu Schuld und Verantwortung, was auch im Kontext der Verhandlungen über eine Deutsche Einheit als Zeichen gegenüber der Welt wichtig war: *Wir werden uns vereinen, wir werden wieder zu einem sehr starken europäischen Land werden, wirtschaftlich und politisch, aber keine Angst, wir werden nie wieder Weltherrschaft anstreben.* In diesem Kontext haben CDU und CSU überhaupt erst die Oder-Neiße-Linie formell als deutsche Ostgrenze anerkannt! Erst seitdem existiert diese grundsätzlich selbstkritische geschichtspolitische Position als Teil der Staatsräson. Die Bedeutung der Geschichte ist also auf nationaler wie auf lokaler Ebene erheblich gewachsen.

Gab es eine vergleichbare Auseinandersetzung auch bereits in der DDR?

Der Antifaschismus der DDR entstammte ebenfalls der herrschenden Staatsräson, aber dieser Antifaschismus wurde auch von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt. Staat und Partei haben sich allerdings sehr auf die Rolle der Kommunist:innen im Widerstand konzentriert und den christlichen und den bürgerlichen Widerstand kaum gewürdigt. Dennoch gab es in der späteren DDR lokale Initiativen, die beispielsweise alte jüdische Friedhöfe gepflegt haben.

Existierte darüber hinaus eine explizite Auseinandersetzung mit dem baulichen Erbe Nazi-Deutschlands in der DDR?

Ja, aber das fing auch erst in den 1980er-Jahren richtig an. Übrigens hat die Hochschule für Bauwesen Weimar eine wichtige Rolle dabei gespielt. Die Kolleg:innen haben angefangen, sich zu informieren und mit ost- aber auch westeuropäischen Fachleuten in Austausch zu treten. Der antifaschistische Charakter der DDR hat aber nicht dazu geführt, dass es eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem NS-Städtebau gegeben hätte.

Es gibt nur eine große Ausnahme, ausgerechnet in Weimar: der Lange Jakob. Dieses Studierendenwohnheim in dem großen weißen Gebäude – der nach Ansicht vieler die Silhouette der Altstadt stört – ist das einzige uns bekannte Ergebnis der expliziten städtebaulichen Auseinandersetzung der DDR mit der Nazi-Zeit. Das ehemalige Gauforum – dies macht ein Blick vom Glockenturm der Gedenkstätte Buchenwald auf die Stadt schlagartig deutlich – wird durch den Langen Jakob praktisch in den Schatten gestellt. Das war bewusst so geplant. Ich habe die Architektin Anita Bach dazu interviewt. Diese städtebauliche Stellungnahme zur Geschichte wurde nicht einfach von oben verordnet, sondern war das Ergebnis einer fachlichen Diskussion, die sicherlich nicht nur in Weimar geführt wurde. Aber ich denke, diese Diskussion gehört zu den wichtigsten Verdiensten der Vorvergangenheit unserer Universität. In den 1980er-Jahren haben HAB-Angehörige wie Gerd Zimmermann eine wichtige Rolle dabei gespielt.

In Italien wird auch heute noch sehr positiv auf die Architektur und Städtebau der 1920er- und 30er-Jahre geblickt. In vielen Städten sind die Wohngebiete aus dieser Zeit heute beliebte Gegenden und die spektakulären Bauten werden als Teil des kulturellen Erbes anerkannt – teilweise in vollem Wissen des historischen Kontextes ihrer Entstehung.

Ja. Es gibt einen wichtigen Aspekt, den wir immer im Kopf haben müssen. Insgesamt wird in der Bundesrepublik sehr viel an konkreten Orten festgemacht, auch wenn diese vielleicht nicht mehr da sind, wie zum Beispiel Gelände der *Topographie des Terrors* in Berlin. Dort sind nur ein paar Kellerreste von der Machtzentrale der SS und Gestapo geblieben. Der baulich-räumliche Aspekt ist hier sehr wichtig und oft der unmittelbare Anlass, sich mit der Geschichte zu beschäftigen. In anderen Ländern ist das nicht so. In Italien oder Spanien wird Geschichte anders aufgearbeitet, es wird anders über die schmerzhaften Kapitel der Geschichte gestritten. Das gilt aber auch für Argentinien und Chile. Dort spielen zum Beispiel Gerichtsprozesse eine große Rolle, aber auch Literatur wie Romane und Theaterstücke – während Bauten, Pläne und städtische Funktionen nicht so stark im Licht der Diskussion stehen. In Deutschland ist die Erinnerungspolitik sensibler für den gebauten Raum. Das trägt auch dazu bei, dass lokale Akteur:innen eine wichtige Rolle für die Aufarbeitung der Geschichte spielen. Das ist eine deutsche Besonderheit.

Du sagst, dass die geschichtspolitische Auseinandersetzung in Spanien auf nationaler Ebene nicht so stark durch baulich-räumliches Erbe geprägt ist. Gibt es denn in Spanien Beispiele, wo anhand einzelner Orte lokale Akteur:innen stärker über Bauten diskutieren?

Ja und nein. Diese lokalen Akteur:innen sind selten handlungsfähig. Eine der wichtigsten Erinnerungsstätten der Franco-Diktatur, das *Valle de los Caídos* oder Tal der Gefallenen, wurde bis vor kurzem durch Benediktinermönche unterhalten. Sie haben zum Beispiel versucht, die sakrale Huldigung der Diktatur zu schützen und die Umbettung der sterblichen Überreste des spanischen Diktators Francisco Franco und der zweiten Leuchtfigur des Franquismus, José Antonio Primo de Rivera, zu verhindern. Andernorts sind es oft Kinder und Enkelkinder von gefallenen Republikaner:innen, die sich um die Erinnerung kümmern und die herausbekommen wollen, wo der

Vater oder die Großmutter begraben worden sind. Das sind manchmal erschütternde Erlebnisse. Auch an der Universidad de Madrid gibt es Kolleg:innen, die sich sehr intensiv damit auseinandersetzen. Aber es spielt in der großen Diskussion kaum eine Rolle. Nur punktuell wird hier über 20, dort über 40 Leichen aus der Zeit des Bürgerkrieges berichtet, die bei Bauarbeiten unter einem Bürgersteig gefunden wurden. Der rechte Partido Popular und der ultrarechte Vox versuchen ständig, die Finanzierung von Erinnerungsstätten zu unterbinden. Leider sehen sich auch die Gedenkstätten in Deutschland aktuell stärker mit diesem Problem konfrontiert.

In der Bundesrepublik spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle. Häufig treten Initiativen zunächst an die Stadtverwaltungen heran. Auch die Bundesländer übernehmen eine zentrale Rolle. Die Vielfalt der Akteur:innen kennzeichnet die Erinnerungslandschaft in Deutschland.

Ja, wir haben im Master Urbanistik zum Beispiel einmal untersucht, welche Unterschiede es zwischen dem ehemaligen KdF-Seebad in Prora, dem Tempelhofer Feld und dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände gibt. In Prora war zunächst die kleine Gemeinde Binz dafür zuständig. Dort gibt es keine Institution, die in der Lage wäre, ein solches Projekt anzugehen, es gibt auch kein entsprechendes bürgerschaftliches Milieu. Letztlich ist der Umgang mit der außergewöhnlich großen Anlage auf Bundesebene entschieden worden. Ganz anders der Fall des Tempelhofer Feldes in Berlin. Neben dem Flughafen-Neubau befanden sich hier auch Zwangsarbeits- und Außenlager. Außerdem ist das Flughafengebäude – mit Ausnahme eines Beton-Versuchsbaus – das einzige realisierte und heute noch sichtbare Stück der großen Nord-Süd-Achse. Diejenigen die erkämpft haben, dass das Flugfeld nicht bebaut wird, haben nur utilitaristisch auf die Vergangenheit und auf die geschichtspolitische Bedeutung des Tempelhofer Feldes im Zusammenhang mit der NS-Zeit hingewiesen. In Debatten über aktuelle Nutzungen spielt die Nazi-Vergangenheit überhaupt keine Rolle.

Der Fall des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg ist wiederum ganz anders gelagert. Durch die Nutzung der US-Armee wurde das Gelände erstmals umgedeutet, es kam auch zu ersten Abrissen und Umbauten. Später war die Stadt Nürnberg maßgeblich für die Bespielung des Areals zuständig. Zunächst war das nur die Kommune, denn es gab anfangs einige bürgerschaftliche Initiativen. Die Stadt Nürnberg war allein schon wegen der Größe und der hohen Summen, die nötig gewesen wären, um die Bauten zu erhalten, aber auch um ein Nutzungskonzept zu erarbeiten, einfach überfordert. Dass es dort profane Nutzung gibt, ist nicht nur das Ergebnis der Überlegung, die Aura des Nazismus bewusst zu brechen, sondern es waren auch pragmatische Gedanken im Spiel. Der Bund hat sich bis vor wenigen Jahren nur zögerlich an den Kosten der Erhaltung und Pflege der Bauten beteiligt. Es gab auch Meinungen unter Fachleuten, das Gelände sich selbst zu überlassen und die hohen Summen für die Instandhaltung nicht aufzuwenden. Erst vor wenigen Jahren haben der Bund und der Freistaat Bayern entschieden, selbst sehr viel Geld zu investieren. Der Bund trägt mit 42 Millionen Euro die Hälfte der notwendigen Kosten für die Sicherung der Zeppelintribüne und anderer Bauten. Auch für die Modernisierung des Dokumentationszentrums wurden vor einigen Jahren einige Millionen Euro an Bundesmitteln hinzugegeben. Damit ist das Reichsparteitagsgelände nun auch eine Bundesangelegenheit.

Das heißt, die lokalen Akteur:innen mussten auch Kompetenzen abgeben?

Das kommunale Dokumentationszentrum spielt nach wie vor eine ganz wichtige Rolle. Es handelt sich natürlich nicht nur um ein Dokumentationszentrum, sondern um eine Institution mit Fachleuten, die das Gelände und seine Geschichte sehr genau kennen, aber auch aufmerksam verfolgen, wie andernorts mit dem baulichen Erbe umgegangen wird. Auch über die Gestaltung der Dauerausstellung wird mittlerweile auf einem sehr hohen Niveau diskutiert. Das ist vorbildlich. In gewisser Weise vertritt das Dokumentationszentrum die Interessen einer weit über Nürnberg hinaus reichenden Beschäftigung damit. Man darf nicht vergessen, das Reichsparteitagsgelände ist bei sehr vielen Menschen, die aus Israel, aus den USA, aus Frankreich oder aus Japan nach Deutschland kommen, Teil des Besuchsprogramms. Deshalb ist das Dokumentationszentrum sehr stark global orientiert. Diese Besonderheit und Herausforderung haben die Verantwortlichen immer besser im Griff. Auf der anderen Seite bleibt das Gelände ein Teil der Kommunalpolitik. Die Nürnberger Oper erhält eine Ausweichspielstätte, die im Innenhof des Torsos der Kongresshalle nach Plänen des weltweit agierenden Architekturbüros GMP entstehen soll. Das ist eine sehr sensible Stelle. In der Fachöffentlichkeit wurde diese Entscheidung teilweise stark kritisiert, es blieb aber bei der pragmatischen Entscheidung der Stadt Nürnberg.

Du hast jetzt viel über die Rolle der lokalen Akteur:innen gesprochen. Welche Verantwortung trägt denn die Bauhaus-Universität Weimar in der Stadt für die Aufarbeitung des städtischen Erbes? Der Auftrag weist schließlich über die reine architektur- oder städtebaugeschichtliche Forschung hinaus.

Die Universität wirkt auch als Gegengedächtnis der Gesellschaft! Wir haben die Möglichkeit, relativ unabhängig vom Tagesgeschehen und langfristig an – vielleicht manchmal unbequemen, aber erinnerungspolitisch überaus relevanten – Themen zu arbeiten. In Weimar ist die Situation eine ganz besondere. Die Stadt hat nur 65.000 Einwohner:innen, aber es existieren hier mehrere Institutionen, zu deren Aufgabe es gehört, sich mit Geschichte auseinanderzusetzen. Allein schon die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora ist ein ganz aktiver Teil der Auseinandersetzung mit Geschichte – weit über Weimar hinaus! Erfreulicherweise bringen sie sich stark auch in städtische Debatten ein und werden mit dem Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus nun auch stärker wahrgenommen werden. Auch die Klassik Stiftung Weimar hat nicht nur im engeren Sinne museale Interessen. Es geht nicht mehr darum, allein die Herrschaftsorte der Zeit des Großherzogs oder die schöne Parklandschaft vorzustellen. Nein, zum Glück beschäftigt sich die Stiftung seit einigen Jahren auch mit anderen Kapiteln der Stadtgeschichte, speziell mit dem ehemaligen Gauforum. Allein der Standort des neuen Bauhaus-Museums ist ein sehr wichtiges Zeichen, das wahrscheinlich in Zukunft noch besser verstanden werden wird.

In den letzten Jahren ist das Bewusstsein gewachsen, dass nicht so stark zwischen der Geschichte der Weimarer Klassik, des historischen Bauhaus und der NS-Zeit getrennt werden darf: Es gibt einen größeren Zusammenhang, der über den räumlichen hinausgeht. Momentan arbeitet die Klassik Stiftung Weimar an einer Ausstellung, die herausarbeitet, dass auch Bauhüser:innen willfähige Unterstützende

des NS-Systems waren, dass sie ohne Not mitgewirkt haben. Auch der Verein *Bauhaus. Weimar.Moderne* hat sich für eine solche Betrachtung eingesetzt. Auf sie geht die Initiative zurück, das Bauhaus-Museum als Teil einer Topografie der Moderne zu sehen.

Wir an der Universität haben mithin das Glück, dass wir Teil eines erstaunlich dichten, intensiv arbeitenden und nachdenkenden Kreises von Institutionen sind. Es gibt von der Bauhaus-Universität Weimar schon seit langem Bestrebungen, in die Stadt hineinzuwirken, auch im Zusammenhang mit der Aufarbeitung von Geschichte. Erstaunlich ist, dass die Auseinandersetzung mit der eigenen institutionellen Rolle manchmal zu kurz kommt. Die bislang kaum reflektierten Nutzungen der Bauhausstraße 11 und der Marienstraße 13 und 15 sind dafür gute Beispiele. Die dort ansässigen Institutionen haben durch wissenschaftliche und verwaltungstechnische Methoden zu den größten Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts beigetragen. Auch der Rassismus wurde vermeintlich wissenschaftlich begründet und mittels bürokratischer Praktiken gestützt. Es wurden Argumente für Euthanasie-Verbrechen geliefert, aber auch rassistische Kriterien für die Auswahl von Familien für die Kolonisierung weiter Teile Osteuropas angewandt – Rassismus als ein Instrument für die Privilegierung ausgewählter Familien. Die Rhetorik einer vermeintlichen Besiedlung sollte suggerieren, dass die Landstriche höchstens spärlich bewohnt gewesen seien. Das war selbstverständlich nicht der Fall. In der Konsequenz war die sogenannte Ostraumplanung also verbunden mit der Idee der Vertreibung und Vernichtung der osteuropäischen Jüdinnen und Juden, aber auch großen Teilen der dortigen Bevölkerung – manchmal auf Grundlage willkürlicher Zuschreibungen – insgesamt.

Als Universität müssen wir zeigen, dass wir uns der Vergangenheit der Bauten, die wir uns angeeignet haben, aber auch der Rolle von Wissenschaft in der Nazi-Diktatur bewusst sind. Wer in Räumlichkeiten arbeitet oder studiert, die vorher Teil der Gesundheitsbürokratie, die vorher ein »Landesamt für Rassewesen« oder die ein sogenanntes Ghettohaus waren, sollte darüber Bescheid wissen. Man ist anfangs vielleicht ein bisschen überrascht, dass die Nazi-Diktatur ihre Spuren nicht nur in monumentalen Achsen, sondern auch in Nebenstraßen hinterlassen hat. Die Orte des NS sind eben nicht nur die großen und monumentalen, häufig aber nicht realisierten Planungen. Der Nationalsozialismus hat sich tief in die Geschichte von Städten und Dörfern in ganz Europa eingeschrieben. Das sagt eine Menge darüber aus, wie sich das System zwölf Jahre halten konnte.

So entsteht ein weit verzweigtes Netzwerk der städtischen Erinnerung. Die Bauhausstraße 11 ist ein sehr gutes Beispiel dafür, eben weil man hier auch mit einer Vielzahl von Akteur:innen zusammenarbeitet, die ihrerseits ihre gesellschaftliche Verantwortung einbringen – auch wenn das etwas spät geschieht. Als gestaltungsorientierte Universität obliegt es aber insbesondere uns, Beiträge für die Gestaltung von Erinnerungsorten zu leisten und an Ort und Stelle auszuprobieren. Schließlich haben wir die Möglichkeiten, nicht nur Wissen über diese Orte zu generieren, sondern dieses Wissen in dieser Hinsicht auch nach innen wie nach außen zu kommunizieren – und hoffentlich auf lange Sicht und über den Campus hinaus mitzugestalten.

Entwicklung der Erinnerungsmedien in der Bauhausstraße 11

ANNE GENKEL

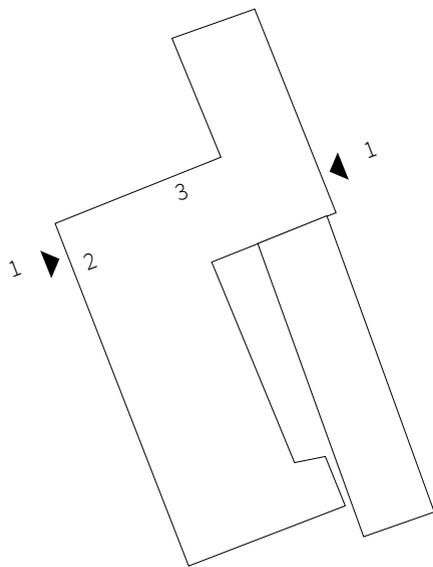
Von Anfang an war es Ziel des Forschungsprojektes, adäquate Informations- und Erinnerungsmedien zu entwickeln und vor Ort zu installieren. Neben der Auswahl inhaltlicher Schwerpunkte galt es, die verschiedenen Interessen unterschiedlicher Akteur:innen, die im engeren Sinne mit dem Haus verbunden sind (KVT als Eigentümerin, Denkmalschutzbehörde, Bauhaus-Universität Weimar als Mieterin) zu berücksichtigen.

In der Planung (Stand: Sommer 2023) befindet sich ein Erinnerungsrundgang durch das Gebäude. An fünf Stationen sollen unterschiedliche Medien über die NS-Vergangenheit des Ortes informieren und zu weiteren Reflexionen anregen. Neben informativen Texttafeln, die erstmalig im Gebäude Einzug halten, beinhaltet der Rundgang die Fortführung der Treppenintervention, mit der im Jahr 2020 erstmalig ein kritischer Kommentar im Gebäude sichtbar wurde. Im Folgenden werden die thematischen Schwerpunkte der einzelnen Stationen skizziert.

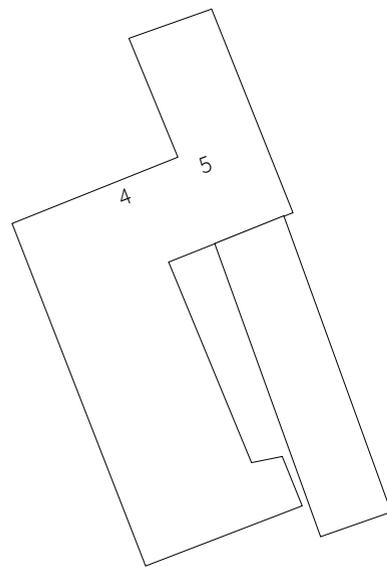
Stationen des Erinnerungsrundgangs

Schematischer Grundriss Bauhausstraße 11

ERDGESCHOSS



2. OBERGESCHOSS



STATION 1
Vor dem Eingang der Bauhausstraße 11
und im Innenhof

STATION 2
Eingangsbereich / Foyer
(ehemalige sogenannte Ehrenhalle)

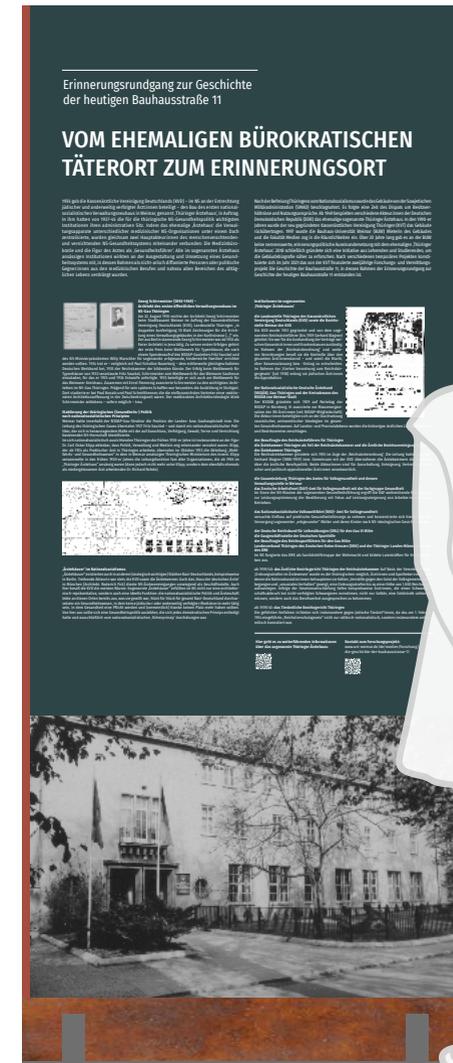
STATION 3
Treppenhaus Erdgeschoss

STATION 4
Intervention auf Treppenstufen im
gesamten Treppenhaus

STATION 5
Mediathek (ehemalige Kantine)

STATION 1
**Vor dem Eingang der Bauhausstraße 11
und im Innenhof**

Thematischer Schwerpunkt
Weshalb die heutige Bauhausstraße 11 im Nationalsozialismus ein
Täterort war; Überblick über die Institutionen des ›Thüringer Ärztehauses‹,
Kontextualisierung thüringische NS-Gesundheitspolitik



Schildsystem
Cortenstahl, Grafikträger
Aludibond, UV-Direktdruck
auf Grafikträger

STATION 2
Eingangsbereich / Foyer (ehemalige sogenannte Ehrenhalle)

Thematischer Schwerpunkt
Genese des Forschungsprojektes Die Geschichte der Bauhausstraße 11,
Aufklärung über ehemalige Gestaltung der sogenannten Ehrenhalle
und das damit verbundene Bestreben der NS-Ärzteschaft, sich als elitäre
Gemeinschaft zu inszenieren

Article layout for Station 2. Title: DIE EHEMALIGE 'EHRENHALLE' – EIN ORT KULTISCHER INSZENIERUNG. Includes a small image of the entrance area and several columns of text discussing the historical and ideological context of the space.

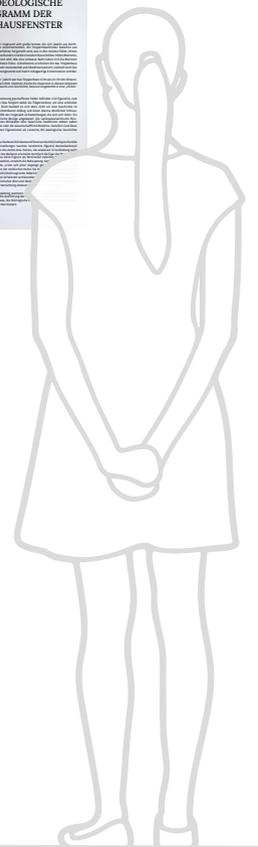
Schildsystem
Plexiglas matt, 3-5 mm
Stärke, UV-Direktdruck

STATION 3
Treppenhaus Erdgeschoss

Thematischer Schwerpunkt
Kontextualisierung des NS-ideologischen Bildprogrammes der
Treppenhausfenster und den darin zu findenden Leitnarrativen
(u. a. die Behauptung der ewigen Beständigkeit des sogenannten
deutschen Volkes)

Article layout for Station 3. Title: VERZERRTE GESCHICHTE. DAS NS-IDEOLOGISCHE BILDPROGRAMM DER TREPPENHAUSFENSTER. Includes a large line-art illustration of a person standing in the center, with text columns on either side.

VERZERRTE GESCHICHTE.
DAS NS-IDEOLOGISCHE
BILDPROGRAMM DER
TREPPENHAUSFENSTER



STATION 4 Intervention auf Treppenstufen im gesamten Treppenhaus

Thematischer Schwerpunkt

Mittels der durch die Treppenstufensticker abgebildeten Chronologie der NS-Institutionen, die im »Thüringer Ärztehaus« ansässig waren, erfolgt ein Bruch der architektonisch-ästhetischen Inszenierung des Treppenhauses



Foto: Ivana Buhl

STATION 5 Mediathek (ehemalige Kantine)

Thematischer Schwerpunkt

Einordnung der heute noch sichtbaren bäuerlich-volkstümlichen Motivik der Deckengestaltung und deren Bedeutung im Kontext der nationalsozialistischen »Sinbildforschung«

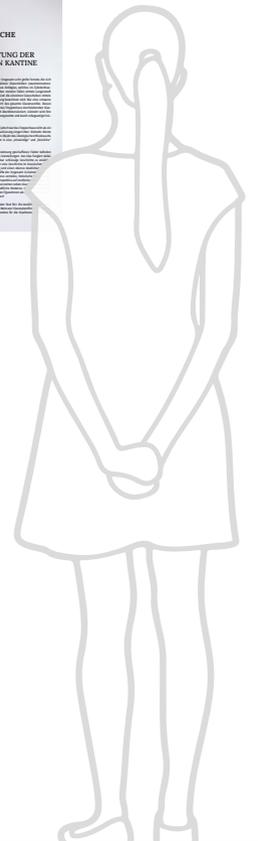
VERMEINTLICHE TRADITION. DIE GESTALTUNG DER EHEMALIGEN KANTINE

Über zwei Etagen verteilen sich hier insgesamt acht große Fenster, die sich jeweils aus durchschnittlich 48 kleinen Glasscheiben zusammensetzen. Die Treppenhausfenster bestehen aus Antikglas, welches im Zylinderblasverfahren hergestellt wird, was in den meisten Fällen mittels Lungenkraft geschieht. Miteinander verbunden sind die einzelnen Glasscheiben mittels Bleiruten, was auch als Bleiverglasung bezeichnet wird. Wie eine schwarze Naht ziehen sich die Bleiruten durch das gesamte Glasensemble. Diesen Fokus einnehmend, erscheinen die das Treppenhaus durchziehenden Glasfenster nicht mehr monumental und überdimensioniert, vielmehr wird ihre aus zahlreichen Einzelteilen zusammengesetzte und damit collageartige Existenzweise sichtbar.

Zu Zeiten des Thüringer Ärztehauses jedoch war das Treppenhaus nicht als ein Ort der Distanznahme und Kontextualisierung eingerichtet. Vielmehr diente die Glaskunst zu diesem Zeitpunkt als Objekt des ideologischen Missbrauchs von Geschichte, bewusst eingebettet in eine „ehrwürdige“ und „feierliche“ Atmosphäre.

In insgesamt 26 der durch die Holzrahmung geschaffenen Felder befinden sich figurative, zum Teil symbolhafte Darstellungen. Das Glas fungiert dabei als Trägermedium, um eine scheinbar schlüssige Geschichte zu erzählen. Doch handelt es sich eben nicht um eine Geschichte im klassischen Sinne, mit einem klar erkennbaren Anfang und einen ebenso deutlichen Schluss. Vielmehr werden in ungefähr der Hälfte der insgesamt 24 Darstellungen, die sich vom Unter- bis zum Obergeschoss verteilen, historische Bezüge angedeutet. Die nationalsozialistische Perspektive auf nordische Mythologie, das Mittelalter oder bäuerliche Traditionen stehen neben visuellen Anspielungen auf die Antike oder die wissenschaftliche Moderne. Inwiefern sind diese ikonographisch zunächst unbelasteten Figuren als verzerrte, NS-ideologische Geschichte zu problematisieren?

tigen Berliner Bildhauer und Glasmaler Paul Birr. Die Ausführung der Glasfenster oblag der 1903 gegründeten Weimarer Glasmalereifirma Ernst Kraus. Die thüringische NS-Ärzteschaft spendete für die Glasfenster einen Betrag von rund 2.000 Reichsmark.



JANNIK NOESKE

Campus Bauhaus-Universität Weimar – eine Erinnerungstopographie

Erinnerungsort Weimar

Die Geschichte und Gegenwart sowie mögliche Zukunft der Bauhausstraße 11 sind Gegenstand dieser Veröffentlichung. Das Gebäude ist aber mehr als ein Solitär oder alleinstehendes Erbe nationalsozialistischer Gesundheitspolitik – es ist Teil eines historisch gewachsenen Quartiers. Der vorliegende Beitrag interpretiert die Wirkung der heutigen Bauhausstraße 11 daher im Kontext der existierenden und entstehenden Erinnerungstopographien im unmittelbaren Umfeld der Bauhaus-Universität Weimar sowie als Teil der Topographie der Moderne in Weimar. Damit wird kollektive Erinnerung als topographisch zwischen vielen Orten verflochten und städtebaulich eingebunden verstanden – Erinnern findet häufig im größeren räumlichen Kontext statt. Insbesondere in Weimar, wo die Ambivalenzen der Moderne nicht zuletzt anhand der zahlreichen Funktionen deutlich werden, die hier in der NS-Zeit verortet wurden, ist dies zentral. Dabei ist aber auch wichtig, dass die Bauhaus-Universität Weimar und einige von ihr genutzte Gebäude selbst auf eine bewegte Geschichte im NS zurückblicken. Der vorliegende Beitrag ist daher ein urbanistischer Streifzug zu den Orten rund um die Bauhausstraße, die ein zukünftiges Erinnern beeinflussen werden. Ich widme mich in diesem Beitrag einigen Versatzstücken einer vielschichtigen Erzählung von Erinnerung auf dem Campus, die am räumlichen Gefüge dieses Ortes entsteht und zur Aushandlung von Identität einer diversen und progressiven sozialen Gruppe beiträgt, die durch unsere Universität abgebildet wird.

Erinnerungsraum Bauhaus-Universität Weimar

In seiner unmittelbaren Nachbarschaft bildet der Campus der Bauhaus-Universität Weimar eine Erinnerungstopographie, deren Orte als Elemente einer gebrochenen Moderne-Erzählung zu einem Schaukasten des Zusammenwirkens von Kunst, Technik, Wissenschaft, Gesundheitspolitik und Bevölkerungskontrolle wurden. Dieses Geflecht wird heute zum Gegenstand der wissenschaftlichen und geschichtspolitischen Auseinandersetzung. Seit einigen

Jahren entwickelt die Stadtgesellschaft Weimars – ergänzend zum Erbe der Weimarer Klassik – eine Auseinandersetzung mit dem Erbe der Moderne, das Weimar in mindestens dem gleichen Maße prägt und mehr und mehr zum Magneten für Aufmerksamkeit und Tourismus geworden ist. Das 100-jährige Bauhaus-Jubiläum im Jahr 2019 und die zu diesem Anlass erfolgte Errichtung eines neuen Bauhaus-Museums gaben den entscheidenden Ausschlag, sich verstärkt mit den vielfältigen Aspekten der Moderne in Weimar zu widmen. Federführend daran beteiligt waren neben der Stadt Weimar und dem Land Thüringen die großen Kulturinstitutionen der Stadt: Klassik Stiftung Weimar, die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und auch die Bauhaus-Universität Weimar.

Weimar, schon immer ein vielschichtiger deutscher Erinnerungsort, bietet sich förmlich dazu an, sich über ein Erbe der Moderne auszutauschen. Es liegt hier nahe, besonders über das Materielle in einen gesellschaftlichen Austauschprozess zu treten, in dessen Verlauf wir mehr darüber lernen, wie Historisches in die Gegenwart ragt und wie wir heute über Vergangenes urteilen. Es entsteht eine *Topographie der Moderne*, die als räumliche Konfiguration im Bereich des ehemaligen Gauforums als Quartier genau so funktionieren kann, wie als narrative, städtische Geografie. Vermittlung, Forschung und Kunst können hier in eine fruchtbare Auseinandersetzung treten, das städtische Gebiet zwischen Altstadt und Nordvorstadt mit neuem Leben füllen und die NS-Geschichte Weimars stärker in der Innenstadt abbilden.

Geschichts- und Erinnerungspolitik der Moderne in Weimar sind dabei – und das ist ein großer Vorzug der Akteurskonstellation in dieser Stadt – nicht in Stein gemeißelt, sondern können mal offener, mal subversiver zur Diskussion gestellt werden. Es entsteht ein Spektrum mit der staatstragenden Identitätskonstruktion auf der einen Seite, in der Weimar als Chiffre für deutsche Kulturgeschichte erhalten kann, bis hin zu spezifischen Ausprägungen von *counter memories* auf der anderen Seite, die in den vergangenen Jahren verstärkt auf Aspekte der Weimarer Geschichte hingewiesen haben, die bis dahin keinen Platz in der Erinnerung der Mehrheitsgesellschaft gefunden hatten.¹ Auch und besonders auf dem Campus der Bauhaus-Universität Weimar findet diese Auseinandersetzung mit Zeitgeschichte und Erinnerung statt und manifestiert sich im gebauten Raum. Die Bauhausstraße 11 wird so zu einer – physisch sehr präsenten – Akteurin in einem Geflecht von Erinnerungsorten rund um die historischen Bauten Henry van de Velde.

Bildungsstandort – und Geschichtsort

Was wir als Campus der Bauhaus-Universität Weimar bezeichnen, blickt seinerseits auf über 150 Jahre Bau- und Kulturgeschichte zurück.² Die Kunstschulbauten Henry van de Velde sind im Bildgedächtnis der frühen architektonischen Moderne in Deutschland fest verankert. Als Gründungsort des Staatlichen Bauhaus umgeistert es einen beinahe mythischen Status. Für das Bauhaus waren die Vertreibung aus Weimar und die neuen Möglichkeiten in Dessau aber auch eine Befreiung. Die Zerstörung baugebundener Kunst unter dem Rasseideologen und

¹ Siehe zum Beispiel die dekoloniale Initiative *Decolonize Weimar*, <https://decolonize-weimar.org/> [Stand: 30.08.2023].

² Zur städtebaulichen Geschichte des Areals siehe u. a. Max Welch Guerra (Hrsg.): *Die Bauhaus-Universität Weimar und die politische Geschichte hinter ihrem Städtebau*, Weimar 2018, zur Geschichte der Institution Frank Simon-Ritz, Klaus-Jürgen Winkler, Gerd Zimmermann (Hrsg.): *Aber wir sind! Wir wollen! Und wir schaffen! Von der Großherzoglichen Kunstschule zur Bauhaus-Universität Weimar 1860–2010*, Weimar 2010.

Gestalter Paul Schultze-Naumburg, Direktor ab 1930, wird heute als völkische Barbarei erinnert. Nach dem Krieg – und nachdem der Versuch der Wieder- oder Neueröffnung eines zweiten Bauhauses gescheitert war – begann die Hochschule, über die wenigen Gebäude hinauszuwachsen, die der bisherigen Kunst- und Bauschule dienten. In der DDR wurde hier eine technologisch orientierte und staatsnahe Institution geschaffen, die nicht nur in Ostdeutschland über großes Renommee verfügte. Die Hochschule ließ wenige, aber bedeutsame Räume für Reformdiskurse und historisch-kritische Aneignung der Vergangenheit.³

Erst nach der Deutschen Einheit durfte sich die Weimarer Hochschule ganz zu ihrer historischen Bedeutung bekennen, die Kunst und Gestaltung in das Lehrangebot zurückholen und den Namen *Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar* (HAB Weimar) ablegen. Im Jahr 1996 – zeitgleich der Eintragung der Bauten in die Weltkulturerbeliste der UNESCO als Stätten des Staatlichen Bauhauses – erfolgte dann die gewissermaßen unerwartete Namensgebung: *Bauhaus-Universität Weimar*. Im Jahr darauf bezog die Fakultät Medien das Gebäude in der Bauhausstraße 11 und trug damit zur Konsolidierung des Campus-Gedanken am Standort Geschwister-Scholl-Straße bei.

Der Anspruch, als historische Nachfolgeinstitution des Bauhauses aufzutreten, wurde spätestens mit dem 100-jährigen Jubiläum im Jahr 2019 erneuert und intellektuell wie didaktisch mit Leben gefüllt. Das Jubiläum – und die Rolle der Universität – waren also gewissermaßen das Resultat der geschichtspolitischen Diskussion um die Topographie der Moderne, die in Weimar in den 2010er-Jahren intensiv geführt wurde.

Vielfältiges bauliches Erbe

In diesem Zuge wurde bereits darüber diskutiert, inwieweit die Bauhaus-Universität Weimar Teil dieser Topographie der Moderne wird.⁴ Offensichtlich gehören das heutige Hauptgebäude und der sogenannte Winkelbau zu den Kernorten einer Moderne-Erzählung in Weimar, bilden sie schließlich den Gründungsort des Staatlichen Bauhauses. Von hier ging 1919 der Impuls zur Gründung der Ausbildungsstätte aus, die bis 1933 zur nachhaltig erfolgreichen Marke ›Bauhaus‹ avancierte. Doch der heutige Campus steht auch für die vielgestaltigen und teilweise widersprüchlichen Erscheinungsformen der Moderne. Denn wo früher erst ländliche Vorstadt und dann ein bürgerliches Wohnviertel war, entsteht seit über 70 Jahren ein räumlich mit seiner Umgebung verschränkter Hochschulstandort. Noch bevor die Hochschule über die Grenzen der zwischen 1860 und 1910 errichteten Hochschulbauten hinausgewachsen ist – nämlich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg –, platzierte die Landesstelle Thüringen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschland in den 1930er-Jahren ihr neues ›Ärztelhaus‹ mitten im durch Wohn- und Geschäftsbauten geprägten kaiserzeitlichen Viertel. Schirrmeisters Entwurf für den Sitz der Thüringer ›Gesundheitsbürokratie‹ fügt sich nur scheinbar gut in das Quartier ein – das

Luftbild verrät die überdimensionierte städtebauliche Kubatur des damals neuen Verwaltungsbaus. Auch die nicht parallel zur Straßenflucht positionierte Hauptfassade ist eine bewusste Entscheidung des Architekten.⁵ In seiner Funktion als Verwaltungsbau fällt er ebenfalls aus der Reihe, waren doch die allermeisten seiner Nachbarn dereinst gemischte Geschäfts-, aber vor allem Wohnhäuser.

Die Abgrenzung zur gründerzeitlichen Stadt avancierte in den 1920er- und 1930er-Jahren, der Zeit der klassischen Architekturmoderne, ohnehin lagerübergreifend zum Konsens in der städtebaulichen Fachöffentlichkeit.⁶ Entgegen der historisierend anmutenden Fassadengestaltung im Heimatschutz-Stil handelt es sich beim ehemaligen Ärztelhaus auch in seiner Funktion und seiner inneren Organisation um ein ausgesprochen modernes Gebäude.

Schweigen statt Erinnern



Die Bauhausstraße 11 gehört also ohne jeden Zweifel zu einer solchen Erzählung dazu – wurde bis jetzt vor wenigen Jahren aber kaum als historisches Zeugnis, geschweige denn als lebendiger Geschichtsort in einem reflexiven Sinne interpretiert. Andernorts sind diese Spuren schon längst nicht mehr sichtbar. Vieles wurde zerstört oder überschrieben, manches sogar von vornherein als ephemere Form der Geschichtserzählung und -aneignung konzipiert. Dazu gehören Rituale und andere performative Praktiken. Die nicht mehr existierenden Zeugnisse der Geschichte auszuwählen und zu beschreiben, wird immer fragmentarischen Charakter haben.

Ein Beispiel für ein nicht mehr vorhandenes Denkmal, aber auch Ausdruck kanonischer Architekturerzählung ist die ehemalige Bauhaus-Mensa.

Abb. 1: Der ehemalige Küchenanbau an der Bauhaus-Mensa von 1919 wurde im Zuge der Sanierung im Jahr 2009 abgerissen, Bild: Tobias Adam 2009.

³ Siehe für einen Überblick Martin Bober: »Von der Idee zum Mythos. Die Rezeption des Bauhaus in beiden Teilen Deutschlands in Zeiten des Neuanfangs 1945 und 1989«, Dissertationsschrift (Universität Kassel 2006), <https://kobra.uni-kassel.de/handle/123456789/200603157583/> [Stand: 30.08.2023], hier: S. 101–120; vertiefende Studien z. B. bei Christoph Bernhardt, Thomas Flierl, Max Welch Guerra (Hrsg.): Städtebau-Debatten in der DDR. Verborgene Reformdiskurse, Berlin 2012.

⁴ Hans-Rudolf Meier: »Die Bauhaus-Universität Weimar und die Topographie der Moderne«, in: Forum Stadt. Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung 44/2 (2017), S. 175–186; zur damaligen Diskussion um eine Topographie der Moderne vgl. auch Harald Bodenschatz (Hrsg.): Weimar. Modellstadt der Moderne, Weimar 2016.

⁵ Schreiben von Georg Schirrmeister an das Stadtbauamt Weimar vom 4. Oktober 1935, Bauaktenarchiv der Stadt Weimar, Bauakte Bauhausstraße 11, o. S.

⁶ Siehe z. B. bei Gert Kähler: »Nicht nur Neues Bauen«, in: Gert Kähler (Hrsg.): Geschichte des Wohnens, Band 4. 1918–1945, Reform, Reaktion, Zerstörung, Stuttgart 1996, S. 303–452.

International als erstes Bauhaus-Gebäude bekannt ist eigentlich das *Haus am Horn* und tatsächlich wurde es auch als solches vermarktet. 1923 als Versuchshaus im Rahmen der Bauhaus-Ausstellung errichtet, zieht es heute in historisch wiederhergestellter Gestalt erneut Besucher:innen aus der ganzen Welt an. Im architekturhistorischen Kanon keinen Platz hat aber ein anderes Gebäude, das bereits im Sommer 1919 für das Staatliche Bauhaus errichtet wurde. Es handelt sich um einen Anbau für das ehemalige Brendel'sche Atelier (errichtet 1886, transloziert 1904), das ab 1919 dem Bauhaus als Speisestätte diente. Es fehlte allerdings an einer Küche, die daraufhin in einem schlichten, einstöckigen Ziegelbau untergebracht wurde. Zwar entwarf dieses Gebäude kein:e Bauhaus-Angehörige:r, sondern eine nicht namentlich erwähnte Person. Der damalige Bauhaus-Direktor Walter Gropius erdachte es aber trotzdem als Lebensmittelpunkt auf dem Campus, um den Schüler:innen die »pekuniäre Sorge bei der Ungunst der Zeiten während des Studiums«⁷ zu nehmen. Der Anspruch, das Brendel'sche Atelier im Rahmen der jüngsten Instandsetzung vierseitig freizustellen, führte dazu, den Küchenanbau – gegen den erklärten Willen der Denkmalpflege – abzureißen. Heute erinnert nur die Gestaltung der Bodenbeläge an die vormalige Kubatur: eine »didaktische Lösung«⁸, die auf die narrative Ergänzung im Rahmen der Bauhaus-Spaziergänge angewiesen ist. Der kanonische, objekt- und vor allem autor:innenbezogene Geschichtsbezug war hier ausschlaggebend gegenüber dem Verweis auf das gesellschaftliche Leben am historischen Bauhaus.

Der Winkel- oder Van-de-Velde-Bau, der in besonderem Maße durch die Werke Oskar Schlemmers geprägt ist, ist eine weitere touristische Attraktion und Teil der Bauhaus-Spaziergänge. Schließlich ist er nicht nur mit der ikonischen Giebelfassade und der sichtbar werdenden, fast dekorativen Baukonstruktion ein herausragendes Zeugnis europäischer Architekturgeschichte der Moderne, sondern ist wie kein zweiter auch nach seiner Sanierung im Jahr 2011 ein Beispiel vielschichtiger Baudenkmalpflege. Die Wandmalereien und -reliefs Oskar Schlemmers gehören zu den prominentesten Werken der Bauhaus-Ausstellung von 1923 und wurden dementsprechend 1979 zum 60. Gründungsjubiläum wieder hergestellt, nachdem sie 1930 durch einen kunstpolitischen Akt der neuen nationalsozialistisch gesinnten Hochschulleitung entfernt worden waren.

Seit der Erneuerung des Gebäudes 2011 gesellt sich aber auch ganz offen baugebundene Kunst aus den 1930er-Jahren als bewusst unbequemes Erbe hinzu.



Abb. 2: Baugebundene Kunst aus den 1930er-Jahren im Winkelbau, Bilder: Jannik Noeske 2023.

Es handelt sich um drei Sgraffito-Werke im ersten Obergeschoss, die mit ihrer floralen Ornamentik zwischen Jugendstil und »Heimatschutz« zu verorten sind und als Gegenentwurf zur Formgestaltung und zum Inhalt der Schlemmer-Wandmalereien, das Verhältnis des Individuums zur modernen Gesellschaft thematisierend, konzipiert waren. Wenngleich die Herkunft der Sgraffiti aus den 1930er-Jahren nicht in Akten und Literatur belegt ist, lässt sie sich doch aus dem Kontext zweifelsfrei ablesen.⁹ Florale Muster in gedeckten Farben stehen den dynamischen Mensch-Maschine-Metaphern Schlemmers gegenüber. In Schultze-Naumburgs Kunstschule sollte das Organische aus »Blut« und »Boden« erwachsen, Kunst und Handwerk entstanden wie die erhoffte Gesellschaftsordnung aus der Idee der »Volksgemeinschaft«. Diese historische Epoche hat sich in das Gebäude eingeschrieben, seine schwierige Vergangenheit wurde an dieser Stelle nicht ausgelöscht, wenngleich sie fast nur Eingeweihten bekannt sein dürfte. Ihre Beziehung zur baugebundenen Kunst in der Bauhausstraße 11 – sei sie formal oder kontextabhängig – wäre ein nächster Schritt der Untersuchung.

Ein anderes erinnerungspolitisches Fragment am sogenannten Winkelbau ist eine unscheinbare, steinerne Infotafel. Im Gegensatz zum Hauptgebäude, wo eine solche Tafel zur Hochschulgeschichte bei der Sanierung 1999 entfernt wurde, konnte das Objekt am Winkelbau erhalten werden. Die Tafel am Winkelbau wiederum ist Henry Van de Velde gewidmet, der 1957 zum Ehrensator der damaligen HAB Weimar ernannt wurde – die Ernennungsurkunde überbrachte damals im Übrigen Georg Schirrmeister persönlich, der Architekt des »Thüringer

⁷ Zitiert nach Annika Eheim, Jannik Noeske: »Bauhaus im Hörsaal, Bauhaus im Museum?«, in: Bauhaus-Institut für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung (Hrsg.): 100+. Neue Perspektiven auf die Bauhaus-Rezeption, Berlin 2021, S. 184–200, hier: S. 195

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. Christine Hoh-Slodczyk: »Ein Baudenkmal. Das Gebäude der Kunstgewerbeschule«, in: Heidemarie Schirmer (Hrsg.): Van des Veldes Kunstgewerbeschule in Weimar. Geschichte und Instandsetzung, Weimar 2011, S. 60–90, hier: Anm. 47.



Ärztelhauses.¹⁰ Beide Tafeln sind Zeugnisse der Selbsthistorisierung der damaligen HAB Weimar, diejenige am Hauptgebäude steht als solches nicht mehr zur Verfügung.

Abb. 3: Steinerne Erinnerungstafel, die an die Geschichte der Hochschule erinnerte. Sie war rechts neben dem Haupteingang zum Hauptgebäude angebracht, Foto: Sludge Gulper 1989 [CC-BY-SA], <https://www.flickr.com/photos/sludgegulper/3353182430/in/album-72157607974063743/> [Stand: 08.09.2023].

Steine des Anstoßes

Einige Jahre nach der Sanierung des Winkelbaus, dem Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der Materialprüfanstalt zum Campus-Office sowie der Umgestaltung des Bauhaus-Ateliers und des Prellerhauses am südlichen Campus, kam es am Ende der 2010er-Jahre zu einer Debatte, was denn den ›Campus‹ überhaupt ausmachen würde. Anlass war eine seit 2014 durch Mittel des Bundesförderprogramms *Nationale Projekte des Städtebaus* geförderte Umgestaltung des nördlichen Campus-Bereichs, der sich seit einer baulichen Vereinfachung von 1948/49 freiraumgestalterisch nicht maßgeblich verändert hatte. Als im Laufe des Jahres 2017 bekannt wurde, dass die Neugestaltung ausgeführt werden sollte und Visualisierungen der Planungen in der Studierendenschaft kursierten, wurde zunehmend Kritik an den Entwürfen laut. Schnell standen auch Erinnerungsorte im Zentrum der Diskussion. Am prominentesten wurde mit Sicherheit das Schicksal der sogenannten Gründungsbuche diskutiert. Die Rotbuche war 1993 auf Veranlassung Lucius Burckhardts, Schweizer Design- und Architekturtheoretiker und Gründungsdekan der Fakultät Gestaltung, gepflanzt worden. Knapp 25 Jahre später musste sie gefällt werden, da das Niveau des Platzbereichs erheblich verändert werden sollte. Als bekannt wurde, dass der Baum fallen sollte, ketteten Studierende ihre Fahrräder an den Baum, um

ihn vor der Fällung zu bewahren. Als die beauftragte Baumschnitt-Firma am 15. Februar 2018 begann, den Baum von oben herab zu fällen, begab sich eine Gruppe von etwa 20 Studierenden zum Baum und unterbrach die Baumfäll-Arbeiten. Die durch den Bauleiter herbeigerufene Polizei konnte nicht mehr ausrichten, als Platzverweise zu erteilen. Erst als sich der damalige Präsident der Universität Winfried Speitkamp und der Universitätskanzler Horst Henrici vermittelnd in die Situation einschalteten, konnte diese durch das Versprechen vorerst geklärt werden, bald eine weitere Infoveranstaltung zur Umgestaltung anzubieten. Ein daraufhin eingeholtes Gutachten zur möglichen Umpflanzung des Baumes kam zu dem Ergebnis, dass dies wirtschaftlich nicht möglich wäre. Im Mai 2018 wurde der Baum letztlich doch gefällt.

Die emotionale und nachdrücklich geführte Diskussion um die Zukunft der Rotbuche auf dem Campus steht damit im Zentrum einer größeren Debatte. Immer wieder verwiesen die Beteiligten auf die Rolle von Lucius Burckhardt als Gründungsdekan der Fakultät und seine Bedeutung für die Projektlehre an der Bauhaus-Universität Weimar. Ein Eintrag auf der digitalen Pinnwand der Universität drohte sogar »Kein Baum – keine Kunst und Gestaltung« und kündigte die Mitarbeit am Jubiläumsprojekt und den Ausstieg der Fakultät aus der Hochschule an, sollte der Baum tatsächlich gefällt werden.¹¹ Das symbolische Aufgehen einer sozialen Gruppe in einem historisierten Objekt steht sinnbildlich für die Geschichtspolitik, die über den Streitfall Campus-Buche in die Debatte um die Campus-Gestaltung sowie über Partizipation und Teilhabe an der Universität allgemein in die Hochschulöffentlichkeit getragen wurde. Mit dem Verschwinden des Baumes sind auch diese Diskussion und damit der »Streitwert«¹² des Baumes nicht mehr sichtbar.

Ein weiterer Stein des Anstoßes in dieser Zeit war der Garten der M18, ein seit der Umnutzung des Gebäudes zum *Haus der Studierenden* studentisch geprägter und angelegener Raum. Als das Gebäude 1993 erworben wurde, war eigentlich sein Abriss vorgesehen. Es sollte, wie bereits 1953 und 1969, Planungen für eine das Hauptgebäude und die Mensa am Park verbindende Campus-Gestaltung weichen.¹³ Die Universität entschied sich damals aber gegen den Abriss, für eine Sanierung und für ein Haus der Studierenden, das 2001 nach vierjähriger Bauzeit eingerichtet werden konnte. Der Garten des umgangssprachlich M18 genannten Hauses wurde schnell zu einem wichtigen Treffpunkt auf dem Campus. Als Teil der Freifläche vor dem Hauptgebäude wurde aber auch der Garten in den Wettbewerb von 2014 einbezogen. Das Entfernen der Bruchsteinmauer wurde im ersten Entwurf als Akt der städtebaulichen »Großzügigkeit« gedeutet.¹⁴

Die Bruchsteinmauer galt Vielen als ›langer Tresen‹ des studentischen Lebens auf dem Campus. Sie konnte schließlich in etwas veränderter Form beibehalten werden. Aber auch ein kleinerer Stein blieb an Ort und Stelle – das sogenannte Hundegrab. Begraben liegt hier der Kurzhardackel Kuno von Schwertberg, Haustier von Mathilde Freiin von Freytag-Loringhoven, die als spätimpressionistische Malerin eine dezidierte Gegnerin des Staatlichen Bauhauses sowie

¹⁰ Andreas Kästner, Norbert Korrek: »Vernunftgemäße Schönheit. Ausstellung zum 50. Todestag von Henry van de Velde«, in: *der bogen*. Journal der Bauhaus-Universität Weimar 4 (2007), S. 26.

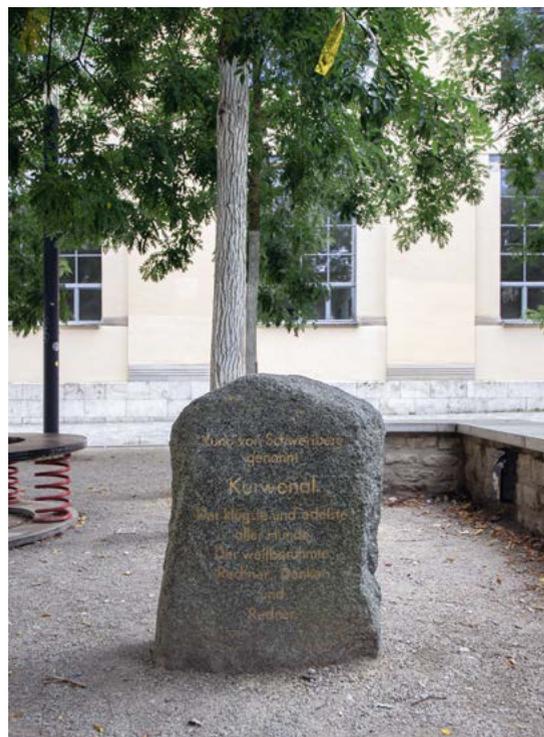
¹¹ Dokumentiert ist die Auseinandersetzung teilweise auf Twitter (heute X) auf dem anonymen Kanal @campusbaum, siehe unter <https://twitter.com/campusbaum> [Stand: 30.08.2023]. Der betreffende Screenshot der Pinnwand stammt vom 19. Februar 2018.

¹² Gabi Dolff-Bonekämper: »Der Streitwert der Denkmale«, in: Gabi Dolff-Bonekämper (Hrsg.): *Der Streitwert der Denkmale*, Berlin 2021, S. 4–11.

¹³ Vgl. Daniel Kuhlemann, Luisa Weiß: »Eine Straße im Wandel. Umnutzungen und Neubauten für die Hochschule in der Marienstraße«, in: Max Welch Guerra (Hrsg.): *Die Bauhaus-Universität Weimar und die politische Geschichte hinter ihrem Städtebau*, Weimar 2018, S. 102–113.

¹⁴ Erläuterungstext zum Entwurf online unter: <https://m18.uni-weimar.de/files/2017/02/1014-Erläuterungstext-BUW.pdf> [Stand: 22.02.2023]

Moderner Kunst und damit eine problematische historische Figur war. Bekannt ist sie heute aber auch für ihren Hund Kuno von Schwertberg, der nach der Figur Kurwenal aus Richard Wagners Oper *Tristan und Isolde* benannt wurde. Der Kurzhaardackel lebte von 1929 bis 1937 und



war angeblich mit dem Talent gesegnet, sich mit einer Art Morse-Alphabet bellend verständigen zu können. In den 1930er-Jahren ging die kuriose Meldung um die Welt. Die Faszination, die nicht zuletzt die Nazis dem Hund entgegenbrachten, hat aber auch einen antihumanen Schatten, wie der Publizist Eckhard Fuhr erläutert. Denn wo »es sprechende und denkende Tiere gibt, dann können auch Menschen [...] sprechende und denkende Tiere, also Untermenschen sein.«¹⁵ So seien auch Delegationen von NS-Tierschutzbund und der Hitlerjugend anlässlich des Geburtstages des Hundes angereist. Dazu galt der Kurzhaardackel als deutsch-national und Anhänger Hindenburgs. Der Grabstein hat die Umgestaltung überstanden, kein Hinweis verrät den historischen Hintergrund des sogenannten Hundegrabes heute.

Abb. 4: Das sogenannte Hundegrab im Garten der Marienstraße 18, Bild: Jannik Noeske 2023.

Orte des NS auf dem Campus – das ehemalige Landesamt für Rassewesen und die Belvederer Allee 6

Noch lauter ist das Schweigen der beiden Bauten direkt gegenüber der M18. Die beiden Gebäude in der Marienstraße 13 und 15 waren ab 1935 der Sitz des »Thüringischen Landesamtes für Rassewesen«, einer administrativen Einrichtung, die die Thüringer Bevölkerung hinsichtlich imaginer Kriterien von Abstammung und Vererbung erfasste und als solche folgenschwere Entscheidungen traf, legitimierte oder vorbereitete. Vermeintliche »Ariernachweise« wurden dort genauso ausgestellt wie Gutachten für sogenannte Erbgesundheitsgerichte, an denen Scheinprozesse über Zwangssterilisationen und -abtreibungen geführt wurden. Dieser Ort steht wie kein zweiter in der Weimarer Innenstadt für die fatale Allianz von Verwaltung, Wissenschaft und verbrecherischer Bevölkerungspolitik. Die Auseinandersetzung mit der

¹⁵ Eckhard Fuhr: »Mein Hund kann rechnen und spricht deutsch«, in: Die Welt (08.07.2011), <https://www.welt.de/wissenschaft/umwelt/article13527907/Mein-Hund-kann-rechnen-und-spricht-deutsch.html> [Stand: 02.03.2023].

Geschichte an diesem Ort kann nicht mehr auf sich warten lassen.¹⁶ Die Verbindung zur politischen Funktion der in der Bauhausstraße 11 ansässigen Institutionen ist offensichtlich, die erinnerungspolitische Verantwortung liegt auch hier gleichermaßen hoch.¹⁷ Erste Schritte waren in jüngerer Zeit zum Beispiel das Markieren des Ortes als Täterort im Rahmen der studentischen Intervention in der Bauhausstraße 11 im Februar 2020, das Aufstellen einer temporären Informationstafel im Innenraum des Gebäudes sowie ein animierter Informationsfilm, der im März 2022 im Rahmen eines Seminars entstanden ist.¹⁸

In der Belvederer Allee 6 wurde hingegen schon vor längerer Zeit ein Umgang mit der Geschichte gefunden. Das ehemalige Wohnhaus wird schon seit den 1970er-Jahren durch die Universität genutzt. Das Gebäude war ein sogenanntes Ghettohaus: Hier lebte die bekannte Sängerin Jenny Fleischer-Alt, die ab 1933 aufgrund ihrer jüdischen Herkunft systematisch entrechtet und enteignet wurde. Nach dem Tod ihres nicht-jüdischen Ehemannes, des Malers Friedrich Fleischer, im Jahr 1937 geriet sie ins Visier der Gestapo. Ab 1939 hatte sie keinen Zugriff mehr auf ihre Konten, ab 1940 begann die sogenannte Ghettoisierung: Immer mehr alleinstehende, ältere Menschen wurden in der Villa eingepfercht. 1942 nahmen sich Jenny Fleischer-Alt und ihre Nichte Edith Gäl im Haus das Leben, die anderen Bewohner:innen wurden noch im gleichen Jahr deportiert.¹⁹ Damit ist das Gebäude ein wichtiger Erinnerungsort für die Entrechtung und systematische Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden in Weimar. Nachdem alle Bewohner:innen deportiert worden waren oder im Angesicht der drohenden Verschleppung keinen Ausweg als den Suizid sahen, diente das Gebäude als »Isolierstation« des städtischen Krankenhauses, die genaue Funktion ist bis heute nicht bekannt. Nach dem Krieg wurde es ab 1954 durch das Ingenieurbüro VEB Talsperrenbau genutzt, seit dem Ende der 1970er-Jahre dann als Sitz des Instituts für Marxismus-Leninismus an der HAB Weimar. 1995 erfolgte die umfangreiche Sanierung, im Jahr 2000 wurde auch eine Gedenktafel am Eingang angebracht, die auf die Geschichte des Hauses verweist. Drei Kunstwerke im Garten des Hauses wurden ebenfalls in diesem Zuge aufgestellt. Eines davon setzt sich explizit mit der Geschichte des Hauses auseinander.²⁰

- ¹⁶ Zur Geschichte des Landesamtes vgl. u. a. Uwe Hoßfeld: Rassenkunde und Rassenhygiene im »Mustergau«, 1930–1945, Thüringen. Blätter zur Landeskunde 41/2004, <https://www.lztthuringen.de/downloads/?pub=33/> [Stand: 30.08.2023].
- ¹⁷ Ein 2023 ins Leben gerufenes Forschungsprojekt adressiert die Orte der NS-Eugenikverbrechen zwischen Weimar und Jena mit Methoden der künstlerischen, darstellenden und performativen Geschichtsvermittlung. Zu diesen Orten gehört auch und insbesondere die Marienstraße 13/15. Nähere Informationen unter: Beredtes Schweigen. NS-Eugenikverbrechen und ihre Folgen, <https://www.beredtes-schweigen.de/> [Stand: 30.08.2023].
- ¹⁸ Magdalena Prade, Maximilian Hoffmann: Marienstraße 13/15, D 2022, <https://vimeo.com/856740963/> vom 22.08.2023 [Stand: 02.09.2023].
- ¹⁹ Zur Geschichte des Hauses und zum Schicksal seiner Bewohner:innen: Christiane Weber: »Eduard Rosé, Jenny Fleischer-Alt«, in: Christiane Weber (Hrsg.): Villen in Weimar. Bd. 6, Weimar: Rhino 1999, S. 66–71; Steffi von dem Fange: »Eine glockenhelle Stimme wird zum Schweigen gebracht«, https://lernort-weimar.de/stolpersteine/jenny_fleischer-alt_familie_gal/eine-glockenhelle-stimme-wird-zum-schweigen-gebracht/ [Stand: 27.02.2023]. https://lernort-weimar.de/stolpersteine/jenny_fleischer-alt_familie_gal/eine-glockenhelle-stimme-wird-zum-schweigen-gebracht/
- ²⁰ Vgl. Jannik Noeske, Fabrizio Suma, Luisa Weiß: »Aneignung und Auseinandersetzung. Gebäude der Bauhaus-Universität Weimar in der NS-Zeit: Gauforum, Ärztehaus, Rasseamt und Ghettohaus«, in: Max Welch Guerra (Hrsg.): Die Bauhaus-Universität Weimar und die politische Geschichte hinter ihrem Städtebau, Weimar 2018, S. 114–125.



Betritt man das Grundstück durch das Gartentor, passiert man zur rechten eine nicht einmal hüfthohe Plastik, die auch durch den Zaun sichtbar ist. In einer gläsernen Pyramide kauern zwei menschliche Figuren, gefertigt aus Drahtgeflecht, eine kompakt, die andere transparent. Heiko Schultz, der damalige Kanzler der Universität und Hausherr der Belvederer Allee 6, initiierte 1996 das Projekt mit der Mainzer Künstlerin Marion Trimbuch-Mentges, das unter dem Schlagwort *Kunst trifft Verwaltung* der neuen Ausrichtung der Hochschule Tribut zollte. In den Innenräumen entstand eine Ausstellung, die Kunstwerke Trimbuch-Mentges' zeigte. Dazu gehörten leichtere und spielerische Plastiken in den Obergeschossen und großformatige Malereien im Erd- und Kellergeschoss. Die Ausstellung wurde mit *Trigonale Formen* betitelt.

Abb. 5: Marion Trimbuch-Mentges – die Kauernde (1996), Bild: Jannik Noeske 2023.

Das Pyramidische der Installation am Eingang zum Vorgarten ist das Resultat einer Auseinandersetzung mit der Haltung der »Kauernden«, die in der gläsernen Pyramide auftaucht – das Trigonale ergibt sich aus den gedachten Umrisslinien einer kauernden Person. Diese Körperhaltung hat für die Künstlerin eine spezifische Polarität: Versteht sie das Kauern als Ausdruck von Geborgenheit und Intimität auf der einen Seite, wird es andererseits mit einer menschlichen Haltung verbunden, die eingenommen wird, wenn man geknechtet, gefoltert oder geschlagen wird. Dies ist als Bezug auf die Geschichte des Gebäudes und das Schicksal der hier eingepferchten Weimarer Jüdinnen und Juden zu verstehen. So wurde für sie das Zuhause als Schutzraum durch die nationalsozialistische Unterdrückung zum Ort der Entrechtung und Entmenschlichung. Die Polarität von Beheimatung und Erniedrigung wird für Trimbuch-Mentges zum existenziellen, aber abstrakten Symbol für den Menschen an sich, aber steht hier genauso für die sensible und bewusste Auseinandersetzung mit Ort und Geschichte. Das Schicksal des Wohnhauses der Familie von Jenny Fleischer-Alt wird also in dem Kunstwerk gespiegelt, das Marion Trimbuch-Mentges aus einfachsten Materialien direkt im Keller des Hauses gefertigt hat.²¹ Sowohl die Marienstraße 13/15 als auch die Belvederer Allee 6 werden

nun zum Gegenstand des Folgeprojektes des Vorhabens *Geschichte der Bauhausstraße 11*, ein durch die Hochschulleitung gefördertes Projekt.²²

Erinnerung als Aushandlungsprozess

Erinnerungspolitik ist an der Bauhaus-Universität auch räumlich besetzt. Sie findet an vielen Stellen und auf ganz unterschiedliche Weise statt. Die Bauhaus-Wandmalereien, das Brendel'sche Atelier, die Freiflächen vor dem Campus oder das sogenannte Ghettohaus stehen für eine Varianz der Diskurse, die sich um Erinnerungspolitik im öffentlichen Raum drehen können, besonders dort, wo Kunst und Stadtforschung, Architektur und Medienwissenschaft in einen gestaltenden Austausch kommen.

Während manche Zeugnisse in sich schon vielfach konnotiert sind, haben andere einen stillen Zugang zur Geschichte des Ortes. Ganz ohne Kontextualisierung kommen sie allerdings nicht aus. Das zeigt aber auch, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Orte, die heute die Hochschule ausmachen, nicht abschließend geklärt werden kann. Nicht nur werden wir mit dem historischen Blick neue Erkenntnisse über unsere jüngere Vergangenheit erhalten oder wird sich möglicherweise auch unser historisches Urteil ändern. Vielleicht werden wir zum Beispiel auch im öffentlichen Raum verstärkt an die DDR-Vergangenheit und die Zeit der Friedlichen Revolution an der Hochschule für Architektur und Bauwesen erinnern. Oder vielleicht werden wir uns eines Tages darauf einigen, dass der Grabstein eines als deutschnational interpretierten, sprechenden Hundes nicht zur Selbsterzählung der Universität passt.

Erinnerungspolitische Mehrdeutigkeiten

In diesem Zuge ist auch die Bauhausstraße 11 in den vergangenen vier Jahren zur geschichtspolitischen Akteurin auf dem Campus geworden, sie wurde – maßgeblich durch das Engagement vieler Studierender – zu einem sprechenden Ort. Das kollektive Ignorieren, das den Umgang viele Jahrzehnte prägte, scheint zu einem Ende gekommen zu sein. Ein ähnlicher Prozess beginnt jetzt zur Erinnerung an das »Ghettohaus« und zum ehemaligen Landesamt für Rassewesen. Während die Belvederer Allee 6 schon seit einigen Jahren historisch kommentiert ist und nun lediglich eine behutsame Erneuerung des Erinnerungskonzeptes erfährt, wird ab jetzt auch konzipiert, wie man an die Geschichte des ehemaligen Landesamtes in der Marienstraße erinnern kann. Die Stellung des dort ansässigen sogenannten Thüringischen Landesamtes für Rassewesens im NS-System ist schon seit einigen Jahren aufgearbeitet. An der Universität jedoch ist vielen dieses Kapitel der Geschichte vollständig unbekannt, andere wissen darum schon seit vielen Jahrzehnten. Aus beiden Gründen ist das Schweigen ein nicht mehr haltbarer Zustand: Ein Erinnerungsmedium fehlt bis dato. Trotz der Unterschiede sollten die drei Orte Bauhausstraße 11, Marienstraße 13 und 15 sowie Belvederer Allee 6, miteinander verbunden betrachtet und aufeinander Bezug nehmend behandelt werden.

Zusammen mit dem damaligen »Thüringischen Ärztehaus«, der »Blut-und-Boden«-Hochschule Paul Schultze-Naumburgs und dem sogenannten Ghettohaus in der Belvederer

²¹ Neben dem Werk von Trimbuch-Mentges finden sich auf dem Grundstück noch die *Sinustreppe* des Künstlers Werner Bäumler-Laurin, ein Klassiker der sogenannten Scalalogie (Treppenkunde). Eine Version der Treppe wurde bereits 1991 vor dem Hauptgebäude der damaligen HAB Weimar ausgestellt, die noch heute erhaltene wurde 1995 gefertigt. Das dritte Kunstwerk ist eine Skulptur aus Kunststein von Hubert Schiefelstein mit dem Titel *Geschichte der Architektur*.

²² »Projekt erinnert an die Geschichte von Universitätsgebäuden im Nationalsozialismus«, <https://www.uni-weimar.de/de/universitaet/aktuell/bauhausjournal-online/titel/projekt-erinnert-an-die-geschichte-von-universitaetsgebaeuden-im-Nationalsozialismus-2/> vom 23.08.2023 [Stand: 30.08.2023].

Allee 6, das ab 1942 wie oben erwähnt als Isolierstation des städtischen Krankenhauses genutzt wurde, verdichten sich in diesem Bereich Zeugnisse der nationalsozialistischen ›Gesundheits-‹ und Bevölkerungspolitik. Ästhetik, Propaganda und baulich-räumliche Umgestaltung wurden damals zum Ausdruck einer menschenfeindlichen Gesundheitspolitik, die imaginierte Vorstellungen eines ›schützenswerten Lebens‹ den vernichtenden Verbrechen von Shoah, Euthanasie und Zwangsarbeit gegenüberstellte. Weimar sollte in den 1940er-Jahren als ›Stadt der Rasse‹ eine herausragende Stellung in der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik einnehmen, wie es die Vertreter des damaligen Thüringischen Landesamtes für Rassewesen dem Gauleiter Thüringens Fritz Sauckel im Januar 1941 vorschlugen.²³

Als Ganzes aber bleibt der Campus ein Raum, der sich der endgültigen erinnerungspolitischen Ordnung widersetzt. Soziale Normen und physische Einschreibungen prägen ihn auf der einen Seite, in seiner Mehrdeutigkeit entspricht er aber dem »Nomadischen« einer räumlichen Erinnerungspolitik, die sich in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung erst als Prozess selbst eine Form gibt.²⁴ In ihrer Wechselwirkung des räumlich Determinierten und sozial Offenen entsteht eine Vielzahl von – teilweise widersprüchlichen – Erinnerungen und Erzählungen. Diese kann dabei als Ressource begriffen werden, die eine kritische Auseinandersetzung erst befruchten. Ambivalenzen müssen dabei auch ausgehalten werden – so etwa zum modernen und demokratischen Grundgedanken der Bauhaus-Universität Weimar und den drei im NS entstandenen oder/und zu Unrechtszwecken genutzten Gebäuden. In Zeiten bedrohter geschichtspolitischer Übereinkünfte ist das Schweigen der Gebäude mit ihrem unbequemen Erbe nicht mehr hinnehmbar. Die ersten Schritte dafür sind eingeleitet. Die Herausforderung für die künftige Gestaltung des Campus als Erinnerungstopographie wird vielmehr sein, eine Dauerhaftigkeit der Auseinandersetzung zu gewährleisten, zu befruchten und an künftige Generationen weiterzugeben.

²³ Geschäftsführer des Landesamtes Andler an Fritz Sauckel im Januar 1941: »Welche Stadt wäre aufgrund ihrer Tradition und der tiefsten Überzeugung ihrer heutigen politischen Führung des Herrn Reichsstatthalters und seiner Mitarbeiter mehr zu dieser Aufgabe [Stadt der blutsmäßigen Grundlagen] berufen; [...] Damit würde das ›klassische Weimar‹ [...] sinnvoll und folgerichtig weitergeführt durch das ›rassische Weimar‹ der Gegenwart«, zit. nach: Karina Loos: »Die Inszenierung der Stadt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus in Weimar«, Dissertationsschrift (Bauhaus-Universität Weimar 2000), <https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.48/> [Stand: 01.09.2023], S. 144.

²⁴ Vgl. Gilles Deleuze, Félix Guattari: »1440 – Das Glatte und das Gekerbte«, in: Jörg Dünne, Stephan Günzel (Hrsg.), Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2006, S. 434–448.

Kurzbiographien

Yael Bachrach-Barzilai lebt in Tel Aviv und erforscht die Geschichte ihrer Familie und die Geschichte jüdischer Menschen, die in Buchenwald inhaftiert waren und dem Ermordungsprogramm – der sogenannten Aktion 14f13 – zum Opfer fielen.

Dr. Manuela Bauche ist Historikerin mit Schwerpunkt in der Geschichte der Lebenswissenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts und des deutschen Kolonialismus und leitet das Projekt Geschichte der Ihnestr. 22 am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

Dr. Erick Beck ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kreismuseum Wewelsburg.

Prof. Dr. Julia Bee ist Medienwissenschaftlerin an der Universität Siegen und hat 2016 bis 2022 an der Bauhaus-Universität Weimar unterrichtet.

Anne Genkel ist freischaffende Gestalterin und lebt in Weimar.

Lilli Hallmann, M.A. ist Medienwissenschaftlerin am Graduiertenkolleg Medienanthropologie an der Bauhaus-Universität Weimar und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Geschichte der Bauhausstraße 11.

Marcus Horn ist Schauspieler und Künstler und arbeitet derzeit am Deutschen Nationaltheater Weimar.

Dr. Franziska Klemstein ist Inhaberin der Tandem-Professur für Digitale Methodik in den Geistes- und Kulturwissenschaften an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz und der Hochschule Mainz.

Dr. Daniel Logemann ist Kustos des Projektes NS-Zwangsarbeit/Topographie der Moderne an der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora.

Ricarda Löser, Ph.D. ist Typografin und Buchgestalterin und lebt in Weimar.

Danna Marshall ist Politikwissenschaftlerin und war von 2020 bis 2023 Teil des Projektteams der Geschichte der Ihnestr. 22 am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

Jannik Noeske, M.Sc. ist Urbanist mit historischem Schwerpunkt und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt Erinnerungsmedien auf dem Campus der Bauhaus-Universität Weimar.

Prof. Dr. Jörg Paulus ist Professor für Archiv- und Literaturforschung an der Bauhaus-Universität Weimar.

Dr. Dorothee Schlüter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau- Dora und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus.

Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt ist freiberufliche Philosophin, Autorin und Dozentin und arbeitet zu Geschlecht und Medizinethik in Halle, Saale.

Volker Strähle ist Diplom-Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt in der Geschichte des Nationalsozialismus und des deutschen Kolonialismus und Mitarbeiter im Projekt Geschichte der Ihnestr. 22 am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

Priv.-Doz. Dr. Rebecca Schwoch ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Universitätsklinikum Eppendorf mit Schwerpunkt Medizingeschichte.

Kristin Victor ist Diplom-Biologin und Sammlungskoordinatorin am Herbarium Haussknecht in Jena.

Prof. Dr. Jens-Christian Wagner ist Stiftungsdirektor der Gedenkstätten Buchenwald Mittelbau Dora und Professor für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Prof. Dr. Max Welch Guerra ist Politikwissenschaftler und Seniorprofessor für Raumplanung und Raumforschung an der Bauhaus-Universität Weimar.

Impressum

Auf dem Weg zum Erinnerungsort – das Gebäude der NS-Medizinbürokratie in Weimar
Herausgegeben von Julia Bee, Lilli Hallmann, Franziska Klemstein und Jannik Noeske

Mit Beiträgen von

Yael Bachrach Barzilai, Manuela Bauche, Erik Beck, Julia Bee, Anne Genkel, Lilli Hallmann,
Marcus Horn, Franziska Klemstein, Daniel Logemann, Danna Marshall, Jannik Noeske,
Jörg Paulus, Dorothee Schlüter, Viola Schubert-Lehnhardt, Rebecca Schwoch, Volker Strähle,
Kristin Victor, Jens-Christian Wagner, Max Welch Guerra

Diese Publikation erscheint im Rahmen des von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen
finanzierten Forschungsprojektes Die Geschichte der Bauhausstraße 11
(2021–2023, Projektleitung: Prof. Dr. Julia Bee/ehem. Juniorprofessur für Bildtheorie;
Prof. Dr. Jörg Paulus/Professur für Archiv- und Literaturforschung, Fakultät Medien,
Bauhaus-Universität Weimar)

Buchgestaltung: Ricarda Löser, Weimar | www.ricarda-loeser.de

Titelbild: Natalia Chávez Hoffmeister

Druck: Druckerei Friedrich Pöge e.K. Leipzig

© Julia Bee, Lilli Hallmann, Franziska Klemstein, Jannik Noeske und LUCIA Verlag
Erstausgabe, 1. Auflage 2024

Erschienen im LUCIA Verlag Weimar

Der LUCIA Verlag ist ein unabhängiger Non-Profit-Verlag, der es sich zur Aufgabe
gemacht hat, Arbeiten aus dem studentischen Umfeld der Bauhaus-Universität
Weimar zu veröffentlichen.

LUCIA Verlag

Marienstraße 18

99423 Weimar

www.lucieverlag.de

kontakt@lucieverlag.de

ISBN 978-3-945301-72-2

Printed in Germany



Vertrieb durch den LUCIA Verlag

LUCIA VERLAG



Diese Publikation erscheint unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-SA 4.0.

Nähere Informationen zu dieser Lizenz finden sich unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.

Die digitale Ausgabe dieses Buches kann kostenlos heruntergeladen werden:

<https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.6461>

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:wim2-20231012-64617>









Die Bauhausstraße 11 war im Nationalsozialismus Sitz von zahlreichen Medizininstitutionen. Jetzt ist das Gebäude zum Gegenstand eines Forschungsprojektes geworden. Mit diesem Buch dokumentieren und reflektieren wir die Erinnerungsarbeit auf dem Campus der Bauhaus-Universität Weimar und darüber hinaus. Autor:innen aus unterschiedlichen Disziplinen fragen, wie wir heute den Weg zu einem Erinnerungsort gestalten wollen und welche Rolle das Gebäude in der Erinnerungslandschaft Weimars spielt.

Die Beiträge verorten das Gebäude räumlich in Weimar und Thüringen sowie erinnerungspolitisch in einer seit Jahrzehnten erkämpften Landschaft des Gedenkens an nationalsozialistische Verbrechen. Dabei wird die Dringlichkeit deutlich, eine nachhaltige, eindeutige und trotzdem mehrdimensionale Form des Erinnerns zu entwickeln und zu gestalten.

